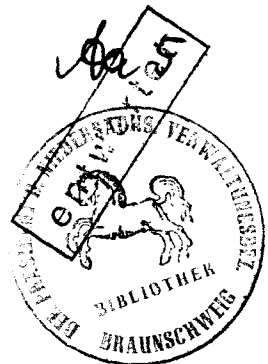




UB Braunschweig 84



4725-957-1



4725-4571

(Beilage zu Nr 38 der Braunschw. Anzeigen.)

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1882.

100 17328

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.

Register.

A. Nach der Zeitfolge.

Januar 19.

Öffentlich:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters | Seite
1. |
|---|-------------|

Februar 9.

Öffentlich:

- | | |
|---|-----|
| 2. Selbstständiger Antrag des Herrn Kandohr, Maßregeln zur Sicherung des Publicums gegen Feuergefähr in Versammlungslocalen u. s. w. betr. | 6. |
| 3. Polizeiliches Verbot der Benutzung von dem Personen-Verkehre dienenden Fuhrwerken bei dem Transporte von Kinderleichen zu den Friedhöfen . | 11. |
| 4. Vermietung einer im alten Stadtcassengebäude belegenen Wohnung . | 12. |
| 5. Erwerb des Rechtes der Grasnutzung und des Laubharkens auf dem kleinen Exercierplatze Seitens der Stadt . | 12. |
| 6. Genehmigung des Nivellements von Straßen auf dem Ostglacis . . | 12. |
| 7. Bewilligung der zur Befolgung neuer Lehrkräfte an den städtischen Bürgerschulen erforderlichen Mittel | 13. |
| 8. Austausch von Grundstücken zwischen Waisenhaus und Stadt für Zwecke des neuen Directionsgebäudes der Gas- und Wasserwerke | 13. |

Vertraulich:

- | | |
|---|-----|
| 9. Maßregeln zur Ueberwachung der Prostitution | 14. |
| 10. Wahl von Mitgliedern der Ausrüstungs-Commission für die Aushebung von Mobilmachungspferden | 14. |
| 11. Desgleichen von Schiedsmännern in Folge der auf Bekämpfung von Viehschaden sich beziehenden Gesetze | 14. |

IV

	Seite
12. Unterstützung eines erkrankt gewesenen Schulpedellen	14.
13. Steuerreclamationen	14.
14. Mittheilungen des Stadtmagistrats	14.

März 23.

Öeffentlich:

15. Eingabe von Anwohnern der Friedrichstraße, Canalisation der Straße betreffend	16.
16. Revision der städtischen Rechnungen v. J. 1879	18.
17. Wiederbelegung eingegangener Capitalien der Stadt	19.
18. Vermietung einer Wohnung in dem der Stadt gehörenden Hause, Ecke der Bertram- und Leonhardstraße	19.
19. Vergleich im Proceß Märtens ca. Stadt	20.
20. Prolongation der dem Unternehmer der Pferde-Eisenbahn für Anlage der Güterbahn gesetzten Frist	20.
21. Nachverwilligung von Mehrkosten zu der Tiefbrunnenanlage bei der Schule am Prinzenwege	21.
22. Annahme eines Forstwarts für das sog. Fasanenhölzchen, desgl. Wahl von Mitgliedern einer Commission für Einrichtung des Grundstücks	21.
23. Genehmigung der Berufung eines auswärtigen Lehrers	22.
24. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, betreffend die Verbesserung und Erweiterung der Wasserversorgungsanstalten der Stadt	22.

Vertraulich:

25. Wahl von Mitgliedern der Armen-Direction	24.
26. Beschlußfassung über eine Gemeindesteuer-Reclamation	24.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

27. Erledigung von Recursreclamationen gegen die Gemeindesteuer und Reclamationen gegen die Veranlagung gewerblicher Etablissements zu außerordentlichen Wegebaubeiträgen	24.
---	-----

April 20.

Öeffentlich:

28. Revision des Statuts wegen Unterjuchung des eingeführten Fleisches	26.
29. Verwaltung der Giffhorn'schen Stiftung	29.
30. Niederlegung eines Proceßes gegen Levin Riefs	30.
31. Rechnungsabschluß der städtischen Wasserwerke de 1880 und Verwendung des Ueberschusses	30.
32. Ueberweisung eines theils der städtischen Wasserwerke zurückzuzahlenden Capitals an den Betriebsfonds der Stadtcasse	31.
33. Verwaltung der Bölsche'schen Stiftung	31.
34. Ueberlassung von Wegeterrain am Büldenwege an einen Ankieger	32.

- | | | |
|-----|--|-----|
| 35. | Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Altstadtmarkt . | 32. |
| 36. | Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, die Wiederbesetzung der Stelle eines General- und Stadtsuperintendenten in Braunschweig betreffend | 38. |

Vertraulich:

- | | | |
|-----|--|-----|
| 37. | Anstellung eines anderen Thierarztes beim städtischen Schlachthause, Annahme eines Gehilfen desselben etc. | 39. |
|-----|--|-----|

Mai 1.**Öffentlich:**

- | | | |
|-----|--|-----|
| 38. | Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Poststraße | 41. |
| 39. | Deckung der Ueberschreitung der für den Betrieb des städtischen Bau-
bureaus in 1881 ausgeworfenen Mittel | 56. |
| 40. | Desgl. der Armenkasse in 1881 | 56. |
| 41. | Vertrag zwischen Stadtmagistrat und Particulier Reune wegen der von
lekterem auf der Glaciélanderei zwischen August- und Steinthor zu
bauenden Privatstraße | 57. |
| 42. | Aenderung des Vertrages zwischen Stadtmagistrat und Waisenhaus
B. M. V. bezüglich der Grenzen des Waisenhauses einerseits und des
neuen Gebäudes der Gas- und Wasserwerke-Direction andererseits . . | 57. |
| 43. | Antrag des Herrn Blasius, die Besetzung der Stelle eines General-
und Stadtsuperintendenten hieselbst betreffend | 58. |

Juni 8.**Öffentlich:****Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.**

- | | | |
|-----|---|-----|
| 44. | Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenvahlen | 59. |
|-----|---|-----|

Sitzung der Stadtverordneten.

- | | | |
|-----|---|-----|
| 45. | Antrag des Herrn Kybik, Aenderung der Etataufstellung betreffend . | 60. |
| 46. | Stadtbauplan | 61. |
| 47. | Ausführung einiger Theile der städtischen Canalisation | 64. |
| 48. | Zuschuß zu den Kosten eines zweiten Beschlagschuppens am Giersberge | 66. |
| 49. | Angebot des Verkaufs der Stallungen am Giersberge an den Reichs-
Militair-Fiscus | 67. |
| 50. | Anlage neuer Bedürfnisanstalten | 69. |
| 51. | Belegung von Capitalien der Stadt und des Kreiscommunalfonds . . | 70. |
| 52. | Verkauf des Neustadt-Wasserkunst-Gebäudes an Herzogliche Baudirection | 71. |
| 53. | Antrag des Herrn Ramdohr, Klarstellung des Antrags (Inter-
pellations-) Rechts der Stadtverordneten betreffend | 71. |

VI

Seite

Vertraulich:

54. Steuerreklamationen 72.

Juni 22.

Öffentlich:

55. Weitere Erstreckung einer der Braunschweigischen Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich Herstellung einer Bahn gestellten Frist 74.
 56. Bewilligung der Mittel zu Erweiterungen der Gasanstalt 76.
 57. Feststellung der Baulinie für die neu anzulegende Straße vom Bankplatz nach dem Altstadtmarkte, die Jacobsstraße und den Altstadtmarkt 80.
 58. Deficit der handgewerblichen Ausstellung 81.
 59. Antrag des Herrn Wilke, Verbreiterung des Kahlenwalles betreffend 90.

Vertraulich:

60. Steuerreklamationen 90.

Juni 29.

Öffentlich:

61. Antrag des Herrn Wilke, betreffend Verbreiterung des Kahlen Walles 91.
 62. Feststellung einer Baulinie an der Wolfenbütteler Straße und Bewilligung einer Grundentschädigung 92.
 63. Erweiterung des Wasserwerks 93.
 64. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten einer Instructionsreise für einen städtischen Beamten 104.

Vertraulich:

65. Steuerreklamationen 104.

August 17.

Öffentlich:

66. Antrag von Anwohnern der kleinen Vertramstraße, die Canalisation der dortigen Gegend betreffend 109.
 67. Verkauf des Terrains eines Interessentenweges an die Braunschweigische Actien-Gesellschaft für Zute- und Flach-Industrie 109.
 68. Feststellung einer neuen Straßenlinie an der Ecke von Campestraße und Salzdhallumerstraße, nebst Terrain-Erwerb bezw. Veräußerung 110.
 69. Ankauf von fiskalischem Terrain an der Parkstraße zu Straßenzwecken 110.
 70. Unterstützung der Wittve eines städtischen Feuerwehrmannes 111.
 71. Bewilligung der Kosten der Ausschmückung und Beleuchtung des Altstadtrathhauses für bevorstehende Festlichkeiten 111.
 72. Bewilligung von Druckkosten 113.

73. Abbruch der Fachwerksanbauten bei der Burg Dankwarderode	Seite 113.
74. Antrag des Herrn Wille, betreffend die Rehrichtabfuhr in hiesiger Stadt	114.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

75. Steuerreklamationen	115.
-----------------------------------	------

August 31.

Öffentlich:

76. Einwendungen gegen den Ortsbauplan	118.
77. Einwendungen gegen eine den Altstadtmarkt betr. Baulinie	125.
78. Straßen-Eisenbahnlinie vom Altstadtmarkte zum Kohlmarkte	126.
79. Bewilligung der Mittel zum Ankauf einer Rumismatischen Bibliothek	127.
80. Desgleichen für das Mobiliar des neuen Gas- und Wasserwerksgebäudes	128.
81. Desgleichen der Kosten einer Brunnen-Reinigung	128.
82. Desgleichen der Kosten von baulichen Aenderungen im städtischen Krankenhaus	129.
83. Anschluß von städtischen Gebäuden an die Fernsprech-Einrichtung	130.
84. Abschluß des städtischen Wasserwerks von 1881 und Verwendung von Ueberschüssen	130.
85. Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße und der nördlich daran grenzenden Straßen	131.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

86. Steuerreklamationen	132.
-----------------------------------	------

September 14.

Öffentlich:

87. Antrag des Herrn Ramdohr, die Feststellung des Interpellationsrechts in der Stadtverordnetenversammlung betreffend	134.
88. Die Abgabe einer gutachtlichen Aeußerung bezüglich alleiniger Zulassung der Direction der Gas- und Wasserwerke zu Closetanlagen	137.
89. Desgl. bezüglich der Veröffentlichung der Wählerlisten behufs der Stadtverordnetenwahlen	147.
90. Desgl. bezüglich der Anlage eines Friedhofes für die St. Catharinen-gemeinde	148.
91. Verwendung des Ueberschusses der Stadtcasse vom Jahre 1881	155.
92. Einrichtung einer zweiten Hilfsklasse für schwach befähigte Kinder	156.
93. Pensionirung einer Lehrerin	156.

VIII

Seite

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

94. Steuerreklamationen 156.

September 28.

Öffentlich:

95. Formeller Abschluß des Vertrags wegen Ankaufs von Wiesen des
Klosterguts St. Leonhard 157.
96. Niederlegung des Amtes eines Magistratsmitgliedes Seitens des Herrn
Stadtraths Dammel. 158.
97. Weitere Hinausschiebung der der Braunschweigischen Pferdebahn-Gesell-
schaft zur Herstellung der Güterbahn gestellten Frist 159.

Vertraulich:

98. Communalsteuer-Reklamationen 159.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

99. Wegebausteuer-Reklamationen 159.

October 5.

Öffentlich:

100. Erweiterung des Wasserwerks und Erpachtung der Mahlmühle zu Eisen-
bühl 161.
101. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße 173.
102. Canalisirung der Mandelstraße 174.

November 2.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

103. Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes 175.

Sitzung der Stadtverordneten.

104. Erneuerung des Vertrags wegen der städtischen Abfuhr 176.
105. Reglement wegen Uniformirung der städtischen Nachtwächter 181.
106. Ortsbanstatut 181.
107. Vertrag mit der Pferdebahngesellschaft wegen Errichtung einer Warte-
halle auf dem Kohlmarkt 182.
108. Wiederherstellung einer Bedürfnisanstalt am Wilhelmthore 184.

IX

Seite

109. Verpachtung des von der Stadt angekauften Stedingschen Grundstücks vor dem Steinhore 184.
 110. Antrag des Herrn Nieß, betreffend die Anbringung einer Uhr am Schulgebäude in der Sidonienstraße 184.

Vertraulich:

111. Anstellung städtischer Beamter 185.
 112. Steuerreklamationen 185.

November 30.

Öffentlich:

113. Entwurf einer Instruction für die Organe der Armenpflege 188.
 114. Abänderung des Statuts wegen der Untersuchung eingebrachten Fleisches 197.
 115. Bewilligung von Remunerationen für bei Grundsteuer-Einschätzungen zugezogene Sachverständige aus städtischen Mitteln 199.
 116. Bewilligung der Kosten der Anschaffung neuer Zoppen für die Turner-Feuerwehr etc. 200.
 117. Antrag des Herrn Reiche, betreffend die Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchswete 200.

Vertraulich:

118. Anstellung zweier städtischer Beamten 201.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

119. Steuerreklamationen 201.

December 14.

Öffentlich:

120. Antrag des Herrn Nieß, betreffend die Anbringung einer Uhr im Giebel der Schule an der Sidonienstraße 205.
 121. Desgl. des Herrn Reiche, betreffend die Beleuchtung der Gartenstraße und Fuchswete 206.
 122. Bewilligung einer Remuneration für Mitwirkung des Polizei-Corps bei den durch die bevorstehende Viehzählung erwachsenden Arbeiten 207.
 123. Vermietung einer Wohnung 207.
 124. Stadthaushaltsplan für 1883 207.
 125. Antrag des Herrn Wolff, betreffend die Einführung einer allgemeinen Straßenprengung 216.

Vertraulich:

126. Wahl eines Mitgliedes der Armendirection 218.
 127. Wahl von Bezirks-Vorstehern und Armenpflegern 218.

X

	Seite
128. Wahl von Schiedsmännern für Abschätzungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, Maßregeln gegen Viehseuche betreffend, bez. des Landesgesetzes vom 28. März 1881 <i>Nr.</i> 18.	218.

December 28.**Öeffentlich:**

129. Wahl von Armenpflegern	219.
130. Bewilligung von Mitteln zur Anstellung städtischer Lehrer	220.

B. Nach den Gegenständen:

Abschurwesen in der Stadt Braunschweig:

Uebnahme seitens der städtischen Verwaltung 114, 176.

Vertrag 176.

Altstadtrathhaus

Ausschmückung und Beleuchtung für Festlichkeiten 111.

Anfragerrecht der Stadtverordneten 71. 134.

Ankauf

von fiscalischem Terrain an der Parkstraße zu Straßenzwecken 110;

der Wiesen des Klostersguts St. Leonhard im Ginfewinkel und in der Bleicherwiese zur Anlegung eines Stadtparks 157;

des Stebing'schen Grundstücks auf der Helmstedter Straße zu Zwecken der Ausführung der Ringstraße 173.

Anträge, selbstständige, der Herren

Randohr, Maßregeln zur Sicherung des Publikums gegen Feuergefahr etc. in Versammlungslocalen betr. 6,

Klarstellung des Interpellationsrechts der Stadtverordnetenversammlung betr. 71, 134;

Blasius, Verbesserung und Erweiterung der Wasserversorgungsanstalten der Stadt betr. 22,

Wiederbesetzung der Stelle eines General- und Stadtsuperintendenten in Braunschweig betr. 38, 58;

Kybig, Aenderung der Aufstellung des Stadthaushaltsplans 60;

Wilke, Verbreiterung des Kahlen Walles betr. 90;

Uebnahme der Kehrichtabfuhr seitens der Stadt selbst betr. 114, 176;

Nieß, Anbringung einer Uhr am Schulgebäude in der Sidonienstraße 184, 205;

Reiche, Beleuchtung der Gartenstraße und Fuchstweide betr. 200, 206;

Wolff, die Einführung einer allgemeinen Straßensprengung betr. 216.

Apotheken, Vermehrung derselben 106.

Armenverwaltung:

Wahl von Mitgliedern der Armeendirection 24, 218;

Entwurf einer Instruction für die Organe der Armenpflege 188;

Armencaffe, Etat pro 1881, Fehlbetrag 56;

Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern 218, 219.

Baubureau, städtisches, Ueberschreitung der Betriebsmittel pro 1881, 56.

Baugewerbliche Ausstellung vom Jahre 1881 81.

Baulinien der Straßen, Feststellung von Straße zwischen Altstadtmarkt und Bankplatz 80, 125;

Wolfenbüttler Straße 92;

Ecke von Campestraße und Salzthalerstraße 110.

Bedürfnisanstalten 69, 184.

Beleuchtung der Gartenstraße und Fuchstweide 200, 206.

Bültemweg, Ueberlassung von Terrain an einen Anlieger 32.

Brunnen, Reinigung eines Interessentenbrunnens 128.

Brücken über die Oker hinter dem Monumentsplatz 215.

XII

Canalisirung

der Friedrichstraße 16;
 der kleinen Bertramstraße 109;
 der Wolfenbüttler Straße und der nörd-
 lich daran grenzenden Straßen 131;
 der Mandelnstraße 174;
 verschiedener Straßen 64.

Capitalien der Stadt, Wiederbelegung einge-
 gangener 19, 70.

Closetanlagen, alleinige Zulassung der Di-
 rection der Gas- und Wasserwerke 137.

Contracte f. Verträge.

Dankwarderode, Abbruch der Fachwerksanbau-
 ten 113.

Droschken zc. f. Fuhrwerke.

Eingaben

von Anwohnern der Friedrichstraße we-
 gen Canalisirung dieser Straße 16;
 von Anwohnern der kl. Bertramstraße
 wegen Canalisirung der dortigen Ge-
 gend 109.

Eisenbüttel, Erpachtung der Mahlmühle zu
 Zwecken der Erweiterung des Wasser-
 werks 161.

Etats

Änderung der Aufstellung des Stadt-
 haushaltsplans 60;

Stadthaushaltsplan für 1883 207;

Etat der Armencaffe pro 1881 56.

kl. Exercierplatz, Erwerb des Rechts der Gras-
 nung und des Laubharkens seitens der
 Stadt 12.

Fasaneuhölzchen

Annahme eines Forstwartes 21;

Einrichtungscommission 21.

Fernsprecheneinrichtung, Anschluß der städtischen
 Gebäude 130.

Feuerlöschgebäude in der Münzstraße
 Austausch von Grundstücken mit dem
 Waisenhaus B. M. V. 13, 57;

Ankauf von Mobilien 128.

Feuersgefahr zc. in Versammlungslocalen,
 Maßregeln zur Sicherung des Publikums 6.

Feuerwehr

Unterstützung der Wittve eines städtischen
 Feuerwehrmannes 111;

Anschaffung neuer Zoppen für die Tur-
 nerfeuerwehr. 200.

Friedhöfe, Anlegung neuer (Centralisation) 148.

Fuhrwerke, Benutzung derselben zum Trans-
 porte von Kinderleichen 11.

Gaswerk

Directionsgebäude der Gas- und Wasser-
 werke f. Feuerlöschgebäude;

Erweiterungen 76.

Salmiakfabrikation 77.

Grundsteuer-Einschätzungen, Bewilligung von
 Remunerationen für die Sachverständigen
 199, 212.

Hufarenpferdeställe am Giersberge f. Mil-
 itärgebäude.

Interpellationsrecht der Stadtverordneten 71,
 134.

Kahle Wall, Verbreiterung 90, 118.

Kirchhöfe f. Friedhöfe.

Kranienhaus, städtisches, bauliche Änderungen
 129.

St. Leonhardplatz, Einrichtung 211.

Magistrat

Bewilligung eines Zuschusses zu den
 Kosten einer Instructionsreise für einen
 städtischen Beamten 104;

Bewilligung der Druckkosten des Berichts
 über den Zustand und die Verwaltung
 der städtischen Angelegenheiten i. J.
 1880 113;

Ausscheidung des Stadtraths Bammel 158;

Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes (Dr. Grote) 175;

Anstellung verschiedener städtischer Beamten 185, 201.

Militairgebäude

Beschlagshuppen am Giersberge 66;

Verkauf der Stallungen am Giersberge an den Reichsmilitairfiscus 67.

Museum, städtisches

Ankauf einer numismatischen Bibliothek 127;

Instructionsreise des Stadtarchivars 104.

Nachwächter, Reglement wegen Uniformirung derselben 181.

Neustadtwaflerkunstgebäude, Verkauf an Herzogliche Bandirection 71.

Ortsbauplan 61, 118.

Ortsbaustatut 181.

Pferdeeisenbahn

Prolongation der Frist zur Anlage der Güterbahn 20, 74, 159;

Ausbau der Linie Altstadtmarkt-Kohlmarkt 126;

Errichtung einer Warthalle auf dem Kohlmarkt 182.

Processe

Märtens ca. Magistrat wegen Entschädigung für Verjagung der Genehmigung zum Bauen 20;

Magistrat ca. Riets wegen Erstattung von Verpflegungsgeldern 30.

Rechnungen, städtische, von 1879, Revision derselben 18.

Regulative

Maßregeln zur Ueberwachung der Prostitution betreffend 14.

Ringstraße

Ankauf 1c. des Steding'schen Grundstücks vor dem Steinhore 173, 184.

Salzniafabrikation i. Gaswerk.

Schlachthaus

Wahl eines Thierarztes 39;

Annahme eines Gehülfen des Thierarztes 39;

Aenderung der für die Untersuchungen eingeführten Fleisches von Sachverständigen gewährten Remuneration 39.

Schöffenwahlen i. Wahlen.

Schulen

Bürgerschulen, mittlere und untere:

Bewilligung von Mitteln zur Besoldung neuer Lehrkräfte 13;

Unterstützung eines erkrankt gewesenen Schulpedellen 14;

Errichtung einer zweiten Hülfsschule für schwach befähigte Kinder 156;

Pensionirung einer Lehrerin 156;

Anstellung von Lehrern 220.

Schule am Prinzenwege:

Tiefbrunnenanlage 21.

Schule an der Sidonienstraße:

Anbringung einer Uhr 184, 205.

Schule an der Wilhelmsstraße:

Vermiethung einer Wohnung im früher Poppe'schen jetzt städtischen Hause 207.

Höhere Mädchenschule:

Besezung einer Lehrerstelle 14, 22.

Sedanfeier 118, 211.

Stadtcasse

Vermiethung einer Wohnung im frühern Stadtcassengebäude in der H. Burg 12;

Ueberschüsse der Stadtcasse von 1881 155.

Stadtverordnetenversammlung

Wahl der Vorsitzenden 1;

Bericht des Vorsitzenden über die Geschäfte der Versammlung i. J. 1881 2;

XIV

Ausscheiden des Stadtverordneten Steinar 16;

Antritt des Stadtverordneten Till 16;

Klarstellung des Interpellationsrechts der Stadtverordneten 71, 134;

Beröfentlichung der Wählerlisten behuf der Stadtverordnetenwahlen 147;

Wahl des Stadtverordneten Grote zum unbefol deten Magistratsmitgliebe 175;

Antritt des Stadtverordneten Günther 204.

Stadthaushaltsplan

Änderung in der Form 60;

Etat pro 1883 207.

Statuten

Unterfuchung des eingeführten Fleisches betreffend 26, 197;

Uniformirung der städtifchen Nachtwächter betr. 181;

Ortsbaustatut 181.

Steding'sches Grundstüd vor dem Steinthore Ankauf zu Zwecken der Ausführung der Ringstraße 173;

Verpachtung 184.

Stenographie, Einführung in der städtifchen Realschule 215.

Steuerreklamationen 14, 24, 72, 90, 104, 115, 132, 156, 159, 185, 201.

Stiftungen

Giffhorn'sche 29;

Bölische'sche 31.

Straßen

Friedrichstraße 16;

fl. Vertramstraße 109;

Campestraße 110;

Salzdahlumer Straße 110;

Parkstraße 110;

Wolfenbüttler Straße 131;

Mandelnstraße 174;

Gartenstraße 200, 206;

Fuchswiete 200, 206;

Genehmigung der Aewellements von Straßen auf dem Ostglacis 12;

Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Altstadtmarkt 32, 41,

80;

Anlage einer Privatstraße auf der Glacisländerei zwischen August- und Steinthor 57;

Straßensprengung 216;

Straßenreinigung 114, 176.

Verkauf

des Neustadtwaflerfungsgebäudes an Herzogliche Van-Direction 71;

des Terrains eines Interessentenweges an die Braunschweigische Actiengesellschaft für Zute- und Flachsindustrie 109;

Verträge

mit dem Particulier Keune wegen der von diesem auf der Glacisländerei zwischen August- und Steinthor zu bauenden Privatstraße 57;

mit dem Commerzienrath Angerstein wegen Verarbeitung des auf dem Gaswerke gewonnenen Ammoniakwassers auf Salmiak 77;

mit Herzoglicher Cammer, Direction der Domainen, wegen Ankaufs der Wiesen im Gänsewinkel und in der Bleicherwiese zur Anlegung eines Stadtparks 157;

mit der Pferdebahngesellschaft wegen Errichtung einer Warthalle auf dem Kohlmarke 182;

mit Braunvers wegen der Rehrichfabuhr 176.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

Viehählung i. J. 1883, Remunerirung des Polizeicorps für Mitwirkung bei derselben 207.

von Mitgliedern einer Commission für
 Einrichtung des Fasanenhölzchens 21;
 von Mitgliedern der Armendirection 24,
 218;
 eines Thierarztes für das städtische Schlacht-
 haus 39;
 von Vertrauensmännern behuf der Schöf-
 fenwahlen 59;
 von Bezirksvorstehern und Armenpflegern
 218, 219;
 von Schiedsmännern auf Grund des Ge-
 setzes, Maßregeln gegen Viehsenche be-
 treffend 218;
 Wählerlisten behuf der Stadtverordneten-
 wahlen, Veröffentlichung derselben 147.

Wallpromenaden

Verbreiterung des Kahlen Walles 90.

Wasserwerke

Verbesserung und Erweiterung derselben
 22, 73, 93, 161, 204;

Rechnungsabscluß von 1880 30;

desgl. von 1881 130;

Uebersetzung eines seitens der Wasser-
 werke zurückzuzahlenden Capitals an
 den Betriebsfonds der Stadtcasse 31;

Directionsgebäude s. Feuerlöschgebäude.

Wollemann'sches, jetzt städtisches Haus an der
 Ecke der Vertram- und Leonhardstraße,
 Vermiethung einer Wohnung 19.

(Beilage zu **N** 21 der Braunschw. Anzeigen.)**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N** 302 de 1881
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N** 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. Januar 1882.

Öffentlich:

Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters.

Entschuldigt die Herren Kybik, Grote und Reiche

Der seitherige Vorsitzende, Herr Otto, eröffnet die Sitzung mit dem Bemerken, daß er dem üblichen Herkommen folgend, auch heute wieder die Einladung zur Vornahme der Wahl eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters ausgeschrieben habe. Schon im vorigen Jahre habe er seine Bedenken dagegen geäußert, daß der bisherige Vorsitzende die Leitung dieser Wahl noch übernehme; er halte dieses Verfahren nicht für richtig und schlage deshalb vor, daß, wie solches fast in allen gesetzgebenden und auch Stadtverordneten-Versammlungen der Fall sei, bei der Wahl des Vorsitzenden der Alterspräsident den Vorsitz führe.

Herr Kloss, welcher der Versammlung seit etwa 30 Jahren angehört, kann diesem Vorschlage nicht beitreten, da er sich keines Falles zu entsinnen weiß, in welchem die Wahl des Vorsitzenden vom Alterspräsidenten geleitet ist. Bisher habe entweder der Vorsitzende des Stadtmagistrats oder der bisherige Vorsitzende der Versammlung sich diesem Geschäfte unterzogen.

Herr Otto: In den meisten Fällen sei so verfahren, daß wenn durch regelmäßigen Wechsel neue Mitglieder in die Versammlung eingetreten, der Vorsitzende des Stadtmagistrats die erste Versammlung im neuen Jahre berufen und die Wahl

des Vorsitzenden geleitet, wenn dieses aber nicht der Fall gewesen, der bisherige Vorsitzende diese Functionen noch ausgeübt habe. Herr Oberbürgermeister Pockels habe aber im vorigen Jahre erklärt, daß diese Wahl eine rein interne Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung sei und er sich nicht berufen fühle, die Versammlung einzuladen und die Wahlverhandlung zu leiten, er (Redner) habe deshalb schon voriges Mal sich gegen seinen Wunsch diesen Functionen unterzogen. Es sei damals in Aussicht gestellt, daß die Statutencommission sich mit dieser Frage beschäftigen und bestimmte Vorschläge wegen einer feststehenden, gleichzeitig mit einer anderen bereits von der Versammlung beschlossenen Aenderung in die Geschäftsordnung aufzunehmenden Bestimmung darüber machen solle; inzwischen sei die bereits beschlossene Abänderung der Geschäftsordnung allein genehmigt und publicirt, ehe über die hier fragliche Ergänzung berathen worden, und letztere sei, weil eine so häufige Aenderung der Geschäftsordnung nicht wünschenswerth erschienen, unterblieben.

Nachdem noch Herr Ding sich dahin geäußert, daß es angemessen erscheine, wenn der bisherige Vorsitzende die Geschäfte so lange leite, bis der neue gewählt sei und die Versammlung diesen gewissermaßen aus den Händen des ersten empfangen,

auch Herr Heymann noch hervorgehoben hat, daß schon in der Einberufung der Versammlung seitens des bisherigen Vorsitzenden das Princip zu erblicken sei, daß dieser seine Functionen bis zur Neuwahl weiter zu führen habe,

erklärt sich Herr Otto, da er von seinem persönlichen Standpunkte aus nichts dagegen einzuwenden hat, im Interesse der Sache bereit, den Vorsitz zu führen.

Der Herr Vorsitzende erstattet sodann, um vor der Neuwahl im Uebrigen seine Thätigkeit abzuschließen, den üblichen Bericht über die Geschäfte der Versammlung im verflossenen Jahre:

Es haben im Jahre 1881 an 17 Tagen (gegen 15 Tage in 1880) Sitzungen stattgefunden, darunter an 2 Tagen sowohl gemeinschaftliche Sitzungen von Stadtmagistrat und Stadtverordneten, als auch Sitzungen der Stadtverordneten allein, an 15 Tagen ausschließlich Stadtverordneten-Sitzungen.

Es kamen hiernach auf die 17 Tage im Ganzen (rechnet man von den an denselben Tagen vorgekommenen Sitzungen mit dem Stadtmagistrat und den Stadtverordneten-Sitzungen jede als besondere Sitzung) 19 Sitzungen. An 8 Tagen wurde ausschließlich öffentlich verhandelt, an 9 Tagen theils öffentlich, theils vertraulich.

Das Productenbuch weist 152 Eingänge (gegen 156 in 1880) nach. Dazu kamen 6, welche 1880 unerledigt geblieben. Von den im Ganzen 158 Sachen sind in 1881 erledigt 148, während 10 als unerledigt in das Jahr 1882 übernommen sind.

Die besonders wichtigen Angelegenheiten, welche die Stadtverordneten im Jahre 1881 beschäftigten, mögen noch Erwägung finden, und zwar in der Folge, wie sie der Zeit nach diese geehrte Versammlung beschäftigten:

Die Versammlung sprach sich gutachtlich darüber aus, daß die Zulassung zweier neuer Apotheken in hiesiger Stadt dem öffentlichen Bedürfnisse entspreche.

Es wurde eine erhebliche Erweiterung der städtischen Beleuchtung beschlossen.

Das Rechts-Verhältniß der Stadt zu der ersten Actiengesellschaft, welche die Pferdeisenbahn in hiesiger Stadt betrieb, wurde gelöst, und es wurde die Befugniß dieses Betriebes unter Veränderung wesentlicher Grundlagen des Vertrages einem neuen Unternehmer zugestanden.

Der Ankauf des sog. Fasanenhölzchens wurde genehmigt.

Die Versammlung erklärte sich gutachtlich für eine weitere erhebliche Abkürzung der hiesigen Messen.

Die in der Statuten-Commission seit längerer Zeit vorbereitete Berathung des Ortsbau-Statuts gelangte zum vorläufigen Abschlusse, indem ein zwischen dem Magistrate und der Statutencommission vereinbarter Entwurf mit einigen Abänderungen hier Annahme fand.

Zu gleichem Abschlusse gelangte ein auf die Stadtentwässerung sich beziehendes Project und Statut.

Ein Regulativ, die Realschule II. Ordnung betreffend, wurde genehmigt.

Das sog. Ringstraßenproject fand die Billigung der Versammlung.

Ueber eine neue Armen-Ordnung wurde berathen und beschlossen.

Verschiedene mehr oder minder wichtige Baulinien und neue Straßenzüge wurden festgestellt.

Danach wird zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten.

Von den abgegebenen 22 Stimmen vereinigen sich 12 auf den bisherigen Vorsitzenden Herrn Otto, 9 auf Herrn Kybik, 1 Zettel ist unbeschrieben.

Herr Otto nimmt die Wiederwahl an mit dem Bemerken, daß er nach Kräften bestrebt sein werde, sich der Geschäfts- und Verhandlungs-Leitung so, wie es bei ausschließlicher Berücksichtigung des sachlichen Interesses geboten erscheine, zu unterziehen.

Die nunmehr folgende Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden, bei welcher gleichfalls 22 Stimmzettel abgegeben wurden, ergiebt die Wiederwahl des Herrn Kybik mit 14 Stimmen; 6 Stimmen entfallen auf Herrn Semler, 1 auf Herrn Lüderßen und 1 auf Herrn von Seckendorff.

Da Herr Kybik nicht gegenwärtig, muß eine Erklärung bezüglich der Annahme dieser Wahl vorbehalten bleiben.

Der Herr Vorsitzende theilt sodann noch mit, daß der Kirchenvorstand zu St. Michaelis die Versammlung unterm 24. December v. J. eingeladen habe, der am 3. d. M.

stattgefundenen Eröffnungsfeier anzuwohnen, und er, um dieserhalb keine besondere Versammlung einberufen zu müssen, sich erlaubt habe, dieser Einladung unter Zuziehung der beiden ältesten Mitglieder der Versammlung, der Herren Kloss und Tasper, Folge zu geben. Hoffentlich werde die Versammlung mit diesem Vorgehen einverstanden sein.

Schluß der Sitzung.

(Beilage zu **N 52** der Braunschw. Anzeigen.**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 21** de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 2.**

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. Februar 1882.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Ramdohr, die Maßregeln zur Sicherung des Publicums gegen Feuergefahr in Versammlungslocalen u. s. w. betr.
- Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
- II. polizeiliches Verbot der Benutzung von dem Personen-Verkehre dienenden Fuhrwerken bei dem Transporte von Kinderleichen zu den Friedhöfen,
- III. Vermietung einer im alten Stadtkassengebäude belegenen Wohnung,
- IV. Erwerb des Rechtes der Grasnutzung und des Laubharkens auf dem kleinen Exercierplatze Seitens der Stadt,
- V. Genehmigung der Nivellements von Straßen auf dem Dfslaris,
- VI. Bewilligung der zur Besoldung neuer Lehrkräfte an den städtischen Bürgerschulen erforderlichen Mittel,
- VII. Austausch von Grundstücken zwischen Waisenhaus und Stadt für Zwecke des neuen Directionsgebäudes der Gas- und Wasserwerke,

Vertraulich:

- 1) Maßregeln zur Ueberwachung der Prostitution,
 - 2) Wahl von Mitgliedern der Außerungs-Commission für die Aushebung von Mobilmachungspferden,
 - 3) Desgleichen von Schiedsmännern in Folge der auf Bekämpfung von Viehseuchen sich beziehenden Gesetze,
 - 4) Unterstützung eines erkrankt gewesenen Schulpedellen.
 - 5) Steuerreclamationen.
 - 6) Mittheilungen des Stadtmagistrats.
-

Entschuldigt Herr du Roi. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Voßels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Herrn Otto

werden zunächst die Protocolle Nris. 16 und 17 von 1881 und **N** 1 von 1882 unter Berichtigung zweier Druckfehler auf Seite 199, wo es S. 14 v. o. statt 9500 **M.** heißen muß 95 000 **M.** und auf Seite 200, wo an Stelle von »vergrößern« zu lesen ist »ergreifen«, genehmigt.

Zur Tagesordnung übergehend

I. nimmt sodann Herr Reuter als Referent der Statutencommission das Wort zur Berichterstattung über den selbstständigen Antrag des Herrn Ramdohr:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, unverzüglich seine volle Aufmerksamkeit den Gefahren zuzuwenden, welche für das Publikum hier bestehen würden, wenn für Versammlung einer großen Anzahl von Personen bestimmte Localitäten nicht diejenigen baulichen Einrichtungen besitzen sollten, welche eine schnelle und sichere Entleerung im Falle von drohender Gefahr ermöglichen«.

Die Statutencommission habe sich eingehend mit dem Gegenstande beschäftigt; inzwischen sei ihr die Mittheilung geworden, daß die städtische Bauverwaltung die Angelegenheit bereits in die Hand genommen habe. In Gemeinschaft mit dem Stadtbauamte habe die städtische Bauverwaltung eine Besichtigung derjenigen Localitäten vorgenommen, welche, weil sie notorisch mit mangelhaften Zugängen versehen sind und häufig einer großen Anzahl von Menschen zu Versammlungsorten dienen, zunächst in Frage kommen. In erster Reihe sei dies der Saal in Bethmann's Hotel, welcher nur einen Treppenaufgang habe; die Treppe im Hofe könne man nicht rechnen, da erst, um zu ihr zu gelangen, mehrere Zimmer zu passiren seien; sie könne auch als Nothausgang nicht angesehen werden, weil sie zu schmal sei und das Gelände bei starkem Gedränge bald zerbrechen, die Leute also in den Hof hinunterstürzen würden. Die Besichtigung dieses Locals habe ergeben, daß am zweckmäßigsten, wie folgt, Rath geschafft werden könne: es sei ein Ausgang nach dem Garten, Schützenstraße 6, ein anderer nach dem nördlich belegenen Grundstücke, welches eine Einfahrt von der Schützen- und Bördelingerstraße habe, in Aussicht genommen. Bei Einholung der Zustimmung der Besitzer der in Frage kommenden Grundstücke sei man indeß auf Schwierigkeiten gestoßen, so daß anderweit Rath geschafft werden müsse. Man habe jetzt die Absicht, den Zugang wesentlich zu verbreitern, das denselben verengende Buffet zu beseitigen und an Stelle der jetzigen schmalen Treppe eine bedeutend breitere

herzustellen, auch noch in der einen Ecke des Saales eine nach unten führende Treppe anzulegen.

Bei Besichtigung des Saales im Hotel d'Angleterre sei vorgesehen, nach zwei resp. drei Seiten hin noch Thüren im Saale vorzurichten; diese Angelegenheit sei auch insofern weiter vorgeschritten, als der Besitzer bereits die nöthigen Schritte gethan habe, um sich der Erlaubniß der Besitzer der angrenzenden Grundstücke zur Herstellung dieser Ausgänge zu vergewissern. Die Sache werde jedenfalls im Auge behalten werden und es werden dem Stadtbauamte die weiteren Mittheilungen zugehen, in welcher Weise die vorgeschlagenen Einrichtungen ausgeführt werden können.

Der vorliegende Gegenstand sei schon früher ins Auge gefaßt worden; derselbe sei schon im Jahre 1871 von dem Führer der hiesigen Feuerwehren angeregt worden und schon damals habe eine Besichtigung aller betreffenden Localitäten stattgefunden, in denen sich zeitweilig viele Menschen versammeln. Das Resultat sei allerdings nicht von Belang gewesen, da die Localitäten, wie sie einmal beschaffen waren, Genehmigung gefunden hatten und den Inhabern Concession zum Geschäftsbetriebe ertheilt war. Die damaligen Anordnungen haben sich wesentlich darauf beschränkt, daß in den verschiedenen Localitäten sog. Feuerhähne eingerichtet werden mußten und den Besitzern aufgegeben wurde, in den Fällen, wo besondere Aufführungen stattfinden, eine Feuerwehrrwache zuzuziehen, die für den betreffenden Abend das Local zu überwachen hätte. Später sei dann bei weiteren Concessionsertheilungen vorsichtig zu Werke gegangen und den Betreffenden in Bezug auf die Zugänglichkeit der Säle das Nöthige vorgeschrieben, event. denselben auch untersagt, Theatervorstellungen in solchen Sälen, deren Zugänge dazu als ausreichend nicht angesehen wurden, abhalten zu dürfen.

Der Herr Antragsteller habe nun auch in seiner Motivirung des Herzoglichen Hoftheaters erwähnt und auf die Katastrophe in Wien Bezug genommen. Unmittelbar nach jenem Brande habe sich die Herzogliche Polizei-Direction an die Herzogliche Hoftheater-Intendantur gewandt und ersucht, eine Besichtigung der Theater Räume durch Sachverständige vornehmen zu lassen; darauf sei sehr bereitwillig eingegangen und es habe eine sofortige Besichtigung durch eine Commission stattgefunden. Letztere habe bestanden aus den Herren Baurath Eilly, Stadtbaurath Winter, Branddirector Reuter, Polizeidirector Orth, Polizeiaffessor Ritscher und Polizeiinspector Evers. Man habe gefunden, daß schon verschiedene Vorkehrungen getroffen und noch andere Einrichtungen im Gange gewesen. Für wünschenswerth habe man noch gehalten: an sämmtlichen Treppen von oben bis unten Handläufer anzubringen, das hohe Pödest auf der Gallerie zu beseitigen, sämmtliche von den Corridoren nach den Treppen führenden Thüren innen und zwar so anzuschlagen, daß dieselben, wenn sie offen sind, den Raum im Treppenhaufe nicht verengen, die Ausgänge im Sperrfluge durch Beseitigung der Ecklogen zu verbreitern und die Wand an der Nordseite zu

durchbrechen, damit das Publikum die Thür passiren kann, welche für das Theaterpersonal als Eingang dient. Ferner sollen sämtliche 18 hölzerne Thüren, welche die Communication zwischen Bühne und Zuschauerraum vermitteln, durch eiserne ersetzt werden, welche von selbst zufallen, und während der Ferien solle noch ein eiserner Vorhang von Wellenblech beschafft werden, so daß im Falle der Gefahr ein vollständig feuersicherer Abschluß zwischen Bühne und Zuschauerraum vorhanden resp. sofort erzielt werden könne. Sodann sollen die über dem Schnürboden befindlichen Fenster noch erheblich vermehrt werden, damit für den Fall, daß die Bühne brenne, durch das Zerspringen der Scheiben hier Abzug für Rauch und Flamme geschaffen werde, was von größter Wichtigkeit ist. Außerdem sei noch beschossen, auf der Nord- und Südseite sog. Steigeisen oder eiserne Steigleitern anzubringen, damit die auf dem Schnürboden befindlichen Personen auch auf diesem Wege nach unten gelangen können. Durch eine Strickleiter würde hier ein Gleiches erreicht werden können, aber man habe diese Steigeisen aus dem Grunde gewählt, damit schon sofort für die ersten Feuerwehr-Abtheilungen, welche lange Leitern nicht mit sich führen können, ein sicherer Angriffsweg auf die oberen Theile des Gebäudes zu Gebote steht. Ueber diese sämtlichen Einrichtungen habe der Baurath Eilly speciellen Bericht erstattet und deren Ausführung stehe außer Frage. Auch innerhalb der Feuerwehr habe man diese Einrichtungen besprochen und dort die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn sie sämtlich durchgeführt, Alles geschehen sei, was bei der Bauart des Hoftheaters zum Schutze des Publicum gegen Feuersgefahr gethan werden könne. Wenn man ein neues Theater baute, würde man allerdings noch zweckmäßigere Einrichtungen treffen können.

Eigentlich sei es nicht das Feuer selbst, welches bei solcher Katastrophe wie in Wien, das große Unheil anrichte, sondern die Panik und der Rauch. Säte ohne Bühne böten an sich nur geringere Gefahr. Wenn man berücksichtige, daß in Braunschweig jährlich durchschnittlich 100 Feuer stattfinden, von denen 98 als Kleinf Feuer im Entstehen gelöscht, beinahe 2 nur etwas größer würden (sog. Mittelfeuer) und nur ein Bruchtheil zu wirklich größerem Umfange gelange, so dürfe man sich sagen, daß die hiesigen Einrichtungen ein größeres Brandunglück so leicht nicht aufkommen lassen, viel weniger aber in Sälen (b. h. Sälen ohne Bühne), in denen Nichts vorhanden, was zu einem größeren Feuer Veranlassung geben könnte. Hier sei die Hauptsache bei einem Feuer ausbruche, daß das Publikum die Besonnenheit bewahre und nicht mit aller Gewalt nach den Ausgängen dränge, denn gerade dadurch werde viel Unheil herbeigeführt. Für derartige Localitäten sei daher neben genügend weiten Ausgängen auf das Dringendste erforderlich, daß bei deren Benützung eine Feuerwehrwache zugegen, welche die Localitäten überwacht und ein ausbrechen des Feuer sofort unterdrückt, daß Wasserhähne von größerem Kaliber vorhanden, welche eventuell gleich dienstbar gemacht werden können, und daß ein Feuermelder

zur Hand, durch welchen sofort weitere Hülfe auf telegraphischem Wege herbeigerufen werden kann. Wisse das Publikum, daß ihm sofortige Hülfe zur Seite stehe, dann werde dasselbe, wenn wirklich einmal durch einen unglücklichen Zufall ein Feuerruf oder ein kleines Feuer in dem betreffenden Gebäude entstehen sollte, nicht sofort von Panik ergriffen werden. Diese Vorkehrungen würden überall da, wo sie erforderlich erschienen, auf Antrag des Stadtbauamtes von der Herzoglichen Polizei-Direction für die Zukunft vorgeschrieben werden.

Redner glaubt bei dieser Gelegenheit auch die Schulen nicht unerwähnt lassen zu sollen. In Amerika habe man schon seit Jahren die Kinder daran gewöhnt, daß sie zum Turnen, auf militairisches Commando bankweise sich erheben und in geregelter Reihenfolge das Schullokal verlassen. Auch hier werde jetzt in verschiedenen Schulen in nämlicher Weise verfahren. Während man in Deutschland noch in den letzteren Jahren verschiedene, ohne wirkliche Gefahr, lediglich durch Panik herbeigeführte Unglücksfälle in den Schulen zu beklagen gehabt habe, seien in Amerika mehrere Fälle vorgekommen, daß es in einer Schule wirklich gebrannt habe, ohne daß ein Unglück dabei passiert sei: die Kinder seien auf Commando ruhig angetreten, hinausmarschirt und alle Classen seien binnen 2 bis 3 Minuten im Freien gewesen.

Bei solchen Sälen, in welchen sich Bühnen befinden, und bei Theatern liege die Sache anders; da komme neben der Panik auch der Rauch in Betracht und das sei der schlimmste Factor.

Redner kommt nun des Näheren auf das Brandunglück im Wiener Ringtheater zu sprechen und hebt nach einer ausführlichen Beschreibung dieses Gebäudes, welches nach Vorschrift der strengen Wiener Bauordnung durchaus solide aufgeführt sei, hervor, wie nach seiner Ueberzeugung die Hauptschuld an der Größe des Unglücks den Ventilationschächten zuzuschreiben sei, welche man zur Ableitung übermäßiger Wärme im Zuschauerraume über dem Kronleuchter und über der Gallerie angebracht hatte. Diese Ventilationschächte mußten schon an sich Rauch und Flamme anziehen. Dazu komme, daß man das Feuer auf der Bühne minutenlang verheimlicht habe, dann kopflos davon gerannt sei und das Thor, durch welches die großen Decorationsgegenstände von der Straße ab hereingeschaft wurden, offen gelassen habe. Auf diesem Thore habe grade der Wind (Nordwestwind) gestanden und es sei daher nichts natürlicher gewesen, als daß die eindringende Luft, während die Ventilationschächte ansogen, Rauch und Flammen in den Zuschauerraum jagte; der Vorhang habe sich in Folge dessen zunächst wie ein Segel im Winde aufgebläht, sei dann, von den Flammen ergriffen, rasch in zwei Theile zerrissen, welche beide brennend, der untere in das Orchester hinunter geschlagen, der obere nach dem Kronleuchter hinaufgerissen sei. Da in einem Theater neben höchst brennbaren auch viele Gegenstände vorhanden sind, welche, in Brand gerathen, dichten undurchdringlichen Qualm verursachen, so habe sich das ganze Theater binnen einer, höchstens zwei Minuten mit Gasen und

Rauch angefüllt, in denen Niemand athmen könne. Man habe hier Versuche in dieser Richtung angestellt und gefunden, daß der Mensch in dünnem Rauche wohl längere Zeit aushalten könne, daß aber, sobald der Rauch eine Dichtigkeit erlange, welche ein Licht als gelben Punkt und nicht mehr leuchtend erscheinen lasse, zwei bis drei Athemzüge genügen, ihn besinnungslos zu machen. Vielseitig werde nun auch bei jenem Unglück ein großer Theil der Schuld dem Umstande beigemessen, daß die Theaterräume durch Abstellung der Gasleitung in Dunkelheit versetzt worden — allerdings ein großer Fehler, der im hiesigen Hoftheater nicht passieren könne, da der größte Theil der Flammen im Zuschauerraume eine directe Zuleitung habe, die mit der Bühne nicht in Verbindung stehe, sondern im Souterrain schon abzweige — doch sei Redner der Ansicht, daß dieser Umstand das Unglück nicht wesentlich vergrößert habe, was daraus hervorgehe, daß neben anderm Theaterpersonale, auch acht Bogenschließer mit verunglückt seien, welche die Treppen wohl auch im Dunkeln hätten finden können. Uebrigens würden sämtliche Flammen sehr bald auch von selbst erloschen sein, da für dieselben in dem dichten Rauche der zum Brennen erforderliche Sauerstoff nicht mehr vorhanden gewesen sei.

Bei den guten Löscheinrichtungen unseres Hoftheaters, deren Besichtigung zu Aenderungen keinen Anlaß geboten, könne ein derartiges Unglück nicht wohl entstehen. Man habe hier an zweckmäßigen Stellen 92 Feuerhähne von großem Caliber sowohl auf der Bühne wie im Zuschauerraume angebracht, auf der Bühne selbst sei ein Hydrant wie in den Straßen der Stadt vorhanden, alle Einrichtungen zu schleunigster Hülfe seien getroffen und zwar derart, daß eine Ueberwachung sämtlicher Anlagen nicht etwa vom Theaterpersonale, wie in Wien, sondern von der Feuerwehr besorgt werde, die dieselben vor Beginn jeder Vorstellung zu prüfen und den Branddirector von jeder erheblichen Ordnungswidrigkeit sofort telegraphisch Mittheilung zu machen hätte. Redner verweist hier auf die jedem Mitgliede der Versammlung zur Kenntnissnahme zugestellte Instruction für die Theaterfeuerwehrwache, er berührt die Hauptpunkte derselben und bemerkt schließlich noch, daß man in Wien zu dem wichtigen Dienste der Theater-Feuerwache nicht die Wiener-Feuerwehr sondern Theaterarbeiter verwandt habe, die übrigens mit Feuerwehr-Uniform versehen gewesen seien. Zu solchen bei einem Brande höchst gefährlichen Dienstleistungen könne aber nicht einmal jeder Feuerwehrmann gebraucht werden, dazu gehörten Leute, die schon oft im Feuer gewesen und dadurch mit demselben vertraut geworden wären.

Die Statutencommission sei der Ansicht, daß die Annahme des Antrags, da das, was derselbe bezwecke, bereits in Ausführung begriffen, nicht weiter erforderlich sei.

Herr Ramdohr zieht darauf seinen Antrag mit dem Bemerkten zurück, daß er denselben, wie er auch in der Motivirung bereits erklärt, nicht etwa aus Mangel an Vertrauen zu den Behörden gestellt habe, sondern daß er durch eine öffentliche Besprechung dieser Angelegenheit nur eine Beruhigung der aufgeregten Gemüther

der Mitbürger habe bezwecken wollen. Hoffentlich habe er seinen Zweck durch diese Verhandlungen erreicht.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hat dem Vortrage des Herrn Referenten noch einige Worte hinzuzufügen. Bei den Besitzern der beiden besonders in Frage gekommenen Gebäude mit größeren Versammlungslocalen (Hotel d'Angleterre, Bethmanns Hotel) sei die Bereitwilligkeit anzuerkennen, mit der sie den projectirten Maßregeln bezüglich der in Aussicht genommenen Nothausgänge die Hand geboten, nicht minder die Bereitwilligkeit der Nachbarn zur Gestattung dieser Nothausgänge. Trotzdem werde man auf einige Schwierigkeiten stoßen. Der eine der Hausbesitzer komme, wenn er die erheblichen neuen Anforderungen erfüllen solle, ohne sein Verschulden in eine schwierige Lage, auch ständen den Vereinbarungen mit den Eigenthümern benachbarter Grundstücke nicht unerhebliche Hindernisse entgegen. Man habe deshalb vorerst zu provisorischen Maßregeln die Zuflucht genommen. Namens des kaufmännischen Vereins, Besitzers des Hotel d'Angleterre, sei von dessen Vorstand angeordnet, daß sowohl der Ausgang vom Nebenzimmer des Saales nach der Regelbahn, welche mit dem Haupteingange parallel läuft, wie die beiden Ausgänge des kleinen Saales nach dem Innern des Vorderhauses stets während der Concerte geöffnet sein sollen, und daß bei allen größeren Versammlungen eine ständige Feuerwehrrache gestellt werde. Ähnliche Vorkehrungen seien in Bethmann's Hotel getroffen. Der Besitzer habe sich sofort bereit erklärt, zwei aus den äußersten Ecken des Hauptsaales ins Parterre führende Nothtreppen anlegen zu lassen, welche bereits bestellt und im Laufe der nächsten Woche hergerichtet sein würden. Außerdem werde auch hier bei größeren Versammlungen eine Feuerwehrrache von 3 Mann gestellt werden. Ferner habe sich der Eigenthümer bereit erklärt, den Corridor zum Saale, sowie die dahin führende Haupttreppe zu verbreitern, auch letztere noch mehr zu befestigen. Was also in so kurzer Zeit an provisorischen Maßregeln sich habe beschaffen lassen, sei geschehen und die Versammlung könne versichert sein, daß die Sache seitens des Stadtmagistrats wie des Stadtbauamts nicht außer Acht gelassen werde.

Nachdem Herr Reuter noch bemerkt hatte, daß nach dem Brande des Haake'schen Hinterhauses auf der Scharnstraße, in welchem große Massen von Heede und Flachs lagerten, auf Veranlassung der Führerschaft der Feuerwehr eine specielle Besichtigung von 162 Localitäten stattgefunden habe, für welche diejenigen Anordnungen getroffen seien, welche zur Verhütung größerer Unglücksfälle bei Feuergefährdung erforderlich erschienen,

meldete sich Niemand weiter zum Wort, weshalb dieser Gegenstand verlassen wurde.

II berichtet Herr Lüdersen namens der Statutencommission, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 1. Decbr. v. J. den Entwurf einer polizeilichen

Vorschrift, durch welche die Benützung der Droschken und der sonstigen für den öffentlichen Personenverkehr bestimmten Fuhrwerke zum Transporte von Kinderleichen nach den Friedhöfen bei Strafe verboten wird, vorgelegt und um die erforderliche Zustimmung ersucht habe. Die Zeit, wann die Vorschrift in Kraft treten solle, zu bestimmen, werde Herzoglicher Polizei-Direction zu überlassen sein, da zunächst die Beschaffung der erforderlichen Transportmittel nach Genehmigung der Vorschrift eintreten müsse, um deren Ausführung zu ermöglichen.

Die Commission erkennt die Zweckmäßigkeit der gedachten Bestimmung an und giebt deren Genehmigung anheim, worauf dem Magistratsantrage ohne Debatte entsprochen wird.

III. wird nach einem Referate des Herrn Schwarzenberg für die Statutencommission einem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 20. December v. J. gemäß beschloffen, den mit dem Lehrer Friedrich Ludewig hieselbst bezüglich der vom Stadtcämmerer Gerloff bislang innegehabten Wohnung im vormaligen Stadtcassengebäude, kleine Burg Nr. 7, vom 1. October d. J. an auf 2 Jahre abgeschlossenen Miethcontract zu genehmigen.

Wie

IV. Herr Lüdergen für die Statutencommission berichtet, hat die Verwaltungsdeputation der Feldmarks-Interessentschaft Hagen beim Stadtmagistrate darauf angetragen, daß die ihr zustehende Gerechtsame der Grasnutzung und des Laubharkens auf dem kleinen Exercierplatze gegen eine Entschädigung von 150 M. von der Stadt übernommen werde. Der Magistrat hält den Erwerb der gedachten Gerechtsame unter den gestellten Bedingungen aus verschiedenen Gründen für rathlich und giebt in seinem Schreiben vom 20. December v. J. die Erklärung des Einverständnisses dazu anheim, welchem Ersuchen sich die Commission anschließt.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Riefe, dahin gehend, daß nach seiner, Redners, Ansicht der Erwerb gegenstandslos sei, weil die Benützung des Platzes Seitens des Militärs das Aufkommen von Gras hindere und die Fläche in einen Sandplatz verwandele, daß man statt dessen aber wohlgethan hätte, in den früheren Verhandlungen den seiner Ansicht nach zu weit gehenden Ansprüchen der Militärbehörden nicht nachzugeben,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

V. wird nach einem Vortrage des Herrn Runte und auf Grund einer in der Versammlung circulirenden Zeichnung einem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 20. December v. J. gemäß beschloffen, sich mit den von der städtischen Bauverwaltung für die in den Ortsbauplan aufzunehmenden Straßen auf der zwischen dem Stein- und

Auguststhorre belegenen Bierbaum'schen Glacisländerei in Vorschlag gebrachten Nivelements einverstanden zu erklären.

Sodann

VI. berichtet Herr Reiche namens der Schulcommission über ein Magistrats-schreiben vom 5. v. Mts. — Zur Ermöglichung einer Unterbringung der für die städtischen Bürgerschulen zu Ostern d. J. angemeldeten Kinder ist die Errichtung noch einiger Schulklassen erforderlich. Zur Besetzung derselben sind vom Schulvorstande 5 qualificirte Candidaten in Vorschlag gebracht, von denen 4 mit dem Minimalgehalte von 1200 *M.* eintreten wollen, während der fünfte, welcher bereits 14 auswärtige Dienstjahre hat, ein Anfangsgehalt von 1500 *M.* sowie die Zusicherung fordert, daß ihm zu Neujahr 1883 die erste Zulage gewährt werde. In Anbetracht, daß der letztgedachte Candidat sehr befähigt, auch im Stande ist, an einer der Schulen den Zeichenunterricht, der jetzt besonders honorirt werden muß, innerhalb seiner Pflichtstunden zu übernehmen, giebt der Magistrat anheim, die hiernach erforderlich werdenden Besoldungen zu bewilligen.

Die Commission empfiehlt diesen Antrag zur Annahme.

Herr von Seckendorff erklärt, daß der auswärtige Lehrer, welcher 1500 *M.* beanspruche, seine Stellung auf Redners Veranlassung bereits am 1. Januar gekündigt habe, was zur Ermöglichung des Eintritts am 1. April nöthig gewesen sei. Er hoffe umsomehr auf Indemnität bezüglich dieses Vorgehens, als man in dem Betreffenden eine Lehrkraft erhalte, welche, nach der Thätigkeit in der bisherigen Stellung zu urtheilen, zur Ertheilung des Unterrichts in der unteren Bürgerschule, wofür dieselbe bestimmt sei, besonders befähigt erscheine. Auch sei der Umstand, daß man in dieser Persönlichkeit einen tüchtigen Zeichenlehrer gewinne, von wesentlicher Bedeutung; denn grade in den Bürgerschulen nützen seines Erachtens Zeichenlehrer von pädagogischer Ausbildung mehr als Künstler von Fach.

Herr Oberbürgermeister Pockels fügt noch hinzu, daß der Schulvorstand aus verschiedenen Gründen besonderes Gewicht auf die Gewinnung des gedachten Lehrers lege. Einmal sei dessen Probelection, nach einer Erklärung von betreffender Seite, sehr günstig ausgefallen, und außerdem liege es, wie schon von anderer Seite hervorgehoben worden, im Interesse der Schule, daß insbesondere in den unteren Classen der Zeichenunterricht in den Händen von Männern liege, welche schulmännische Ausbildung erhalten hätten. Eine auch in dieser Richtung zu verwerthende Kraft gewinne man mit dem hier fraglichen Lehrer.

Darauf wird dem Magistrats- bezw. Commissionsantrage gemäß beschlossen.

VII. Die städtische Bauverwaltung hat im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte und dem Kreisbranddirector eine Vergrößerung des Hofes des im Bau

begriffenen Feuerlöschgebäudes für dringend wünschenswerth erachtet. Dieser Ansicht beitreten, beantragt der Stadtmagistrat in seinem Schreiben vom 19. v. Mts. die Genehmigung einer mit dem Directorium des Waisenhauses B. M. V. getroffenen Vereinbarung, wonach das auf dem vorgelegten (in der Versammlung circulirenden) Situationsplane näher bezeichnete, zum Waisenhausgrundstücke gehörige Stallgebäude abzubrechen, die area desselben an die Stadt abzutreten, dagegen ein neues Stallgebäude, größtentheils auf städtischem Terrain, auf Kosten der Stadt herzurichten sein würde; durch die hiermit verbundene Grenzregulirung würde die Stadt 42,64 qm an Terrain gewinnen. Außer den bereits früher projectirten Nebengebäuden ist von der städtischen Bauverwaltung im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte noch die Herrichtung eines Laternenansteller-Locals für erforderlich erachtet. Der Magistrat beantragt auch hierzu die Genehmigung zu ertheilen, sowie die durch die vorgedachten Veränderungen gegenüber dem früheren Anschlage über den Bau der Nebengebäude entstehenden Mehrkosten von 11150 *M.* zu verwilligen.

Auf Befürwortung des Referenten der Statutencommission, Herrn Munte, wird den Magistratsanträgen gemäß beschlossen.

Bezüglich der übrigen Punkte der Tagesordnung

- 1) Maßregeln zur Ueberwachung der Prostitution,
- 2) Wahl von Mitgliedern der Musterungscommission für die Aushebung von Mobilmachungspsperden,
- 3) Wahl von Schiedsmännern in Folge der auf Bekämpfung von Viehseuchen sich beziehenden Gesetze,
- 4) Unterstützung eines erkrankt gewesenen Schulpedellen,

liegen Anträge auf Berathung in vertraulicher Sitzung vor, es wird daher,

nachdem Herr Kybik, welcher in der vorigen Sitzung, in der seine Wiederwahl zum stellvertretenden Vorsitzenden erfolgte, nicht zugegen war, unter dem Ausdruck des Dankes diese Wahl anzunehmen erklärt hat,

und nachdem an Stelle des im October v. J. aus der Versammlung ausgeschiedenen Herrn Steinau (für welchen die Wiederwahl Ende dieses Monats erfolgen soll) Herr Sievers als Mitglied der Finanzcommission gewählt worden ist,

die öffentliche Sitzung geschlossen.

In längerer vertraulicher Sitzung werden die vorhin erwähnten Gegenstände und Steuerreclamationen erledigt, auch Mittheilungen des Stadtmagistrats wegen Besetzung einer Lehrerstelle an der höheren Mädchenschule entgegengenommen.

(Beilage zu **N. 79** der **Braunschw. Anzeigen.**)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 52** de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. März 1882.

Öffentlich:

- I. Eingabe von Anwohnern der Friedrichstraße, Canalisation der Straße betreffend.
Vorlagen des Stadtmagistrats:
- II. Revision der städtischen Rechnungen v. J. 1879.
- III. Wiederbelegung eingegangener Capitalien der Stadt.
- IV. Vermietung einer Wohnung in dem der Stadt gehörenden Hause, Ecke der Bertram- und Leonhardstraße.
- V. Vergleich im Prozesse Wärtens ca. Stadt.
- VI. Prolongation der dem Unternehmer der Pferde-Eisenbahn für Anlage der Güterbahn gesetzten Frist.
- VII. Nachverwilligung von Mehrkosten zu der Tiefbrunnenanlage bei der Schule am Prinzenwege.
- VIII. Annahme eines Fortswarts für das sog. Fasanenhölzchen, desgl. Wahl von Mitgliedern einer Commission für Einrichtung des Grundstücks.
- IX. Genehmigung der Berufung eines auswärtigen Lehrers.
- X. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, betreffend die Verbesserung und Erweiterung der Wasserversorgungsanstalten der Stadt.

Vertraulich:

- 1) Wahl von Mitgliedern der Armen-Direction.
- 2) Beschlussfassung über eine Gemeindesteuer-Reclamation.

Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

Erledigung von Recursreclamationen gegen die Gemeindesteuer und Reclamationen gegen die Veranlagung gewerblicher Etablissements zu außerordentlichen Begebausträgen.

Entschuldigt Herr du Roi. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Die Sitzung wird vom Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Rybik, eröffnet.

Nach Genehmigung des Protokolls *N* 2

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß einer Anzeige des Stadtmagistrats vom 18. d. Mts. zufolge, an Stelle des wegen andauernder Kränklichkeit zurückgetretenen Stadtverordneten Kaufmann Eduard Steinau der Architect Julius Till bis zum Ablaufe des Jahrs 1886 zum Stadtverordneten gewählt sei.

Herr Till, zum ersten Male anwesend, wird vom Herrn Vorsitzenden im Namen der Versammlung willkommen geheißen.

Von Herrn Blasius ist folgender Antrag eingegangen: den Stadtmagistrat zu ersuchen, möglichst bald eine Vorlage über die Verbesserung und Erweiterung der Wasserversorgungsanstalten der Stadt zu machen.

Die Motivirung dieses Antrags wird der Geschäftsordnung gemäß bis zur Erledigung der Tagesordnung verschoben.

Zur Tagesordnung übergehend

I. verliest Herr Reuter als Referent der Statutencommission eine Eingabe von Anwohnern der Friedrichstraße vom 24. December v. J., in welcher die Versammlung gebeten wird, sich bei dem Stadtmagistrate dahin zu verwenden, daß die gedachte Straße canalisirt und in Stand gesetzt, auch mit Wasserleitung und einer genügenden Zahl von Gas-Laternen versehen werde. Die Petenten motiviren ihr Gesuch damit, daß die Friedrichstraße, welche von mehr als 1000 Menschen bewohnt werde, bei anhaltendem Regenwetter kaum zu passiren sei und in nassen Jahreszeiten die dortigen Keller fast sämmtlich unter Wasser gesetzt würden, daß die Anwohner ihr Schmutzwasser nicht unterzubringen wüßten und die dortige Straßenbeleuchtung ungenügend sei.

Referent bemerkt Folgendes dazu: Es sei in den letzteren Jahren vielfach vorgekommen, daß Eigenthümer von größeren Ackerstücken diese durch Ueberführung eines Weges getheilt und zu beiden Seiten Bauplätze verkauft hätten; diese Plätze seien dann bebaut worden, was die Baubehörde nach den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen nicht habe hindern können. Auf diese Weise seien vor den Thoren verschiedentlich Straßen entstanden, die sich alsbald mit Anwohnern gefüllt hätten. Dem wiederholten Drängen und Petitioniren derselben nachgebend, habe man dann diese Straßen auf Kosten der Stadt in Stand gesetzt, wozu von Rechtswegen die betreffenden Eigenthümer verpflichtet gewesen wären. Auch in Bezug auf die

Friedrichstraße, welche noch nicht in den Besitz der Stadt übergegangen, hätten schon Verhandlungen mit dem betreffenden Unternehmer stattgefunden, welche indeß, da dieser inzwischen verstorben, zu keinem Ergebnisse geführt hätten. Anlangend die Canalisirung der Friedrichstraße, welche dem bereits genehmigten Plane der Ostseite der Stadt angehöre, so könne damit nicht eher vorgegangen werden, als bis die erforderliche und auf Grund der bereits fertigen Pläne des Obergeringieurs Mitgau bei Herzoglicher Kreis-Direction beantragte landespolizeiliche Genehmigung des allgemeinen Canalisationsprojectes erfolgt sein werde. Sobald dieses geschehen und damit eine Canalwasserabführung in den Umfluthgraben gestattet sei, werde kein Hinderniß mehr im Wege stehen, mit der Canalisirung der Friedrichstraße zu beginnen. Hinsichtlich der Beleuchtung der Friedrichstraße bemerkt Referent, daß diese Straße bereits in das städtische Gasrohrnetz hineingezogen und der Länge derselben (400 Meter) entsprechend mit 4 Laternen versehen sei. Auch für die übrigen Straßen vor den Thoren rechne man 100 Meter auf eine Laterne.

Die Statutencommission empfehle, die Petition dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung, soweit solche den Umständen nach thunlich, zu übersenden.

Herr Blasius bittet dringend, schon aus gesundheitlichen Rücksichten mit der Canalisirung der Friedrichstraße sobald als thunlich vorzugehen. Dieselbe liege 2 bis 3 Meter tiefer als die benachbarten Straßen, die Gertrudenstraße auf der einen, die Elmstraße auf der anderen Seite, so daß auch das Wasser von diesen Straßen zu ihr dringe. Nach dem Sinken des Wassers bildeten sich allemal die gefährlichsten Miasmen, welche leicht Veranlassung zu epidemischen Krankheiten geben könnten.

Herr Oberbürgermeister Pockels hofft, daß das vor einigen Monaten von den städtischen Behörden genehmigte Gesamtcanalisationsproject auch in kürzester Zeit die landespolizeiliche Genehmigung erhalten werde, worauf der Magistrat sofort eine Vorlage wegen Canalisirung des in Rede stehenden Stadttheils einbringen werde; bis dahin jedoch, daß eine Anschließung der Canalisation an die Oker gestattet werde, müsse, wie der Herr Referent schon hervorgehoben habe, von Herrichtung einzelner Canalstrecken Abstand genommen werden, da es an der erforderlichen Vorfluth fehlen würde. Auf Wunsch der Versammlung könne ja die Erledigung dieser Angelegenheit bei der Landespolizei-Behörde seitens des Stadtmagistrats in Erinnerung gebracht werden.

Herr Blasius beantragt darauf: den Stadtmagistrat zu ersuchen, die geeigneten Schritte bei der Landespolizei-Behörde zu thun, daß die Genehmigung zur Canalisation der Stadt schleunigst ertheilt werde.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß es einerlei sei, ob man es hier mit einer Privatstraße oder mit einer städtischen Straße zu thun habe; die städtischen Behörden seien verpflichtet, für das Wohl beider gleich energisch einzutreten; auch die Anwohner von Privatstraßen seien Steuerzahler, fogut wie die der übrigen Straßen.

Die Schuld, daß in den letzteren Jahren weit ab vor den Thoren an Privatstraßen so viele Häuser entstanden, treffe nicht die Hausbesitzer, sondern die städtische Baubehörde, welche solch ein zweckloses und unregelmäßiges Bauen seiner Zeit gestattet habe.

Der Herr Referent tritt dieser Ansicht entgegen. Die Baubehörde trage diese Schuld nicht, denn sie habe, wie schon bemerkt, nach den bestehenden Bestimmungen das Bauen nicht hindern können. Einem Jeden habe das Recht zugestanden auf seinem Grundstücke zu bauen; habe er dieses Recht aber ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit und Lage des Bauplatzes ausgeübt, so folge daraus für die städtische Gemeinschaft nicht die Verpflichtung, auch nach allen Richtungen hin für ihn aufzukommen. Eine Berufung auf die Steuerpflicht der Anwohner könne Redner nicht gelten lassen, denn viele Straßen, wie auch die Friedrichstraße, brächten kein derartiges Steuerquantum auf, daß die beanspruchten kostspieligen Anlagen dadurch Deckung fänden. Wie würde eine solche Straße wie die Friedrichstraße, in der wenig oder gar keine Privatlammen vorhanden, mit ausreichender Gasbeleuchtung versehen werden, wenn der von den Anwohnern gezahlte Steuerbetrag für eine Anlage maßgebend sein sollte? In solchen Fällen müssen eben größere Consumenten an anderen Stellen mit bezahlen.

Nachdem Herr Munte noch mit einigen Worten das vorliegende Gesuch befürwortet hat, wird zunächst der Antrag der Commission, sodann der des Herrn Blasius angenommen.

II. trägt Herr Wolff vor, daß er die mittelft Magistratschreibens vom 1. Juni v. J. vorgelegten Rechnungen des städtischen Haushalts v. J. 1879 im Namen der Finanz-Commission revidirt und, nach Aufklärung einiger Punkte, richtig befunden habe.

Eine genaue Prüfung der auf die einzelnen Ausgabeposten bezüglichen Verwilligungen habe jedoch nicht vorgenommen werden können, indem dieselben nicht mit derjenigen Sorgfalt in die Voranschläge eingetragen seien, wie solche Zweck der Revision unumgänglich erforderlich sei. Irgend welche Zweifel über die Richtigkeit der ordnungsmäßigen Verwilligung der einzelnen Ausgabeposten seien der Commission jedoch nicht aufgestoßen.

Die Commission sei der Ueberzeugung, daß in Folge der Einwirkung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels auf die Etats- und Rechnungsverhältnisse ein präciseres Verfahren in dieser Beziehung Platz gegriffen haben werde, sie halte indeß, da ihr Rechnungen aus der neueren Zeit noch nicht vorgelegen, für ihre Pflicht, diesen Punkt nicht unerwähnt zu lassen und gebe daher anheim,

- 1) die Abrechnungen als richtig anzuerkennen und zu genehmigen,

2) dabei jedoch den Wunsch auszusprechen:

- a. die Abrechnungen sich sowohl in Bezug auf die Capitel wie auch auf die einzelnen Positionen derselben streng an die Eintheilung des Voranschlags anschließen zu lassen,
- b. soweit der Voranschlag überschritten ist, oder soweit Ausgaben im Voranschlage überhaupt nicht enthalten sind, genau vermerken zu lassen, an welchem Tage die nachträgliche Verwilligung der Stadtverordneten dafür erfolgt ist bez. auf Grund welcher Anweisung die Zahlung geschehen, eventuell ob noch eine nachträgliche Verwilligung nöthig ist,
- c. in gleicher Weise bei Wiederbelegung von zum Grundvermögen gehörenden Geldern verfahren lassen zu wollen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß die vom Referenten hervor- gehobenen finanzwirtschaftlichen Anschauungen auch vom Magistrate vertreten würden, und daß bereits seit einigen Jahren thatsächlich so verfahren werde, wie die Commission es wünsche; bei Prüfung der Rechnungen von 1880 werde man dieß finden. Er empfehle jedoch, auch den zweiten Theil des Antrags anzunehmen, weil damit eine Verabredung zwischen den städtischen Behörden constatirt werde, welche den Magistrat an die seinerseits in dieser Beziehung bereits getroffenen Einrichtungen auch für die Zukunft binde.

Der Commissionsantrag gelangt darauf in seinem ganzen Umfange zur Annahme.

III. wird auf einen Magistratsantrag vom 31. Januar c., über welchen namens der Finanzcommission Herr von Seckendorff referirt, beschlossen, von eingegangenen Capitalien der Stadt an den Zimmermann Spandau hieselbst auf sein an der Leopoldstraße Nr. 322 belegenes Grundstück 6000 M. zu 4½ % gegen hypothetische Sicherheit auszuleihen,

nachdem auf eine Anfrage des Herrn Munte bezüglich des Werths des gedachten Grundstücks und der daraus zu schließenden Sicherheit der Capitalbelegung vom Herrn Referenten befriedigende Auskunft ertheilt worden war.

IV. wird nach einem Berichte des Referenten der Statutencommission, Herrn Reuter, beschlossen, sich dem Magistratsantrage vom 3. v. Mts. gemäß damit einverstanden zu erklären, daß eine Wohnung in dem der Stadt gehörenden vormalen Wollemannschen Hause an der Ecke der Bertram- und Leonhardstraße vom 1. April c. an auf unbestimmte Zeit und vierteljährige Kündigung an den Zimmermann Heinrich Münster für 150 M. p. a. vermietet werde.

V. Im Jahre 1875 beantragte der Schänkwirth Märtens bei dem Stadtbauamte die Genehmigung der Vergrößerung seines an der Carlstraße belegenen Hauses. Diese Genehmigung wurde, weil die Vergrößerung mit dem Stadterweiterungsstatute im Widerspruche stand, abgelehnt. Nach verschiedenen Verhandlungen hat Märtens die Stadt verklagt, und ist letztere wegen Verfassung der Genehmigung zum Bauen zur Entschädigungsleistung verurtheilt. In der Liquidationsinstanz hat Kläger, welcher anfänglich 60 000 *M.* Entschädigung forderte, seine Ansprüche auf 30 000 *M.* herabgemindert. Gegenwärtig steht in dieser Sache in der Berufungsinstanz Termin an. Märtens ist inzwischen gestorben und sind dessen Erben bereit, die Klage fallen zu lassen, wenn die Stadt 1000 *M.* Entschädigung zahlt und ihre eigenen Proceßkosten trägt. Obwohl der Magistrat in seinem Schreiben vom 13. v. Mts. den klägerischen Anspruch wiederholt für unbegründet erachtet, so beantragt er doch, da der Ausgang des Processes mit völliger Sicherheit nicht vorausszusehen ist, ihn zur Annahme der gedachten Vergleichsproposition, durch welche der Stadt ein verhältnißmäßig nur geringes Opfer auferlegt wird, zu ermächtigen.

Auf Befürwortung des Referenten der Statutencommission, Herrn Heymann, wird diesem Antrage gemäß beschlossen.

VI. Nach den Bestimmungen des mit der hiesigen Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft unterm 11. Juni 1881 abgeschlossenen Vertrages würde die dieser Gesellschaft eingeräumte Befugniß zur Anlegung und zum Betriebe einer Güterbahn erlöschen, wenn die Bahn bis zum 1. April d. J. nicht in Angriff genommen und binnen 6 Monaten hergestellt werden würde. Der Vorstand der gedachten Gesellschaft hat nun in einer Eingabe an den Stadtmagistrat dargelegt, daß verschiedene inzwischen eingetretene Umstände, insbesondere aber die Projecte der Anlage einer Ringstraße und des Baues einer Eisenbahn von Braunschweig nach Gifhorn es im Interesse der Stadt wie der Güterbahnanlage wünschenswerth erscheinen lassen, die Inangriffnahme der letzteren bis zu einer definitiven Entscheidung der obigen beiden Projecte hinauszuschieben, weil event. die Herstellung einer dem Tractus der Ringstraße folgenden, mit Dampfkraft zu betreibenden Bahn von dem Bahnhofe der Gifhorer Bahn am Wendenthore westlich um die Stadt zum jetzigen Bahnhofe der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft zweckmäßiger sei, und hat deshalb gebeten, die Frist der Inangriffnahme der Güterbahn bis zum 1. Juli cr. zu prolongiren.

Dem Antrage des Stadtmagistrats vom 28. v. Mts., sich mit der erbetenen Prolongation einverstanden zu erklären, schließt sich die Statutencommission durch ihren Referenten, Herrn Schwarzenberg, an, und wird derselbe, nachdem Herr von Seckendorff erklärt hat, daß er sich als Vorsitzender im Aufsichtsrathe der Pferdebahn-Gesellschaft der Abstimmung enthalten werde, ohne Weiteres angenommen.

VII. wird nach einem Referate des Herrn Sievers für die Finanzcommission dem bezüglichlichen Ersuchen des Stadtmagistrats vom 24. v. Mts. entsprechend beschloffen, die bei Anlage des Tiefbrunnens bei der Schule im Prinzenwinkel dem Anschlage gegenüber entstandenen Mehrkosten von 600 *M.* nachzuverwilligen.

VIII. berichtet Herr Lüderßen für die Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 16. v. Mts., in welchem die Versammlung ersucht wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Militairpensionair Wilhelm Rohde unter Vorbehalt halbjähriger Kündigung gegen eine Remuneration von 180 *M.* p. a. und 30 *M.* Kleidergeld vom 1. Januar d. J. an zum Forstwärter des Fasanenholzes angenommen werde, ferner die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß das gegenwärtig zum Gemeindebezirke Riddagshausen gehörige Fasanenholz dem hiesigen Stadtbezirke zugelegt und das zur Regulirung dieser Angelegenheit Erforderliche beantragt werde, schließlich auch zwei Mitglieder der Versammlung zu einer aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten zu bildenden Commission zu wählen, welche unter Zuziehung eines Sachverständigen Vorschläge über die im Fasanenholze herzurichtenden Anlagen zu machen haben werde.

Die Commission schließt sich den Magistratsanträgen an und bringt bezüglich der Wahl die Herren du Roi und Winter in Vorschlag.

Herr Blasius fragt an, ob nicht veranlaßt werden könne, daß der zum Holze führende Weg in Stand gesetzt und mit einer passenden Allee versehen werde, und ob nicht Schritte gethan werden könnten, daß die Trommelübungen der Tambours des 67. Infanterieregiments, welche sehr belästigend seien, künftig im Fasanenhölzchen nicht mehr vorgenommen würden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß der erwähnte Weg, der sogen. Colonnenweg, kein städtischer sei, sondern zur Domaine Riddagshausen gehöre. Seitens der Militairbehörde würden alljährlich nicht unbedeutende Kosten auf diesen Weg verwandt, ihn aber ganz ordnungsmäßig in Stand zu setzen, würde des schlechten Untergrundes wegen sehr viel Geld kosten. Was die Trommelübungen anlange, so liege es auf der Hand, daß sich dieselben kein Eigenthümer auf seinem Grundstücke gefallen zu lassen brauche; bisher habe noch Niemand Klage darüber geführt, sobald diese Uebungen aber seitens der Stadt in dem Holze künftig nicht weiter erlaubt würden, müßten sie unterbleiben.

Herr Winter constatirt, daß der sog. Colonnenweg der Herzoglichen Cammer gehöre, welche denselben, da sie ihn gern los sein wolle, bereits der Altewieker Feldmark's-Interessentschaft angeboten habe. Das von Herrn Blasius erwähnte Trommeln sei in der That sehr unangenehm, weit unangenehmer sei aber, daß einzelne kleinere Militairabtheilungen beim Marsche von und nach dem Rußberge nicht den Colonnenweg, sondern die Brunnenstraße und den Weg durch das Fasanenholz benutzten und

bei geschlossenem Marschiren die Passanten oftmals nöthigten, den Weg zu räumen und in das Gehölz zu treten. Auch diesem Uebelstande werde abzuhelpen sein, wenn das Holz als Promenade und Vergnügungsort benutzt werden solle.

Danach werden die Magistrats- bezw. Commissionsanträge angenommen, auch per Aclamation die Herren du Roi und Winter in die gedachte Commission gewählt.

IX. wird nach einem Berichte des Herrn Schwarzenberg für die Schulcommission auf Ersuchen des Stadtmagistrats vom 13. v. Mts. die Genehmigung zur Berufung des Rectors Thoms zu Stendal an die höhere Mädchenschule hieselbst mit einem Anfangsgehalte von 3300 *M.* ertheilt.

Schließlich

X. motivirt Herr Blasius seinen Eingangs erwähnten Antrag: Unsere Stadt sei bezüglich der Wasserversorgung von Haus aus auf die Brunnen angewiesen; das Wasser derselben sei aber wenig brauchbar, zum Theil sogar schlecht, so daß es als Trinkwasser in den wenigsten Fällen zu verwenden sei. Man müsse daher auf das Leitungswasser nicht bloß als Brauch-, sondern auch als Trinkwasser recurriren. Zu beiden Zwecken sei indeß auch dieses Wasser, wie sich wohl Jeder bereits überzeugt haben werde, zeitweise gänzlich ungenügend; es sei häufig schmutzig, zuweilen braun gefärbt und enthalte eine Menge organischer Substanzen, sogar lebende Thiere, wie Fische, Bluteigel *rc.*

Daß das Leitungswasser als Trinkwasser nicht taue, unterliege keinem Zweifel, weniger bekannt dürfte indeß sein, daß das Reinigen von Häusern, Küchen, Fußböden *rc.* mit Wasser, welches viel organische Substanzen enthält, nach den neuesten Untersuchungen sehr gesundheitsgefährlich für die betreffenden Bewohner sei.

Wenn die Bestimmungen des städtischen Regulativs auch jeglichen Zwang zu besserer Wasserlieferung ausschließen, so sei es doch Pflicht der städtischen Behörden, nach besten Kräften Abhülfe zu schaffen.

Bei näherer Betrachtung unserer Wasserwerke liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Das Wasser wird von der Dfer in die Klärteiche, von diesen durch Röhren in das Filterbassin geführt und dann in die Stadt gepumpt. Aber nur $\frac{1}{3}$ des nöthigen Wassers kann auf diese Weise geliefert werden, $\frac{2}{3}$ muß, ohne das Klärbassin, oder ein Filter zu passiren, aus der Dfer in die Stadt gepumpt werden. Eine derartige Mischung von $\frac{1}{3}$ gereinigtem und $\frac{2}{3}$ absolut ungereinigtem Wasser sei aber nicht besser als direct aus der Dfer bezogenes Wasser.

Das Wasserwerk habe nur zwei Maschinen und diese müßten zur Beschaffung des nöthigen Bedarfs fortwährend in Thätigkeit sein. Wenn nun zu einer Zeit, wo die eine Maschine zur alljährlichen Reparatur aus einander genommen sei, die andere

durch einen unglücklichen Zufall unbrauchbar werde, so sei die gesammte Bevölkerung Braunschweigs ohne Wasser, was namentlich bei Feuersbrünsten, eine große Gefahr in sich schließe; einer solchen Gefahr sei die Stadt continuirlich ausgesetzt. Dies seien unsere jetzigen Zustände!

Welche Anforderungen seien nun an das Wasser zu stellen? — Als Nahrungsmittel und Genußmittel soll es klar, rein, kühl und wohlschmeckend sein. Dies ist nur zu erwarten von Wasser, welches aus dem Innern der Erde kommt, aus künstlichen oder natürlichen Quellen. Wenn derartiges Wasser für die Stadt geschafft werden solle, so müssen dazu entweder Tiefbrunnen gebohrt werden, oder es müsse, da man bezüglich des Wohlgeschmacks bei den bisher angelegten Tiefbrunnen keine besonders guten Erfahrungen gemacht habe, das Wasser aus dem Harze oder seinen Vorbergen herbeigeholt werden. Bei Verwirklichung dieses Project's würde die Stadt ein ausgezeichnetes Trinkwasser bekommen, besser als es beispielsweise Wien oder München aufzuweisen haben. Leider werde dieses Project aber zu theuer werden.

Der größte Theil des in die Stadt gepumpten Wassers diene zu Brauchzwecken, zum Reinigen u. Das Brauchwasser könne man rein und klar aus der Pfl. beziehen, wenn es nur in genügender Weise filtrirt werde. Das jetzige Filter, dem ein Reservefilter fehle, habe eine Fläche von ca. 1500 qm. Nach den Untersuchungen von Mitgau und Claus filtrire 1 qm mit unserem Filtermaterial ca. 3 cbm Wasser pro Tag; das ganze Filter also 4500 cbm. Da man aber, pro Kopf 150 Liter gerechnet, bei einer Einwohnerzahl von 100 000 etwa 15 000 cbm nöthig haben würde, so müßten, um gutes, brauchbares Wasser genügend zu bekommen, mindestens 3 derartige Filter und ein Reservefilter vorhanden sein, müßten die Klärteiche vergrößert, vielleicht die Teiche im Kennel bei Richmond zugenommen und die Maschinen vermehrt und vergrößert werden, oder es müßte ein Hochreservoir auf Charlottenhöhe angelegt werden.

Ueber alle diese Projecte werde schon seit Jahren gesprochen und die Pläne seien bereits zum Theil fertig; es sei daher gewiß an der Zeit, den Magistrat zu bitten, den jetzigen schreienden Uebelständen abzuhelpen und mit irgend welchen Vorschlägen hervorzutreten. Am theuersten sei das Project der Harzwasserleitung, dann das des Hochreservoirs auf Charlottenhöhe und am Billigsten würde die Erweiterung des jetzigen Wasserwerks unter Hinzunahme eines Klärbassins im Kennel bei Eisenbüttel zu stehen kommen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß die Deputation für Gas- und Wasserwerke mit der practischen Lösung der allerdings dringlichen Wasserfrage zur Zeit beschäftigt sei, sowie daß für die derselben vorliegenden drei Projecte bereits Referenten bestellt seien und man sich in der auf Anfang nächster Woche anberaumten gemeinschaftlichen Sitzung von Magistrat und Deputation über die Annahme eines dieser Projecte schlüssig machen werde.

Herr Blasius zieht nach dieser Erklärung, die er mit Befriedigung acceptirt, seinen Antrag zurück.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In vertraulicher Sitzung wird sodann die Wahl von Mitgliedern der Armen-direction auf Grund der neuen Armenordnung vorgenommen. Gewählt werden die Herren Kloss, Hasenbalg und Ramdohr.

Nach Erledigung einer Steuerreklamation, werden endlich

in gemeinschaftlicher Sitzung

Recursreklamationen gegen die Gemeindesteuer und Reklamationen gegen die Veranlagung gewerblicher Etablissements erledigt.

(Beilage zu **N. 139** der **Braunschw. Anzeigen.**)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 79** de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 4.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 20. April 1882.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Revision des Statuts wegen Untersuchung des eingeführten Fleisches.
- II. Verwaltung der Siffhorn'schen Stiftung.
- III. Niederlegung eines Processus gegen Levin Rieks.
- IV. Rechnungsabluß der städtischen Wasserwerke de 1880 und Verwendung des Ueberschusses.
- V. Ueberweisung eines seitens der städtischen Wasserwerke zurückzahlenden Capitals an den Betriebsfonds der Stadtkasse.
- VI. Verwaltung der Bölsche'schen Stiftung.
- VII. Ueberlassung von Begeterrain am Hültenwege an einen Anlieger.
- VIII. Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Altstadtmarkt.
- IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, die Wiederbesetzung der Stelle eines General- und Stadtsuperintendenten in Braunschweig betreffend.

Vertraulich:

Anstellung eines anderen Thierarztes beim städtischen Schlachthaus, Annahme eines Gehülfen desselben u.

Entschuldigt die Herren Ding, Kybik, Ramdohr und Reiche. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Herr Vorsitzende Otto zunächst mit, daß der Versammlung zwei Exemplare »Mittheilungen aus dem Geschäftsbereiche der Herzoglichen Baudirection pro 1880« zugegangen seien, und daß dieselben zur Verfügung der Mitglieder, welche sie einzusehen wünschten, ständen.

Das Protokoll *N.* 3 wird unter dem Bemerken genehmigt, daß es auf Seite 20 Z. 2 v. u. nicht »als Vorsitzender im Aufsichtsrathe« sondern »als Mitglied des Aufsichtsraths« heißen muß.

Ein von Herrn Blasius eingebrachter Antrag, die Wiederbesetzung der Stadt-superintendenten-Stelle in Braunschweig betreffend, findet nach Erledigung der Tagesordnung seine Begründung.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 7. v. Mts. — Nach §. 9 des Statuts vom 18. Juni 1880, die Untersuchung des zum Verkaufe und Genuße von Außen her in die hiesige Stadt gebrachten Fleisches betreffend, soll nach Ablauf eines Jahrs oder auf Verlangen des Herzoglichen Staatsministerium noch früher eine Revision dieses Statuts stattfinden. Der Magistrat hat nach Anhörung der Schlachthausdeputation diese Revision vorgenommen, und es hat sich ergeben, daß einige Aenderungen wünschenswerth erscheinen.

Die Ausnahmebestimmung in §. 1 Absatz 2 des Statuts, wonach Schlachtwaaaren, welche von hiesigen Einwohnern nicht behuf gewerbsmäßiger Verwerthung, sondern lediglich für ihren häuslichen Bedarf außerhalb des Stadtgebiets gekauft und dann denselben zugeführt werden, der im §. 1 Absatz 1 vorgeschriebenen Untersuchung nicht unterliegen sollen, hat dahin geführt, daß von verschiedenen in benachbarten Ortschaften wohnenden Schlachtern wöchentlich mehrere Male Gesellen in die hiesige Stadt geschickt werden, um von hiesigen Einwohnern Bestellungen auf Fleischwaaaren zum häuslichem Bedarfe entgegenzunehmen. Die bestellten Schlachtwaaaren werden sodann am folgenden Tage den Bestellern zugeführt, ohne der vorgeschriebenen Untersuchung unterworfen zu werden.

In dieser Praxis, welche bereits eine große Ausdehnung gewonnen hat, ist eine nicht geringe Gefahr sowohl für das in hiesiger Stadt betriebene Schlachtergewerbe als auch in gesundheitspolizeilicher Hinsicht zu erblicken.

Die hiesigen Schlachter haben den Landschlachtern gegenüber bei Weitem größere Geschäftskosten zu tragen, letztere können daher das Fleisch zu einem namhaft billigeren Preisen liefern und bereiten somit den hiesigen Schlachtern eine gefährliche Concurrenz.

Wenngleich nun die Billigkeit des auf diese Weise von Außen eingebrachten Fleisches dem Interesse des consumirenden Publicums entspricht, so ist doch gleichzeitig mit dem obengedachten Verfahren derjenige gesundheitsgefährliche Nachtheil

verbunden, welcher durch Errichtung von Schlachthäusern, die Einführung des Schlachthauszwanges, sowie durch die statutarisch angeordnete Untersuchung des von Außen eingebrachten Fleisches vermieden werden soll. Es wird auf die angedeutete Weise eine große Menge von Fleischwaaren ununtersucht in die Stadt eingeführt und es ist leider nur zu wahr und auch nicht selten sogar bei Verkäufen auf offenem Markte constatirt, daß von den Landschlachtern das Fleisch von crepirtem Vieh oder von kranken Thieren in die Stadt eingeführt und daselbst zum Genuße verkauft wird. Die angedeuteten Gefahren werden aber noch dadurch vergrößert, daß neben den wirklich bestellten Fleischwaaren noch größere Mengen von nicht bestellten Fleischwaaren unter dem Vorgeben, daß dieselben bestellt seien, eingeführt und zum Verkaufe gebracht werden und daß die Controle über bestelltes oder nicht bestelltes Fleisch äußerst schwierig, ja oft unausführbar ist.

Um dem geschilderten Unwesen abzuhelpen, schlägt der Magistrat vor, den letzten Absatz des §. 1 folgendermaßen zu fassen:

»Befreit von der Untersuchung sind Schlachtwaaren, welche von hiesigen Einwohnern nicht behuf gewerbsmäßiger Verwerthung, sondern lediglich für ihren häuslichen Bedarf außerhalb des Stadtgebiets gekauft werden, sofern solche Waaren von Personen bezogen beziehentlich in die hiesige Stadt eingeführt werden, welche das Schlachten von Vieh oder den Handel mit Schlachtwaaren nicht gewerbsmäßig betreiben.«

Vor Erlaß dieser statutarischen Vorschrift muß jedoch der §. 2 des Gesetzes vom 12. April 1876 *Nr.* 40, die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser in den Gemeinden des Herzogthums betreffend, dahin erweitert werden, daß nicht allein alles zum Verkaufe und Genuße von Außen her in die Gemeinde gebrachte Fleisch vor dem Uebergange in den freien Verkehr, sondern auch das zum Genuße von außerhalb gekaufte und sodann in die Gemeinde eingeführte, alsdann und zwar vor der Aushändigung an den Käufer der Untersuchung zu unterwerfen ist, wenn dasselbe von gewerbsmäßigen Schlachtern oder Händlern mit Fleisch eingebracht wird. —

Die Statutencommission verkennt nicht, daß das bezeichnete Verfahren der Landschlachter einen argen Unfug involvirt, eine Manipulation, welche nur auf Umgehung der Untersuchungspflicht berechnet ist; sie hält deshalb, um die unangenehme Frage, wo die Untersuchungspflicht in concreto vorhanden, völlig auszuschließen, eine materielle Erweiterung der Untersuchungspflicht in der vorgeschlagenen Richtung für empfehlenswerth, stimmt auch dem Magistrate darin bei, daß, bevor eine statutarische Erweiterung in dieser Beziehung getroffen werden kann, eine Erweiterung unseres Landesgesetzes erforderlich erscheint.

Die Commission giebt daher anheim, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzöglichem Staatsministerium die gedachte Erweiterung des Landesgesetzes zu erwirken. Bei der augenblicklichen Lage der Sache schon jetzt über die beantragte Aenderung

des Absatzes 2 des §. 1 in eine Berathung einzutreten, erscheint der Commission indeß nicht empfehlenswerth, weil dieselbe davon abhängt, ob und event. in welcher Weise das Herzogliche Staatsministerium die vorgeschlagene Aenderung des Landesgesetzes herbeiführt, indem im Falle einer Ablehnung die Berathung gegenstandslos werden würde. Sie giebt daher ferner anheim, eine Beschlussfassung über die beantragte Aenderung des Absatzes 2 des §. 1 des Statuts solange auszusparen, bis eine Entscheidung des Herzoglichen Staatsministerium wegen event. Aenderung des Landesgesetzes erfolgt sein wird. —

Die Bestimmung in §. 7 sub a läßt zu, daß frisches Fleisch in kleinen Stücken nicht unter 5 kg Gewicht von Außen in das hiesige Stadtgebiet eingeführt werde. Diese Bestimmung ist nach der übereinstimmenden Ansicht des Stadtphysikus und der darüber vernommenen Thierärzte gefahrbringend. Die sämmtlichen Sachverständigen stimmen darin überein, daß von krankem und gesundheitsnachtheiligem Vieh sich immerhin einzelne Stücke im Gewichte von 5 kg abtrennen lassen, welche Krankheits Symptome nicht darbieten. Die Untersuchung solcher kleiner Fleischstücke könne keine Garantie dafür bieten, daß das Thier, von welchem solche Stücke entnommen, gesund gewesen sei. Sollte die Untersuchung den angestrebten Nutzen gewähren, so müsse das Fleisch in Hälften oder Vierteln der geschlachteten Thiere vorgelegt werden.

In Rücksicht hierauf schlägt der Magistrat für 7 a folgende Fassung vor:

- »a. Das frische Fleisch von Ochsen, Bullen, Kühen, Pferden und Schweinen darf in kleineren Stücken als Vierteln, das aller übrigen Schlachtthiere in kleineren Stücken als Hälften der geschlachteten Thiere nicht eingeführt werden«. —

Die Statutencommission verhehlt sich nicht, daß die vorgeschlagene Maßregel eine gewisse Wertheuerung des von Außen eingeführten Fleisches zur Folge haben werde, sie muß sich aber auf der anderen Seite sagen, daß der Hauptzweck des Statuts darin besteht, das Publikum möglichst vor dem Genuß gesundheitsgefährlichen Fleisches zu schützen, und wenn nach den einzelnen bestimmten Gutachten aller beteiligten Sachverständigen dieser Zweck bei den jetzt in Kraft bestehenden statutarischen Bestimmungen nicht erreicht werden kann, sondern die vorgeschlagene Verschärfung dazu nothwendig ist, so hält die Commission auch die Annahme dieses Antrags für empfehlenswerth. —

Nach den jetzigen Bestimmungen ist für alle auf den Wochenmärkten in einer Bude feilgehaltenen Fleischwaaren bis zum Gesamtgewichte von 100 kg eine Untersuchungsgebühr von 1 M 50 A zu zahlen. Findet eine Ueberschreitung dieses Gewichtes statt, so sind für jede weiteren 50 kg 25 A mehr zu entrichten. Die hier nach eingeräumte Gebührenfreiheit für ein Mehrgewicht bis zu 50 kg ist insofern ungerechtfertigt, als danach auswärtige Fleischer Hammel oder Kälber bis zu 50 kg

feil halten können, ohne davon Untersuchungsgebühren zu entrichten, während dafür im Schlachthause und an der in der Stadt befindlichen Untersuchungsstelle 2 A pro kg bezahlt werden müssen. —

Die Commission giebt anheim, sich im Principe damit einverstanden zu erklären, daß auch für eine geringere Gewichtsüberschreitung als 50 kg Gebühren im vorgeschlagenen Betrage von 15 A pro 10 kg zu entrichten seien, die Regulirung im Einzelnen aber dem Stadtmagistrate zu überlassen und an denselben das Ersuchen zu richten, nochmals in Erwägung zu ziehen, ob dieser Punkt nicht noch in einer anderen Weise, entweder dahin, daß die Gebühr pro Kilogramm, oder dahin, daß sie pro Hälften bezw. Viertel der eingeführten geschlachteten Thiere, auf Grund der vorhin genehmigten Statutenänderung festgesetzt werde, zu reguliren ist.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erklärt namens des Stadtmagistrats, daß keine Veranlassung vorliege, schon jetzt auf eine Aenderung des Absatzes 2 des §. 1 des Statuts zu dringen, empfiehlt vielmehr, dem Commissionsantrage entsprechend zu beschließen. Der Magistrat habe sich, um nicht unnützerweise Anträge an das Herzogliche Staatsministerium zu richten, durch seinen Antrag nur vergewissern wollen, daß die Versammlung auch im Principe mit einer Statutenänderung einverstanden sei. Daß die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministerium in gewünschter Weise erfolgen werde, sei zu hoffen.

Herr Kiefe verkennt das Bestreben des Stadtmagistrats, auch die auf den Fleischconsum in hiesiger Stadt bezüglichen Einrichtungen und Bestimmungen zum Wohle der Bürgerschaft nach Kräften zu verbessern, nicht, er glaubt jedoch, daß es trotz aller Statutenänderungen niemals gelingen werde, alle Unregelmäßigkeiten in dieser Beziehung zu beseitigen. Er wolle die Gutachten der Aerzte nicht anzweifeln, doch seien dieselben nach seiner Ansicht auch nicht immer unumstößlich, denn wie wäre es sonst möglich, daß, wie vorgekommen, verschiedene Personen an der Trichinosis erkrankten, die Fleisch von einem Schlachter bezogen, welcher nur im Schlachthause schlachte?

Ferner sei darauf hingewiesen, in welcher Weise die Landschlachter auf ihren Verdienst bedacht seien. Auch die hiesigen Schlachter suchten ihre Vortheile, wo sie nur irgend könnten. Dieselben würden bekanntlich auf Grund der sog. Viehbücher zur Communalsteuer herangezogen; einige hätten nun bereits angefangen, Fleisch für ihr Geschäft zuzukaufen, damit ihre Bücher eine geringere Anzahl geschlachteter Thiere aufwiesen und sie auf diese Weise weniger Steuern zu bezahlen brauchten, als sie ihrer Einnahme nach von Rechtswegen bezahlen mußten.

Hierauf wird den Magistrats- bezw. Commissionsanträgen gemäß beschlossen.

II. erstattet Herr Lüderßen für die Statutencommission Bericht über eine Magistratsvorlage vom 14. v. Mts. — Die Wittwe des Kreisrichters Giffhorn hat

die hiesige Stadtgemeinde zur Erbin ihres Nachlasses von 27 000 *M.* unter der Bedingung eingesetzt, neben Auszahlung einiger besonders ausgefetzten Legate eine milde Stiftung unter dem Namen »Giffhorn'sche Stiftung« zu begründen und die Zinsen in Legaten von je 100 *M.* an bedürftige Personen beiderlei Geschlechts zu vertheilen. Der Stadtmagistrat soll diese Stiftung verwalten, den Stadtverordneten aber ein Recht zur Mitwirkung bei der Auswahl der zu unterstützenden Personen eingeräumt werden.

Der Stadtmagistrat beabsichtigt, die Stiftung von der aus zwei Magistratsmitgliedern und drei von der Versammlung zu wählenden Mitgliedern bestehenden Armendirection verwalten zu lassen, dieser auch die Auswahl der zu unterstützenden Personen zu überlassen, und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Die Commission beantragt, dem Stadtmagistrate anheimzugeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadtmagistrat selbst die Legate dieser Stiftung auf Vorschlag einer Commission, welche aus den nach Maßgabe des Statuts vom 29. Januar 1881 der Armendirection angehörigen fünf Mitgliedern besteht, vergebe.

Der Commissionsantrag findet ohne Debatte die Zustimmung der Versammlung.

III. wird nach einem von Herrn Heymann für die Statutencommission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 23. v. Mts. gemäß beschlossen, sich mit der Beilegung des gegen den Particulier Levin Rieks hieselbst wegen Erstattung von Verpflegungsgebern seiner Zeit beschlossenen Processes einverstanden zu erklären.

IV. Unterm 24. v. Mts. ist der Versammlung vom Stadtmagistrate der Rechnungsabschluß des städtischen Wasserwerks für das Jahr 1880, welcher einen Gesamtgewinn von 89 824 *M.* 72 *S.* aufweist, vorgelegt worden. Der Stadtmagistrat hat gegen diesen Abschluß nichts zu erinnern gefunden und giebt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction des Wasserwerks für das Betriebsjahr 1880, vorbehältlich der annoch vorzunehmenden Vergleichung des Abschlusses mit den Büchern, Decharge ertheilt werde.

Von dem Gewinne sollen nach Vorschlag der Deputation

- 4500 *M.* — 2 auf Amortisation von Obligationen verwendet,
- 5442 » 96 » dem Anlagecapital als nicht zu verzinsendes Capital für Erweiterung des Rohrnetzes zugeschrieben,
- 69500 » — » an die Stadtcasse auf deren Capitalsforderung zurückgezahlt,
- 4500 » — » auf die Beschaffung eines neuen Geldschrankes und sonstiger Inventariestücke verwendet
- und
- 5881 » 76 » dem Betriebsfonds überwiesen werden.

Der Magistrat beantragt diesen Vorschlägen die Zustimmung zu ertheilen.

Der Referent der Finanzcommission, Herr von Seckendorff nimmt im Specielleren Bezug auf den den Herren unlängst zugestellten autographirten Jahresbericht über das Wasserwerk, aus welchem hervorgeht, daß der Wasserconsum ein bedeutender gewesen ist und die Betriebskosten sich durch günstige Conjunctionen und sorgsame Wirthschaftlichkeit der Direction verringert haben, so daß eine Ersparung an der veranschlagten Summe hat erzielt werden können.

Die Commission giebt die Annahme der Magistratsanträge anheim, spricht jedoch dabei den Wunsch aus, daß der Rechnungsabschluß in Zukunft früher eingereicht werden möge, da dieses nach §. 10 des Regulativs schon im Februar des nächstfolgenden Kalenderjahrs geschehen solle.

Herr Rieke vermißt in den Vorschlägen bezüglich der Verwendung der Ueberschüsse einen Ansat für eine allgemeine Straßenbesprengung, die in sanitärer wie mancher anderen Beziehung von höchster Wichtigkeit sei.

Herr Reuter hält aus verschiedenen Gründen für absolut unmöglich, den Abschluß schon im Februar einzureichen. Das Regulativ schreibe dies allerdings vor, doch müsse man bedenken, daß dasselbe zu einer Zeit beschlossen sei, wo das Wasserwerk noch verhältnißmäßig geringe Dimensionen hatte. Es sei daher zunächst das Regulativ in dieser Beziehung zu ändern und der Termin auf etwa vier Monate hinauszuschieben.

Danach werden die Commissionsanträge genehmigt.

V. wird nach einem fernerem Berichte des Herrn von Seckendorff auf das bezügliche Magistrats Schreiben vom 24. v. Mts. beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß seitens des städtischen Wasserwerks 69500 *M.* an die Stadtcasse auf deren Capitalforderung von 169500 *M.* zurückgezahlt und beim Betriebsfonds der Stadtcasse unter entsprechender Erhöhung desselben vereinnahmt werden,

nachdem der Herr Referent noch bemerkt hatte, daß dieser Posten nach einer in der Commissionsitzung mit dem Vertreter des Stadtmagistrats getroffenen Vereinbarung an den betreffenden Stellen in Einnahme und Ausgabe gebucht werden werde.

VI. Der verstorbene Geheime Legationsrath Bölsche zu Lübeck hat der hiesigen Stadt ein Capital von 15000 *M.* in 4½procentigen schwedischen Reichshypothek-Pfandbriefen zur Errichtung einer Stiftung vermacht, welche den Namen »Bölschesche Stiftung« führen soll. Der Stadtmagistrat beabsichtigt nach seinem Schreiben vom 28. v. Mts., die Verwaltung dieser Stiftung und die Vertheilung der Zinsen des Stiftsvermögens, welche einer Bestimmung des Erblassers gemäß alljährlich an dessen

Todestage, den 25. Januar, an hilfsbedürftige Personen vertheilt werden sollen, der aus zwei Mitgliedern des Stadtmagistrats und drei von den Stadtverordneten zu wählenden Mitgliedern bestehenden Armendirection zu übertragen und ersucht die Versammlung, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission, für welche Herr Grote berichtet, beantragt, dem Magistrate anheimzugeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Vertheilung der Legate einer Commission übertragen werde, welche aus den nach Maßgabe des Statuts vom 29. Januar 1882 der Armendirection angehörigen fünf Mitgliedern besteht.

Dieser Antrag findet die sofortige Zustimmung der Versammlung.

Einer Aufforderung des Herrn Vorsitzenden Folge gebend, erheben sich sodann die Anwesenden zum Zeichen des Dankes und in Anerkennung des Wohlthätigkeitssinnes der in der heutigen Sitzung genannten beiden Stifter von ihren Sitzen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung, die anderweite Unterbringung der Sammlungen des städtischen Museums betreffend, wird von der heutigen Berathung ausgeschlossen, weil die Finanzcommission noch nicht in der Lage gewesen ist, die Angelegenheit genügend vorzuberathen.

VII. wird einem Magistratschreiben vom 11. d. Mts. gemäß auf einen Vortrag des Referenten der Statutencommission, Herrn Schwarzenberg, beschloffen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Webermeister Nickel hieselbst das zwischen seinem Grundstücke, Bültzenweg *N* 61 und der neuen Straßengrenze belegene, 16,8 qm haltende Terrain unentgeltlich zu Eigenthum überlassen werde.

VIII. referirt Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 15. d. Mts., den Durchbruch einer Straße vom Bankplatze nach dem Altstadtmarkte betreffend.

Der Stadtmagistrat hat mit diesem Schreiben (welches Referent verliest) eine von einer großen Anzahl von Eigenthümern der am Bankplatze, an der Poststraße, dem Altstadtmarkte, der Gördelinger- und Breitenstraße belegenen Häuser unterzeichnete Eingabe, ein Gesuch des Petritthordistrictsvereins sowie ein Gesuch des Hohethordistrictsvereins überreicht, in welchen Eingaben auf die Wichtigkeit der projectirten Verbindungsstraße hingewiesen und besonders hervorgehoben wird, daß durch den bedauerlichen Rückgang der hiesigen Messen die an den bezeichneten Straßen belegenen, größtentheils zu theuern Preisen erworbenen Häuser eine namhafte Entwerthung erlitten haben, daß ferner durch die Anlage der Friedrich-Wilhelmstraße und der verlängerten Münzstraße der Verkehr, welcher vordem der Altstadt zugewandt gewesen, diesen neuen Straßen und dem nördlichen Stadttheile zugeführt werde und daß ein zweckmäßiger und durch Billigkeitsrücksichten gebotener Ausgleich dieser Verkehrsver-

schiebung nur dadurch herbeigeführt werden könne, daß die Altstadt mit dem Bahnhofe in eine directere, durch den projectirten Straßendurchbruch zu erzielende Verbindung gebracht werde.

Auch der Stadtmagistrat verkennt keineswegs, daß die projectirte Straßenanlage zur Erleichterung des Verkehrs zwischen dem Bahnhofe und den oben benannten Theilen der Altstadt wesentlich beitragen und immerhin einen günstigen Einfluß auf die in jenen Stadttheilen belegenen Geschäfte und den Werth der dortigen Grundstücke ausüben würde. Da sich nun auch, nachdem zum Zwecke der fraglichen Straßenanlage das alte Postgebäude, die Häuser des Hotelbesizers Halbrock am Bankplatze und des Uhrmachers Brandes an der Jacobstraße, letztere unter Vorbehalt des Rücktritts, zu mäßigen Preisen angekauft sind, sich zur Zeit eine äußerst günstige, vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zur Ausführung des Projectes darbietet, so ist der Magistrat geneigt, dasselbe durch eine namhafte Beihülfe aus städtischen Mitteln, selbst bis zur Höhe von 100 000 *M.*, zu fördern, derselbe beharrt aber bei dem schon früher von ihm eingenommenen und vom Stadtbauamte empfohlenen Standpunkte, wonach die Stadt in erster Linie nicht als Unternehmer aufzutreten, sondern einem dritten Unternehmer gegenüber sich nur zu einem festen Beitrage zu verpflichten haben würde. Da nun auch schon von einer größeren Anzahl von Privatpersonen Beihülfen zu dem Unternehmen im Gesamtbetrage von ca. 27 600 *M.* zugesagt sind, so hat der Magistrat bei der Wichtigkeit der Sache und dem lebhaften Interesse, welches dem Unternehmen von einer großen Anzahl hiesiger Bürger zugewandt wird, nicht unterlassen wollen, der Versammlung von dem augenblicklichen Stande dieser Angelegenheit Mittheilung zu machen, und derselben Gelegenheit zu geben, den fraglichen Gegenstand in nähere Erwägung zu ziehen und eventuell Stellung zu derselben zu nehmen.

Referent macht hierauf einige Mittheilungen aus den Acten, namentlich über den Kostenpunct. Nach dem Anschlage des Stadtbauraths Winter würden sich die Kosten auf insgesammt 292 000 *M.* belaufen; da aber von dieser Summe etwa 144 000 *M.* für Bauplätze abgehen und bereits 27 600 *M.* von Privatpersonen gezeichnet sind, so würden seitens der Stadt etwa noch 120 000 *M.* zuzuschießen sein. Die Angelegenheit habe nun seit Eingang des oben gedachten Magistratschreibens insofern eine völlig andere Gestalt angenommen, als sich bereits ein Unternehmer in der Person des Baumeisters Barth gefunden habe, welcher das gedachte Straßenproject nach Maßgabe des vom Stadtbaurathe Winter ausgearbeiteten (im Sitzungssaale zur Ansicht ausgehängten) Plans auszuführen sich bereit erklärt habe. Eine schleunige Beschlußfassung in dieser Angelegenheit sei nun höchst wünschenswerth, weil mit verschiedenen Hausbesitzern bereits Verträge abgeschlossen seien, von denen ein sehr wichtiger bis zum 4. Mai den Rücktritt gestatte. Da nun aber in Ermangelung eines Antrags in der Magistratsvorlage auch die Commission einen bestimmten Antrag nicht

habe einbringen können, so stelle er (Referent) persönlich den Antrag: die Versammlung wolle sich mit der Ansicht des Stadtmagistrats bezüglich der Wichtigkeit des in Rede stehenden Straßendurchbruchs sowie mit der Leistung eines namhaften Zuschusses seitens der Stadt im Principe einverstanden erklären, und die Finanzcommission ersuchen, geeignete Vorschläge schleunigst zu machen.

Ueber die sofortige Zulassung des persönlichen Antrags des Herrn Referenten zur Berathung und Beschlußfassung entspinnt sich eine längere Debatte, an welcher sich außer dem Herrn Vorsitzenden die Herren Nieß, Reuter, Heymann, von Seckendorff, Munte, Semler, Kieke und der Herr Referent betheiligen. Die Mehrzahl der Herren spricht sich dafür aus, daß bei der Wichtigkeit des Antrags eine gründliche Vorprüfung desselben seitens der Commission erforderlich sei. Ein Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, in eine Besprechung der Angelegenheit einzutreten, etwaige Anträge aber, wie auch den des Herrn Referenten als selbstständige zu behandeln und der Geschäftsordnung entsprechend nach erfolgter Unterstützung der Commission zur Vorprüfung zu überweisen, findet keinen Widerspruch.

Es nimmt sodann zunächst Herr Wolff wieder das Wort. Derselbe bemerkt, daß er zwar verschiedene schwerwiegende Gründe zur Motivirung seines Antrags vorbringen könne; er sei indeß zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Gründe durch den Läuterungsproceß der Commission nur noch gewinnen könnten und er beantrage daher: das vom Stadtmagistrate übersandte Material der Finanzcommission mit dem Auftrage zu überweisen, der Versammlung einen darauf bezüglichen Vorschlag schleunigst zu unterbreiten.

Dem Herrn Vorsitzenden scheint es, als ob man sich immer noch in demselben circulus vitiosus bewege; er hält deshalb für wünschenswerth, daß diesem Antrage zunächst eine materielle Basis gegeben werde und ertheilt sodann

Herrn Stadtrath Schöttler das Wort. Derselbe führt Folgendes aus: Zwar sei er Freund und College des Mannes, des Herrn Stadtrath Götte, von welchem im Wesentlichen die Initiative für das in Rede stehende Project ausgehe; dessen ungeachtet wolle er sich einige Worte zur Empfehlung dieses Projectes erlauben.

Das Project sei seit längerer Zeit stadtbekannt; es sei viel darüber hin und her gesprochen und man habe Äußerungen über die Beweggründe gehört, die er zunächst zur Vertheidigung des Herrn Götte näher beleuchten müsse. Man habe Herrn Götte vorgeworfen, daß er bei dieser Sache Privatinteressen verfolge: einmal wolle derselbe direct dabei verdienen und zweitens wolle er sein Geschäft an der Ecke des Altstadtmarktes dadurch heben. Redner könne nun constatiren, daß dem nicht so sei. Herr Götte habe schon längst, ehe auch nur an die Verlegung der Post gedacht wurde, mehr als einmal gesprächsweise geäußert, daß unter allen Umständen einmal etwas geschehen müsse, um die Altstadt in eine bessere Verbindung mit den neuen Verkehrswegen und dem Bahnhofe zu bringen, und zu dem Ende müsse ein Straßen-

durchbruch vom Bahnhofe zum Altstadtmarkte vorgenommen werden. Dies gehe aber nicht eher, als bis die Post verlegt und das alte Postgebäude verkauft würde; letzteres müsse man dann auf alle Fälle in die Hände der Stadt zu bekommen suchen und werde er (Götte) event. das Gebäude selber ankaufen und demnächst der Stadt zum Zwecke der Straßendurchlegung offeriren.

Er (Redner) habe damals Bedenken getragen und Herrn Götte von seinem Vorhaben abgerathen; er habe demselben die Schwierigkeiten, mit welchen die Durchführung des Projectes verknüpft sein werde, vorgehalten und ihn besonders darauf aufmerksam gemacht, daß man in Braunschweig derartige Unternehmungen gar nicht gewohnt sei und vor großen Geldopfern zurückschrecken werde. Herr Götte habe sich aber von der einmal gefaßten Idee nicht abbringen lassen, er habe das alte Postgebäude gekauft und nunmehr der Stadt zur Verfügung gestellt.

Vielseitig habe man in der Stadt die Ansicht äußern hören, daß bei Ausführung der gedachten Straßenanlage ein bedeutendes Geschäft zu machen sei und man derartige Zwecke nicht unterstützen müsse. Er frage, inwiefern denn ein Geschäft dabei gemacht werden könne? Herr Götte habe das Postgebäude der Stadt zur Anlegung einer Straße zu denselben Kosten offerirt, die ihm selber aus dem Ankaufe erwachsen, er verdiene also nichts dabei. Der einzige Vortheil, worauf derselbe rechnen könne, sei der, den jeder Geschäftsinhaber der Altstadt durch Verwirklichung des Projectes zu erwarten habe.

Daß die Altstadt an Verkehr nicht unbedeutend verloren habe, könne nicht bestritten werden; schon stehe eine Anzahl von Geschäftslokalen in jener Gegend leer und dieser Uebelstand könne sich möglicherweise noch vermehren. Erst in neuester Zeit seien drei Geschäfte aus der Altstadt in die Münzstraße verlegt worden, obwohl letztere augenblicklich noch keine verlockenden Aussichten für Geschäfte darbiere, denn die Münzstraße sei auch nur das Mittelstück einer Straße, die erst im Werden begriffen sei. Wenn die Münzstraße aber erst einmal vollständig durchgeführt sei, dann würden sich die Nachtheile, die jetzt schon bitter im Altstadttheile empfunden werden, aller Wahrscheinlichkeit nach noch bedeutend verschärfen. Den städtischen Behörden müsse aber daran liegen, die verschiedenen Stadttheile immer auf möglichst gleichem Niveau des Verkehrs zu halten und die vorliegenden Petitionen, versehen mit einer großen Anzahl von Unterschriften, sprächen doch deutlich genug dafür, daß die Herstellung dieses Straßendurchbruchs für manchen Geschäftsmann eine Lebensfrage sei. Man habe sogar 27 600 *M.* Beiträge à fonds perdu gezeichnet. In so thatkräftiger Weise habe sich, seines Wissens, die Bürgerschaft Braunschweig bislang noch für kein öffentliches Project ausgesprochen.

Die bis jetzt geförderten Straßenanlagen, die Friedrich-Wilhelmsstraße und die Münzstraße seien Speculationsunternehmen gewesen; sie wären aber nicht zu Stande gekommen, wenn nicht die Stadt, besonders für die erstgedachte Straße, wesentliche

Opfer durch Herstellung der Canalisation, Pflasterung und Gasleitung, durch unentgeltliche Abgabe der früheren Umsberg'schen Insel und durch Vornahme kostspieliger Canalanlage gebracht hätte. Rechne man noch die Kosten hinzu, welche die Stadt auf Herstellung der Zwischenglieder verwenden müsse, so habe die Stadt für die Anlage der Friedrich-Wilhelmsstraße und der Münzstraße verhältnißmäßig reichlich dieselben Opfer gebracht, die jetzt zur Herstellung der Straße vom Bahnhofe zum Altstadtmarkte erforderlich. Trotz der großen Opfer hätten aber die Unternehmer der Friedrich-Wilhelmsstraße keine glänzenden Geschäfte gemacht. Bei dem jetzt vorliegenden Projecte lägen die Verhältnisse insofern ungünstiger, als man dabei nicht wie bei der Friedrich-Wilhelmsstraße, auf den Verkauf vieler Bauplätze rechnen könne.

Frage man nun, ob denn die Friedrich-Wilhelmsstraße wirklich nothwendig gewesen, so könne man nur mit »nein« antworten; sie sei nicht nothwendiger gewesen als die jetzt in Aussicht genommene Straße. Jene Straße habe nur für einen Unternehmer weit mehr Gewinn in Aussicht gestellt als diese, und deshalb habe sich auch für jene sofort ein Unternehmer gefunden. Das jetzige Project biete keine Aussichten auf Gewinn und es zeige von bedeutendem Unternehmungsgeiste, wenn es Jemand wage, daran zu gehen; der Gewinn werde mehr indirect als direct gesucht werden müssen.

Auch die vom Ruhfäutchenplazze nach dem Hagenmarkte zu projectirte Straße werde nicht von der Stadt, sondern von Unternehmern hergestellt werden; dieselben würden aber, wie die Verhältnisse einmal liegen, nicht ohne Verluste bleiben. Zu diesen Unternehmern gehöre auch Herr Götke, obwohl derselbe kein Geschäft in jener Gegend besitze, welches durch diese Straßenanlage gewinnen könne.

Die städtischen Behörden haben die Pflicht, gegen sämmtliche Bürger gleiche Gerechtigkeit zu üben; was sie an Wohlthaten dem einen Theile der Bevölkerung zuführen, müssen sie auch dem anderen Theile zukommen lassen, denn sie verlangen auch die Steuern von beiden Theilen. Die Stadt sei daher gewissermaßen verpflichtet, zu diesem Straßendurchbruche hülfreiche Hand zu leisten.

In seinem ferneren Vortrage empfiehlt Redner das energische Vorgehen der städtischen Behörden in Magdeburg in Bezug auf Straßenanlagen zur Beispielnahme und verliest einige, zum großen Theil auch auf unsere Verhältnisse passende Stellen aus einem Berichte der Magdeburgischen Zeitung über eine Sitzung der dortigen Stadtverordneten-Versammlung, woraus hervorgeht, daß diese Versammlung zu einem Straßendurchbruch von größeren Dimensionen bedeutende Mittel ohne Anstand bewilligt hat.

Redner bespricht darauf zwei in den »Braunschweigischen Anzeigen« neuerdings erschienene, auf die projectirte Straßenanlage bezügliche Artikel und bemerkt unter Vorbringung verschiedener Gründe, daß er die in diesen Artikeln geltend gemachten Ansichten nicht durchweg theilen könne.

In Magdeburg habe man — führt Redner weiter aus — durch Erfahrungen gelernt, derartige Unternehmungen nicht so schwarz anzusehen und dieselben seitens der Stadt lieber selbst in die Hand zu nehmen, als sie Unternehmern zu überlassen.

Auch in Braunschweig solle man in dieser Beziehung nicht so ängstlich sein. Wenn die städtischen Behörden vor 25 oder 30 Jahren den Muth gehabt hätten, selbst in derartigen Sachen vorzugehen, bestimmte Quartiere zu erwerben, Straßen und Canäle anzulegen, dann würde sich unsere Stadt weit billiger bewirthschaften lassen, als es zur Zeit geschehe, und sie hätte vielleicht schon ein schönes Vermögen dabei verdient. Das sei leider damals versäumt und nicht nachzuholen, man solle aber nicht jederzeit solche Versäumnisse sich wieder und wieder zu Schulden kommen lassen, und es wäre entschieden ein Versäumniß, wenn die Ausführung des gedachten Straßendurchbruchs unterbliebe. Die Altstadt bedürfe absolut der Hülfe, wenn sie nicht noch mehr zurückgehen solle.

Redner bittet schließlich dringend, den demnächstigen Vorschlägen der Commission, falls diese sich für die geplante Straßenanlage aussprechen sollten, zuzustimmen. »Unsere Nachkommen würden es uns schwerlich verzeihen können, wenn wir bei günstiger Gelegenheit versäumten, unseren Mitbürgern eines großen Stadttheils Vortheile zuzuwenden, welche wir den Mitbürgern der übrigen Stadttheile bereits zugewandt haben!«

Es sind inzwischen zwei Anträge eingebracht.

Herr Heymann hat den reglementarischen Antrag gestellt:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, über den in Rede stehenden Gegenstand eine bestimmte Vorlage an die Versammlung gelangen zu lassen.

Herr Wolff beantragt:

Die Versammlung wolle beschließen, in Erwägung der Wichtigkeit und Nothwendigkeit des Straßendurchbruchs vom Bankplatze nach dem Altstadtmärkte die Ausführung des vorliegenden Projectes durch Bewilligung einer namhaften Summe zu ermöglichen.

Beide Anträge sind genügend unterstützt.

Die nun folgende Debatte ist wiederum formeller Natur.

Herr Heymann glaubt, daß die Angelegenheit durch Annahme seines Antrages möglichst schnell zu einer bestimmten Erledigung kommen werde. In allen solchen Fällen, wo es sich um Anlage neuer Straßen handle und die Stadtcasse irgend welchen Zuschuß dabei leisten solle, habe der Stadtmagistrat immer nach irgend einer Richtung hin bestimmte Anträge gestellt, die der Geschäftsordnung gemäß der Commission überwiesen und von dieser der Versammlung zur Beschlussfassung unterbreitet seien. In der heutigen Vorlage sei der Magistrat von diesem Modus abgewichen, er habe keinen bestimmten Antrag gestellt, sondern nur eine Anregung gegeben. Den Magistrat zu ersuchen, auch im vorliegenden Falle bestimmte Anträge zu stellen.

scheine deshalb der richtigste Weg zu sein, zumal die Angelegenheit nicht aus der Mitte der Versammlung hervorgegangen, sondern direct vom Magistrat an die Versammlung gelangt sei. In Fällen, wie der gegenwärtige, sei es immer das Richtige, wenn der Magistrat mit seiner Vorlage bestimmte Anträge verbinde, wie die Sache unbedenklich regulirt werden könne.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert hierauf, daß, wie den Herren erinnerlich sein werde, aus der Mitte der Versammlung heraus erst unlängst eine Interpellation in dieser Angelegenheit an den Magistrat gerichtet worden sei und letzterer bei Beantwortung derselben seine Stellung bereits dahin gekennzeichnet habe, daß er diese Straßenanlage allerdings für sehr wünschenswerth halte, aber Bedenken tragen müsse, selbst als Unternehmer aufzutreten, daß er aber, falls sich ein Unternehmer fände, einen Antrag auf Bewilligung eines stadtseitigen Zuschusses stellen würde. Der Magistrat habe nun nach Eingang der verschiedenen Petitionen, obwohl damals ein Unternehmer noch nicht dagewesen, bei der Wichtigkeit und Eile der Sache nicht verfehlen wollen, die Sachlage wenigstens zur Kenntniß der Stadtverordneten zu bringen, damit ihn nicht späterhin der Vorwurf treffe, daß er zur rechten Zeit geschwiegen habe. Nachdem die Angelegenheit nunmehr in ein anderes Stadium gekommen sei, da sich ein Unternehmer gefunden habe, werde der Magistrat auch in der Lage sein, übereinstimmend mit dem Antrage des Herrn Heymann, mit bestimmten Anträgen hervorzutreten. Dieses zur Rechtfertigung der Stellung, welche der Magistrat bislang zu der Sache eingenommen habe, und welche nach Redner's Ueberzeugung eine völlig correcte sei.

Nachdem noch die Herren Schwarzenberg und Nieß sich für den Antrag des Herrn Heymann ausgesprochen, und Herr Wolff zu dessen Gunsten den seinigen zurückgezogen hat,

wird der reglementarische Antrag des Herrn Heymann angenommen,

worauf noch einige persönliche Bemerkungen zwischen den Herren Nieß und Rieke folgen.

Zum Schluß

- IX. motivirt Herr Blasius seinen bereits Eingangs erwähnten Antrag: den Stadtmagistrat um Auskunft darüber zu bitten 1) welche Rechte den städtischen Behörden zustehen in Betreff der Besetzung der Stelle eines Stadtsuperintendenten, und 2) welche Schritte seitens des Stadtmagistrats eventuell in der Angelegenheit der Besetzung der Stelle eines Stadtsuperintendenten gethan sind.

Er sei zur Einbringung dieses Antrags durch eine in der Magdeburgischen Zeitung enthaltene Correspondenz aus Wolfenbüttel veranlaßt worden, in welcher darauf hingewiesen werde, daß die vacante Stelle eines Stadtsuperintendenten in hiesiger Stadt

in aller Stille mit einem Geistlichen strenger Richtung wieder besetzt werden solle. Er wisse nun nicht, welche Thatsachen dieser Correspondenz zu Grunde liegen, stimme auch mit derselben nicht vollständig überein, indem sie weder das Interesse der Geistlichen des Landes, noch dasjenige der hiesigen Bürgerschaft im Auge habe; insoweit stimme er derselben aber zu, daß es der Bürgerschaft Braunschweigs, die größtentheils liberal-religiösen Anschauungen huldige, nicht einerlei sein könne, welcher religiösen Richtung der demnächstige Stadtsuperintendent angehöre, zumal derselbe auch einen wesentlichen Einfluß auf Schulangelegenheiten habe. Es sei zu wünschen, daß das Amt eines Stadtsuperintendenten wiederum einem Manne übertragen werde, welcher freisinnig denke wie der verstorbene Generalsuperintendent Steinmeyer gethan, dessen Wirken nach dieser Richtung hin die volle Anerkennung der Mehrheit der Bürgerschaft gefunden habe.

Der mit Beifall aufgenommene Antrag findet fast einstimmige Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung

In vertraulicher Sitzung wird der Thierarzt Herweg hieselbst vom 1. April c. an zum Thierarzt für das städtische Schlachthaus gewählt, auch werden Vorschläge des Magistrats wegen Annahme eines Gehülfsen des Thierarztes und Aenderung der für die Untersuchungen eingeführten Fleisches den Sachverständigen gewährten Remunerationen genehmigt.

(Beilage zu *N* 141 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu *N* 139 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)*N* 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. Mai 1882.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Poststraße.
- II. Deckung der Ueberschreitung der für den Betrieb des städtischen Baubureaus in 1881 ausgeworfenen Mittel.
- III. Desgl. der Armenkasse in 1881.
- IV. Vertrag zwischen Stadtmagistrat und Particulier Keune wegen der von letzterem auf der Glacislanderei zwischen August- und Steinthor zu bauenden Privatstraße.
- V. Aenderung des Vertrages zwischen Stadtmagistrat und Baisenhaus B. M. V. bezüglich der Grenzen des Baisenhauses einerseits und des neuen Gebäudes der Gas- und Wasserwerks-Direction andererseits.
- VI. Antrag des Herrn Blasius, die Besetzung der Stelle eines General- und Stadt-superintendenten hieselbst betreffend.

Am Magistratsrätische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Haake, Götte und Schöttler.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Herrn Otto

I. erhält zunächst Herr Wolff als Referent der Finanzcommission das Wort zur Berichterstattung über die Magistratsvorlage vom 26. v. Mts, die Anlage einer Verbindungsstraße zwischen dem Bankplatze und dem Altstadtmarkte betreffend. Dem in

der letzten Sitzung gestellten Ersuchen nachkommend, ist der Magistrat nunmehr mit bestimmten Vorschlägen in dieser Angelegenheit hervorgetreten.

Der Baumeister Barth hat sich, wie schon in voriger Sitzung mitgetheilt wurde, bereit erklärt, die fragliche Straßenanlage auf seine Gefahr und Kosten, jedoch unter der Voraussetzung auszuführen, daß ihm die Stadt eine feste Beihilfe von 120 000 *M.* gewähre.

Der Stadtmagistrat hält an seinem bisherigen Standpunkte, wonach er die Straßenanlage für sehr wünschenswerth, zugleich aber für gerathen hält, daß das Unternehmen nicht auf Gefahr der Stadt ausgeführt, vielmehr nur durch Verwilligung einer bestimmten Beihilfe aus städtischen Mitteln subventionirt werde, fest; er beabsichtigt aber, da die Stadt wegen der event. nöthig werdenden Expropriationen und der mit der Landesregierung wegen unentgeltlicher Ueberlassung eines Theils des Leihhausgrundstückes zu führenden Verhandlungen nach Außen hin als Unternehmerin aufzutreten und sich gegen Heranziehung zu größeren Geldopfern als den zu bewilligenden Kostenbeitrag zu sichern hat, mit dem Unternehmer Barth einen Vertrag abzuschließen.

Der Magistrat hat nun einen bezüglichlichen Entwurf vorgelegt und ersucht, ihn zum Abschluße dieses Vertrags zu ermächtigen, damit aber zu genehmigen, daß zu den Kosten des Projectes unter den in dem Contracte enthaltenen Bedingungen eine Beihilfe bis zu 100 000 *M.* aus städtischen Mitteln geleistet werde.

Der Herr Referent verweist zunächst auf den im SitzungsSaale aushängenden Plan und verliest sodann den Contractsentwurf, welcher folgende Bestimmungen enthält:

§. 1. Der Stadtmagistrat verpflichtet sich, die Genehmigung zu der fraglichen Straßenanlage, sowie die zum Zwecke derselben etwa nöthig werdende Expropriation von Grundstücken beim Herzoglichen Staatsministerium zu beantragen, auch mit dieser Behörde wegen unentgeltlicher Ueberlassung eines Theils des Leihhausgrundstückes in Verhandlung zu treten, übernimmt indeß in allen diesen Beziehungen keine Garantie für die Genehmigung der zu stellenden Anträge.

§. 2. Der Baumeister Barth hieselbst verpflichtet sich, die vorbezeichnete Straße dem entworfenen Projecte und Kostenanschlage gemäß binnen 2 Jahren, vom 1. Mai d. J. an gerechnet, auf seine Gefahr und Kosten auszuführen. Derselbe hat dabei im Allgemeinen nach den Anweisungen der städtischen Bauverwaltung zu verfahren und sich der Controle der städtischen Baubeamten zu unterwerfen und erklärt sich insbesondere damit einverstanden, daß die Pflasterungsarbeiten von der städtischen Bauverwaltung, die Canalisation, sowie die Legung der Gas- und Wasserröhren aber seitens der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke ausgeführt werden. Das Straßenterrain wird Eigenthum der Stadt und ist derselben sofort nach Herstellung des Planes zu überweisen.

§. 3. Die Stadt übernimmt die Kosten der Canalisation der fraglichen Straße und der Legung der Gas- und Wasserrohren in derselben und leistet außerdem einen Beitrag zu den Kosten der fraglichen Anlage von in maximo 100000 *M.* Die Zahlung der Summe soll erfolgen, nachdem die Pflasterung der Straße vollständig ausgeführt sein wird.

§. 4. Wird bei der Ausführung des Project's dem Voranschlage gegenüber insbesondere auch durch nachträgliche freiwillige Beiträge von Privaten eine Mehreinnahme erzielt oder aber findet eine Minderausgabe statt, so kommt die betreffende Ersparnis der Stadt zu gute und ist von dem stadtseitig zu leistenden Beitrag in Abrechnung zu bringen.

§. 5. Zur Sicherstellung der Ausführung der Straße hat der Baumeister Barth eine Caution von 50000 *M.* in courshabenden Werthpapieren oder Hypotheken zu bestellen, über deren Annehmbarkeit der Stadtmagistrat zu entscheiden hat. Diese Caution verfällt zu Gunsten der Stadt, wenn das Project nicht innerhalb der festgesetzten Zeit dem Bauprogramm gemäß ausgeführt wird. Durch den etwaigen Verfall der Caution wird die Verpflichtung des v. Barth nicht aufgehoben.

Nach dem Programm des Stadtbauraths Winter, welches bei der Ausführung des Project's zur Richtschnur zu nehmen ist, wird die Verbindungsstraße durch den den Altstadtmarkt von dem Bankplatze trennenden Gebäudecompler in einer Breite von 14 m, wovon 8 m auf die Fahrbahn und je 3 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen, hindurchgeführt. Vom Bankplatze beginnend, durchschneidet dieselbe das Hotel du Nord, den zum Leihhause gehörigen, an der Jacobsstraße belegenen Garten, die Grundstücke Nris. 4 und 8 an derselben Straße, das alte Postgebäude und die Grundstücke Nris. 1, 2 und 3 an der Dasekenstraße, sowie das Thiemann'sche Hintergebäude. Alle diese Gebäude werden entweder ganz niedergelegt und durch neue auf den projectirten Baulinien zu errichtende ersetzt, oder wenigstens so umgebaut, daß die Gebäudeflucht in die neue Straßenlinie zu liegen kommt. Für spätere Baulichkeiten auf der Ostseite des Altstadtmarktes ist eine anderweite Fluchtlinie in Aussicht genommen, nach welcher die dortigen Gebäude behufs gradliniger Anschließung an die projectirte Straße bis zu den »Sieben Thürmen«, wo dann die alte Fluchtlinie wieder einfällt, entsprechend zurückzusetzen sind.

Nach dem Kostenanschlage, welchen der Stadtbaurath Winter im Auftrage des Stadtmagistrats ausgearbeitet hat, würde das Project nach Absatz der für frei werdende Bauplätze zu erlösenden Kaufpreise, nach Absatz ferner der von Privaten gezeichneten Subventionen zu im Ganzen 27510 *M.* noch 119290 *M.* kosten. Ein später ausgearbeiteter Kostenanschlag, in welchem für ein zu verwerthendes Grundstück 6500 *M.* mehr angenommen, dem Unternehmer dagegen die Kosten für Canalisirung, Legung der Gas- und Wasserrohren im Betrage von 6070 *M.* zu tragen auferlegt sind, ergiebt eine Ausgabe von 119720 *M.*

Referent führt Folgendes dazu aus: Der Stadtbaurath Winter habe das Project aufs Wärmste empfohlen und auch das Stadtbauamt habe sich in seiner Mehrheit für dasselbe ausgesprochen. Der Magistrat habe allerdings in seinem Schreiben betont, daß er sich nur zu einem Beitrage von 100 000 *M* bereit erklären werde, die Finanzcommission habe aber guten Grund anzunehmen, daß das Zustandekommen des Projectes auch mit dieser Summe gesichert sei.

Nach §. 4 des Contractes solle jeder nachträglich noch erfolgende Beitrag von dem Zuschusse der Stadt in Abzug gebracht werden. So sei z. B. mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß unter Anderen auch die Pferdebahngesellschaft, welche durch diese Straßenanlage wesentliche Vortheile durch Abkürzung ihrer Linie Friedrich-Wilhelmsplatz-Petritthor genieße, einen Zuschuß leisten werde; dieser komme also nicht dem Unternehmer, sondern der Stadt zu Gute. Außer den gedachten 100 000 *M* würde die Stadt sich noch durch Tragung der Kosten für Kanalisation und Legung der Gas- und Wasserröhren mit 3500 *M* bezw. 2570 *M* an der Ausführung des Projectes zu betheiligen haben. Diese Kosten könne man aber nicht als wirkliche Ausgaben bezeichnen, da dieselben nach den bezüglichlichen statutarischen Bestimmungen demächst von den betreffenden Anliegern zurückzuerstatten seien. —

Die Finanzcommission habe die Vorlage des Stadtmagistrats eingehend geprüft und beschlossen, dieselbe der Versammlung zur Genehmigung zu empfehlen.

Referent legt dann in Kürze nochmals die Gründe dar, welche der Commission bei dieser Beschlußfassung maßgebend gewesen:

1. Es sei augenfällige Thatsache, daß der Verkehr desjenigen Stadttheils, welcher durch die projectirte Straßenanlage eine neue Verkehrsader erhalten solle, einen wesentlichen Rückgang erlitten habe; man sehe dort vielfach geschlossene Verkaufsläden und die dortigen Grundstücke hätten an Werth verloren. Der Verkehr, welcher früher in diesem Stadttheile circulirte, sei durch die Anlage neuer Verkehrsadern im östlichen Theile der Stadt dorthin gezogen.

2. Ein Hauptgrund zu diesem Verkehrsrückgange sei auch noch der, daß man von der Altstadt nach dem Bahnhofe, dem Herzen der Stadt, nur auf Umwegen gelangen könne, und der Verkehr, namentlich von außen her, durch die neu erschlossenen schönen Verkehrsadern, Friedrich-Wilhelmsstraße 2c., jetzt naturgemäß, direct dem östlichen Stadttheile zugeführt werde. In diesem Sinne hätten sich denn auch die betheiligten Districtsvereine und der Bürgerverein geäußert, welche als Vertreter der öffentlichen Meinung wohl angesehen werden könnten.

3. Auch der Umstand, daß sich nun augenblicklich eine günstige, vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit biete, diese höchst wünschenswerthe Straßenanlage herzustellen, sei verschiedenen Mitgliedern der Finanzcommission bei ihrer Beschlußfassung maßgebend gewesen.

4. Als Nebengrund sei noch hervorzuheben, daß das Vorhandensein so enger, winkliger Straßen, wie die Jacobs- und Dasekenstraße, in der Nähe der lebhaftesten Verkehrsstraßen einer Stadt wie Braunschweig unwürdig sei und man bei passender Gelegenheit auf deren Beseitigung Bedacht nehmen müsse. Dazu komme, daß durch den beabsichtigten Straßendurchbruch zur demnächstigen Fortsetzung einer directen Verkehrslinie vom Bahnhofe nach der Gegend des Petrithors zu eine Art Vorfluth geschaffen werde; man denke sich einen Durchbruch von Hintern Brüdern, durch die Langestraße, Beckenwerperstraße, Weberstraße bis zum Neuenwege. Es würde von unnennbarem Werthe sein, wenn auch durch diese engen, licht- und luftarmen Straßen eine schöne Verkehrsader von Süden nach Norden geführt würde.

Die beabsichtigte Brückenanlage über die Oker vor dem Petrithore auf der einen, die neue Verkehrsader, vom Bahnhofe kommend, auf der anderen Seite, könne man als Projecte willkommen heißen, welche geeignet seien, die Hoffnung auf frisches Leben, auf neues Emporblühen des Verkehrs in der bislang benachtheiligten Altstadt wieder wachzurufen.

Wenn man nun bedenke, wie die Vertreter des öffentlichen Gemeinwesens, welchen die schöne Aufgabe zufalle, überall dort ausgleichend und vermittelnd einzugreifen, wo es der Einzelne nicht im Stande sei, zur Schaffung neuer Verkehrsadern an anderen Stellen der Stadt namhafte Summen, so für den Straßendurchbruch vom Bahnhofe nach dem Hagenmarke 3 — 400 000 *M.*, für die Brücke hinter dem Monumentsplatze 95 000 *M.*, bewilligt hätten, so sei es doch nur eine Frage der Gerechtigkeit, auch diesem Stadttheile, welcher zu jenen Summen und somit zur Förderung von ihm weniger interessirenden Anlagen durch seine Steuerkraft doch auch das Seinige beigetragen habe, in seiner Bedrängniß nicht ohne thatkräftige Hülfe zu lassen, zumal sich eine günstige Gelegenheit dazu biete. Auch dieser Gesichtspunkt habe verschiedene Mitglieder der Finanzcommission einer Empfehlung des Magistratsantrags günstig gestimmt.

In der vorigen Sitzung habe der Stadtrath Schöttler Mittheilungen über Magdeburger Verhältnisse gemacht. Wenn diese Verhältnisse nun auch nicht alle auf die unsrigen zu beziehen seien, so könne man doch immerhin das dortige energische Vorgehen zur Nachahmung empfehlen.

Was wolle eine etwa 36 Jahre dauernde Verzinsungs- und Amortisations-Ausgabe von jährlich 4500 *M.* — so viel sei aufzuwenden bei 4%iger Verzinsung von 100 000 *M.* und bei Amortisation desselben mit $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen, — zu Gunsten eines Stadttheils sagen, der immer verhältnißmäßig die meisten Steuern aufgebracht habe? Schlimmsten Falls könne man ja auch zu den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke greifen. —

Zu §. 4 des Contracts habe die Commission eine kleine Aenderung vorzuschlagen,

weil nach der jetzigen Fassung Zweifel darüber entstehen könnten, wem die bis jetzt gezeichneten 27 510 *M.* zufallen.

Nach all diesem schlage die Commission vor:

»den Stadtmagistrat zum Abschlusse des vorgelegten Vertrages mit dem Baumeister Barth zu ermächtigen, jedoch mit der Abänderung, daß in §. 4 Zeile 4 hinter »Privaten« die Worte eingeschaltet werden:

»über die bis jetzt gezeichneten 27 510 *M.* hinaus, welche, soweit die Stadt hieraus forderungsberechtigt geworden ist, dem Baumeister Barth ohne Gewähr überwiesen werden sollen«

und damit insbesondere die Genehmigung dazu auszusprechen, daß zu den Kosten der fraglichen Straßenanlage eine Beihilfe bis zu 100 000 *M.* aus städtischen Mitteln geleistet werde, und daß die Kosten der Canalisation und der Legung der Gas- und Wasserröhren ebenfalls von der Stadt bezw. den betreffenden Fonds bestritten werden.«

Die Discussion eröffnend

erklärt zunächst Herr Munte, daß er mit der projectirten Straßenanlage, sowie mit Bewilligung des angeforderten Zuschusses völlig einverstanden sei. Er wolle nur auf Folgendes aufmerksam machen: Wenn von einer Zurücksetzung der Häuser an der Ostseite des Altstadtmarktes in die auf dem Plane roth eingezeichnete Baulinie gesprochen werde, so klinge ihm dies wie Zukunftsmusik. Wenn nicht Feuersbrünste oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse zu einer Beseitigung dieser Häuser beitrügen, dann sei an eine Verwirklichung der gedachten Baulinie auf lange Zeit hinaus nicht zu denken; man solle sich deshalb jetzt wenigstens soweit zu helfen suchen, wie möglich. Der Altstadtmarkt sei seines architectonisch-eigenartigen, alterthümlichen Characters wegen der sehenswertheste Platz Braunschweigs, der besonders von Fremden vielfach aufgesucht werde. Man möge deshalb bei dieser Gelegenheit darauf Bedacht nehmen, dem Zugange zu demselben von der Poststraße und der demnächstigen neuen Straße aus eine solche Breite zu geben, daß er ohne Gefahr passiert werden könne, schon jetzt sei derselbe unzureichend breit und späterhin werde sich das noch weit fühlbarer machen. Er beantrage deshalb:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht gelegentlich der Ausführung des gedachten Straßendurchbruchs der Gewandhausgiebel zurückgesetzt und eine zweckentsprechende Coupirung des Ridel'schen Hauses vorgenommen werden könne, damit auch an dieser Stelle die normale Straßenbreite erzielt werde«.

Die Zurücksetzung des Gewandhausgiebels würde etwa 10 000 *M.*, die Coupirung des Ridel'schen Hauses gleichfalls 10 000 *M.* kosten; das zu bringende Geldopfer würde sich danach also um ca. 20 000 *M.* vergrößern.

Herr Grote kommt zunächst auf die in voriger Sitzung und auch heute wieder erwähnten Straßenanlagen in Magdeburg zu sprechen. Er verliest aus dem von Herrn Stadtrath Schöttler in voriger Sitzung theilweise verlesenen in der Magdeburgischen Zeitung enthaltenen Berichte über die dortige Stadtverordnetenversammlung bezüglich der dortigen Straßenanlagen einige Stellen, welche Herr Schöttler unerwähnt gelassen hat und ist der Ansicht, daß grade aus diesen Stellen zur Genüge hervorgehe, daß den dortigen städtischen Behörden bei Verwilligung der nöthigen Geldmittel weit wichtigere Beweggründe vorgelegen hätten, als die seien, welche zu dem hier beabsichtigten Straßendurchbruche Veranlassung geben sollten. Magdeburg habe sich seiner Festungswerke wegen bislang nicht ausdehnen können und schon im 17. Jahrhundert habe das dortige Straßennetz dieselbe Gestalt gezeigt wie heute; man sei daher dort wohl gezwungen gewesen, die vielen alten Gebäude mit ungesunden Wohnungen niederzureißen, um Licht und Luft zu schaffen. Diese Nothwendigkeit liege bei dem hier projectirten Straßendurchbruche nicht vor. Er halte das Project allerdings für sehr wünschenswerth und angenehm, der zu erzielende Gewinn stehe aber seines Erachtens nicht im richtigen Verhältniß zu den Opfern, welche es erheische.

Zur Ausführung der Friedrich-Wilhelmstraße und der Münzstraße habe die Stadt etwa 300000 *M.* zugesprochen; dieser Straßenzug sei aber sechs mal so lang als der jetzt projectirte. Rechne man zu der geforderten Summe noch die Kosten für Canalisation und Legung der Gas- und Wasserröhren, so komme man zu einer Forderung, welche im Vergleich zu den an jener Stelle gebrachten Opfern weit über das richtige Maß hinausgehe.

Zur Anlegung der Friedrich-Wilhelmstraße habe man auch weit triftigere Gründe gehabt; sie war nothwendig, weil man einen anderen Stadttheil, die Schuhstraße zc., von übermäßig starkem Verkehr etwas entlasten wollte. Im vorliegenden Falle sei es umgekehrt, hier solle durch Anlegung einer neuen Straße der Verkehr erst heran-gezogen werden.

Wolle man daher ein wünschenswerthes Project unterstützen, so solle man wenigstens nicht über das richtige Verhältniß hinausgehen und das geschehe nicht, wenn man es bei einem Zuschuß von 50000 *M.* bewenden lasse.

Auf die Ueberschüsse des Gaswerks bittet Redner nicht zu recurriren, weil eine Inanspruchnahme derselben nur eine ungerechtfertigte, übermäßige Besteuerung des Gas consumirenden Publicums herbeiführen würde.

Herr Reuter verkennt nicht, daß die projectirte Straße eine nicht unwesentliche Verbesserung für die Altstadt herbeiführen werde und ist gern bereit, das Project zu unterstützen, da er von seinem Standpunkte aus nur wünschen kann, daß die krummen, winkligen Straßen Braunschweigs immer mehr durch möglichst grade, bei Feuerbrünsten leichter zugängliche Straßen verdrängt werden. Eine absolute Nothwendigkeit für diese Straßenanlage könne aber auch er nicht anerkennen, denn vom Bahnhofe

führten zwei gute angenehme Wege nach dem Altstadtmarkte, die nur um wenige Meter länger seien als die neuanzulegende Straße.

Der Verkehr im Osten der Stadt habe seine Begründung nicht allein in den dort geschaffenen neuen Straßen, sondern hauptsächlich in dem ausgedehnten Terrain, welches die Altwieker und die Häger Gemeinde besitzen, und in der starken Bebauung dieses Terrains. Auf der Ostseite der Stadt befinden sich 1441 Hectar, auf der Westseite nur 980 Hectar Terrain mit 15000 bez. 10700 Bewohnern. Die nächsten ländlichen Feldmarken, wie Lehdorf und Delper, winkelten zu tief in das städtische Gebiet hinein, als daß auf eine Erweiterung der Stadt auf dieser Seite im gleichen Maße zu rechnen sei, wie auf der östlichen Seite; damit schwinde aber auch ein bedeutender Factor zur Hebung des Verkehrs. Alle ihm bekannten größeren Städte erweiterten sich nach Westen hin, mit Braunschweig verhalte es sich aber aus den angeführten Gründen grade umgekehrt.

Der dritte vom Herrn Referenten angeführte Grund, daß sich augenblicklich eine günstige Gelegenheit biete, diese neue Straßenanlage zu schaffen, habe auch ihn (Redner) bestimmt, sich für das Project zu erwärmen, obwohl er fest glaube, daß die von vielen Seiten gehegten Erwartungen sich schwerlich erfüllen würden, denn durch Anlage einer neuen Straße allein ziehe man keinen Verkehr hin. Auf der Ostseite der Stadt sei es anders gewesen; dort sei man, wie Herr Grote schon richtig bemerkt habe, gezwungen gewesen, den zu starken Verkehr über die Schuhstraße etwas abzulenken.

Frage man sich nun nach Erwägung all dieser Gründe, wie viel diese Straßenanlage für die Allgemeinheit wohl werth sei, so komme man zu der Ueberzeugung, daß die angeforderte Summe in keinem richtigen Verhältnisse zu dem reellen Werthe der zu erwartenden Vortheile stehe. Es könnten noch viele Wünsche nach Unterstützungen zu Straßenanlagen an die Versammlung herantreten, es dürfe daher bei Verwilligung von Zuschüssen nicht allzu liberal verfahren werden. Dieß sei auch Redners Standpunkt im Stadtbauamte gewesen. Auf allzugroße Ueberschüsse des Wasserwerks, die den Herrn Referenten zu Ausgaben ermuthigten, dürfe man nicht rechnen; dieselben würden sich wesentlich vermindern, da man — ein günstiges Zeichen für die Rentabilität eines größeren industriellen Etablissements — baldigst zu größeren Neubauten gezwungen sein würde.

Uebrigens könne es so sehr auf die Höhe der zu verwilligenden Summe nicht ankommen, er (Redner) würde sich allenfalls auch mit einem Zuschusse von 75000 M. einverstanden erklären.

Herr Rieke ist der Meinung, daß, wenn die in Rede stehende Straßenanlage nur wünschenswerth, nicht aber nothwendig sei, wie doch von den meisten der Herren anerkannt werde, auch von Rechtswegen die dabei Interessirten für die Kosten aufzukommen hätten. Wenn man zur Förderung gemeinnütziger Anlagen Geld ausgeben

wolle, dann sei es wohl in erster Linie an solchen Stellen geboten, wo dieß mehr als wünschenswerth, wo dieß nothwendig sei. So sei z. B., wie der Herr Referent auch schon hervorgehoben habe, aus sanitären, wie feuerpolizeilichen Rücksichten ein Straßendurchbruch von Hintern Brüdern bis zum Neuenwege nothwendig. Dort wohnten aber nur kleine Leute, wohnten dort einflußreichere Persönlichkeiten, so würde man sich wohl eher dafür interessieren.

Den zurückgegangenen Verkehr durch jene Straßenanlage wieder zu heben, halte er für unmöglich. Der Verkehr sei nicht nur in Braunschweig zurückgegangen, sondern in der ganzen Welt. Nebenbei bemerkt habe der Herr Referent zu rosenfarbig bezüglich der vorhandenen Mittel gemalt; die Mittel zu gemeinnützigen Zwecken müßten doch wohl zur Zeit sehr knapp bemessen sein, sonst hätte man gewiß schon einmal daran gedacht, die Fallersleberstraße zu pflastern; auch müßten wieder neue Schulbauten vorgenommen werden, wozu man wohl zunächst verpflichtet sei.

Herr Rieß bemerkt Herrn Grote gegenüber, daß die Wohnungen, welche durch diese Straßenanlage beseitigt werden sollen, sich in jeder Beziehung in einem so kläglichen, ungesunden Zustande befänden, wie man sie in Magdeburg unmöglich schlechter finden könne. Wenn auf den Zuschuß verwiesen werde, welchen die Stadt zur Herstellung des Straßenzuges Bahnhof-Hagenmarkt geleistet habe, so müsse berücksichtigt werden, daß ein großer Theil dieses Straßenterrains zu mäßigen Preisen von Herzoglicher Landesregierung habe angekauft werden können, und daß die Unternehmer in der glücklichen Lage gewesen seien, zu beiden Seiten theuere Bauplätze zu verkaufen, während bei der jetzt projectirten Straße nur eine einseitige Bebauung stattfinden, man also auf einen hohen Ertrag aus dem Verkaufe von Bauplätzen nicht rechnen könne.

Redner wendet sich sodann gegen die Auslassungen des Herrn Riese. Ein einseitiges Interesse sei bei dem vorliegenden Projecte nicht vorhanden, die Interessenten seien sämtliche Bürger der Stadt und zwar nicht nur der Innenstadt, sondern auch eines großen Theils der Außenstadt, besonders vor dem Hohen-, Petri- und Wendenthore. Auch könne die Absicht nicht vorliegen, den Verkehr von anderen Stellen der Stadt zu dieser neuen Verkehrsader hinzuziehen, man sei vielmehr nur darauf bedacht, einer weiteren Verödung der Altstadt vorzubeugen, die durch den jetzigen Mangel an directen Verbindungen zwischen der Altstadt und dem Bahnhofe unausbleiblich sei, wenn man nicht rechtzeitig helfend eingreife. Die Straßen des Hohen- und Petritrithordistricts seien zum größten Theil eng und winklig gebaut, die dortigen Bewohner sehnten sich deshalb förmlich danach, auch einmal eine »anständige« Straße in ihrem Bezirke zu haben. In dem östlichen Stadttheile sei früher genau dasselbe Verhältniß gewesen, auch dort sei man vor Anlage der großen Verkehrsader vom Bahnhofe nach dem Ruhfäutchenplatze überall auf winklige Straßen gestoßen. Dort habe man geholfen, man möge also Gerechtigkeit walten lassen und auch hier

helfen! Herr Reuter hege die Befürchtung, daß man aus einer Bewilligung der beantragten Summe eine Consequenz für spätere ähnliche Fälle ziehen könne. Er (Redner) theile diese Befürchtung nicht, ihm würde es im Gegentheil sehr lieb sein, wenn das geschähe; er werde gern die Hand dazu bieten, wenn immer es sich darum handle, mehr Licht und Luft für unsere dumpfen Stadttheile zu schaffen.

Auf die Ueberschüsse des Gaswerks habe Referent nur als auf einen Rückhalt im Fall der Noth hingewiesen; die sei aber noch gar nicht vorhanden, man könne das Geld, ohne die Steuerkraft der Mitbürger außergewöhnlich in Anspruch zu nehmen, durch eine Anleihe beschaffen.

Im Interesse der sich benachtheiligt fühlenden Stadttheile bittet Redner schließlich, die Magistratsproposition zu genehmigen.

Herr Winter erklärt, daß auch er sich bereits im Stadtbauamt für einen Zuschuß von nur 50000 M. aus den gleichen von den Herren Grote und Reuter bereits angeführten Gründen ausgesprochen habe. Hätte man es hier mit einer Nothlage zu thun, so wäre man durch einen Act der Gerechtigkeit gezwungen, die ganze angeforderte Summe zu bewilligen; daß sei aber durchaus nicht der Fall. Wenn von dem Leerstehen so vieler Wohnungen in der Altstadt gesprochen werde, so dürfe man nicht annehmen, daß die Altstadt allein an diesem Uebelstande zu leiden habe; in den übrigen Stadttheilen ständen die Wohnungen fast in gleichem Maaße leer, sogar die Friedrich-Wilhelmsstraße habe erst lange mit diesem Uebelstande zu kämpfen gehabt und auf der Münzstraße stehe heute noch ein Laden leer.

Redner beleuchtet nun in seinem ferneren längeren Vortrage all die Gründe, welche seiner Ansicht nach die Hauptschuld an dem Leerstehen von Wohnungen und Verkaufsläden in verschiedenen Straßen der Altstadt tragen. Die Verschlechterung der Messen und die Anlegung des neuen Straßenzugs Bahnhof-Hagenmarkt seien nicht allein Schuld an dem Rückgange des dortigen Verkehrs. Die Häuser dieses Stadttheils seien der Mehrzahl nach alt und ständen in Bezug auf ihre practische Einrichtung den Häusern der übrigen Stadttheile im Osten bedeutend nach. So komme es, daß Jeder, der nicht durch irgend welche andere Gründe an ein Wohnenbleiben in der Altstadt gebunden sei, entweder aus Gesundheits- oder Geschäftsrücksichten danach trachte, die älteren Häuser zu verlassen und sich in den mit allen Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten der Neuzeit versehenen Häusern der neuangelegten Straßen einzumietthen. Das Leerstehen von Läden in der Altstadt sei aber auch noch auf andere Gründe zurückzuführen. Er wolle nur auf einen wesentlichen Punkt aufmerksam machen. Man sei in jener Gegend z. B. in der Poststraße, Kohlmarkt, mit der Aufnahme von zugereiften Handelsleuten, verlockt durch deren Anerbietungen, stellenweise sehr unvorsichtig gewesen. Die Mieter hätten hier und da unsolide Geschäfte eröffnet — wodurch, nebenbei bemerkt, die realen Geschäfte der übrigen Stadttheile geschädigt seien — hätten nach 3 oder 4 Jahren Bankrott gemacht, und die Hausbesitzer, welche

zwar eine Zeitlang etwas höheren Miethzins gezogen, insofern geschädigt, als es nach solchen Antecedenzien schwer halte, reelle Geschäftsleute in derartige Häuser wieder hereinzubekommen. Dazu komme die gegenwärtige allgemeine volkswirtschaftliche Krisis, Convertirung der Zinsen u., so daß ein Leerstehen von Läden wohl erklärlich sei. Die wirklich soliden Geschäfte der Altstadt erfreuten sich auch heute noch desselben Zuspruchs wie vor Eröffnung der Friedrich-Wilhelmsstraße; sie würden von Fremden wie Einheimischen aus allen Stadttheilen noch in gleichem Maße aufgesucht.

Wenn Redner nun auch mit einer Bewilligung von 50000 *M.* einverstanden sei, so müsse er doch besonders dabei betonen, daß er zu etwaigen Nachverwilligungen, deren Anforderung seines Erachtens nicht ausbleiben würden, nimmermehr seine Zustimmung geben werde.

Redner stellt, nachdem er noch Einiges auf die Ausführungen des Herrn Nieß erwidert und dabei nochmals besonders betont hat, daß durch Herstellung der neuen Straßenanlage vom Bahnhofe nach dem Hagenmarke zu der Verkehr aus der Altstadt nicht fortgezogen sein könne, den Antrag:

»zur Ausführung des Straßendurchbruchs vom Bahnhofe nach dem Altstadtmarke statt des beantragten Zuschusses von 100000 *M.*, einen solchen von 50000 *M.* zu bewilligen.«

Herr Stadtrath Götte, welcher vorweg erklärt, daß er die Ausführungen des Herrn Vorredners nicht für zutreffend erachte, sieht sich veranlaßt, einen Punkt aus der bisherigen Debatte herauszugreifen. Es werde immer von Gerechtigkeit gesprochen. Es werde gesagt, die Straßenanlage sei nicht nothwendig, sondern nur wünschenswerth. Man könne nun aber auch eine Nothwendigkeit des Straßendurchbruchs vom Ruhfäutchenplaze nach dem Hagenmarke nicht anerkennen. Trotzdem habe die Versammlung für diese kurze Straßenstrecke seiner Zeit ohne Weiteres einen Zuschuß von 50000 *M.* bewilligt und sich außerdem mit Uebernahme der Canalisirung des dortigen Okergrabens und Auswechselung von Terrain einverstanden erklärt, was auch noch etwa 80000 *M.* kosten werde. Man habe also auch hier zu einem nur wünschenswerthen, durchaus nicht nothwendigen Projecte ganz bedeutende Opfer gebracht. Wolle die Versammlung also gerecht sein, so müsse sie sich auch für das jetzt vorliegende Project zur Bringung eines verhältnißmäßig gleichen Opfers, wie solches auch im Magistratsantrage angefordert werde, entschließen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer verliest zunächst eine kurze Uebersicht über die seitens der Stadt zu den verschiedenen in letzterer Zeit ausgeführten Straßenanlagen verwilligten Kosten, wendet sich sodann gegen einige Ausführungen des Herrn Winter und bemerkt Herrn Reuter gegenüber, daß der Weg über die neuanzulegende Straße doch bei Weitem kürzer sein werde, als die jetzt vom Bahnhofe nach dem Altstadtmarke führenden Wege, bei welchen man außerdem noch verschiedene sehr enge Passagen zu überwinden habe.

Redner betont sodann nochmals den Standpunkt des Magistrats, wonach die Altstadt den anderen Stadttheilen gegenüber bei der heutigen Lage der Dinge eher zu bevorzugen als zu benachtheiligen sei. Die Altstadt habe durch die Verschlechterung der Messen, durch die Anlage der neuen Straßen und namentlich dadurch, daß sie jetzt vom Bahnhofe ab weit unzugänglicher sei als die übrigen Stadttheile, sehr gelitten. Jedenfalls stehe die Thatsache fest, daß es höchst wünschenswerth sei, dem Verkehr in diesem Stadttheile, wenn möglich, wieder aufzuhelfen. Jetzt biete sich eine günstige Gelegenheit dazu und da solle die Stadt nichts thun und diese Gelegenheit vorübergehen lassen? Ein Beweis dafür, daß durch diese Straßenanlage der Verkehr sich heben, die Grundstücke im Werthe steigen würden, liege allerdings nicht vor, es sei aber auch kein Beweis für eine gegentheilige Annahme zu erbringen. Man dürfe sich der Hoffnung hingeben, daß neue Verkehrsstraßen, die im Allgemeinen nützlich, auch diesem Stadttheile Vortheile bringen würden. Von diesem Gesichtspunkte ausgegangen, sei ein Opfer von 100 000 M. nicht zu hoch gegriffen.

Nach einigen kurzen Erwiederungen der Herren Grote und Rieke auf die Ausführungen des Herrn Riez

bemerkt sodann Herr Kybik, daß seines Wissens der vom Herrn Referenten erwähnte Punkt, die erforderlichen Mittel event. von den Ueberschüssen des Gaswerks zu bestreiten, in der Finanzcommission überall nicht zur Sprache gekommen sei; der Herr Referent sei bei seinem warmen Interesse für die Sache etwas über seine Aufgabe hinausgegangen; er wolle dieß nicht bemängeln, jedoch auch nicht unterlassen, den Standpunkt der Commission in's rechte Licht zu stellen, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob dieselbe auf diese Weise die Durchbringung ihres Antrags zu erleichtern suche.

Die Commission habe nicht daran gedacht, daß der durch so manche Aenderungen in den Verhältnissen, wie Rückgang des Meßverkehrs, des Eisenbahnverkehrs, der alten Ausspanngeschäfte u. der Altstadt abwendig gemachte Verkehr durch Anlegung der projectirten Straße zurückgeführt werden könne. Ihr sei bei der Beschlussfassung namentlich der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, daß man darauf Bedacht nehmen müsse, der Stadt vom Bahnhofe ab, der schwerlich Aussicht habe, nach den jetzigen Verhältnissen verlegt zu werden, soviel radiale Zugänge zuzuführen, wie irgend möglich. Da sich nun dadurch, daß das alte Postgebäude zur Verfügung stehe, eine günstige Gelegenheit biete, diese Radialen wieder um einen zu vermehren, der direct nach Norden führe, so sei die Commission der Ansicht gewesen, daß man auch die Hand dazu bieten müsse. Ob eine wesentliche Verbesserung des Verkehrs dadurch werde erzielt werden, sei schwer zu sagen, jedenfalls werde aber die Altstadt durch Anlegung der neuen Straße an dem Verkehr der übrigen Stadt participiren. Ob die Anlegung einer Brücke über die Langetiefe und sonstige Verbesserungen noch das Ihrige dazu beitragen würden, müsse die Zukunft lehren.

Vergleiche mit den bei anderen Straßenanlagen bewilligten Zuschüssen dürfe man indeß nicht anstellen. Es könne sich nur um die Frage drehen, ob das Project, wenn man es überall fördern wolle, mit einer geringeren Summe als der angeforderten zu bewerkstelligen stehe. Da dieß nicht möglich sei, so müsse man auch die beantragten Mittel verwilligen; die Verwilligung einer geringeren Summe sei eben zwecklos.

Den Antrag des Herrn Munte anlangend, so möchte eine Zurücksetzung des Gewandhausgiebels technisch nicht unmöglich sein; die Commission sei aber der Meinung gewesen, daß solche Schritte aus Pietätsrückichten vermieden werden müßten. Außer: dem liege dazu keine factische Nothwendigkeit vor, weil die Laube des Gewandhauses nicht in das Project der Fährbahn hineinreiche und das Trottoir unter der Laube hindurch: führe. Eine Coupirung des Rickel'schen Hauses sei dagegen sehr erwünscht und werde vermuthlich auch die Commission sich mit einem diesbezüglichen Antrage einverstanden erklären.

Redner giebt nochmals anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Stadtrath Schöttler hat Herrn Grote zu erwidern, daß die von diesem verlesenen Stellen des gedachten Sitzungsberichtes über die Magdeburger Stadtver: ordneten-Versammlung nach seiner (Redner's) Auffassung ebenfalls Verhältnisse be: rührten, welche auch den hiesigen Verhältnissen sehr ähnlich seien und grade zu Gunsten des gegenwärtigen Projectes sprächen; auch im vorliegenden Falle sei mit Hauptbeweggrund, zwei sehr enge Straßen zu durchschneiden und Luft und Licht dafür zu schaffen.

Was das mehrfach betonte Interesse Einzelner an diesem Projecte anlange, so glaube er, daß sich hier Niemand als Vertreter einer bestimmten Straße oder eines kleineren Theils der Bürgerschaft anzusehen habe. Die Versammlung habe das Interesse der ganzen Stadt gleichmäßig wahrzunehmen und bei diesem Projecte seien sämtliche Mitbürger interessirt, nicht bloß aus den bereits angeführten Gründen, sondern auch weil sie alle Steuerzahler sind. Die Versammlung habe Interesse daran, der Stadt die Steuerkraft aller Bürger gleichmäßig zu erhalten bez. zu steigern zu suchen, denn wenn an der einen Seite die Steuerkraft schwinde, werde sie an der anderen umsomehr in Anspruch genommen.

Redner bemerkt sodann Herrn Rieke gegenüber, daß bei dieser Sache gerade diejenige Klasse der Bevölkerung mit am meisten interessirt sei, für welche Herr Rieke sich besonders interessire. Es sei ihm (Redner) mitgetheilt worden, daß in diesem Frühjahr sich ein auffallender Mangel an Bauunternehmungen zeige und geklagt werde, daß die Bauarbeiter schlechte Aussichten auf Verdienst hätten. Herrn Rieke könne es daher nur lieb sein, wenn durch solch ein Unternehmen, wie das in Aussicht genommene, das Wohl der hier lebenden Arbeiter gefördert und ihnen so auf Jahre lang hinaus Verdienst zugewandt werde.

Redner bittet, die Gelegenheit heute zu ergreifen und ein Project zu fördern,

welches nicht nur im Interesse des westlichen Stadttheils sondern im Interesse der ganzen Stadt liege.

Herr Heymann glaubt nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß bei Bewilligung eines stadtseitigen Zuschusses zur Straßenanlage zwischen Ruhfäutchenplatz und Hagenmarkt, in welcher Angelegenheit er damals Referent gewesen, von verschiedenen Seiten erhebliche Bedenken gegen den Magistratsantrag geltend gemacht seien; die Sache sei also keineswegs so einfach verlaufen, wie Herr Stadtrath Götte anzunehmen scheine.

Nach einigen kurzen Bemerkungen zwischen den Herren Winter und Bürgermeister Rittmeyer bezüglich der Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Stadtbauamtes zu dieser Angelegenheit

erklärt Herr Schwarzenberg, daß auch er einen Zuschuß von 50 000 *M.* für genügend bemessen ansehen müsse. Wenn das jetzige Straßenproject auch weniger gewinnversprechend für die Unternehmer sei als das der Friedrich-Wilhelmsstraße, so liege darin kein Grund, den Stadtsäckel dafür umsomehr in Anspruch zu nehmen. Außerdem frage es sich noch, ob Herzogliches Staatsministerium auch so ohne Weiteres das Expropriationsrecht bezüglich der zu erwerbenden Grundstücke gewähren werde. Er bezweifle übrigens, daß das Project mit 50 000 *M.* ausgeführt werden könne, zumal auch die Grundstücke in der Dafenstraße viel Geld kosten würden. Den Antrag des Herrn Munte bittet Redner, soweit das Gewandhaus in Frage komme, abzulehnen.

Herr Semler schließt sich unter dem Bemerken, daß man, um principiell zu verfahren, verhältnißmäßig nicht mehr bewilligen dürfe, als in früheren ähnlichen Fällen, dem Antrage des Herrn Winter an.

Herr Munte empfiehlt seinen Antrag nochmals zur Annahme, dabei betonend, daß auch er gewiß in gleichem Maße von Pietät gegen alterthümliche Bauwerke erfüllt sei, wie die Mitglieder der Finanzcommission; ihm sei aber von sachverständiger Seite versichert worden, daß der Giebel des Gewandhauses ohne große Schwierigkeiten herabgenommen und ohne irgend welche Schädigung des bisherigen Eindrucks wiederaufgebaut werden könne.

Herr Jasper schließt sich dem Antrage des Herrn Winter an.

Herr Heymann tritt den Ausführungen des Herrn Rybik entgegen. Die Ansicht, daß man bei Gelbbewilligungen diese je nach dem Grade der Nothwendigkeit oder Nützlichkeit bemessen müsse, lasse sich entschieden rechtfertigen. Wenn zu dem vorliegenden Projecte 50 000 *M.* bewilligt würden, so wisse Jeder, namentlich wer Interesse daran habe, auf wie viel Zuschuß er zu rechnen habe. Reiche dieser Zuschuß zur Ausführung des Projectes nicht hin, dann liege eben ein Fall vor, wie er im Leben so häufig vorkomme, daß man auf die Verwirklichung einer wünschenswerthen Sache verzichten müsse.

Da sich Niemand weiter zum Wort meldet, wird die Debatte geschlossen, und nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Herren Niese und Grote

dem Herrn Referenten das Schlußwort ertheilt. Derselbe verwahrt sich zunächst gegen einen etwaigen Vorwurf, daß er sich in seinem früheren Vortrage nicht an die in der Berathung der Finanzcommission maßgebend gewesenen Ansichten gehalten hätte. Dieselbe Ansicht, »daß im Nothfall zu den Ueberschüssen des Gaswerks gegriffen werden könne«, habe er in der Sitzung der Finanzcommission ausgesprochen, ohne irgendwie auf Widerspruch gestoßen zu sein.

Zur Sache selbst wolle er bemerken, daß er durch die Einwürfe und Gegengründe derjenigen Herren, welche sich nicht gegen das Project selber, wohl aber gegen die Höhe des beantragten Zuschusses ausgesprochen, in seiner Ueberzeugung nicht erschüttert sei, und er halte es für seine Pflicht, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß man bei solchen Sachen, wo es sich nicht nur um etwas Wünschenswerthes in alltäglicher Bedeutung, sondern in jedem Falle höchst Wünschenswerthes handle, wo es sich darum handle, eine erhebliche Verbesserung und Verschönerung der Stadt herbeizuführen, an einer verhältnißmäßig so kleinen Summe wie 100 000 *M.* nichts absehen sollte. Herr Reuter habe sich auch schon etwas handeln lassen, derselbe wolle 75 000 *M.* bewilligen. Ob der Unternehmer diejenigen 20 000 *M.*, welche der Magistrat schon abgezogen habe, anschaffen könne, sei noch fraglich, aber noch weiter heruntergehen, heiße ein höchst wünschenswerthes Project von vornherein aufgeben. Es habe auch Niemand der Herren gesagt, daß es schwierig oder gar unmöglich sei, die fernerer 50 000 *M.* aufzubringen. Er habe schon erwähnt, daß die Belastung einer allmählichen Amortisation verschwindend klein sei.

Herr Winter habe verschiedene Momente zur Begründung seines Antrags vorgebracht, welche er (Redner) bezweifeln, auf deren Widerlegung er aber für heute verzichten müsse.

Redner stimmt sodann Herrn Niese darin völlig bei, daß er, wie er schon in seinem Referate hervorgehoben, einen Durchbruch von Hintern Brüdern nach dem Neuenwege, wozu der jetzige Straßendurchbruch eine Art Vorstuth bilde, für durchaus wünschenswerth halte; er würde ein derartiges Project auf alle mögliche Art zu fördern suchen, ja selbst aus eigenen Mitteln zu dessen Unterstützung beitragen.

Der Antrag des Herrn Munte scheine ihm ziemlich unschuldiger Natur zu sein; es liege aber eine gewisse Kraft in dem Votum der Stadtverordneten, und wenn die Versammlung den Magistrat ersuche, in Erwägung zu ziehen, ob das Gewandhaus zurückgesetzt werden könne, so sei damit schon gesagt, daß diese Idee seitens der Versammlung bereits geprüft und richtig befunden worden, und dazu halte er diese Frage noch nicht für reif genug. Er bitte deshalb den Antrag des Herrn Munte abzulehnen. Wenn die Idee desselben dringend und gewichtig genug sei, so werde sie über kurz oder lang doch zur Ausführung kommen.

Referent bittet nochmals die Magistratsanträge anzunehmen.

Es wird sodann zur Abstimmung geschritten und zwar bezüglich der zu bewilligenden Mittel auf einen genügend unterstützten Antrag des Herrn Blasius zur namentlichen.

Für den Magistratsantrag auf Bewilligung von 100 000 *M.*, welcher zuerst zur Abstimmung kommt, entscheiden sich die Herren Lüderßen, Kybik, Blasius, Hasenbalg, Munte, Rieß, Sievers, du Roi, Reiche, Meyer, Zellgmann, Wolff und von Seckendorff;

dagegen die Herren Kloss, Tüll, Rieke, Grote, Heymann, Ramdohr, Semler, Winter, Schwarzenberg, Jasper und Reuter.

Der Magistratsantrag ist sonach mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen; eine Abstimmung über den Antrag des Herrn Winter ist damit gegenstandslos geworden.

Danach folgt die Abstimmung über den Zusatzantrag des Herrn Munte, wobei der erste Theil desselben bezüglich der Zurücksetzung des Gewandhausgiebels abgelehnt, der zweite Theil dagegen angenommen, also beschloffen wird:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht gelegentlich der Ausführung des gedachten Straßenprojects eine zweckentsprechende Coupierung das an der Ecke des Altstadtmarktes und der Poststraße belegenen Rickel'schen Hauses zur Erzielung einer normalen Straßenbreite vorzunehmen sei.«

Schließlich verliest der Herr Vorsitzende nochmals den Contractsentwurf mit der von der Commission empfohlenen Aenderung.

Herr Heymann beantragt, diese Aenderung noch insoweit zu präcisiren, daß hinter »Gewähr« die Worte »für Existenz und Bonität« eingeschaltet werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden, und wird der Contract in der so modificirten Fassung genehmigt.

II. wird auf Befürwortung des Referenten der Finanzcommission, Herrn von Seckendorff einem Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 15. v. Mts. gemäß beschloffen, die bei dem Betriebe des städtischen Baubüreaus im Jahre 1881 der veranschlagten Summe von 1200 *M.* gegenüber entstandene Ueberschreitung von 390 *M.* 37 *S.* nachzuverwilligen.

III. wird ohne Debatte beschloffen, einem gleichfalls von Herrn von Seckendorff namens der Finanzcommission empfohlenen Ersuchen des Stadtmagistrats vom 19. April, einen im Etat der städtischen Armenkasse pro 1881 vorhandenen Fehlbetrag von 1476 *M.* 16 *S.* aus dem Dispositionsfonds bzw. den Ueberschüssen der Stadtkasse de 1881 zu bewilligen, Folge zu geben.

Sodann

IV. referirt Herr Lüderßen für die Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 20. v. Mts., die Anlegung einer Privatstraße seitens des Particuliers Keune an der Glacisländerei zwischen dem August- und Steinthore betreffend. Die Straße soll in derjenigen Richtung, Breite und Höhenlage angelegt werden, welche dem von den städtischen Behörden beschlossenen und dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vorgelegten Ortsbauplane entspricht. Der Magistrat hat unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten und in der Voraussetzung, daß der gedachte Ortsbauplan vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt werden wird, mit Keune einen notariellen Vertrag abgeschlossen, und ersucht, denselben mit den vom Stadtbauamte beantragten Aenderungen und Zusätzen zu genehmigen.

Referent setzt zunächst die Zeichnung über die gedachte Straßenanlage in Circulation und verliest sodann den Contract. Zu letzterem hat die Commission einige Aenderungen vorzuschlagen, welche bei der Verlesung besonders hervorgehoben werden.

Die Commission empfiehlt mit diesen Aenderungen die Genehmigung des vorliegenden Contracts.

Herr Zellgmann kann sich mit der im Contracte vorgesehenen Bestimmung, wonach auf der anzulegenden Straße kein Lastwagenverkehr geduldet werden soll, nicht einverstanden erklären. Warum wolle man dies auf neuen Straßen nicht dulden, was doch auf den alten erlaubt sei? Die Helmstedterstraße eigne sich unmittelbar hinter dem Steinthore sehr wenig zum Lastwagenverkehr, es erscheine daher wünschenswerth, diese Straße etwas zu entlasten.

Die Herren Winter und Munte halten die erwähnte Bestimmung für richtig, eine Entlastung der Helmstedterstraße könne durch diese Straße ihrer Lage nach doch nie herbeigeführt werden, auch müsse bei einer Willenstraße, wie diese eine werden solle, der Lastwagenverkehr entschieden ausgeschlossen werden.

Herr Zill schließt sich den Ausführungen der Herren Vorredner an, macht aber bezüglich §. 2 sub 5 des Contracts darauf aufmerksam, daß es mit Rücksicht auf eine in neuerer Zeit vom Herzoglichen Staatsministerium vorgekommene Auslegung der betreffenden gesetzlichen Bestimmung erforderlich erscheine, den Zwischenraum zwischen den Häusern auf mindestens 3,6 event. 4,6 m festzustellen.

Mit dieser und den von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen wird sodann der Contract genehmigt.

V. berichtet Herr Munte für die Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 21. v. Mts., eine Aenderung des Vertrags zwischen Magistrat und Waisenhaus B. M. V. bezüglich der Grenzen des Waisenhauses einerseits und des neuen Gebäudes der Gas- und Wasserwerks-Direction andererseits betreffend. — Für die um 42,64 qm größere Fläche, welche die Stadt gegenüber der an das Waisenhaus abzutretenden

Fläche erhalten soll, ist, wie sich nachträglich herausgestellt hat, seitens der Stadt Entschädigung zu leisten. Das Directorium des Waisenhaus hat sich mit einer Entschädigung von 25 *M.* pro qm oder rund 1000 *M.* einverstanden erklärt, eine Summe, welche die Billigung der städtischen Bauverwaltung und des Stadtbauamtes gefunden hat. Der Stadtmagistrat ersucht, zu einer nachträglichen Aenderung des Vertrags in der gedachten Richtung die Zustimmung zu ertheilen, wobei derselbe bemerkt, daß die beantragte Summe zu $\frac{3}{5}$ durch den bislang nicht in Berechnung gezogenen Verkauf von alten Stein- und Holzmaterialien im Gesamtwerthe von 600 *M.* wieder gedeckt werden werde.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Schließlich

VI. nimmt Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zu dem in voriger Sitzung von Herrn Blasius eingebrachten Antrage:

»den Stadtmagistrat um Auskunft darüber zu bitten, welche Rechte den städtischen Behörden in Betreff der Besetzung der Stelle eines Stadtsuperintendenten zustehen und welche Schritte seitens des Stadtmagistrats event. in dieser Angelegenheit bereits gethan sind?«

Redner erklärt, daß die Besetzung der Stelle eines hiesigen Stadtsuperintendenten Sache des Kirchenregiments sei und daß den städtischen Behörden ein Mitwirkungsrecht hierbei nicht zustehe. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf eine dem Magistrate gewordene officiële Mittheilung, wonach wegen Wiederbefetzung der Stelle eines Stadtsuperintendenten ein Allerhöchster Entschluß neuerdings erfolgt sei, glaube der Magistrat von einer Beantwortung des zweiten Theils des Antrags absehen zu sollen.

Der Herr Vorsitzende erklärt die Angelegenheit damit für erledigt

und schließt sodann die Sitzung.

(Beilage zu **N** 149 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu **N** 141 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N 6.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 8. Juni 1882.

Öeffentlich:

Selbständiger Antrag des Herrn Kybik:

I. Aenderung der Stataufstellung betreffend.

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- II. Stadthauplan.
- III. Ausführung einiger Theile der städtischen Canalisation.
- IV. Zuschuß zu den Kosten eines zweiten Beschlagichuppens am Giersberge.
- V. Angebot des Verkaufs der Stallungen am Giersberge an den Reichs-Militair-Fiscus
- VI. Anlage neuer Bedürfnisanstalten.
- VII. Belegung von Capitalien der Stadt und des Kreiscommunalfonds.
- VIII. Verkauf des Neustadt Wasserkunst-Gebäudes an Herzogliche Baudirection.

Selbständiger Antrag des Herrn Ramdohr:

IX. Klarstellung des Anfrages (Interpellations-) Rechts der Stadtverordneten betreffend.

Unter dem Vorsitz des Herrn Overbürgermeister Pockels schreitet die Versammlung

in **gemeinschaftlicher Sitzung**
zur Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenwahlen.

Gewählt werden die Herren

Rechtsanwalt Semler,
Hauptagent Ramdohr,
Stadtrath Ketemeyer,
Provisor Carl Schrader,
Provisor Heinrich Ahrens,
Rentner Otto Schrader,
Weinhändler Rittmeyer.

Alsdann übernimmt Herr Otto den Vorsitz und eröffnet die

Sitzung der Stadtverordneten.

Entschuldigt die Herren Kloss, Heymann, Schwarzenberg, Jasper und Lüderßen.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Voßels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Nachdem der Herr Vorsitzende angezeigt hat, daß von Herrn Ramdohr der Antrag eingegangen sei: die Geschäftsordnung der Versammlung dahin zu ergänzen, daß das Anfragerrecht (Interpellationsrecht) der Stadtverordneten klar gestellt werde, nimmt,

zur Tagesordnung übergehend,

I. Herr Wolff das Wort und trägt namens der Finanzcommission über den von Herrn Kybik in der Sitzung am 1. December v. J. eingebrachten Antrag:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Formular zu dem städtischen Haushaltsetat künftig durch einen Hauptetat zu ergänzen, auch unter dem Capitel »Cämmerei-Vermögen« alle diejenigen Einnahmen zu buchen, welche Einkünfte von Cämmerei-Vermögen sind, namentlich die Reinertragsprojecte vom Wasserwerke, vom Gaswerke und von der Neustadt-mühle.«

Folgendes vor:

Der Antrag habe der Commission verschiedene Male vorgelegen und im Allgemeinen eine sehr sympathische Beurtheilung erfahren. Im Verlaufe der Berathung seien indeß soviel Detailfragen aufgetaucht, die noch einer gründlichen Erwägung unterzogen werden müßten, daß es gerathen erscheine, sich über diesen Antrag nicht für sich allein schlüssig zu machen, sondern denselben lieber bei der nächsten Statberathung mit zu erledigen. So werde z. B. höchstwahrscheinlich das Regulativ der

städtischen Gas- und Wasserwerke geändert werden müssen, und habe der Herr Oberbürgermeister Pockels zugesagt, eine Revision dieses Regulativs bis dahin vornehmen zu lassen.

Dem Vorschlage der Commission, eine Beschlussfassung über den fraglichen Antrag für jetzt auszuheben und bis zur nächsten Statberathung zu verschieben, tritt die Versammlung bei.

II. Nachdem die Versammlung sich in der Sitzung von 15. December v. J. bezüglich der Feststellung eines Ortsbauplans für die hiesige Stadt für das Ringstraßenproject entschieden, hat der Stadtmagistrat auf dieser Grundlage und im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte von der städtischen Bauverwaltung einen Ortsbauplan ausarbeiten lassen und solchen mittelst Schreibens vom 27. April c. der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt.

Wie dieser Plan, welcher im Sitzungssaale aushängt, ersehen läßt, beginnt die beschlossene Ringstraße mit der Campestraße, setzt sich in nördlicher Richtung über den Leonhardplatz unmittelbar vor der Domaine St. Leonhard fort, durchschneidet darauf zunächst in einer gefälligen Krümmung den an der Helmstedter Straße belegenen Steding'schen Garten, die Helmstedter Straße und die Kasanienallee und verfolgt sodann eine rein nördliche Richtung, in welcher sie die zur Feldmark Altewiek und Hagen gehörige, vor dem Stein- und Fallerleberthore belegene Länderei, sowie die Brunnen-, Heinrich-, Waabe-, Karl- und Gliesmaroder Straße, und zwar die letztgedachten Straßen rechthöckig durchschneidet. Bei dem am Büldenwege und der Drafewiktwete belegenen Fabrikgrundstücke der Gebrüder Grahe wendet sich die Ringstraße nach Westen, durchschneidet das Grahe'sche Grundstück und setzt sich in der Nebenstraße und Hamburgerstraße fort bis zum Hasenwinkel. Nachdem sie den letzteren durchschnitten und die Oker an der Langentiefe mittelst Ueberbrückung überschritten, setzt sich dieselbe immer in westlicher Richtung im Eichthale dergestalt fort, daß sie die Gellerstraße durchschneidet und an der Ecke des Weißen Koffes in die Hildesheimerstraße einmündet. Eine kurze Strecke hinter dem Weißen Koffe verläßt die Ringstraße sodann die Hildesheimer Straße wieder und nimmt zunächst eine südwestliche, sodann aber eine rein südliche Richtung an und durchschneidet in ihrer Fortsetzung die vor dem Petri-, Hohen- und Wilhelmithore belegene Feldmarksländerei, sowie die Kreuzstraße, den Madamen- und Broihemerweg und mündet gegenüber der vor dem Wilhelmithore belegenen Bergfeldstraße in die Frankfurterstraße ein.

An größeren Plätzen, welche die Ringstraße berührt, sind außer dem Leonhard- und dem Kleinen Exercierplatze projectirt:

- 1) ein kleinerer, viereckiger Platz an der Campestraße da, wo die Ottmerstraße und die Bertramstraße in die Ringstraße einmünden,

- 2) ein größerer Platz im Hagenbruche hinter der Braunschweigischen Molkerei,
- 3) ein größerer Platz im Eichthale zwischen der Ringstraße und der Amalienstraße,
- 4) ein größerer Platz nördlich der Kreuzstraße in den langen Höfen vor dem Petri- und Hohenthore,
- 5) ein größerer Platz westlich von der Louisenstraße vor dem Wilhelmithore auf dem Papensiege.

Im Anschlusse an die Ringstraße sind unter thunlichster Berücksichtigung der bereits vorhandenen Communal- und Interessentenwege Längen- und Querstraßen projectirt, welche einerseits eine zweckmäßige Ausnutzung und ordnungsmäßige Bebauung des in den Ortsbauplan aufgenommenen Terrains im Auge haben, andererseits eine zweckmäßige Verbindung der älteren mit den neueren Stadttheilen, insbesondere der Ringstraße mit der inneren Stadt und den neueren Straßen, untereinander bezwecken.

Die einzelnen projectirten Häusercarrés sind nach dem Muster anderer Ortsbaupläne durchschnittlich in der Größe von 200 m Länge und 100 bis 150 m Breite angenommen, welche Größe sich einerseits zum Zwecke einer wirtschaftlichen Ausnutzung, andererseits im Interesse der Feuerpolizei und der Verkehrserleichterung empfiehlt.

Der Stadtmagistrat giebt anheim, den vorgelegten Ortsbauplan vorbehaltlich einer späteren Beschlußfassung bezüglich der Höhenlage der betreffenden Straßen und Plätze zu genehmigen.

In seinem fernern Schreiben vom 31. v. Mts. ersucht sodann der Magistrat die zur Aufstellung der Nivellementspläne zu vorgedachtem Plane erforderlichen Kosten von 1500 M. zu verwilligen.

Herr Munte, welcher namens der Statutencommission über diese Vorlage berichtet, bemerkt Folgendes dazu:

Der der Versammlung vorliegende Plan, welchem das vom Architekten- und Ingenieurvereine ausgearbeitete Project nebst Ringstraße zu Grunde gelegt sei, sei insofern geändert, als bei dem Plane des Architekten- und Ingenieur-Vereins die Curven der Ringstraße so eingerichtet gewesen, daß in dem Straßenzuge sich Schienengleise zum Frachtverkehr mit Dampfbetrieb hätten herstellen lassen, während nach dem der Versammlung vorliegenden Plane die Krümmungen zu stark seien, um derartige Anlagen im Straßenzuge zu gestatten. In der Statutencommission sei die Mehrheit der Ansicht gewesen, daß daraus ein Bedenken gegen die Vorlage nicht herzuleiten, da auf der Ringstraße, wenn sie in Zukunft vor Allem dem Personenverkehr und zugleich ähnlichen Zwecken, wie die jetzigen Ballpromenaden, dienen solle, ein Lastverkehr mit Dampfbetrieb im Straßen-Niveau nicht zulässig erscheine.

Er Referent, sei für seine Person allerdings abweichender Ansicht gewesen und würde es lieber gesehen haben, wenn die Straßenbiegungen so flach hergestellt wären, daß derartige Eisenbahn-Anlagen möglich.

Was den Plan im Allgemeinen anlange, so scheine es nach der fortwährenden Erweiterung der Stadt nach außen hin dringend geboten, daß ein Stadtbauplan, dessen Feststellung den städtischen Behörden auf Grund der vorhandenen landesbaugesetzlichen Bestimmungen zustehe, perfect werde, damit endlich einmal eine gewisse Ordnung in das Bauen vor den Thoren komme. Bis jetzt sei es Jedem noch immer unbenommen gewesen, sich an Interessentenwegen anzubauen, welche häufig die auf dem Plane eingezeichneten Carrés durchschneiden, wodurch eine große Unordnung im Bauen herbeigeführt worden sei.

Der vorliegende Plan, welcher nur als Unterlage zur generellen Genehmigung diene, sei im Maßstabe von 1:4000 hergestellt; die späterhin anzufertigenden Sectionen würden 8 Mal so groß gehalten werden.

Was die Feststellung der Höhenlage der in den Ortsbauplan aufgenommenen Straßen und Plätze anlange, so lasse sich allerdings der Ortsbauplan selbst nach den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen ohne jene einstweilen feststellen. In den Commissionsberatungen sei es aber für nothwendig erachtet, daß man sich auch in diesem Punkte bald klar werden müsse. Wenn man Häuser bauen wolle, so müsse man vor allen Dingen wissen, wie hoch man dieselben legen dürfe, sonst komme man in Ungelegenheiten, oder es entstünden Mißverhältnisse, zu hohe oder zu tiefe Lage einzelner Häuser, wie in älteren Theilen unserer Stadt zu sehen, welche dauernd nachtheilig sowohl für das einzelne betroffene Haus als auch für die ganze Straßenentwicklung und Ansicht wirkten.

Vom Herrn Vertreter des Stadtmagistrats sei die Erklärung abgegeben, daß im Herbst sofort mit den Nivellierungsarbeiten begonnen werden solle. Zu diesem Zwecke seien, wie von ihm oben angegeben, 1500 M und zwar zur Bezahlung von Hilfskräften, angefordert.

Die Commission gebe anheim, die Magistratsanträge anzunehmen.

Referent schließt seinen Vortrag mit dem Bemerken, daß er persönlich die Vorlage mit Freuden begrüße, doch auch nicht unterlassen könne, seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß dieselbe erst jetzt, nachdem bereits ganze Stadttheile außerhalb entstanden, an die Versammlung gelangt sei. Wäre die Vorlage 20 bis 30 Jahre früher gekommen, so würde Braunschweig heute aus ganz anderen Augen schauen!

Die Herren Till und Riecke haben am Laufe der Ringstraße etwas auszusagen, ersterer hält eine anderweite Projectirung derselben in den Gegenden der Campestraße, des Leonhardplatzes und der Fabrikstraße, letzterer in der Gegend der Nebenstraße für zweckmäßig.

Es weisen die Herren Reuter, Bürgermeister Rittmeyer und der Herr Vorsitzende darauf hin, daß es sich zunächst nur darum handle, durch eine Genehmigung des vorgelegten Bauplans eine Basis zu gewinnen, auf welcher ein regelmäßiges Bauen vor den Thoren bewirkt werden könne. Der Plan werde — wie von Herrn Bürgermeister Rittmeyer besonders hervorgehoben wurde — öffentlich ausgelegt werden, wodurch einem Jeden Gelegenheit gegeben sei, etwaige Wünsche und Ausstellungen bei dem Stadtmagistrate zur Sprache zu bringen; es empfehle sich wohl, auf diesem Wege die in heutiger Sitzung gemachten Aenderungsvorschläge zu vertreten. Eine hier auf die Einzelheiten sich erstreckende Berathung des Ortsbauplans würde das Zustandekommen desselben sehr erschweren. Zudem biete sich bei der späteren, im Laufe der Jahre langsam fortschreitenden Ausführung des Ortsbauplans immer noch Gelegenheit zu einzelnen Abänderungen.

Der Herr Vorsitzende constatirte nach diesen Ausführungen, daß allerdings mit der Genehmigung des Ortsbauplans heute Recht geschaffen werde, welches zu seiner Abänderung des übereinstimmenden Beschlusses von Magistrat und Stadtverordneten bedürfe. Gleichwohl werde es, um möglichst rasch die principielle Grundlage für ein planmäßiges Bauen zu gewinnen, zweckmäßig sein, auf die Verfolgung specieller Abänderungsvorschläge zur Zeit zu verzichten.

Hiernächst nehmen die Herren Tüll und Rieße von der anfänglich beabsichtigten Stellung bezüglich der Anträge Abstand und es werden die Magistratsanträge einstimmig genehmigt.

III. berichtet Herr Rybik namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 8. v. Mts., die Ausführung einiger Theile der städtischen Canalisation betreffend.

In Gemäßheit der Beschlüsse der Versammlung vom 13. October und 3. November v. J., wonach das vom Stadtmagistrate vorgeschlagene Canalisationssystem und die darauf basirten Projecte wegen Entwässerung der Außenstadt im Principe genehmigt sind, auch das Einverständniß dazu erklärt worden ist, daß die als für jetzt erforderlich bezeichneten einzelnen Canalbauten im äußeren Stadtgebiete ausgearbeitet werden, hat der Stadtmagistrat durch den Oberingenieur Mitgau

a. das Project der Canalisirung der Wolfenbüttler Straße und der östlich daran gelegenen Straßen, als der Campestraße, Biewegstraße, Friedrichstraße, Salzbadlumer Straße und Elmstraße,

b. das Project der Canalisirung der Spielmannstwee und Schleinitzstraße ausarbeiten und veranschlagen lassen und die betreffenden Zeichnungen und Anschläge der Versammlung nunmehr vorgelegt.

Der Magistrat bezeichnet die baldige Ausführung beider Canalisationsprojecte als dringendes Bedürfnis, da bezüglich der Abführung der Himmels- und Hauswässer

von den vorbezeichneten, vor dem Augustthore belegenen Straßen nach den angestellten Ermittlungen ein wirklicher Nothstand herrscht, der provisorische Canal in der Schleinitzstraße sich als unzureichend erwiesen hat und die Herstellung des Canals in der Spielmannsstraße, deren Verbreiterung und Chauffirung auf Kosten der Anlieger von letzterem beantragt ist und an welcher schon in diesem Sommer eine Reihe von Wohnhäusern errichtet werden wird, nothwendig vor den Chauffirungsarbeiten wird geschehen müssen.

Die Kosten der beiden vorgedachten Canalisationsprojecte sind zu 247 000 *M.* veranschlagt, und ist diese Summe durch Aufnahme einer städtischen Anleihe zu beschaffen, worüber der Magistrat sich die erforderlichen Anträge vorbehält.

Unter Bezugnahme auf das von den städtischen Behörden beschlossene und dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vorgelegte Statut, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, und unter Voraussetzung der Genehmigung dieses Statuts seitens des Herzoglichen Staatsministeriums, ersucht der Stadtmagistrat, die Ausführung der oben bezeichneten Canalisationsprojecte zu genehmigen und die dadurch erwachsenden Kosten im Gesamtbetrage von 247 000 *M.* zu verwilligen.

Die Finanzcommission — so fügt Referent hinzu — sei mit der Vorlage einverstanden und empfehle aus den in derselben ausgesprochenen Gründen die Genehmigung der Verwendung der 247 000 *M.* zu den bezeichneten Zwecken, vorbehältlich der späteren Entscheidung über die aufzunehmende Anleihe.

Wie bekannt, würden Verzinsung und Amortisation der auf die Canalisation zu verwendenden Capitalien demnächst zum größeren Theile von den Eigenthümern der das Canalsystem benutzenden Grundstücke mittelst einer Canalsteuer nach den durch das Statut festgestellten Grundsätzen, zu einem Theile aus der Stadtcasse zu decken sein. Die Capitalverwendungen träten jetzt schon ein, es werde dagegen noch einige Zeit bis zur Ausschreibung der Canalsteuer verstreichen. Inzwischen liefen Zinsen auf, welche als Bauzinsen zu dem Capital zu schlagen seien. Die Commission setze voraus und betrachte als Bedingung der Verwilligung, daß bei den heute zur Genehmigung empfohlenen Aufwendungen so verfahren, und daß den jetzt in Frage kommenden Interessenten die Deckung der Bauzinsen neben dem Baucapital in statutenmäßiger Weise auferlegt werde. Mit fortschreitender Ausführung der Canalisation und Erweiterung des Kreises der Interessenten werde übrigens auch die Höhe der die Einzelnen treffenden Steuern manche Aenderung erfahren.

Herr Oberbürgermeister Pockels ersucht, den Vorbehalt der Finanzcommission in Bezug auf die Berechnung der Baukosten fallen zu lassen, weil die Tragweite desselben augenblicklich nicht zu übersehen sei und eine Beschlufsfassung in dieser Beziehung möglicherweise mit den Bestimmungen des Statuts collidiren könnte. Das Statut gebe die allgemeinen Bestimmungen, nach denen die Kosten der Canalisation

aufzubringen resp. unter die Interessenten zu vertheilen seien. Die Norm, nach welcher die Vertheilung in den einzelnen Jahren stattfinden würde, würde jedesmal noch der Zustimmung der Versammlung bedürfen. Es würde also bei der demnächstigen ersten Vertheilung der Kosten immer noch in den Händen der Herren Stadtverordneten liegen, bestimmte Anträge in Bezug auf den Modus der Vertheilung speciell in Bezug auf die etwaige Berechnung von Bauzinsen zu stellen. Der Standpunkt der Finanzcommission, daß die Stadt bei Einziehung der Beiträge von den Anliegern durch Berechnung von Bauzinsen schadlos gehalten werden müsse, werde im Principe auch vom Magistrate vertreten.

Der Herr Referent erklärt hierauf namens der Commission, daß, da der Magistrat im Principe mit derselben einverstanden sei, der gedachte Vorbehalt als nicht zum Antrage des Commission gehörig betrachtet werden solle.

Im Verlaufe der fernerer Debatte, an welcher sich die Herren Blasius, von Seckendorff, du Roi, Kieße, Grote, Reuter und Munte, sowie die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer betheiligen, wird mehrseitig darauf hingewiesen, daß durch Ausführung der Canalisation der vor dem Augustthore belegenen Straßen für den nördlichen Stadttheil bedeutende Uebelstände sich ergeben würden, wenn nicht gleichzeitig die Ausführung des für diese Canalisation die Vorfluth schaffenden Canals durch das ganze Stadtgebiet in Angriff genommen würde; der Schmutz, welcher oberhalb in die Stadt eingeführt werde, müsse unbedingt auch in verdeckten Canälen durch die ganze Stadt durchgeführt werden, selbst wenn man bei der Canalisation auf Beiträge unbemittelter Anlieger der in Frage kommenden Straßen in der Art, wie sie bisher gefordert und geleistet worden, verzichten müsse; anderenfalls würde man eine große Verantwortlichkeit auf sich laden, da die Durchführung von Schmutz durch die Stadt in dem offenen Okerarme namentlich aber in der Nähe engebauter stark bevölkerter Straßen, wie beispielsweise der Nickelskulk, in denen die Luft ohnehin schon stellenweise nicht so rein sei, gesundheitsnachtheilig wirken und bei Ausbruch von Epidemien in der Stadt verderblich werden könne.

Herr Grote bringt darauf den Antrag ein, an die Genehmigung des sub a gedachten Canalisationsprojectes die Bedingung zu knüpfen, daß gleichzeitig mit der Ausführung desselben der für diese Canalisation die Vorfluth schaffende Canal durch das ganze Stadtgebiet in einer dem Gesamtcanalprojecte entsprechenden Weise, nachdem auch dieser Theil bearbeitet und festgestellt sein wird, zur Ausführung gelange.

Mit diesem Zusatzantrage werden sodann die Magistratsanträge genehmigt.

IV. wird nach einem namens der Finanz-Commission erstatteten Berichte des Herrn Semler dem bezüglichlichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 20. April d. J. entsprechend beschlossen, die magistratsseitig mit dem Commando des Braunschweigischen Fußarenregiments *N* 17 getroffene Uebereinkunft, wonach von den durch die Errichtung

eines zweiten Beschlagschuppens seitens des gedachten Regiments neben der Schmiede am Giersberge erwachsenden Kosten zu 760 *M.* das Regiment 300 *M.* und die Stadt den Rest zu 460 *M.* zu zahlen hat, der fragliche Schuppen dagegen in das Eigenthum der Stadt übergeht, zu genehmigen.

Weiter

V. referirt Herr Semler über die Magistratsvorlage vom 15. v. Mts., den Verkauf der Stallungen am Giersberge an den Militairfiscus betreffend.

Im Kriegsministerium zu Berlin ist die Frage angeregt worden, ob es nicht zweckmäßig sei, das ganze Herzogliche Husarenregiment *Nr.* 17 in einer neu zu erbauenden Caserne am Giersberge unterzubringen. Die hiesige Garnisonverwaltung hat deshalb bei dem Stadtmagistrate angefragt, zu welchem Preise das zwischen den Stallungen am Giersberge und der Jägerstraße belegene städtische Terrain, sowie die Stallungen selbst von dem Reichsmilitairfiscus erworben werden könnten, und ob event. die Anlage der projectirten Giersbergstraße, welche das vorgedachte städtische Terrain von der zu obgedachtem Zwecke gleichfalls zu erwerbenden Länderei des Waisenhauses trennen würde, unterbleiben könnte.

Da dieses Project dem städtischen Interesse in mehrfacher Hinsicht entspricht, so hat der Magistrat die städtische Bauverwaltung zur gutachtlichen Aeußerung über diesen Gegenstand aufgefordert. Die Bauverwaltung empfiehlt, dem Wunsche der Militairbehörde thunlichst entgegenzukommen und danach auf Grund der von ihr aufgestellten Werthberechnung eine Forderung von 232 100 *M.* zu stellen.

Das Stadtbauamt hält die Ausführung des fraglichen Projectes zwar auch für sehr wünschenswerth, ist aber der Ansicht, daß der von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagene Kaufpreis mit Rücksicht auf die allgemeine Werthherhöhung der in unmittelbarer Nähe der Stadt und namentlich an der projectirten Ringstraße belegenen Länderei, zu gering bemessen sei und empfiehlt die Forderung eines Preises von 300 000 *M.*

Der Stadtmagistrat hält aus verschiedenen Gründen letzteren Preis für zu hoch gegriffen. Durch Verwirklichung des Projectes würden einmal die sämmtlichen Militair-etablissemens, von denen namentlich die Stallungen am Sandwege und am Augusthore der Promenade keineswegs zur Zierde gereichten, von den Promenaden beseitigt und dort Bauplätze für Bauten, welche der Ortschaft besser entsprächen, frei werden, zweitens würde die Stadt der lästigen Administration und kostspieligen Unterhaltung der Pferdeställe am Giersberge überhoben werden, und drittens würde die Ausquartierung der Mannschaften von zwei Schwadronen in den Maßberg'schen Baracken sowie einer Anzahl Pferde in Privatstallungen aufhören, wozu die Stadt jährlich 10 000—11 000 *M.* beizutragen hat. Der Magistrat hält nach seiner Berechnung, welcher im Wesentlichen der seiner Zeit gezahlte Selbstkostenpreis zu Grunde gelegt

ist, einen Verkaufspreis von 265 000 *M* für angemessen, und giebt deshalb der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß

- 1) unter Vorbehalt der Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums die in der Werthberechnung der städtischen Bauverwaltung aufgeführten Objecte der Militärverwaltung unter Sicherung der vorerwähnten Vortheile zum Preise von 265 000 *M* zum Kauf angeboten werden;
- 2) auf die Verlängerung der Giersbergstraße nach Osten zu verzichtet, dagegen im Ortsbauplane auf die Anlage einer Verbindungsstraße von der jetzigen Giersbergstraße in südlicher Richtung bis zur Kassanienallee Bedacht genommen werde.

Die Commission empfiehlt diese Anträge zur Genehmigung.

Herr Winter vertheidigt die Ansicht des Stadtbauamts und hält die von dieser vorgeschlagene Forderung für durchaus gerechtfertigt. Die Stadt habe das fragliche Grundstück seiner Zeit außergewöhnlich billig erworben, es könne also bei einer Wiederveräußerung der gezahlte Selbstkostenpreis nicht völlig maßgebend sein. Ferner sei zu berücksichtigen, daß der Militärfiscus in anderen Städten für Grund und Boden reichlich soviel bezahlen müsse, wie das Stadtbauamt fordere und daß die Militärbehörde sich gewiß nicht weigern würde, dieser Forderung nachzugeben, da ihr daran liege, das gesammte Militär beisammen zu haben, auch das Casernengebäude am Augustthore sich bereits in sehr desolatem Zustande befände. Redner beantragt, den Verkaufspreis auf 300 000 *M* festzustellen.

Nachdem jedoch Herr Bürgermeister Rittmeyer, der Herr Referent und die Herren von Seckendorff und Reuter sich für den Magistratsantrag ausgesprochen, letzterer unter dem ausdrücklichen Hervorheben, daß bei einer Forderung von nur 265 000 *M* die Stadt dem Militärfiscus ein besonderes Entgegenkommen erweise, daß er übrigens im Stadtbauamte auch der Ansicht gewesen, es könnten wohl 300 000 *M* gefordert werden,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Von der Berathung und Beschlussfassung über den nun folgenden Gegenstand »theilweise Deckung eines Deficits der baugewerblichen Ausstellung« muß für heute Abstand genommen werden.

Es fehlen nämlich von den 27 Mitgliedern des Stadtverordneten-Collegiums mit Entschuldigung die Eingangs erwähnten 5 Herren, ohne Entschuldigung Herr Wille und 4 Herren haben sich, als Mitglieder des Comites der baugewerblichen Ausstellung persönlich bei der Sache interessiert, nach einer von ihnen heute abgegebenen Erklärung in Gemäßheit des §. 57 der rev. St. D. der Theilnahme an der Verhandlung zu enthalten. Da also nur 17 Herren als zur Verhandlung gegenwärtig angesehen werden können, so ist nach §. 63 der rev. St. D., welcher zur Beschlussfassung das

Vorhandensein von zwei Drittheilen sämmtlicher Stadtverordneten vorschreibt, die Versammlung in dieser Angelegenheit nicht beschlußfähig.

Nach kurzer, allein die Geschäftsordnung berührender Debatte unter den Herren Kybik, Winter, Rieß, Blasius, Semler und dem Herrn Vorsitzenden wird deshalb der Gegenstand verlassen, und es nimmt

VI. Herr Wolff als Referent der Finanz-Commission das Wort zur Berichterstattung über die Magistratsvorlage vom 10. Mai c., die Anlage neuer Bedürfnis-Anstalten in hiesiger Stadt betreffend.

Der Magistrat hat im Einverständnisse mit Herzoglicher Bau-Direction, der Herzoglichen Polizei-Direction und dem Stadtbauamte beschlossen, an nachbenannten Stellen Bedürfnis-Anstalten nach den im Sitzungssaale zur Ansicht ausgehängten Zeichnungen errichten zu lassen:

- 1) auf dem Pforterterrain zwischen den Häusern N. 20 und 21 am Damme,
- 2) auf dem Kohlmarkte an der Stelle, wo gegenwärtig der große Sackhandelaber steht,
- 3) am Fallersleberthore auf dem dreieckigen Platze vor dem Horney'schen Grundstücke,
- 4) am Herzoglichen Hoftheater auf dem nördlich von demselben belegenen Platze,
- 5) am Augustthore innerhalb des Umfluthgrabens am Eingange der Bootstation,
- 6) am Hohenthore vor dem Grundstücke des Banquiers Oppenheimer, Hohenthorpromenade N. 14.

Die Kosten dieser Anlagen belaufen sich anschlagsmäßig: für die Bedürfnis-Anstalt auf dem Damme auf 2400 M., für jede der übrigen 5 Anstalten auf je 2500 M. = 12500 M., also in Summa auf 14900 M.

Die Construction der Anstalten ist nach den neuesten Mustern größerer Städte unter Berücksichtigung der Zweckmäßigkeit, Wohlstandigkeit und Dauerhaftigkeit projectirt.

Gegen die Anlage der Bedürfnis-Anstalten auf dem Damme und am Augustthore sind von den betreffenden Anwohnern Proteste eingegangen. Der Magistrat hält jedoch unter Beistimmung der Herzoglichen Polizei-Direction und des Stadtbauamtes diese Proteste, da die Plätze durchaus zweckmäßig sind, die Construction der Anstalten selbst aber dergestalt projectirt ist, daß sie weder die Aussicht der Bewohner von den umliegenden Grundstücken schädigt, noch auch das Anstandsgefühl verletzt, für unbegründet, und giebt anheim, die Aufstellung von Bedürfnis-Anstalten an den benannten Plätzen zu genehmigen und die veranschlagten Kosten zu bewilligen.

Referent empfiehlt namens der Commission, der Magistratsproposition zuzustimmen, dabei bemerkend, daß in der Commissionssitzung auch die Frage wegen Anlegung derartiger Anstalten vor den Thoren angeregt worden sei, daß man sich aber, zumal diese Frage noch nicht so dringend sei, dahin ausgesprochen habe, dieselbe bis zur Fertigstellung der Canalisation vor den Thoren ruhen zu lassen. Ebenso habe man von einer Empfehlung der von einem Districtsvereine zur Sprache gebrachten Errichtung von Bedürfnisanstalten für das weibliche Geschlecht bis auf Weiteres Abstand nehmen zu müssen geglaubt, da man auch diese Frage, die doch im Wesentlichen nur für den Fremdenverkehr von Interesse sein könne, noch nicht für reif gehalten habe.

Die Herren Munte und Tüll begrüßen die Magistratsvorlage mit Freuden, sprechen jedoch dabei den Wunsch aus, daß die nach der vorliegenden Zeichnung sich nicht vortheilhaft ausnehmende Fagade der für den Damm bestimmten Anstalt etwas geändert werden möchte.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß es nur dieser von zwei Sachverständigen ausgehenden Anregung bedürfen werde, um den Stadtmagistrat zu veranlassen, die betreffende Zeichnung durch die städtische Bauverwaltung dem Wunsche dieser Herren entsprechend nochmals prüfen zu lassen.

Herr Winter spricht sich gleichfalls für den Magistratsantrag aus, kann aber nicht umhin, die Aufmerksamkeit des Stadtmagistrats auf den theilweise höchst unpractischen und desolaten Zustand der bereits vorhandenen Bedürfnisanstalten zu lenken. So sei beispielsweise die Anstalt an der Brüdernkirche mit handgroßen Rissen versehen, so daß dieselbe anständigerweise kaum benutzt werden könne. Eine Vorlage des Magistrats wegen Reparatur bez. Umbaues der vorhandenen Bedürfnisanstalten würde der Versammlung gewiß sehr erwünscht sein.

Danach wird die Magistratsvorlage genehmigt.

Wie

VII. Herr Telligmann für die Finanzcommission berichtet, beantragt der Stadtmagistrat mittelst der Schreiben vom 17. v. Mts., die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die zur Zeit disponibeln Capitalien a. der Stadt zu 28076 *M.* 29 *S.*, b. des Kreiscommunalfonds zu 18045 *M.* 13 *S.*, zusammen also 46121 *M.* 42 *S.*, zum Ankaufe von Reichsanleihe verwandt werden.

Die Finanzcommission hat gegen den Antrag principiell nichts einzuwenden, sie hat aber, da der Stand der Reichsanleihe augenblicklich ein sehr hoher ist, den Wunsch zu erkennen gegeben, daß zur Anlegung der fraglichen Gelder ein anderes Vermögensobject gesucht werden möchte. Der Magistrat hat sich denn auch damit einverstanden erklärt, daß der Versammlung heute anheimgegeben würde, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der Magistrat nach vorgängiger Verständigung mit der Finanz-Commission

für anderweite Unterbringung der Gelder in sicheren, zinstragenden Papieren Sorge trage. Inzwischen ist nun von Herzoglichem Leihhause eine Offerte eingegangen, nach welcher für obige Summe 4%ige Hessische Ludwigsbahn-Prioritäten zum Paricourse und ohne Berechnung sonstiger Unkosten zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzcommission ist darauf über diesen Gegenstand nochmals in Berathung getreten und hat im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate beschlossen, der Versammlung die Zustimmung zu der fraglichen Offerte zu empfehlen.

Ohne Debatte wird diese Zustimmung ertheilt.

VIII. referirt Herr Munte namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 15. April cr. — Der Stadtmagistrat hat mit Herzoglicher Bau-Direction ein Uebereinkommen getroffen, wonach an letztere das Eigenthumsrecht an dem Gebäude der vormaligen Neustadtwasserkunst für den Kaufpreis von 690 *M.* und gegen Zahlung einer Miethsentschädigung von 120 *M.* für die Zeit vom April 1875 bis dahin 1881, während welcher das Gebäude zur Aufbewahrung der Geräthschaften der Wallwärter benutzt ist, abgetreten wird, und ersucht nun, diesem Uebereinkommen die Zustimmung zu ertheilen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres Genehmigung findet.

Schließlich

IX. motivirt Herr Ramdohr seinen bereits Eingang erwähnten Antrag:

»die Geschäftsordnung der Versammlung dahin zu ergänzen, daß das Anfragerrecht (Interpellationsrecht) der Stadtverordneten klar gestellt werde.«

Das Interpellationsrecht sei nach Redners Ansicht das wichtigste Recht aller politischen Körperschaften. Die Geschäftsordnung der Stadtverordneten enthalte aber über dieses Recht nicht das Geringste und er halte dieses für einen großen Mangel. Ein Stadtverordneter könne die Verpflichtung fühlen, Angelegenheiten hier zur Sprache zu bringen, bei deren Erlebigung in Form eines Antrages die beabsichtigte Wirkung abgeschwächt oder gar gänzlich ausgeschlossen werde. Solche Fälle seien auch neuerdings vorgekommen. Er wolle nur an seinen Antrag, Maßregeln zur Sicherung des Publicums gegen Feuergefahr u. in Versammlungslocalen betreffend, erinnern, wobei er nur aus Mangel an einer bezüglichlichen Bestimmung gezwungen gewesen sei, den Weg des Antrages zu wählen, wo aber durch eine Anfrage und sofortige Antwort-ertheilung seitens des Stadtmagistrats die beabsichtigte Wirkung ebensogut, ja noch besser erreicht sein würde. Und diese Wirkung habe sollen darin liegen, dem Publicum Gewißheit darüber zu geben, daß die betreffenden Behörden sich eingehend mit dem fraglichen Gegenstande beschäftigten. Er erinnere ferner an den Antrag des Herrn

Blasius, die Wiederbesetzung der Stelle eines Stadtsuperintendenten betreffend; auch in diesem Falle würde eine Anfrage genügt haben, weil eine sofortige Antwort darauf hätte ertheilt werden können. Es gebe noch so manche Uebelstände im öffentlichen Gemeinwesen, deren Abhülfe nach dem allgemeinen Glauben der Bürgerschaft dringend nothwendig sei, die aber nicht abgestellt würden. Redner wolle hier selbstverständlich nicht die Gelegenheit vom Zaune brechen und auf derartige Uebelstände aufmerksam machen, er wolle aber nur darauf hinweisen, daß die Stadtverordneten als Vertreter der Bürgerschaft sich verpflichtet fühlen könnten, in derartigen Angelegenheiten der öffentlichen Stimmung Ausdruck zu geben und dazu bedürfe man des Interpellationsrechts. Er wolle die Möglichkeit nicht in Abrede stellen, daß auch einmal Fragen gestellt werden könnten, welche dem Stadtmagistrate unerwünscht kommen; es könnten aber einmal die Stadtverordneten sich verpflichten, in dieser Beziehung Grenzen zu ziehen, und andernteils würden dem Magistrate immer noch Wege genug offen bleiben, um Anfragen, welche Uebergriffe oder Mißgriffe enthalten, zurückzuweisen.

Redner bemerkt zum Schluß, daß er seinem Antrage absichtlich nur eine allgemeine Fassung gegeben habe und es im Falle erhaltener Unterstützung der Statutencommission überlassen wolle, denselben der Geschäftsordnung entsprechend anderweit zu formuliren.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich werden Steuerreclamationen erledigt.

(Beilage zu M 192 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu M 149 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)N^o 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. Juni 1882.

Öeffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Weitere Erstreckung einer der Braunschweigischen Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich Herstellung einer Bahn gestellten Frist.
- II. Bewilligung der Mittel zu Erweiterungen der Gasanstalt.
- III. Deficit der baugewerblichen Ausstellung.
- IV. Feststellung der Baulinie für die neu anzulegende Straße vom Bankplatze nach dem Altstadtmarkte, die Jacobsstraße und den Altstadtmarkt.

Selbständiger Antrag des Herrn Wille,

- V Verbreiterung des Kahlenwalles betreffend.

Vertraulich:

Steuerreklamationen.

Entschuldigt die Herren Jasper, Kloss, Schwarzenberg, Heymann und Lüderßen. — Am Magistratsische die Herren Stadträthe Haake und Retsmeyer.

Nach Genehmigung des Protocolls M 4

theilt der Herr Vorsitzende Otto mit, daß ihm heute eine Magistratsvorlage vom 19. d. Mts., die Erweiterung des hiesigen Wasserwerks betreffend, zugegangen sei. Da es wünschenswerth erscheine, diese Angelegenheit in Anbetracht ihrer Wichtigkeit so bald als möglich zu erledigen, so werde er zu dem Ende auf heute über acht Tage wiederum eine Sitzung anberaumen, zunächst aber die Vorlage der vereinigten Statuten- und Finanzcommission zur Vorprüfung überweisen. Nach einer Mit-

theilung des Herrn Oberbürgermeisters werde sich die Vorlage bereits morgen autographirt in den Händen sämmtlicher Herren befinden.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Kybik übernimmt sodann den Vorsitz und erteilt

I. Herrn Otto das Wort zur Berichterstattung über eine Magistratsvorlage vom 21. d. Mts. Derselbe führt Folgendes aus: In der Sitzung vom 23. März c. habe die Versammlung auf Ansuchen der Direction der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft beschlossen, die Frist der contractmäßig auf den 1. April d. J. festgesetzten Inangriffnahme der Güterbahn bis zum 1. Juli d. J. zu verlängern. Veranlassung hierzu habe der Umstand gegeben, daß die Gesellschaft für Anlage einer Secundairbahn von Giffhorn nach Braunschweig und weiter nach dem Amte Salder auch die Anlage einer Ringbahn um die Stadt projectire. Bei dem Zusammenhange der verschiedenen Projecte sei die Ausführung des einen, bevor das andere feststehe, nicht zu empfehlen. Die Concession zum Bau der Eisenbahn nach Giffhorn werde voraussichtlich demnächst erteilt werden, und es frage sich, ob dieses Project mit dem der Güterbahnanlage zu vereinigen oder ob beide nebeneinander auszuführen seien. Da die Verhandlungen hierüber noch nicht zum Abschlusse gelangt seien, so habe die Direction der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft um eine abermalige Verlängerung der Frist zur Anlage der Güterbahn bis zum 1. October c. gebeten. Die Gewährung dieses Ansuchens würde allerdings auch eine Verschiebung der Frist bis zum nächsten Jahre zur Folge haben, denn im Laufe des Winters werde schwerlich zur Ausführung der Güterbahn geschritten werden.

Die Commission gebe anheim, die gedachte Frist dem Magistratsantrage entsprechend bis zum 1. October c. zu verlängern.

Herr Reuter hält den Umstand, daß die Gesellschaft zur Anlage einer Bahn von Giffhorn nach Braunschweig sich zur Herstellung einer Ringbahn um Braunschweig mit Locomotivbetrieb entschlossen habe, für erheblich genug, um daraus Veranlassung zu der erbetenen Fristverlängerung zu nehmen; die beiden Gesellschaften würden sich über die Ausführung der Bahnprojecte zu verständigen haben, und es sei möglich, daß die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft von der Anlage einer Güterbahn Abstand nehmen werde, wenn eine Bahn mit Locomotivbetrieb um die Stadt hergestellt werde. Möglich sei aber auch, daß die Secundairbahn in eine weitere Peripherie der Stadt verlegt werde als die projectirte Güterbahn, welche insbesondere den Zweck verfolge, sich den verschiedenen größeren Etablissements in unmittelbarer Nähe der Stadt anzuschließen. Zur Zeit sei die Sache noch schwer zu beurtheilen; man könne aber die nachgesuchte Fristverlängerung unbedenklich erteilen und das Weitere abwarten.

Der Herr Referent theilt noch mit, daß in der Statutencommission auch eine Petition von Anwohnern des Petrithors, die Pferdebahn über die Breitestraße aus dem Petrithore nach dem Weißen Koffe baldigst zur Ausführung gelangen zu lassen, besprochen sei. Da aber §. 2 des Contracts die Gesellschaft erst dann zur Ausführung dieser Bahnstrecke verpflichtete, wenn das Unternehmen einen Reingewinn von 6 Procent abwerfe, so könne man in dieser Beziehung vorerst noch keine Schritte thun. Sehr lange werde die Ausführung dieser Bahn nicht mehr auf sich warten lassen, nur habe die Stadt vorläufig keine Macht, dieselbe zu erzwingen.

Auf eine Anfrage des Herrn Hasenbalg, welche Konsequenzen eine Versagung der erbetenen Fristverlängerung haben könnte,

bemerkt Referent, daß dieses der Entziehung des Rechts zur Ausführung des Baues der Güterbahn gleich zu achten sei.

Herr Reiche empfiehlt, von der Gesellschaft, welcher die Stadt bezüglich des Ausbaues der Strecke vom Altstadtmarkte bis zum Weißen Koffe allerdings dem Contracte nach machtlos gegenüber stehe, die baldige Fertigstellung dieser Strecke wenigstens bis zum Petrithore als Aequivalent für die Fristverlängerung zu fordern. Nach den Berichten der Tagespresse seien die Verhältnisse der Gesellschaft sehr günstige, so daß sich annehmen lasse, daß das Unternehmen bereits 6 Procent Reingewinn abwerfe. Wolle die Versammlung aber keinen Zwang in dieser Weise ausüben, so möge sie einem bezüglichen Wunsche in Form einer Bitte Ausdruck geben.

Herr von Seckendorff: Als Mitglied des Aufsichtsrath der Pferdebahngesellschaft habe er sich eigentlich der Theilnahme an der Debatte zu enthalten, er wolle jedoch zur Aufklärung kurz bemerken, daß der Gesellschaft die nöthigen Mittel zum Ausbau der gedachten Strecke noch nicht zur Verfügung ständen. Die Einnahmen seien allerdings gut, dementsprechend aber auch die Ausgaben ganz bedeutend, so daß auf einen Reingewinn von 6 Procent noch nicht mit Sicherheit zu rechnen sei.

Referent: Die Ausführung dieser Strecke sei deshalb noch nicht zu Stande gekommen, weil noch Zweifel darüber vorhanden seien, welchen Weg man für diese Bahnlinie in ihrer Fortsetzung bis zum Bahnhofe einschlagen wolle. Im Contracte sei die Linie Bahnhof, Bankplatz, Steinstraße, Eiermarkt, Altstadtmarkt vorgesehen und die Gesellschaft wünsche das Geleis vom Altstadtmarkte ab nach dem Kohlmarkt zu legen. Von anderer Seite sei auch noch der Wunsch geäußert, daß man die Bahn über die neuprojectirte Straße und den Bankplatz nach dem Bahnhof führen möchte.

Herr Blasius befürwortet den Magistratsantrag; er hält eine Zustimmung für unbedenklich, indem dadurch das städtische Interesse in keiner Weise gefährdet werde. Soweit er beurtheilen könne, werde die Strecke nach dem Petrithore zur Ausführung gelangen, sobald die Verhandlungen mit der neuen Gesellschaft, welche sich für das

Project der Ringbahn mit Locomotivbetrieb gebildet habe, zum Abschlusse gelangt seien. Es liege ja im Interesse der Pferdebahngesellschaft selber, die gedachte Bahnstrecke sobald als möglich fertig zu stellen.

Referent: Die Verhältnisse bezüglich der beabsichtigten Anlage einer Bahn mit Dampfbetrieb auf der projectirten Ringstraße lägen außerordentlich zweifelhaft und es sei anzunehmen, daß diese Anlage nicht gestattet werde, worüber sich auch die Statutencommission ausgesprochen habe. Die Güterbahn aber jetzt schon in Angriff zu nehmen, sei nicht möglich, weshalb die Commission den Antrag auf Verlängerung der Frist befürwortet habe. Komme man dem Wunsche der Gesellschaft nicht entgegen, so würde die Erlaubniß zur Anlage der Bahn damit zurückgezogen sein. Es sei auch nicht nöthig, an diese Fristverlängerung die Bedingung zu knüpfen, daß die Bahn zum Petriothore baldigst ausgeführt werde, denn nach den bisherigen Erfahrungen sei anzunehmen, daß die Direction der Pferdebahngesellschaft schon in ihrem eigenen Interesse bestrebt sein werde, den Wünschen des Publikums entgegen zu kommen und ihr Bahnnetz nach Möglichkeit auszudehnen. So werde sie auch die schon ausgeführte Strecke über die Breitestraße nicht lange unbenutzt liegen lassen, da dieses gegen ihr Interesse sein würde.

Nachdem Herr Hasenbalg noch bemerkt hat, daß er seine Anfrage nicht in der Absicht gestellt habe, um damit auf eine Ablehnung des Commissionsantrages hinzuwirken, sondern um im Gegentheil demselben etwaige dissentirende Stimmen zuzuführen, weil eine Ablehnung keine Vortheile, möglicherweise aber Nachtheile bringen könne,

wird dem Magistrats- bezw. Commissionsantrage gemäß beschlossen.

Herr Otto übernimmt wieder den Vorsitz.

II. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über zwei Magistratsvorlagen, die Bewilligung der Mittel zu Erweiterungen der Gasanstalt betreffend.

Nachdem der Maschinenfabrikant Lutter an der Frankfurterstraße erklärt hat, sein Etablissement vom 1. October d. J. an mit Gas zu beleuchten, auch eine große Anzahl anderer Anwohner der Wilhelmthor-Gegend eine Gasbeleuchtung in ihren Bohnenhäusern einzuführen wünschen, steht anzunehmen, daß der Gasconsum in jener Gegend sich nächsten Winter bedeutend vergrößern wird. Zur Deckung dieses Consums ist das vom Bahnhofe nach der Frankfurterstraße abzweigende Zuleitungsrohr unzureichend, weshalb der Stadtmagistrat in seinem Schreiben vom 15. d. Mts. im Einverständnisse mit der Verwaltungsdeputation darauf anträgt, zur Legung eines zweiten Hauptrohrs von der Westseite des Gaswerks nach der Kramerstraße bis zur

Bergfeldstraße, sowie zur Aufstellung eines neuen Druckregulators in der Uhrstube der neuen Fabrikanlage 17 000 *M.* zu bewilligen.

Die zweite Vorlage betrifft die Erweiterung des zur Salmiakfabrikation auf der Gasanstalt dienenden Gebäudes. Die Verarbeitung des auf den Gaswerken gewonnenen Ammoniakwassers auf Salmiak ist bis zum October 1883 an den Commerzienrath Angerstein in Hannover verpachtet. Es hat sich nun herausgestellt, daß die betreffenden Apparate, welche Eigenthum des Angerstein sind, erheblicher Reparaturen bedürfen und daß es zweckmäßig sein würde, dieselben durch neue und größere zu ersetzen, wozu Angerstein nur dann zu schreiten geneigt ist, wenn die Verpachtung bis zum 31. December 1888 verlängert und das den städtischen Werken gehörige Gebäude um 3 Meter erweitert wird, weil sonst die größeren Apparate nicht untergebracht werden können. Dagegen ist Angerstein erbötig, den für den gewonnenen Salmiak zu zahlenden Preis von 7 *M.* 50 *S.* pro kg von jetzt an auf 10 *M.* zu erhöhen, wodurch aus der Verwerthung des fraglichen Wassers sofort eine jährliche Mehreinnahme von 1500 *M.* erzielt wird. Der Stadtmagistrat giebt in seinem Marginalschreiben vom 22. d. Mts. anheim, zur Vergrößerung des fraglichen Gebäudes die Genehmigung zu ertheilen und die dazu erforderlichen Kosten von 1200 *M.* zu verwilligen.

Die Commission empfiehlt die Magistratsanträge zur Annahme.

Herr Wille ist mit dem erstgedachten Magistratsantrage völlig einverstanden; in Bezug auf den zweiten hält er indeß für wünschenswerth, daß Herr Reuter nähere Auskunft darüber gebe, welche Summe das Ammoniakwasser der Stadt einbringe und in welcher Weise der bezügliche Contract mit Angerstein abgeschlossen sei. Soviel Redner erinnern, werde in anderen Städten das Gaswasser auf Grund der fabricirten Gasquantitäten verkauft, indem der betreffende Unternehmer für je 100 Kubikmeter Gas eine bestimmte Summe zahle. So werde das in der Königsberger Gasanstalt gewonnene Ammoniakwasser an einen Unternehmer in Dortmund vertragsmäßig abgegeben, welcher einen Preis zahle, wobei die Stadt einen jährlichen Gewinn von 40–50 000 *M.* erziele; die Anlagen außerhaß der Stadt habe der Unternehmer herzurichten. In Stettin habe man die Salmiak-Fabrikation, welche früher von einem Unternehmer betrieben sei, in letzterer Zeit seitens der Stadt selber in die Hand genommen, wobei man sich sehr gut stehe.

Herr Reuter: Die Gewinnung des Ammoniakwassers der hiesigen Gaswerke sei ursprünglich gegen eine geringe Summe an den Apotheker Thiemann verpachtet gewesen. Es wurden jedoch seitens der Thiemann'schen Nachbarn Beschwerden geführt, daß sie durch die bei der Salmiakfabrikation sich entwickelnden Dünste belästigt würden, und man habe daher den Verkauf des Gaswassers an Thiemann inhibiren müssen. Später sei das Wasser abgefahren, aber auch hierbei sei es zu Differenzen gekommen, da dasselbe Niemand in seiner Nähe haben dulden wollen. Auch ein

Versuch, das Wasser zur Compostbereitung zu benutzen, sei fehlgeschlagen. Dann habe die frühere chemische Fabrik das Wasser eine Zeitlang bezogen und eine geringe Summe dafür gezahlt. Schließlich habe sich der Commerzienrath Angerstein bereit gefunden, das Ammoniakwasser auf seine Rechnung und mit seinen Apparaten zu Salmiak zu verarbeiten unter der Bedingung, daß ihm das dazu erforderliche Gebäude, welches 4000 *M.* gekostet habe, hergerichtet werde. Angerstein habe sich auch damals bereit erklärt, das betreffende Gebäude auf seine Kosten herzustellen, wenn man einen Contract auf längere Jahre mit ihm abschließen wollte. Hierauf sei man indeß nicht eingegangen, weil es bedenklich sei, auf einem städtischen Grundstücke das Haus eines Privatmannes zu haben. Wenn man nun jetzt, veranlaßt durch die Vergrößerung der Salmiakfabrikation, für einen Anbau an das betreffende Gebäude eine Summe von 1200 *M.* anwende, so würde sich eine jährliche Mehreinnahme von 1500 *M.* ergeben.

Die Salmiakfabrikation seitens der Stadt selbst in die Hand zu nehmen, sei in erster Linie mit der Schwierigkeit verbunden, daß man die Absatzquellen nicht genügend kenne. Wenn sich auch in dieser Richtung Rath schaffen lasse, so sei damit, wie die Erfahrung bei benachbarten Städten lehre, kein großer Segen verbunden, ja sogar zu befürchten, daß nicht einmal der Preis erzielt werde, welcher unter den heutigen Verhältnissen für das Ammoniakwasser bezahlt werde. In Magdeburg entfallen auf 100 kg Kohlen 7,5 *℔*, in Breslau 3,6 *℔*, in Berlin 5,6 *℔* für das Ammoniakwasser und hier bekomme man nach dem neu abzuschließenden Vertrage 8,2 *℔*. Man erziele also aus diesem Artikel hier mehr als in den oben genannten Städten. Die meisten der in dieser Beziehung abgeschlossenen Verträge basirten auf der Menge der zu verwendenden Kohlen. Hier verwende man viel schottische Kohle und böhmische Braunkohle, also Kohlen besserer Sorte und danach allerdings verhältnißmäßig wenig. Wenn nun auch nach Redners Ansicht der neu abzuschließende Vertrag ein sehr vortheilhafter sei, so empfehle es sich doch, denselben nicht auf länger als auf 5 Jahr abzuschließen, weil nach dieser Zeit möglicherweise noch eine bessere Verwerthung des Ammoniakwassers erreicht werden könne. In Düsseldorf werde eine erheblich höhere Einnahme aus dem Gaswasser erzielt, was seinen Grund darin habe, daß die zum Verdampfen des Wassers benutzten Kohlen dort außerordentlich billig zu beschaffen seien, und auch die Schwefelsäure zu einem sehr geringen Preise berechnet werde.

Herr Wille bestätigt, daß es bei Abschließung der meisten Verträge allerdings auf die Menge der zu verwendenden Kohlen ankomme. Man müsse aber bedenken, daß die von Herrn Reuter angeführten Anstalten schwedische Kohlen verbrennten, die lange nicht den Effect erzielen, wie die bei uns zur Verwendung kommenden Kohlen. Daraus gehe aber auch zur Genüge hervor, daß es richtiger sei, dem Verkauf des Ammoniakwassers die Menge des producirtten Gases zu Grunde zu legen.

Er sei der festen Ueberzeugung, daß das hier gewonnene Ammoniakwasser vortheilhafter verwandt werden könne als bisher und stelle deshalb den Antrag, den Stadtmagistrat zu ersuchen, in dieser Richtung Ermittlungen anzustellen und eine geeignete Vorlage über bessere Verwerthung des Gaswassers baldigst einzubringen, auch eine Beschluffassung über die angeforderten 1200 *M.* für heute auszufehen.

Herr Blasius kann den Antrag des Herrn Vorredners nur empfehlen. Erst neulich habe er Veranlassung genommen, die hiesige Gasanstalt unter Führung des Oberingenieurs Mitgau zu besichtigen und sich bezüglich der in gesundheitlicher Beziehung so wichtigen Production des Ammoniakwassers, dessen Unterbringung früher viel Unheil angerichtet und zu berechtigten Klagen der betreffenden Anwohner Veranlassung gegeben habe, des Näheren zu orientiren. Auch er sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit der Verwerthung dieses Wassers bedeutende Summen erzielt werden könnten und es vortheilhafter sei, wenn die Stadt dasselbe selbst verwerthe. Die erforderlichen Geschäftsverbindungen würden sich auch auf diesem Gebiete leicht anknüpfen lassen; man habe ja dergleichen auch für den gewonnenen Coaks, den Graphit und das Theeröl. Nachtheile könnten nicht daraus erwachsen, wenn die Stadt die Sache selbst in die Hand nehme, zumal das Gaswasser, wie ihm Herr Grote soeben mittheile, die einzige Quelle zur Gewinnung von Ammoniak sei.

Herr Reuter befürchtet, daß man bei einem derartigen Wechsel das gewonnene Ammoniakwasser, welches bei der in Aussicht genommenen Vergrößerung der Gasproduction in bedeutender Menge vorhanden sein werde, nicht unterbringen könne und dasselbe in den Okeranal ablaufen zu lassen, sei nicht gestattet; Verlegenheiten würden für dieses Jahr auf alle Fälle entstehen. Bei dem erhöhten Preise von 10 *M.* pro kg werde die Stadt aus dem Ammoniakwasser eine jährliche Einnahme von 6000 *M.* erzielen, wogegen man früher gar keinen Ertrag daraus bekommen, im Gegentheil noch Kosten dazu gehabt habe, um es nur los zu werden. Die Absatzquellen für das Wasser seien nicht so leicht zu finden, wie Herr Blasius annehme. Die Sache habe ihre Schwierigkeiten und man müsse sich vorerst genau orientiren. Angerstein habe die Production des Ammoniakwassers noch in verschiedenen Städten gepachtet, demselben ständen also Absatzquellen genügend zu Gebote, und doch wären auch bei diesem Geschäftsstockungen vorgekommen. Nehme man die Sache selbst in die Hand, so habe man die Chancen, auch einmal recht schlechte Geschäfte zu machen, während man jetzt kein Risiko habe. Man habe bislang aus diesem Nebenproduct alljährlich eine sichere Einnahme, die sich, selbst wenn die Salmiakfabrikation ungünstig sei, immer auf mindestens 4000 *M.* belaufe. Redner hält für vortheilhaft, den Contract mit Angerstein zu verlängern und eine weitere Entwicklung der Angelegenheit abzuwarten.

Nach einigen Bemerkungen zwischen dem Herrn Vorsitzenden und den Herren

Bürgermeister Rittmeyer und Blasius bezüglich der Zulässigkeit einer Ablehnung des Magistratsantrags auf Bewilligung der angeforderten 1200 *M.*

stellt Herr Blasius den den Antrag des Herrn Wilke modificirenden Antrag: die angeforderten 1200 *M.* zu verwilligen, mit dem Ersuchen an den Magistrat, eine geeignete Vorlage über bessere Verwerthung des Gaswassers zu machen und unter der Bedingung, daß der Contract mit dem Commerzienrath Angerstein in Hannover nicht vor Erledigung dieser Angelegenheit verlängert werde.

Herr Wilke hält diese Geldausgabe bei Annahme des vorgedachten Antrags für nutzlos. Man sei ja nicht an Angerstein gebunden, es gebe auch noch andere Leute, die sich mit der Salmiakfabrikation befäßen; man solle nur annonciren. Die Gasanstalt in Königsberg sei nicht größer als die unsrige, und doch erziele man dort aus dem Gaswasser einen jährlichen Gewinn von 40—50 000 *M.* Die Mittheilung des Herrn Reuter, daß hier nur 6000 *M.* aus diesem Wasser aufkommen, bestärke ihn noch mehr in Aufrechthaltung seines Antrags.

Herr Grote hält eine Verwilligung der angeforderten 1200 *M.* zur Vergrößerung des betreffenden Locals für unbedingt erforderlich, weil es sich um Beseitigung eines Nothstandes handele. Im Winter, wo viel Gas producirt werde, könne man dort keine Aenderungen vornehmen. Ermittlungen wegen einer besseren Verwerthung des Ammoniakwassers ließen sich so schnell nicht anstellen; es komme dabei nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität der Kohlen an, von welchen die eine gutes, die andere sehr dünnes Gaswasser gebe. Man müsse also zunächst feststellen, welchen Werth das Gaswasser hier habe.

Herr Hasenbalg macht dem Stadtmagistrate den Vorschlag, bei einem event. Mangel an Absatzgebieten für Salmiak das Ammoniakwasser statt zur Salmiakfabrikation zur Herstellung von schwefelsauerm Ammoniak zu verwenden, welches in den letzteren Jahren bedeutend im Werthe gestiegen sei.

Herr Rieke erklärt, daß er bei Anforderung größerer Summen, vielleicht für Anlage eines Gasometers, seine Zustimmung nicht geben würde, für die Verwilligung einer verhältnißmäßig so kleinen und dabei unbedingt nothwendigen Ausgabe sei er indes bereit zu stimmen.

Nachdem Herr Wilke seinen Antrag zu Gunsten desjenigen des Herrn Blasius zurückgezogen hat,

werden die Magistratsanträge einschließlich des Zusatzantrages des Herrn Blasius genehmigt.

III. Mit dem Magistratschreiben vom 22. d. Mts. ist der Ortsbauplan über die anzulegende Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Altstadtmarkt vorgelegt und ersucht der Magistrat, denselben zu genehmigen, insbesondere auch die Zustimmung

zu den für den Bankplatz, die projectirte Straße, die Jacobsstraße und den Altstadtmarkt vorgeschlagenen Baulinien zu ertheilen.

Der Referent der Statutencommission, Herr Munte, empfiehlt den Antrag zur Annahme, nachdem er aus Anlaß eines an ihn ergangenen Schreibens des Eigarrenfabrikanten Ridel die Aufmerksamkeit des Stadtmagistrats darauf gelenkt hat, daß wenn die Verwirklichung des von ihm seiner Zeit eingebrachten Antrags auf Coupirung der Ecke des Ridel'schen Hauses am Altstadtmarkte mit Schwierigkeiten verbunden sein sollte, es sich vielleicht zur Verbreiterung der sehr engen Passage zwischen diesem Hause und dem Gewandhause empfehle, den an letzterem befindlichen einstöckigen Anbau, die sog. Klippstube enthaltend, zu beseitigen.

Danach wird dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

IV. folgt der Bericht der vereinigten Statuten- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 7. März cr., das Deficit der baugewerblichen Ausstellung betreffend.

Nachdem die Herren Kybik, Rieß, Reuter und von Seckendorff mit der Erklärung, daß, da sie Comitee-Mitglieder der baugewerblichen Ausstellung gewesen seien, möglicherweise eine Haftpflicht gegen sie geltend gemacht werden könne, und daß sie deshalb, ohne übrigens irgend eine derartige Haftpflicht ihrerseits anzuerkennen, der Theilnahme an den Verhandlungen sich enthalten würden, den Sitzungssaal verlassen haben,

nimmt Herr Sievers das Wort und verliest zunächst ein Schreiben der Ausstellungscommission an den Stadtmagistrat, in welchem dieser gebeten wird, für Deckung des nach Absaß des 24200 *M.* betragenden, bereits eingezogenen Garantiefonds sich noch auf 43209 *M.* 94 *S.* belaufenden Deficits einzutreten. Der Magistrat ist nach seinem Schreiben, welches Referent gleichfalls verliest, der Ansicht, daß es sowohl für die Herzogliche Landesregierung als für die hiesige Stadtgemeinde eine moralische Pflicht sei, ein Unternehmen, welches nicht aus eigennützigen Motiven, sondern lediglich zur Förderung der heimischen Industrie, besonders des braunschweigischen Baugewerbes ins Leben gerufen, von einer Anzahl auf das Gemeinwohl bedachter hiesiger Bürger mit Aufopferung von Zeit, Geld und Mühe ausgeführt und nach dem Urtheil aller Sachverständigen als ein durchaus gelungenes und erfolgreiches zu betrachten sei, welches aber zu einem durch eine Kette von nicht vorherzusehenden, unheilvollen Umständen und Ereignissen veranlaßten, ungünstigen finanziellen Resultate geführt habe, nicht im Stiche zu lassen, daß es vielmehr sowohl durch Rücksichten auf die Ehre und den guten Namen der Stadt geboten, als auch mit dem materiellen Interesse des Staats wie der Gemeinde vereinbar erscheine, zur Beseitigung der beregten finanziellen Verlegenheiten des Unternehmens selbst nennenswerthe Opfer zu bringen.

Der Magistrat hat deshalb Herzogliches Staats-Ministerium gebeten, die Hälfte des Deficits aus Staatsmitteln zu decken und richtet an die Versammlung das Ersuchen, die andere Hälfte mit 21604 *M.* 97 *S.* aus der Stadtcasse bez. aus den Ueberschüssen des Gaswerks decken zu lassen.

Nachdem Referent sodann noch den Bericht des Stadtmagistrats an Herzogliches Staats-Ministerium verlesen hat, in welchem unter Anderm hervorgehoben wird, daß die Ausstellung grade zu einer Zeit, in der sehr wenig gebaut wurde, 400 Arbeiter 7 Wochen lang beschäftigt habe und hierfür über 55 000 *M.* Arbeitslohn ausgegeben seien, und daß ein Unternehmen, bei welchem Sr. Hoheit der Herzog das Protectorat übernommen habe, nicht den Makel der Insolvenz auf sich laden und mit gerichtlichen Klagen enden dürfe, führt er Folgendes aus:

Die Finanzcommission habe sich zunächst allein mit der Vorlage beschäftigt, später sei die Statutencommission hinzugetreten. Die Vorlage sei anfänglich ganz entgegengesetzten Ansichten begegnet; während einige Herren geneigt gewesen, die Forderung des Stadtmagistrats vollauf zu bewilligen, hätten andere ein Entgegenkommen nur in beschränkterem Maße gezeigt, und wieder andere sich durchaus ablehnend verhalten. Die ablehnende Seite habe es sogar an Vorwürfen nicht fehlen lassen. Es sei hervorgehoben, daß von vornherein von verschiedenen Seiten davor gewarnt sei, die Ausstellung, besonders aber zu jener Zeit, ins Leben zu rufen. Die Zeit der Vorbereitung sei eine zu kurze gewesen und noch dadurch beschwert worden, daß das Jubiläum Sr. Hoheit des Herzogs gefeiert wurde, welches die Thätigkeit fast sämtlicher Handwerker der Stadt in Anspruch nahm, so daß dieselben ihre Kräfte den Vorarbeiten für die Ausstellung nicht in dem erforderlichen Maße widmen konnten. Das Unternehmen sei also von vornherein aussichtslos gewesen und es wäre wünschenswerth gewesen, dasselbe zu vertagen und in diesem Jahre vielleicht großartiger an einer anderen Stelle ins Leben zu rufen, wo alsdann aller Wahrscheinlichkeit nach ein günstigerer Erfolg herbeigeführt worden wäre.

Diese Vermuthung sei indeß, wie Referent hier einschaltet, schwerlich richtig; die Folge würde vielleicht gewesen sein, daß man in diesem Jahre einem großartigen Deficit gegenüberstände.

Ein ernsther Vorwurf sei dann noch bezüglich der Aufstellung der Voranschläge gemacht worden und dieser habe allerdings bei einer Vergleichung der veranschlagten Summen mit den wirklich verausgabten Summen seine volle Berechtigung.

Hinsichtlich der Einnahmen sei besonders ein Ausfall bei den Eintrittsgeldern zu constatiren. Das Comité habe bei Veranschlagung der Eintrittsgelder auf diejenigen Summen gerechnet, welche die frühere Kunst-Gewerbe-Ausstellung eingebracht hat, nämlich auf 55 800 *M.* Es sei aber nur die Summe von 32 037 *M.* 40 *S.* eingegangen, also ein Ausfall von 23 762 *M.* 60 *S.* zu verzeichnen. Im Einklang mit dem Ausfall des Eintrittsgeldes sei auch die Lotterie ungünstig ausgefallen, denn bei

einem stärkeren Besuche würden natürlicherweise auch mehr Loose abgesetzt worden sein. Statt der angenommenen 17 000 *M.* habe die Lotterie nur 7882 *M.* 93 *℔* eingebracht.

Die Commission sei im Allgemeinen der Ansicht gewesen, daß der Ausstellungscommission in dieser Beziehung kein Vorwurf zu machen sei, sondern daß diese Ausfälle besonders dem schlechten Wetter und den ganzen damaligen ungünstigen Verhältnissen zuzuschreiben seien.

Die Gesamteinnahme sei angenommen zu 95 000 *M.*, sie betrage aber in Wirklichkeit nur 68 964 *M.* 55 *℔*.

Anlangend die Ausgaben, welche insgesammt 136 374 *M.* 49 *℔* betragen, so seien die Kosten der Baulichkeiten am meisten überschritten. Die Herstellung der Gebäude und des Parks sei zu 49 000 *M.* veranschlagt, die wirklichen Kosten betrügen 80 417 *M.* 68 *℔* + 6219 *M.* 83 *℔* = 86 637 *M.* 51 *℔*, eine Ueberschreitung, die allerdings schwer zu rechtfertigen sei. Die übrigen Positionen zeigten nur noch in den erhöhten Ausgaben für Druckfachen eine große Abweichung. Angenommen seien 8000 *M.*, ausgegeben 16 068 *M.* 66 *℔*. Diese beiden Punkte seien es hauptsächlich, durch welche der große Ausfall hervorgerufen worden, und sei namentlich der leghedachte dadurch erklärlich, daß man bei den ungünstigen Erfolgen geglaubt habe, durch häufiges Annonciren bessere Resultate herbeizuführen, was leider nichts genützt habe.

Wie nicht zu verkennen, habe hauptsächlich das größtentheils schlechte Wetter an dem großen Mißerfolge Schuld; ferner habe ein durch höhere Mächte herbeigeführter Unfall, ein Hagelschlag, bedeutende Kosten verursacht. Diese Momente sprächen zu Gunsten der Ausstellungscommission.

Wenn man nun auch das Comité nicht ganz frei von Vorwürfen lassen könne, so sei im Allgemeinen doch nicht zu verkennen, daß den Unternehmern bei dem Inslebenrufen der Sache nur eine gute Absicht zu Grunde gelegen habe. Sie habe der heimischen Industrie besondere Gelegenheit geben wollen, sich zu zeigen und habe sich ihrer Aufgabe allseitig mit großer Lust und Liebe unterzogen und keine Mühe gescheut, das Werk zu vollenden. Schon aus diesem Grunde wäre es vielleicht gerechtfertigt, bei dem großen Mißerfolge eine Unterstützung aus städtischen Mitteln zu gewähren, um das vorhandene Deficit zu tilgen, damit kein Nachtheil für den Einzelnen daraus erwachse. Sodann komme noch hinzu, daß der im Falle eines günstigen Erfolges erzielte Ueberschuß gemeinnützigen Zwecken gewidmet gewesen wäre; auch schon aus dieser Rücksicht würde vielleicht ein Beitrag aus städtischen Mitteln gerechtfertigt sein. Schließlich falle nach Ansicht der Commission noch ein Beweggrund in die Waagschale, um die Versammlung zu einer größeren Geldbewilligung geneigt zu machen, nämlich der, daß unser Oberbürgermeister und mit ihm ein anderes Magistratsmitglied sich anfänglich durchaus geweigert hätten, sich bei der Sache zu betheiligen und sie erst nach wiederholtem Drängen der einzelnen Unternehmer

ihre Zusicherung gegeben, die Angelegenheit vor den Stadtmagistrat zu bringen, um die dort herrschende Meinung zu hören. Im Magistrate selbst habe man dann diesen beiden Herrn gesagt, daß sie sich der Angelegenheit nicht wohl entziehen dürften; sie wären in ihrer Stellung gewissermaßen verpflichtet, sich an die Spitze solcher Unternehmungen zu stellen. Darauf hin seien diese Herren in das Comité eingetreten und in Folge dessen noch verschiedene andere, Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung und sonstige Bürger aus der Stadt, die vielleicht auch, wenn die gedachten beiden Herren sich nicht an die Spitze gestellt hätten, von vornherein der Sache fern geblieben sein würden.

Aus diesen Gründen glaube die Commission in ihrer Mehrheit — nur eine dissentirende Stimme sei vorhanden gewesen — der Versammlung die Gewährung einer Beihilfe aus städtischen Mitteln zu empfehlen. Sie stelle deshalb den Antrag:

- 1) unter Ablehnung des weitergehenden Antrags des Stadtmagistrats eine fernere Beihilfe von 8000 *M.* zu den Kosten der baugewerblichen Ausstellung aus einem bei der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde verwalteten, zu gewerblichen Zwecken zur Verfügung stehenden Fonds zu bewilligen, jedoch so, daß die Bewilligung erst dann in Kraft tritt und die Zahlung erst dann erfolgt, wenn ein Vergleich mit den Gläubigern und ein Verzicht derselben auf den eventuell nicht gedeckten Theil ihrer Forderungen erreicht sein wird,
- 2) zugleich die Deputation der Gas- und Wasserwerke zu ermächtigen, wegen der Forderung dieser Werke dem Vergleiche unter entsprechendem Nachlasse beizutreten.

Zur Erläuterung dieses Antrags fügt Referent noch Folgendes hinzu:

Eine Ablehnung des Antrags würde eine große Reihe von Processen, einmal der Gläubiger gegen die Comité-Mitglieder, nachher der letzteren unter sich zur Folge haben und es würde eine nicht geringe Unannehmlichkeit besonders für den Vorsitzenden der Central-Commission, welchem gewissermaßen das ganze Dnus ausliege, daraus erwachsen. Umso mehr sei zu wünschen, daß die Sache mit einer, wenn auch ziemlich großen, im Verhältniß aber zu dem, was beantragt sei, immerhin mäßigen Summe ausgeglichen werde, und es könne der Stadtverordneten-Versammlung nur daran gelegen sein, daß die Angelegenheit in dieser Weise aus der Luft geschaffen werde.

Von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters und dem Herrn Vorsitzenden der Finanz-Commission der baugewerblichen Ausstellung sei erklärt, daß es mit dieser Bewilligung von 8000 *M.* möglich sein würde, die Gläubiger zu bestimmen, sich mit einer Rate von circa 50 Procent zu begnügen und diese zu decken würden dann die Mittel ausreichen.

Zu Beginn der Commissionsverhandlungen sei der Vorschlag gemacht worden, man solle eine Summe von rund 10000 *M.* bewilligen; davon sei aber nachher abgesehen und man habe sich dahin geeinigt, eine Bewilligung von 8000 *M.* zu empfehlen, weil die Stadt selbst noch eine Forderung von 4200 *M.* für Gas und Wasser zu stellen habe und sie bei einem eventuellen Vergleich naturgemäß an demselben mit participiren müsse. Deshalb sei dem Antrage der Commission noch der Nachsatz hinzugefügt. Die Form sei gewählt, weil, wenn 10000 *M.* bewilligt würden, die übrigen Gläubiger, welche einen Nachlaß an ihren Forderungen von 50 % gewähren sollen, auch eine Reducirung der Forderung des Gas- und Wasserwerks auf 50 % beanspruchen würden.

Die Discussion eröffnet

Herr Riecke, welcher sich in Anbetracht, daß die Versammlung bereits 5000 *M.* verwilligt hat, zunächst principiell gegen eine weitere Bewilligung überhaupt erklärt. Von den Herren des Comitees sei füglich zu erwarten gewesen, daß sie besser hätten rechnen können, als sie in Wirklichkeit gethan. Hätten Arbeiter solche Anschläge, wie der über die Parkanlage, aufgestellt, so würde sich alle Welt darüber aufgehalten haben. Die frühere Industrie-Ausstellung habe bessere finanzielle Erfolge gehabt, weil sie innerhalb der Stadt gelegen und länger und besser vorbereitet gewesen sei. Für diese baugewerbliche Ausstellung sei erst mit den Vorarbeiten begonnen, als man hier in der Versammlung die erste Subvention verwilligt habe, und das sei keine Vorbereitungszeit für ein solches Unternehmen. Die betreffenden Herren würden aus den Resultaten dieser Ausstellung die Lehre gezogen haben, daß es mit den Ausstellungen jetzt überall nichts mehr sei, daß sie sich vollständig überlebt haben und daß es größerer gemeinsamer Anstrengungen bedürfe, um zu zeigen, was der deutsche Handwerker oder Gewerbetreibende zur Bekämpfung der heutigen Concurrenz zu leisten im Stande sei. Der Grund, daß das Comitee die Absicht gehabt habe, etwaige Ueberschüsse zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden, sei für ihn nicht maßgebend. Das komme ihm vor, als wenn er sage, er würde, falls ihm ein Gewinn von einer Million zufalle, eine halbe Million der Stadt vermachen. Auch der Grund, daß bei dem Unternehmen mehrere Hundert Arbeiter Verdienst gefunden, ein Grund, welcher auch bei Berathung bezüglich der Anlage einer neuen Straße zwischen Altstadtmarkt und Bankplatz geltend gemacht sei, könne er nicht als maßgebend erachten, denn auf die einheimischen Arbeiter nehme man dabei weniger Rücksicht; reichten die Eischselber nicht aus, dann ziehe man Italiener zu wie in Baiern. Seiner Meinung nach könne die Stadt ihr Geld zu wichtigeren Zwecken verwenden als zu »schnell hingezauberten« Parks und altdeutschen Weinstuben. Da aber durch den ungünstigen Erfolg Leute, die ebenso wenig besäßen, als er (Redner), geschädigt würden und dadurch leicht in große Noth gerathen könnten, so würde er sich damit einverstanden erklären, wenn von der ange-

forderten Summe die Hälfte, also 4000 *M.*, bewilligt würde; die andere Hälfte verwende man besser zur Unterstützung der Hinterbliebenen der in Cremlingen verbrannten Dachdecker.

Herr Wolff: Die vom Herrn Vorredner vorgebrachten Gründe seien in vielen Beziehungen richtig, jedoch nicht neu, wenigstens nicht für die Mitglieder der Finanzcommission, welche dieselben bereits eingehend besprochen hätten. Die Stimmung sei in der Commission anfänglich im Allgemeinen nicht so recht für den vorliegenden Antrag gewesen, und erst, nachdem derselbe von allen Seiten gründlich beleuchtet worden, habe sich die Majorität dafür entschieden. Er gebe gern zu, daß man sich schwer dazu entschließen könne, für eine Sache Geld zu verwilligen, welcher man, wie das bei vielen Bürgern der Stadt der Fall gewesen, von vornherein eine gewisse Antipathie entgegengebracht habe, namentlich aber, wenn man diese Antipathie auf gewisse positive Ansichten wie, daß das Unternehmen von Anfang an als verfehlt hätte angesehen werden müssen u. s. w., stütze. Es sei dies ein vollständig berechtigtes Gefühl. Auf der anderen Seite sei aber auch wiederum das Gefühl ein berechtigtes, wenn man es höchst bedauerlich und auch unrecht finde, daß eine große Anzahl von Männern, die, weil sie technische Fragen nicht so genau zu beurtheilen im Stande waren und sich deshalb, namentlich hinsichtlich der Bauanschläge, auf Sachverständige verlassen mußten, an den von Anderen verübten Fehlern vollständig unschuldig sind, und die sich in uneigennützigster Weise, nur um das Wohl und Ansehen der Stadt zu heben, an die Spitze des Unternehmens gestellt haben, für diese Fehler büßen sollen. Komme es zum Proceß, so könnten die Folgen zweierlei Art sein: entweder würden, da die betreffenden Comiteemitglieder selbstverständlich jede Verantwortlichkeit bezüglich der gemachten Bestellungen ablehnen würden, die unglücklichen Lieferanten für ihre im Vertrauen auf die Namen der Comiteemitglieder beschafften Arbeiten leer ausgehen müssen, oder aber es würden die in Wirklichkeit unverantwortlichen Comiteemitglieder zur Bezahlung herangezogen werden. Diese Erwägungen hätten auch Herzogliches Staatsministerium zur Verwilligung einer Beihilfe von 10000 *M.* veranlaßt.

Wenn nun die Commission eine gleiche Summe zu verwilligen beantrage, so habe der Herr Referent nicht genügend betont, daß die Stadt bei dieser Verwilligung durchaus nicht leide und daß keinem unserer Mitbürger dadurch auch nur ein Pfennig entzogen werde. In der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde werde eine Summe von 8—9000 *M.* früherer Gildegelder mit verwaltet, deren Zinsen von Jahr zu Jahr zum Capital geschlagen seien und die nur zu gewerblichen Zwecken verwandt werden dürften. Wenn dieses Geld, von dem bisher Niemand Vortheile gehabt habe, zur Ausgleichung der in Rede stehenden Differenzen benutzt werde, so werde Niemand dadurch geschädigt. Das Vorhandensein dieser Mittel habe einige Mitglieder der Commission dem vorliegenden Antrage günstig gestimmt und wenn man diesen Gesichtspunkt ins rechte Licht stelle, so werde sich vielleicht mancher der Herren, die augen-

blicklich zu keiner Verwilligung geneigt seien, eines Anderen besinnen. Er bitte, dieses Unternehmen, welches doch auch von der Versammlung von vornherein mit Wohlwollen aufgenommen sei, was die beschaffte Erleichterung bezüglich der Gas- und Wasserlieferung bewiesen habe, nicht mit so argem Mißklang aus der Welt scheiden zu lassen. Die Versammlung möge bedenken, daß andernfalls, speciell die Mitglieder der städtischen Behörden, welche Zeit und Mühe einem gemeinnützigen Zwecke in uneigennützigster Weise geopfert, ein für alle Mal abgeschreckt und schwerlich je wieder dazu zu bewegen sein würden, in ähnlicher Weise zu wirken, wodurch vielleicht mancher guten Idee für die Folge dauernder Nachtheil erwachse.

Herr Willke kann den Ausführungen des Herrn Rieke nur theilweise zustimmen. Dieser ziehe eine Parallele zwischen der baugewerblichen Ausstellung und der früheren kunstgewerblichen Ausstellung in der Aegidienkirche. Ein solcher Vergleich sei nicht zutreffend. Eine kunstgewerbliche Ausstellung habe Interesse für Jedermann, eine Fachausstellung wie die baugewerbliche, nur für einen kleinen Theil der Bevölkerung. Solche Ausstellungen prosperirten nicht einmal in größeren Städten, wie Berlin oder Dresden, geschweige denn hier. Dieses hätte sich das Comitee sagen und danach seine Einnahmeposition betreffs der Eintrittsgelder bemessen müssen, dann hätte es von vornherein ein richtigeres Bild vom Etat bekommen. Er bedaure, daß gerade Mitglieder des Stadtmagistrats mit in die Angelegenheit hineingezogen seien. Hätte man das Unternehmen in dem bescheidenen Umfange veranstaltet, wie es ursprünglich in der Absicht des Baugewerkvereins lag, so würde man jetzt keine so bedeutenden finanziellen Mißerfolge zu beklagen haben. Aber gerade dadurch, daß man nachher etwas Besonderes habe schaffen wollen und andere Kräfte sich an die Spitze gestellt hätten, sei das Unternehmen ins Wasser gefallen.

Wenn er nun auch die hin und wieder gehörte Meinung, daß durch diese Ausstellung der einheimischen Industrie besonders Gelegenheit gegeben sei, sich zu zeigen, nicht theile, so könne er doch auch wiederum Herrn Rieke nicht Recht geben, wenn derselbe sage, daß auf Ausstellungen heutzutage überall nichts mehr zu geben sei. Er (Redner) habe z. B. zur Frankfurter Ausstellung seiner Zeit Artikel gesandt, die auf diese Weise weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt geworden seien. Der Werth der Ausstellungen sei also im Allgemeinen nicht zu unterschätzen.

Im Interesse der Leute, welche noch Forderungen haben und im Interesse derjenigen, welche zu dem Unternehmen gedrängt sind und sich nicht dazu gedrängt haben, bittet Redner schließlich, die beantragten 8000 M. zu verwilligen.

Herr Winter fragt an, welche Folgen es haben würde, wenn die Gläubiger nicht mit jenem Angebote von 50 % zufrieden wären.

Referent erwidert hierauf, daß nach Aussage des Vorstehenden der Finanzcommission der Ausstellung durch dieses Angebot eine Einigung mit den Gläubigern erzielt werden werde. Die Commission habe aber die bezügliche Bedingung für durch-

aus nöthig gehalten, denn wenn wirklich eine Einigung nicht erzielt werden sollte, so liege auch für die Stadt keine Veranlassung vor, Opfer zu bringen; die Gläubiger würden die Summe theilen und die Sache würde damit noch nicht erledigt sein. Dieß liege aber nicht in der Absicht der Commission. Der Zweck der Verwilligung solle der sein, daß die Sache ohne Prozesse, auf friedlichem Wege erledigt werde.

Herr Winter: Sogern er bereit sei, die Sache mit aus der Luft schaffen zu helfen, so könne er doch auch nicht unterlassen, seine Bedenken dahin auszusprechen, daß mit dieser und der erst kürzlich erfolgten Verwilligung von 100 000 *M.* für Anlage einer Straße vom Bankplatze nach dem Altstadtmarkte Präcedentien für spätere ähnliche Fälle geschaffen werden könnten. Wozu solle das führen? Nun, er wolle den engherzigen Standpunkt des Herrn Vorsitzenden der Finanzcommission, welcher vor drei Jahren, als es sich um Annahme eines Antrags auf Verwilligung von Mitteln zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung handelte, sagte, daß er Anträge, die den Stadtsäckel so sehr in Anspruch nähmen, mißbillige, nicht theilen. Wenn in dieser Richtung jetzt eine Aenderung eingetreten sei, so sei ihm diese ganz sympathisch und er wolle deshalb auch in diesem Falle für eine Verwilligung der beantragten Summe stimmen.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß der von Herrn Winter bezeichnete Herr nicht gegenwärtig, um sich vertheidigen zu können.

Herr Rieke erklärt, daß er das uneigennützigte Streben der Herren im vollen Maße anerkenne; daß die Herren vom Comité aber mit zu wenig Berechnung an die Sache herangetreten seien, gehe schon daraus hervor, daß sie zu hohe Eintrittspreise gefordert hätten. Wenn man statt 1 *M.* nur 25 *S.* oder 30 *S.* gefordert hätte, so wäre der Besuch ein soviel bedeutenderer gewesen, daß man zu weit besseren Resultaten gekommen wäre. Daß man ein solches Deficit zu beklagen habe, sei, wie Herr Wille schon richtig bemerkt habe, in dem Umstande zu suchen, daß man aus dem ursprünglich bescheidenen Rahmen herausgetreten sei und etwas besonders Großartiges habe schaffen wollen. Wenn Fehler gemacht seien, so sei das zu entschuldigen, denn unfehlbar sei Niemand, aber bescheidenere Ansprüche hätten auch ein bescheideneres Deficit von vielleicht 2—3000 *M.* statt von 67000 *M.* ergeben.

Herr Munte bedauert lebhaft, daß die Ausstellung ein solches Ende genommen, ja, daß sie überall ins Leben gerufen sei. Er habe die Sache von vornherein kommen sehen, wie sie denn auch gekommen sei und er habe es an Warnungen nicht fehlen lassen. Was nun die Verwilligung eines Zuschusses anlange, so sei die Versammlung dazu weder verpflichtet noch berechtigt. Die Ausstellung sei, wie schon erwähnt, von einem kleinen Theile Gewerbetreibender, dem Baugewerkvereine, ins Leben gerufen. Außer diesem Vereine existirten aber noch verschiedene Innungen, die Dachdecker-, Maurer- und Zimmerinnung. Da auch er (Redner) außerhalb der Partei stehe,

welche diese Ausstellung veranstaltet, so würde er am liebsten zu dieser Sache schweigen und nicht mit stimmen. Die rev. St. D. verbiete ihm aber die Stimmenthaltung und so müsse er denn seiner Ueberzeugung nach mit »nein« stimmen, obwohl er im Interesse der Betheiligten von Herzen wünsche, daß der Commissionantrag durchgehen möge.

Uebrigens wolle er noch bemerken, daß die Ausstellung der Stadt im Allgemeinen keinen besondern Nutzen gebracht habe und was die Vereinbarung mit den Gläubigern wegen einer Abfindung mit 50 % anlange, so erstreckte sich diese nur auf diejenigen, die überall noch nichts empfangen hätten; ein großer Theil sei bereits voll, ein anderer zu drei Viertel befriedigt.

Referent bemerkt den Herren Rieße und Willke gegenüber, daß man den intellectuellen Urhebern, da nicht diese, sondern die ausführenden Techniker die Ueberschreitung der Bauanschläge herbeigeführt, eine Schuld an dem vorhandenen Deficit nicht beimessen könne und daß der Beschluß der Commission, wenn man die Schuld auf einzelne Persönlichkeiten hätte abwälzen können, wahrscheinlich ein ganz anderer gewesen wäre.

Herr Winter erklärt, daß er nach der Aeußerung des Herrn Munte, wonach ein Theil der Gläubiger bereits ganz, ein anderer zu drei Viertel befriedigt sei, der eine Theil also doch immer mehr geschädigt werde als der andere, nunmehr überall gegen eine Geldebewilligung stimmen werde. Es hätte sonst müssen an diese Bewilligung die Bedingung geknüpft werden, daß sämtliche Gläubiger gleichmäßig behandelt würden, selbst wenn die bereits voll oder zu drei Viertel Befriedigten das über 50 % Erhaltene wieder zurückgeben müßten.

Der Herr Vorsitzende bemerkt als Vorsitzender beider Commissionen, daß man in der Commission absichtlich Abstand genommen habe, darüber, wie die jetzt noch vorhandenen Gläubiger zu berücksichtigen seien, specielle Vorschriften zu machen, weil, wenn man sich auf solche Details eingelassen hätte, die Versammlung oder die Commission mit den Gläubigern hätte verhandeln müssen. Man habe deshalb für das Richtigste gehalten, die fragliche Summe dem Stadtmagistrate zur Verfügung zu stellen und diesem zu überlassen, wie er die Angelegenheit in angemessenster Weise erlebigem werde.

Nachdem Herr Willke noch hervorgehoben hat, daß man dem Comité über die bereits voll geschene Befriedigung einzelner Gläubiger keinen Vorwurf machen könne, da schon im Anfange der Bauperiode, wo noch nicht zu übersehen war, ob und welches Deficit entstehen würde, an verschiedene Arbeiter, wie Maurer, Dachdecker u. s. w. Abschlagszahlungen geleistet seien, wird der Commissionantrag mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die Herren Kybis, Rieß, Reuter und von Seckendorff kehren in den Saal zurück und nehmen ihre Plätze wieder ein, worauf schließlich

V. Herr Willke seinen Eingangs erwähnten Antrag:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich wegen Verbreiterung des Kahlenwalles, welcher gegenwärtig betreffs der Fahrbahn im Umbau begriffen ist, mit Herzoglicher Baudirection ins Einvernehmen zu setzen, eventuell unter einem Zuschuß von Seiten der Stadt diese wünschenswerthe Verbesserung zu erreichen«

folgendermaßen motivirt:

Der Verkehr vom Güterschuppen des hiesigen Bahnhofes zur Stadt nehme seinen Eingang durch die Gildenstraße zur Südstraße. Schon als vor 20 Jahren das Blume'sche Haus an der Gildenstraße erbaut sei, habe die Stadt die Absicht gehabt, einen Theil der alten Häuser an der Ecke der Südstraße anzukaufen, um den Eingang in diese Straße zu verbreitern, weil diese Stelle das Herz für den gesammten Fuhrwerksverkehr bilde. Wenn man nun an die kolossalen Rollwagen denke, welche Braunschweig noch besitze, so könne man sich doch nur gratuliren, daß sich jetzt eine Gelegenheit darbiete, den Eingang in die Stadt an dieser Stelle durch Verbreiterung zu erleichtern. Diese Gelegenheit werde dadurch geboten, daß der Kahle Wall von Seiten Herzoglicher Baudirection den Lastfuhrwagen als offene Verkehrsstraße für den Eingang in die Stadt mit überwiesen werde, wodurch in Zukunft der Hauptverkehr über diese Promenadenstrecke nach der Friedrich-Wilhelmsstraße zu dirigirt werde. So würden z. B. sämmtliche Kohlen- und Holzfuhrn später den Weg über den Kahlen Wall nehmen. Dazu komme, daß die Pferdebahn durch diese Promenadenstrecke gehe, so daß in Zukunft dort auf eine ganz bedeutende Frequenz zu rechnen sei. Jetzt, wo der Kahle Wall auf Staatskosten gepflastert werden solle, würde es ein Leichtes sein, die Böschung an der Oker herunter mit zur Straße zu ziehen und eine Quaimauer bis zum Gieseler herzustellen, wodurch eine schöne breite Straße erzielt werden würde. Es könnte der ganze Fußweg in der vollen Breite der Fahrbahn genommen und auch ein Fußweg für die Anlieger auf der anderen Seite angelegt werden; man könnte zur Erwerbung des dazu nöthigen Terrains verhandeln.

In keiner ihm bekannten Stadt finde man in Bezug auf die Abfuhr vom Güterschuppen so ungünstige Verhältnisse als hier, und unsere Nachkommen würden uns gewiß dankbar sein, wenn die Stadt ein Opfer brächte und dazu beitrüge, daß der Kahle Wall zu einer schönen breiten Straße umgewandelt würde.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schluß der Sitzung.

Vertraulich werden sodann noch Steuerreklamationen erledigt.

(Beilage zu **N 198** der **Braunschw. Anzeigen**.)**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 192** des 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 8.**

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. Juni 1882.

Öffentlich:

Antrag des Herrn Wille, betreffend

I. Verbreiterung des Kahlen Walles.

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend

II. Feststellung einer Baulinie an der Wolfenbüttler Straße und Bewilligung einer Grundentschädigung.

III. Erweiterung des Wasserwerks.

IV. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten einer Instructionsreise für einen städtischen Beamten.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Kloss, Lüderßen, Jasper und Sievers. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Der Herr Vorsitzende theilt zunächst mit, daß eine Eingabe von Anwohnern der Kleinen Bertramstraße, die Herstellung eines Canals in jener Straße betreffend, eingegangen sei, und überweist dieselbe der Statutencommission zur Prüfung.

Nachdem das Protokoll **N 5** vom 12. Mai c. unter Berichtigung eines Druckfehlers auf S. 48, wo es **§ 11 v. u.** statt »Wasserwerks« heißen muß »Gaswerks«, genehmigt ist, wird zur Tagesordnung übergegangen und

I. Herrn von Seckendorff das Wort ertheilt zur Berichterstattung über den von Herrn Wille in voriger Sitzung eingebrachten Antrag:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich wegen Verbreiterung des Kahlen Walles, welcher gegenwärtig betreffs der Fahrbahn im Umbau begriffen ist, mit Herzoglicher Bau-Direction ins Einvernehmen zu setzen, um event. unter einem Zuschuß zu den Kosten von Seiten der Stadt diese wünschenswerthe Verbesserung zu erreichen.«

Derselbe trägt namens der Finanzcommission Folgendes darüber vor:

Die Pflasterungsarbeiten am Kahlen Walle seien schon soweit vorgeschritten, daß diese Promenadenstrecke augenblicklich unpassirbar sei und dieser Zustand würde, wenn jetzt mit Herzoglicher Bau-Direction wegen eventueller Verbreiterung Verhandlungen gepflogen werden sollten, für längere Zeit offen gehalten werden müssen. Es empfehle sich daher, zunächst die Vollendung der Neupflasterung, durch welche jedenfalls ein besserer Zustand herbeigeführt werde, als der jetzige sei, abzuwarten. Sollte sich alsdann herausstellen, daß eine Verbreiterung unbedingt nothwendig, so werde die Herzogliche Bau-Direction darum zu ersuchen sein, und sei alsdann diese weitere Verbreiterung ohne große Verkehrsstockungen und ohne daß die jetzt hergestellte Anlage wieder beseitigt werden müsse, auszuführen. Uebrigens liege bekanntlich die Unterhaltung der Wallanlagen nebst Wegen vertragsmäßig dem Staate ob; die Stadt habe also höchstens einen entsprechenden Zuschuß zu leisten, wenn sie weitergehende Wünsche geltend mache, als die Herzogliche Bau-Direction als berechtigt anerkenne. Für eine von der Nothwendigkeit gebotene Verbreiterung der fraglichen Fahrbahn werde der Fiskus aufkommen müssen. Die Commission gebe deshalb anheim, den Antrag des Herrn Wilke in folgender abgekürzter, auch vom Antragsteller gebilligter Fassung anzunehmen:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich wegen Verbreiterung des Kahlen Walles mit Herzoglicher Bau-Direction in Verbindung zu setzen«
zu genehmigen, was ohne Weiteres geschieht.

Danach

II. berichtet Herr Munte namens der Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 19. d. Mts., in welchem Folgendes vorgetragen ist: Das Haus des Gastwirths Merkel an der Wolfenbüttlerstraße *N* 42 steht über die Fluchtlinie der Nachbargrundstücke hinaus und außerdem befindet sich vor diesem Hause ein Ueberbau. Merkel beabsichtigt neu zu bauen, und hat sich mit den Vorschlägen des Stadtbauamts, die Fluchtlinie des neuen Hauses nach Maßgabe der der Versammlung vorliegenden Zeichnung zurückzusetzen und den Ueberbau zu beseitigen, unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß ihm für die abzutretenden 9 qm Terrain 126 *M*. und für die Aufgabe des Ueberbaues 324 *M*., zusammen also 450 *M*. Entschädigung gezahlt werden. Die Herzogliche Bau-Direction will die Hälfte dieser Entschädigung übernehmen.

Der Magistrat giebt der Versammlung anheim, die Vorschläge des Stadtbauamts zu genehmigen und die Hälfte der geforderten Entschädigung zu 225 *M.* aus städtischen Mitteln zu verwilligen,

welchem Ersuchen auf Befürwortung der Commission ohne Debatte entsprochen wird.

Sodann

III. folgt der von Herrn Semler namens der vereinigten Statuten- und Finanz-Commission erstattete Bericht über die Magistratsvorlage vom 19. d. Mts., die Erweiterung des Wasserwerks der hiesigen Stadt betreffend.

Der Stadtmagistrat giebt in seinem Schreiben zunächst ein Bild von der historischen Entwicklung der Wasserversorgungsfrage unserer Stadt von der im Jahre 1865 erfolgten Eröffnung des Wasserwerks an bis zu dem Entstehen der drei Projekte als: Anlegung eines neuen Wasserwerks auf dem Zuckerberge, Herrichtung einer Harzwasserleitung und Erweiterung des vorhandenen Wasserwerks, und bespricht sodann des Nähern die Resultate der seitens der Verwaltungsdeputation bei Vorprüfung des zu Gebote stehenden Materials gepflogenen Verhandlungen.

Diese Resultate sind im Wesentlichen folgende:

Der hiesige Wasserverbrauch beträgt gegenwärtig im Jahresdurchschnitt 137,5 Liter, im Maximum 213,7 Liter pro Kopf und Tag, woraus hervorgeht, daß hier eine starke Wasserverschwendung herrscht, da beispielsweise in Berlin 62 Liter, in Dresden 64 Liter, in Breslau nur 54 Liter pro Kopf und Tag verbraucht werden. Die Verwaltungsdeputation hält deshalb die Einführung einer Controle des Wasserverbrauchs für nothwendig und schlägt im Einverständniß des Stadtmagistrats vor:

- 1) daß — in der Erwägung, daß das Wasserquantum, über welchen der Verbrauch des einzelnen Kopfes ohne besondere Zahlungsverpflichtung nicht hinausgehen darf, im sanitären und wirthschaftlichen Interesse möglichst hoch zu bemessen sein werde — 75 Liter pro Kopf und Tag im Jahresdurchschnitte, das 1½fache als Consum an heißen Tagen, das 2fache als größter Stundenconsum an solchen Tagen und darnach 150 Liter pro Kopf und Tag, mit Einschluß des Selbstverbrauchs der Stadt, als Maximalleistung der Wasserversorgungsanlage angenommen, sowie
- 2) daß die zu versorgende (zukünftige) Kopffzahl im Hinblick auf das bisherige Wachsthum der Stadt und auf die jetzige Verhältnißziffer der Consumenten zur Gesamtbevölkerung auf 120 000 festgestellt werde.

Eine weitere Verfolgung des Plans der Herrichtung eines Wasserwerks auf dem Zuckerberge widerräth die Verwaltungsdeputation, weil derselbe ohne besondere Vortheile zu bieten, einen unverhältnißmäßig hohen Kostenaufwand erfordert. Der Stadtmagistrat ist darin gleicher Ansicht.

Bezüglich des Project's der Harzwasserleitung hält die Verwaltungsdeputation für angezeigt, daß zunächst und vor definitiver Entschlieſung über die practische Lösung der Wasserfrage weitere technische Untersuchungen des Steinfeldes, namentlich behufs Ermittlung der die Wassermenge bedingenden Mächtigkeit der dortigen Kieſſchichten angestellt und zugleich Erkundigungen über die rüſſichtlich des preußischen Gebiets in Betracht kommenden wasserrechtlichen Bestimmungen eingezogen werden.

Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des vorhandenen Wasserwerks bis zur definitiven Wahl und Ausführung einer verbesserten Wasserversorgungsanstalt empfiehlt die Deputation die Aufstellung einer dritten Wasserhebungsmaschine, die etwa 80 000 *M.* kosten würde.

Der Stadtmagistrat kann sich mit den Anträgen der Verwaltungsdeputation bezüglich der Harzwasserleitung nicht einverstanden erklären, da die Ausführung derselben, selbst wenn sie technisch rationell wäre, auf kaum überwindbare rechtliche und finanzielle Schwierigkeiten stoßen würde, und redet unter Vorbringung verschiedener Gründe einer Erweiterung des vorhandenen Wasserwerks, nach dem Projecte des Oberingenieurs Mitgau, das Wort. Diese empfehle sich nicht nur durch den unzweifelhaften Vorzug der Sicherheit des Wasserbezuges vor dem Harzwasserleitungsprojecte und durch die sehr erheblich geringere Kostspieligkeit, sondern sie entspräche allen an eine zweckmäßige Wasserversorgungsanstalt zu stellenden Anforderungen.

Der Stadtmagistrat beantragt hiernach:

- 1) als Basis des Wasserversorgungsprogramms die Einführung von Wassermessern im Principe zu beschließen und das Maximum des von der zukünftigen Wasserversorgungsanstalt zu liefernden Wassers auf die von der Verwaltungsdeputation vorgeschlagenen Maße festzustellen;
- 2) die Zustimmung zur Erweiterung des vorhandenen Wasserwerks nach Maßgabe des Mitgau'schen Project's zu beschließen und die dazu erforderlichen Kosten, vorbehaltlich der Deckungsfrage, zu bewilligen;
- 3) zu beschließen, daß zur speciellen Leitung und Ueberwachung der Ausführung dieser Erweiterungsanlagen eine aus 1 Magistratsmitgliede und 2 Stadtverordneten bestehende »Wasserwerksbau-Deputation« eingesetzt, mit der Veranschlagung und Ausführung des Project's selbst aber der Ober-Ingenieur Mitgau, und zwar vorbehaltlich einer Remuneration, beauftragt werde.

Eventualiter — für den Fall der Ablehnung des Antrages *N.* 2, welche den Antrag *N.* 3 gegenstandslos machen würde — beantragt der Magistrat:

- 4) die Zustimmung dazu zu erteilen, daß ein sachverständiges Gutachten über die Frage

Wie ist die Wassergewinnung und Wasserversorgung für die hiesige Stadt finanziell am vortheilhaftesten und technisch am rationellsten durchzuführen?

eingeholt, und daß die, nach eingezogener Erkundigung, zur Bestreitung der Kosten dieser Untersuchung resp. Begutachtung vielleicht erforderliche Summe von bis zu 30 000 *M.* aus den Ueberschüssen des Wasserwerks bereit gestellt werde; auch

- 5) die Verwaltungs-Deputation zur interimistischen Aufstellung einer dritten Wasserhebungsmaſchine beim Wasserwerke zu ermächtigen und die daraus erwachsenden Kosten im Betrage von bis zu 80 000 *M.* aus den Mitteln des Wasserwerks zur Verfügung zu stellen.

Referent bemerkt zu dem Antrage ad 1 Folgendes: Den Ausführungen der Verwaltungsdeputation über die Einführung von Wassermessern könne die Commission nur zustimmen. Wenn dem Publicum ein verbessertes Trink- und Brauchwasser geboten werden solle, so müsse zuvor festgestellt werden, wie viel der Consum nach Ausschluß der hier getriebenen Verschwendung durch Speisung von Fontainen, Closets u. betrage. Vorläufig handle es sich um Feststellung des Principis der Einführung von Wassermessern und liege dabei nicht die Absicht vor, den Consum zu beschränken oder das Wasser zu vertheuern und den ärmeren Leuten dadurch unzugänglicher zu machen als bisher. Es solle ein Minimum des von der Leitung zu entnehmenden Wasserquantums pro Kopf mit einem festen Preise festgesetzt werden, über welches hinaus erst eine besondere Bezahlung nach Maßgabe des mehr verbrauchten Quantums eintreten solle. Die Commission gebe daher anheim,

zu der Vorlage des Stadtmagistrats, soweit sie als Basis des Wasserversorgungsprogrammes die Einführung von Wassermessern im Principe und als Maximum des von der künftigen Wasserversorgungsanstalt zu liefernden Wassers 75 Liter pro Kopf und Tag im Jahresdurchschnitte, das $1\frac{1}{2}$ -fache als Consum an heißen Tagen, das 2fache als höchsten Stundenconsum an solchen Tagen und danach 150 Liter pro Kopf und Tag, mit Einschluß des Selbstverbrauchs der Stadt, unter Annahme einer zu versorgenden Kopffzahl von 120 000, vorschlägt, die Zustimmung zu erteilen.

Ueber diesen Antrag der Commission wird zunächst in Verhandlung getreten.

Auf eine Anfrage des Herrn Rieke, ob bei jener Berechnung des Wasserverbrauchs auch auf eine demnächstige Bepflanzung der Straßen Bedacht genommen sei,

bemerkt Referent, daß das zu diesem Zwecke erforderliche Wasserquantum der Berechnung als zu öffentlichen Zwecken von der Stadt selbst zu verwendendes mit zu Grunde gelegt sei. Es sei das Durchschnittsquantum so hoch bemessen, daß zur Straßenbesprengung genügend Wasser vorhanden sei.

Herr Reuter bemerkt hierzu noch, daß der Consum in Berlin einschließlich der Straßenbesprengung im Jahresdurchschnitt nur 62,7 Liter Wasser pro Kopf und Tag betrage, wobei jedoch nicht wie hier die Bevölkerungszahl, sondern nur die Consumenzahl, die etwa ein Fünftel weniger betrage, zu Grunde gelegt sei.

Herr Blasius spricht sich im Principe gegen die Einführung von Wassermessern aus, weil er befürchtet, daß grade die ärmeren Leute aufs Empfindlichste dadurch beschränkt würden. Bei weiteren Vorschlägen in dieser Beziehung gebe er anheim, den gewöhnlichen Wasserverbrauch nicht nach einer bestimmten Anzahl von Cubikmetern zu bemessen, sondern dieses Verfahren nur für solche Leute einzuführen, die das Wasser zu Liebhabereien, wie Haltung von Fontainen u., verwendeten.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Dem Stadtmagistrate liege es selbstverständlich fern, den nothwendigen Wasserbedarf irgendwie nach Einführung der Wassermesser vertheuern zu wollen; nur der Luxus und die Verschwendung sollen besteuert werden. In welcher Weise dies demnächst auszuführen sei, bleibe einer speciellen Tarification vorbehalten, bei welcher die Versammlung noch das letzte Wort mitzusprechen habe. Er hoffe, daß gerade der ärmere Theil der Bevölkerung das Wasser später billiger haben werde als jetzt.

Herr Kieke hält unter Hinweis auf den Mißbrauch, daß Bewohner von nicht mit Wasserleitung versehenen Häusern die Wasserleitung des Nachbarn mit benutzten, welcher aus nachbarlichen Rücksichten dies jetzt zu dulden oft nicht umhin könne, während er nach Einführung der Wassermesser solche Zumuthungen der Nachbarn sofort zurückweisen werde, für richtig, daß die Wassermesser, wenn sie einmal eingeführt werden, auch für jeden Consumenten zur Anwendung kommen müßten.

Herr Wille hält die Einführung der Wassermesser für ein Bedürfniß; man finde wenig Städte mit Wasserleitung, die nicht auch zugleich Wassermesser hätten. Sollte aber ärmeren Leuten die Anschaffung derselben schwer werden, so solle man sie ihnen seitens des Wasserwerks miethweise oder gegen Ratenzahlung verabfolgen lassen. Ein Durchschnitt von 75 Liter Wasser pro Kopf und Tag sei sehr hoch gegriffen; selbst wenn man dieses Quantum als Maximum annehme, so könne sich Niemand beschweren.

Herr Grote ersucht, den Commissionsantrag pure anzunehmen, da es sich für jetzt nur darum handle, ein Quantum festzustellen, welches als Grundlage für die Dimensionen des späteren Wasserwerks maßgebend sein solle.

Nachdem Herr Munte noch betont hat, daß eine Einschränkung des Wasser-

verbrauchs nicht nur bei vielen Privaten, sondern auch vielfach bei öffentlichen Anlagen, wie einem großen Theile der Bedürfnisanstalten, eintreten könne, und man sich in die Einführung der Wassermesser werde finden müssen, wie seiner Zeit in die Einführung der Gasmesser,

wird der Commissionsantrag genehmigt.

Nach Erledigung dieses Punktes geht Referent sodann zur Erläuterung des übrigen Theils der Magistratsvorlage über, und stellt hierzu namens der Commission den Antrag:

Unter Ausföhrung der Entscheidung in der Sache selbst zu beschließen, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, über die rationellste Art der Wassergewinnung und Wasserversorgung der Stadt noch weitere Ermittlungen anzustellen und möglichst bald unter Mittheilung der gewonnenen Resultate entsprechende Vorlagen zu machen, auch die dazu erforderlichen Mittel bis zu 30 000 *M.* aus den Ueberschüssen des Wasserwerks zur Verfügung zu stellen.

Bei Stellung dieses Antrags sei die Commission nicht von Antipathie gegen die vom Magistrate vorgeschlagene Erweiterung des hiesigen Wasserwerks geleitet worden; sie habe nur geglaubt, daß noch einige Punkte der Aufklärung bedürften. Ueber die Harzwasserleitung seien gegentheilige Meinungen zum Ausdruck gekommen. Einerseits sei die Zweckmäßigkeit derselben in keiner Weise angezweifelt, andererseits habe man Bedenken geäußert, daß sie für die Dauer Wasser liefern würde. Ferner sei betont, daß der Magistrat durch Zuziehung eines tüchtigen Geognosten (etwa des Professors Ottmer), wohl in der Lage sei, auch ohne weitschichtige Untersuchungen weitere genaue Ermittlungen in dieser Beziehung anstellen zu lassen. Selbstverständlich könne man nicht 3 Millionen Mark für eine Harzwasserleitung verwilligen, wenn man nicht mit positiver Gewißheit annehmen könne, daß sie auch genügend Wasser liefere.

Auch in Bezug auf die vom Magistrate erwähnten rechtlichen Schwierigkeiten sei sich die Commission nicht ganz klar geworden und sie glaube es nicht verantworten zu können, die Idee einer Harzwasserleitung von der Hand zu weisen, ohne eine nochmalige genaue Prüfung dieses Projectes nach allen Seiten hin empfohlen zu haben.

Sodann sei die Frage aufgetaucht, ob es nicht möglich sei, das nöthige Wasser in der Nähe der Stadt selber zu gewinnen, worüber eine geeignete geognostische Autorität Ermittlungen anstellen könne.

Ergeben die weiteren Ermittlungen, daß diese Projecte nicht ausführbar, dann würde man auf den Magistratsantrag zurückkommen.

Ferner sei zur Sprache gekommen, ob es sich nicht empfehle neben Erweiterung des Wasserwerks eine besondere Trinkwasserleitung anzulegen. Auch auf diese Frage würde sich die Untersuchung zu erstrecken haben.

Schließlich seien noch in der Commission Zweifel darüber laut geworden, ob das Wasser, welches das projectirte erweiterte Wasserwerk demnächst bieten werde, auch zum Genuße in sanitärer Beziehung vollständig genügend sei, und es sei, um auch in dieser Beziehung klar zu sehen, empfohlen, ein Gutachten hierüber vom Vereine für öffentliche Gesundheitspflege oder von der betreffenden einschlägigen Behörde einzuziehen.

Dies seien die Gründe, welche die Commission zu dem obigen Antrage bewogen hätten; die Beschlußfassung sei einstimmig erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Pockels: In den Commissionsverhandlungen habe er nicht den Eindruck gewonnen, als handle es sich um einen Antrag von solcher Tragweite; er habe im Gegentheil angenommen, es würde ein Antrag dahin gestellt werden, daß allerdings für heute eine definitive Entscheidung über die practische Lösung unserer Wasserfrage ausgesetzt werden solle, daß man aber gleichzeitig für eine nicht fern liegende, höchstens nach Wochen zu bemessende Zeit eine Entschließung herbeizuführen suchen würde und der Magistrat in der Zwischenzeit noch einige Ermittlungen nach der Richtung hin eintreten lassen solle, ob etwa in der Nähe der Stadt selbst Wasser gewonnen werden könne, welches den Bedarf der Stadt zu decken im Stande sei. Diese Möglichkeit sei von ihm persönlich im Laufe der Commissionsdebatte betont, es sei seinen Worten aber eine größere Tragweite beigelegt, als er beabsichtigt habe. Er habe die Sache so aufgefaßt, daß der Magistrat durch den Professor Dttmer Ermittlungen darüber anstellen lassen solle, ob es möglich sei, in der Stadt oder in der nächsten Nähe derselben Grundwasser in genügender Menge zur Deckung unseres gesammten Bedarfs aufzuschließen. Herr Dttmer habe die dieserhalb an ihn gerichtete Frage mit Bestimmtheit verneint, auch geäußert, daß hydrotechnische Untersuchungen, wenn sie von Werth sein sollten, einige Jahre in Anspruch nehmen würden. Dagegen habe Herr Dttmer, welcher seit einigen Jahren mit der geologischen Aufnahme unserer Stadt beschäftigt sei und im Herbst seine Arbeiten abschließen werde, bemerkt, wie nach seinen Studien mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, daß man Trinkwasser in genügender Quantität und Qualität würde bekommen können, einmal im Norden der Stadt dann auch in der Richtung nach Rautheim zu; auch vor dem Hohenthore könne möglicherweise Wasser aufgeschlossen werden, doch sei dies nicht mit Gewißheit anzunehmen. — Wenn nun der Magistrat im Sinne des Commissionsantrags noch weitere Ermittlungen anstellen solle, so würden darüber noch Jahre vergehen; es würde eine Lücke entstehen und kein Interimisticum geschaffen sein. Es sei also dann auch erforderlich, Vorkehrungen gegen die etwaige Gefahr eines gänzlichen Wassermangels in unserer Stadt zu treffen.

Referent erwidert hierauf, daß die Commission bei Stellung ihres Antrags nicht die Absicht gehabt habe, Ermittlungen von jahrelanger Dauer zu veranlassen,

sie habe nur geglaubt, daß der Professor Ottmer sich darüber äußern könne, ob überhaupt die Technik in der Lage sei, sich über die Ergiebigkeit einer Harzwasserleitung genügend Klarheit zu verschaffen.

Der Herr Vorsitzende constatirt als Vorsitzender der vereinigten Commissionen, daß der Antrag, so wie er vom Herrn Referenten eingebracht, in der Commission ausdrücklich formulirt sei. Allerdings seien in dem Commissionsantrage diejenigen Punkte nicht ganz genau festgestellt, die nach Ansicht der Commission noch der Aufklärung bedürften. Sie ließen sich aber wohl aus den Commissionsverhandlungen, denen der Herr Vertreter des Stadtmagistrats beigewohnt habe, entnehmen. Er persönlich sei der Ansicht gewesen, daß die zur Aufklärung der vom Herrn Referenten näher bezeichneten Punkte erforderlichen Untersuchungen etwa 2 bis 3 Monate in Anspruch nehmen würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn die Absicht der Commission sei, den Magistrat zu erforschen, Ermittlungen in den angedeuteten Beziehungen eintreten zu lassen, insofern dieselben in einer verhältnißmäßig kurzen Zeit, also in höchstens 2 Monaten, anzustellen seien, dann lasse er seine Bedenken gegen den Commissionsantrag fallen. Er müsse sich dann nur gegen einen etwaigen Vorwurf der Oberflächlichkeit verwahren.

Herr Grote bemerkt, daß die nähere Bezeichnung der Punkte, über welche noch Ermittlungen anzustellen seien, deshalb aus dem Antrage fortgelassen seien, weil man bei der Anwesenheit des Herrn Vertreters des Magistrats angenommen habe, daß dieser aus den Verhandlungen selber ermessen würde, welche Ermittlungen der Versammlung bez. den beiden Commissionen wünschenswerth seien.

Herr Wolff ist gleichfalls in der Commission der Ansicht gewesen, daß es sich nur um Ermittlungen handle, die vielleicht einige Wochen in Anspruch nähmen würden.

Herr Riecke spricht sich gegen den Commissionsantrag aus, weil die Angelegenheit zu lange dadurch verzögert werde. Er habe früher selbst für die Harzwasserleitung geschwärmt, er sei aber jetzt von deren Undurchführbarkeit überzeugt. Ein einziger Röhrenbruch könnte die größten Calamitäten hervorrufen. Es sei nun schon so lange über die Sache berathen, daß man endlich wissen müsse, was zu thun sei. Sollte sich später herausstellen, daß das Wasser aus dem erweiterten Wasserwerke als Trinkwasser qualitativ nicht genüge, so wäre es vielleicht möglich, im Hagenbruche eine genügende Anzahl von Brunnen herzustellen.

Herr Grote: Er sei ganz entschieden dagegen, daß die Sache auf die lange Bank geschoben werde, denn Abhülfe sei durchaus nöthig. Ehe man sich aber über eine so wichtige Angelegenheit schlüssig werde, ob das, was man schaffen will, auch allen billigen Anforderungen entspreche, bedürfe es genauer Untersuchung. Er sei ein

großer Anhänger der Harzwasserleitung. Die vom Magistrate dagegen vorgebrachten Bedenken seien juristischer, technischer und finanzieller Art. Die finanziellen Bedenken seien in der Commission einigermaßen aufgeklärt. Wenn man die Anlage unter Zuziehung der jetzigen Ueberschüsse mit einer 56jährigen Annuität bezahle, dagegen aber die Kosten für Maschinen und Kohlen spare, so würden schon binnen wenigen Jahren Ueberschüsse erzielt sein. Wichtiger seien die juristischen Bedenken und man sei sich in der Commission nicht klar geworden, ob die Schwierigkeiten in dieser Richtung überwindbar seien oder nicht. Was die technischen Bedenken anlange, so habe man die Bohrungen seiner Zeit nicht in genügender Menge angestellt. Bei dem jetzigen veränderten Verfahren würden dieselben schnell und sicher vorgenommen werden können. Binnen verhältnismäßig kurzer Zeit könne man sich von der Mächtigkeit der wassertreibenden Kiesschichten überzeugen, und da man im Steinfelde die Bohrungen an mehreren Stellen zu gleicher Zeit vornehmen könne, so würde man baldigst zu Resultaten kommen. Das Harzwasser entspreche allen Anforderungen, unser Okerwasser nicht. Ob letzteres aber nicht schon oberhalb Wolfenbüttel entnommen werden könne, wo es noch nicht durch die Abgänge aus dieser Stadt und durch die dort befindlichen Zuckerfabriken verunreinigt sei, sei eine Frage, auf die er hiermit hinweisen wolle.

Herr Overbürgermeister Pockels erklärt, er werde nach den vorhin gegebenen Erörterungen den Magistrat dahin zu bestimmen suchen, die erforderlichen Ermittlungen in dem Umfange und so zeitig eintreten zu lassen, daß in 4 bis höchstens 6 Wochen ein neuer Antrag des Magistrats an die Versammlung gelangen könne.

Herr Blasius hält es für unmöglich, die Untersuchungen in so kurzer Zeit vornehmen zu lassen. Das Wasser müsse in verschiedenen Zwischenräumen untersucht werden, wozu 6 bis 12 Analysen nöthig seien. Auch das filtrirte Wasser müsse analysirt werden, um entscheiden zu können, ob es in gesundheitlicher Beziehung dem Publikum empfohlen werden könne. Ebenso müsse bei Anlegung von Tiefbrunnen das Wasser derselben untersucht werden, da sich dieses häufig ändere. Alle diese Untersuchungen könnten aber nicht in einer Zeit von 6 bis 8 Wochen betrieben werden.

Herr Reuter bittet gleichfalls, die Frist zur Anstellung weiterer Prüfungen nicht zu kurz zu bemessen. Er sei Anhänger der Harzwasserleitung, wenn aber die juristischen Bedenken dabei derart seien, daß man darauf verzichten müsse, dann empfehle es sich, wie Herr Grote schon angedeutet habe, das Okerwasser an anderer Stelle zu entnehmen, als oberhalb der hiesigen Stadt, vielleicht in der Nähe des Bungenstedter Thurmes, ehe die Altenau in die Oker gehe; wenn die Oker erst die Altenau aufgenommen habe und Wolfenbüttel passiert sei, habe ihr Wasser an Reinheit ganz bedeutend verloren. Man würde in diesem Falle sogar mit ziemlicher

Sicherheit auf gutes Trinkwasser rechnen können. Auch in der Gegend von Neindorf könne man das Wasser entnehmen, weil dort außerdem noch gutes Grundwasser vorhanden sei. In der Commission sei auch die Rede davon gewesen, daß es sich empfehle, den Ingenieur Thiem, der sich sein ganzes Leben lang mit der Wasserfrage beschäftigt und also bedeutende Erfahrungen in dieser Beziehung habe, über die hiesigen Wasserverhältnisse zu hören. Die Wasserversorgungsfrage sei von so eminenter Wichtigkeit, daß man es dabei auf eine kurze Spanne Zeit nicht ankommen lassen dürfe. Je besser man das Wasser bekomme, desto wohler werde sich die Bevölkerung dabei befinden.

Herr Nieß bittet, sich nicht der Täuschung hinzugeben, daß man in 6 bis 8 Wochen wirklich nutzbringende Bohrungen im Steinfelde vornehmen könne; derartige Arbeiten seien, wie er aus eigener Erfahrung mittheilen könne, mit ganz bedeutenden Schwierigkeiten verbunden. Wenn die Bohrungen zu beweiskräftigen Resultaten führen sollten, so müsse man der Sache die Zeit lassen, die sie brauche und dürfe keine bestimmte Zeit vorschreiben. Nun sei schon wiederholt gesagt worden, daß das Wasserwerk an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei. Wolle man nun aber diese Leistungsfähigkeit immer noch mehr anspannen und zwar auf eine ganz ungemessene Zeit, dann müsse auch baldigst an die Herstellung einer dritten Dampfmaschine gedacht werden. Was helfe alle Gewißheit über die spätere Erlangung guten Wassers, wenn man in Gefahr komme, die jetzige Quelle baldigst versiegen zu sehen. Er gebe deshalb anheim, doch diesen Punkt bei der heutigen Berathung nicht unberücksichtigt zu lassen.

Referent: Die Bedenken des Herrn Vorredners würden beseitigt werden. Die Commission habe dem Magistrat nicht vorgreifen, sondern ihm überlassen wollen, diejenigen Ermittlungen anzustellen, die er für wünschenswerth halte. Welcher Art diese Ermittlungen seien, habe Redner wiederholt betont, und inwieweit der Magistrat darauf eingehen könne, werde sich finden. Sobald derselbe mit den Resultaten seiner Untersuchungen hervorgetreten sei, werde man sich darüber, ob sie genügen, bald schlüssig werden können. Wenn also der Commissionsantrag angenommen werde, so sei damit nicht gesagt, daß die Ermittlungen vielleicht auf Jahre hinaus betrieben werden sollen. Eine geringe Verzögerung zu diesem Zwecke gereiche der Sache nicht zum Schaden und die jetzigen Calamitäten würden nicht dadurch vergrößert werden. Was die Einstellung einer dritten Maschine anlange, so könne diese nach Aussage des Oberingenieurs Mitgau doch nicht vor nächstem Frühjahr in Betrieb gesetzt werden.

Herr du Roi: Wenn zur Anstellung der von der Commission gewünschten Ermittlungen nur 4 bis 6 Wochen erforderlich seien, so brauche man sich heute nicht

über die Aufstellung einer Reservemaschine schlüssig zu werden, wenn diese Ermittlungen aber, wie von verschiedenen Seiten, besonders von den Herren Blasius und Reuter betont werde, mehrerer Monate bedürften, um zu zweckdienlichen Resultaten zu gelangen, dann scheine es dringend nöthig, den Antrag der Verwaltungsdeputation auf Beschaffung einer Reservemaschine wiederaufzunehmen, selbst für den Fall, daß dieselbe erst im Februar in Betrieb kommen könne.

Herr Overbürgermeister Pockels wiederholt, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, die Untersuchungen in dem Umfange anzustellen, wie solches von den Herren Blasius und Reuter angedeutet sei, nicht allein deshalb nicht, weil nach eingezogenen Erkundigungen Jahre zu derartigen Untersuchungen gehörten, sondern auch aus dem fernern Grunde, weil Gefahr im Verzuge stehe. Er habe bislang geglaubt, daß das Wasserwerk in Bezug auf die quantitative Leistungsfähigkeit einstweilen noch genüge und berechtigte Klagen nur hinsichtlich der Qualität des Wassers zu führen seien. Nachdem aber der Magistrat der Wasserversorgungsfrage näher getreten, hätten sich manche höchst bedenkliche Seiten gezeigt. Zwei alte Maschinen arbeiteten den ganzen Tag und würden bis aufs Aeußerste in ihrer Leistungsfähigkeit angespannt. In der Nachtzeit könne eine Maschine außer Betrieb gesetzt werden und diese Zeit werde benutzt, um Reparaturen vornehmen zu lassen, die sich bei den verhältnißmäßig übergroßen Leistungen und bei dem Alter der Maschinen häufig wiederholten. Derartige Reparaturen würden aber häufig auf Kosten der Solidität vorgenommen und würden einmal größere Reparaturen erforderlich, die Nachts nicht nothdürftig ausgeflückt werden könnten, dann sei Braunschweig am anderen Tage ohne Wasser. Vor solcher Gefahr müsse man sich nach Möglichkeit zu schützen suchen. Dieser Gefahr gehe man aber entgegen, wenn man noch Untersuchungen in dem angedeuteten Sinne vornehmen lasse. Hoffentlich befinde man sich unmittelbar vor der Ausführung des Canalisationssystems und es sei bekannte Thatsache, daß in dem Maße, wie die Canalisation vorschreite, auch der Wasserverbrauch zunehme. Ferner müsse auch mit dem in der Vorlage wiederholt betonten Factor gerechnet werden, daß, wenn noch länger, vielleicht ein oder zwei Jahr, unfiltrirtes Wasser durch die Röhren geführt werde, diese bald so verchlämmen würden, daß sie nicht mehr gebraucht werden könnten. Vor allem müßte, wenn ausgedehntere Untersuchungen vorgenommen werden sollen, dem eventuellen Antrage des Magistrats gemäß Fürsorge für Aufstellung einer dritten Dampfmaschine getroffen werden. Ueber diesen eventuellen Antrag würde die Versammlung allerdings heute nur im Falle einer Ablehnung des Principalantrags des Magistrats beschließen können.

Vorsitzender: Von Technikern sei ihm gesagt worden, daß die dritte Maschine für diesen Sommer nicht mehr fertig gestellt werden könne. Für den Herbst- und Winterconsum genüge eine Maschine. Erst etwa im Mai sei die gleichzeitige Thä-

tigkeit zweier Maschinen wieder erforderlich. Bis dahin habe man Zeit für Aufstellung der 3. Maschine. Es eile also nicht so damit.

Herr Blasius hält die Aufstellung einer dritten Maschine für durchaus nothwendig; man habe dann wenigstens die Sicherheit, daß immer Wasser vorhanden, wenn dieses auch nicht so gut sei, wie man es wünsche. Eine Verschlammung der Röhren, wie sie der Herr Oberbürgermeister erwähnt habe, sei um so leichter zu befürchten, als dieselben nach Aussage von Technikern filtrirtes Wasser nur selten, in den meisten Fällen unfiltrirtes Wasser aufzunehmen hätten.

Herr Wille giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß man, wenn man einmal auf die Harzwasserleitung verzichten müsse, doch gutes Wasser bekommen könne, wie Herr Reuter erklärt habe. Wenn man aber dem Reuter'schen Vorschlage gemäß das Wasser von oberhalb Wolfenbüttel entnehme, so falle bei den Untersuchungen noch ein anderer Punkt in's Gewicht; es müßten dann auch Erhebungen über die erforderliche Druckkraft angestellt werden. Es empfehle sich daher nicht, auf eine Frist von 6 bis 8 Wochen zur Anstellung von Untersuchungen zu bestehen.

Herr du Roi kann sich mit dem Gedanken an eine Wasserleitung, wie sie Herr Reuter vorgeschlagen, nicht befremden. Wolle man bei Herstellung einer Wasserleitung den sanitären Standpunkt in's Auge fassen, so komme man immer wieder auf die Harzwasserleitung und zwar möglichst aus nächster Nähe des Harzes, ehe das aufzunehmende Wasser Ortschaften und Fabriken passirt sei, durch die es verunreinigt werde. Die Commission werde aber deshalb zu ihrem Antrage gekommen sein, weil der Magistrat in seinem eventuellen Antrage sub 4 wegen Einholung eines sachverständigen Gutachtens mehr den finanziellen und technischen, nicht aber den sanitären Standpunkt betont habe. Es scheine ihm nicht verfehlt, wenn man mit einer Beschlußfassung noch 4 bis 6 Wochen warte, bis der Magistrat mit einer neuen Vorlage komme. Sollen aber genaue Untersuchungen angestellt werden, wie sie die Herren Blasius und Reuter für wünschenswerth erachten, dann sei die Aufstellung einer dritten Maschine absolut nothwendig.

Herr Blasius stellt hierauf den Antrag:

»zur interimistischen Aufstellung einer dritten Wasserhebungsmaschine 80 000 M. aus den Mitteln des Wasserwerks zu bewilligen.«

Referent: Nach Ablauf der bezeichneten Frist werde der Magistrat in Uebereinstimmung mit den Commissionen seinen ursprünglichen Antrag auf Erweiterung des Wasserwerks wieder aufnehmen oder er werde eine fernere Frist in Anspruch nehmen; im letztern Falle sei allerdings Gefahr vorhanden, daß der gegenwärtige Zustand darunter leide, und dann müsse man selbstverständlich zur Einstellung der dritten Maschine schreiten. Der Principalantrag des Magistrats wegen Erweiterung der Wasserwerke solle ja

durch den Commissionsantrag nicht abgelehnt werden, es sollten nur noch weitere Auffchlüsse gegeben werden.

Herr Wolff bittet Herrn Blasius, seinen Antrag zurückziehen, da derselbe augenblicklich zu nichts führe; der Antrag sei sehr gut gemeint, aber für heute unzweckmäßig, da Magistrat und Commission über den Umfang der anzustellenden Ermittlungen nunmehr eines Sinnes seien, die Angelegenheit also binnen Kurzem zum definitiven Abschluß gelangen werde. Außerdem präjudicire man durch Annahme des Commissionsantrags nach keiner Richtung hin.

Nachdem sich noch Herr Schwarzenberg mit einigen Worten für den Commissionsantrag ausgesprochen und

Herr Overbürgermeister Poßels bemerkt hat, daß durch Annahme des Blasius'schen Antrags nichts gewonnen werde, weil der Magistrat kein Interimisticum sondern binnen wenigen Wochen die Entscheidung über ein Definitivum herbeiführen wolle, die interimistisch zu treffenden Einrichtungen also in 4 bis 6 Wochen wieder niedergerissen werden müßten,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Commissionsantrag mit 20 Stimmen gegen eine angenommen, der Antrag des Herrn Blasius aber mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt wird.

Schließlich

IV. wird auf ein Magistratschreiben vom 9. d. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr von Seckendorff berichtet, ohne Debatte beschlossen, dem Stadtarchivar Hänfelmann zu einer behufs Beschäftigung der Einrichtungen verschiedener neuorganisirter Archive Deutschlands vorzunehmenden Instructionsreise eine Beihilfe von 200 M. aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In längerer vertraulicher Sitzung werden Steuerreclamationen erledigt.

(Beilage zu *N* 202 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu *N* 198 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)*N* 9.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. August 1882.

Öffentlich:

- I. Antrag von Anwohnern der kleinen Bertramstraße, die Canalisation der dortigen Gegend betreffend.
Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
- II. Verkauf des Terrains eines Interessentenweges an die Braunschweigische Actien-Gesellschaft für Zute- und Flachs-Industrie,
- III. Feststellung einer neuen Straßenlinie an der Ecke von Campestraße und Salzbadlumerstraße, nebst Terrain-Erwerb bezw. Veräußerung,
- IV. Ankauf von fiscalischem Terrain an der Parkstraße zu Straßenzwecken,
- V. Unterstützung der Wittve eines städtischen Feuerwehrmannes,
- VI. Bewilligung der Kosten der Ausschmückung und Beleuchtung des Altstadtrathhauses für bevorstehende Festlichkeiten,
- VII. Bewilligung von Druckkosten,
- VIII. Abbruch der Fachwerkbauanten bei der Burg Dankwarderode.
Antrag des Herrn Wille, betreffend:
- IX. die Kehrrißabfuhr in hiesiger Stadt.

Entschuldigt die Herren Blasius, Grote, Kybik, Semler und Wolff.
Am Magistratsische die Herren Overbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Wie, die Sitzung eröffnend,
der Herr Vorsitzende Otto zunächst mittheilt, ist der Versammlung vom Stadt-

magistrate eine Uebersicht des Vermögens der Stadtgemeinde Braunschweig vom 31. December 1881 zugegangen.

Die Vorlage giebt für jetzt keinen Anlaß zu Verhandlungen und wird der Finanzcommission zu specieller Kenntnißnahme überwiesen.

Ferner liegt ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 19. Juli c., betreffend die Zulassung von zwei neuer Apotheken in hiesiger Stadt vor. Die Stadtverordneten haben in den Sitzungen vom 3. Februar bezw. 16. Juni v. J. ein Bedürfniß der Vermehrung der Apotheken in hiesiger Stadt als vorhanden anerkannt und hat deshalb der Stadtmagistrat das Herzogliche Ober-Sanitäts-Collegium ersucht, dem Herzoglichen Staatsministerium die Zulassung zweier neuer Apotheken anheimzugeben. Herzogliches Staatsministerium hat diesen Antrag abgelehnt. Ein dem Magistrats-schreiben beiliegender abschriftlicher Auszug aus dem betreffenden Ministerialrescripte an Herzogliches Ober-Sanitäts-Collegium vom 6. Juli c., welcher vom Herrn Vorsitzenden verlesen wird, lautet folgendermaßen:

Nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes *N*. 41 vom 3. August 1864, die Entschädigung für aufgehobene Verbotungsrechte betreffend, haben die rechtmäßigen Inhaber der vier seit dem vorigen Jahrhundert in hiesiger Stadt bestehenden Apotheken wegen des ihnen landesherrlich verliehenen Verbotungsrechts für den Fall, daß neue Apotheken in hiesiger Stadt zum Betriebe zugelassen werden sollten, einen rechtsbegründeten Anspruch auf Entschädigung aus der Staatscasse. Die Höhe dieser Entschädigung ist durch den zwischen den rechtmäßigen Inhabern der gedachten vier Apotheken einerseits und dem Herzogl. Finanzcollegium andererseits abgeschlossenen und von der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission vorchriftsmäßig bestätigten Re-cess vom 3. April 1872 für eine jede der vier berechtigten Apotheken auf 22300 *ℳ* = 66900 *M.* in der Weise festgestellt, daß die Zahlung dieser Entschädigungen aus der Staatscasse binnen 6 Monaten von demjenigen Tage angerechnet zu erfolgen hat, an welchem eine fünfte, sechste, siebente und achte Apotheke in hiesiger Stadt concessionirt werden wird und zwar jedes Mal mit einem Viertel der Entschädigungssumme = 5575 *ℳ* = 16725 *M.* Hiernach würde also im vorliegenden Falle, in welchem es sich inhalts des von dem hiesigen Stadt-Magistrate an Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium gerichteten Schreibens vom 25. Februar v. Js. um die Zulassung zweier neuer Apotheken handelt, eine Entschädigungssumme von 16725 *M.* \times 8 = 133800 *M.* aus der Staatscasse an die rechtmäßigen Inhaber der 4 berechtigten Apotheken zu zahlen sein. Bei dieser Lage der Sache hat der Staat augenscheinlich ein bedeutendes finanzielles Interesse daran, daß neue Apotheken in hiesiger Stadt nicht concessionirt werden, weil derselbe alsdann der Zahlung der sehr erheblichen Entschädigung an die Inhaber der berechtigten alten Apotheken überhoben bleibt. Es ist nun zwar nicht zu verkennen, daß diesem finanziellen Interesse des Staates ein anderes öffentliches Interesse, nämlich das Interesse des Publicums an einer Ver-

mehrung der hiesigen Apotheken, gegenüber steht. Es ist daher, da der Herzogl. Landesregierung die Wahrung beider einander gegenüberstehender Interessen gleichmäßig obliegt, Aufgabe der Regierung, im Einzelfalle genau zu erwägen, ob ausreichende Gründe zur Zulassung einer neuen Apotheke und damit zur Belastung der Staatscasse mit einer bedeutenden Ausgabe vorhanden sind oder nicht, das heißt mit anderen Worten die Herzogl. Landesregierung hat in jedem Einzelfalle die Bedürfnisfrage auf das Genaueste zu erwägen, um also eine neue Apotheke nur dann zuzulassen, wenn die Bedürfnisfrage nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen zweifellos zu bejahen ist.

Der hiesige Stadt-Magistrat glaubt in seiner Eingabe vom 25. Februar v. Js. in Uebereinstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung das Bedürfnis der Anlage zweier neuer Apotheken in hiesiger Stadt anerkennen zu müssen, wogegen die Herzogl. Polizei-Direction und die Herzogl. Kreis-Direction hieselbst ein solches Bedürfnis überall nicht anerkennen und auch nach Ansicht Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegiums ein wirkliches Bedürfnis für Anlage neuer Apotheken hieselbst nicht vorhanden ist, wenn auch andere Gründe die Vermehrung der Apotheken wünschenswerth erscheinen lassen könnten. Ebenso hat auch der hiesige ärztliche Verein ein solches Bedürfnis nicht anerkannt, während endlich die Wota des hiesigen Gesundheitsrathes bezüglich der Bedürfnisfrage von einander abweichen.

Hieraus ergibt sich zunächst, daß eine Uebereinstimmung der Ansichten über die Frage, ob die Anlage und Zulassung neuer Apotheken in hiesiger Stadt als ein Bedürfnis anzusehen sei, bislang wenigstens nicht erzielt ist. Unterzieht man die für die Bejahung der Bedürfnisfrage hervorgehobenen Gründe (cf. Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 3. Februar v. Js., Protokoll 2 unter **M** II.) einer nähern Prüfung, so reduciren sich dieselben wesentlich darauf, daß nach statistischen Ermittlungen in Deutschland bei Städten mit über 50 000 Seelen bereits auf 9966 Einwohner eine Apotheke vorhanden sei, daß die Stadt Braunschweig aber nach der letzten Volkszählung von 1880 excl. der Militairpersonen 72573 Einwohner und zwar mit 25626 außerhalb der Umfluthgräben wohnenden Personen habe, daß also — abgesehen vom Militair — auf 18143 Einwohner nur eine Apotheke entfalle und daß deshalb der nöthigen Concurrenz halber und mit Rücksicht auf die Außenbewohner eine Vermehrung der hiesigen Apotheken als ein Bedürfnis anzusehen sei.

Ein solcher Vergleich der Zahl der in anderen deutschen Städten mit über 50 000 Seelen vorhandenen Apotheken mit der Zahl der in hiesiger Stadt zur Zeit bestehenden Apotheken erscheint indessen nicht zutreffend und wird demselben daher auch ein entscheidendes Gewicht für die Beantwortung der Bedürfnisfrage nicht beigelegt werden können, weil dabei die Eigenthümlichkeit der in hiesiger Stadt bezüglich der Apotheken obwaltenden Verhältnisse ganz außer Betracht gelassen ist. Während nämlich die Resultate der gedachten Statistik offenbar nur dazu zu dienen, bestimmt und geeignet

sind, den Nachweis zu liefern, bis zu welcher Zahl die Apotheken in Städten mit mehr als 50000 Einwohnern zweckmäßig vermehrt werden können, damit die Apotheken im Interesse des arzneibedürftigen Publicums genügend existenzfähig bleiben, handelt es sich für die hiesige Stadt um die völlig verschiedene Frage, bis zu welcher Zahl die schon vorhandenen Apotheken vermehrt werden müssen, um den Anforderungen des Publicums in ausreichendem Maße zu entsprechen. Unter diesen Umständen hätte es nahe gelegen, nachzuweisen, daß die hieselbst vorhandenen vier Apotheken den Bedürfnissen des Publicums weder hinsichtlich der raschen und prompten Abfertigung noch hinsichtlich der Qualität der gelieferten Arzneien und Waaren zu entsprechen vermöchten. Auf diese Seite der Sache ist aber überall nicht näher eingegangen, sondern nur kurz bemerkt, daß ein strenger Beweis in dieser Hinsicht zu verlangen sei.

Dagegen ist wiederholt auf das zu berücksichtigende Bedürfnis der außerhalb der Umfluthgräben wohnenden Bevölkerung hingewiesen.

Hiernach kann mit Rücksicht auf die bisherige ordnungsmäßige und prompte Bedienung des arzneibedürftigen Publicums seitens der hiesigen Apotheken und mit Rücksicht auf deren Belegenheit in den verschiedenen Stadttheilen ein Bedürfnis zur Vermehrung der hiesigen Apotheken bezüglich der Bewohner der inneren Stadt nicht angenommen werden, ist wenigstens bislang überall nicht nachgewiesen. Es kann daher nur noch darauf ankommen, ob rücksichtlich der Außenwohner der hiesigen Stadt ein Bedürfnis zur Anlage der beiden Apotheken qu. als vorhanden anerkannt werden muß. In dieser Beziehung kommt nun aber in Betracht, daß die beiden neuen Apotheken nicht außerhalb der Umfluthgräben der Stadt, sondern in der inneren Stadt angelegt werden sollen, weil neue Apotheken außerhalb der Umfluthgräben nicht existenzfähig sein würden, daß die neuen Apotheken in der inneren Stadt aber auch für die Außenwohner offenbar ohne wesentliche Bedeutung sind, weil es sich dabei nur um eine geringe Abkürzung des Weges nach der Apotheke und zwar nur für einen Theil der Außenwohner handeln kann, dieser Umstand aber nicht von der Bedeutung ist, um die der Anlage neuer Apotheken in hiesiger Stadt entgegenstehenden Bedenken zu beseitigen.

Aus diesen Gründen vermögen wir ein Bedürfnis zur Anlage der beiden neuen Apotheken, deren Zulassung von dem Stadt-Magistrate beantragt ist, wenigstens zur Zeit nicht anzuerkennen, und müssen demnach den desfalligen Antrag des Stadt-Magistrats, — wie hiermit geschieht — um so mehr ablehnen, als einmal die städtischen Behörden es ihrer Seits bislang nicht für sachgemäß gehalten haben, der von dem Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium bereits angeregten Frage, ob zu den in Folge der Anlage neuer Apotheken in hiesiger Stadt an die Besitzer der alten Apotheken zu zahlenden Entschädigungen seitens der Stadt ein Beitrag zu leisten sei, irgend wie näher zu treten, und als ferner der Herzogl. Landesregierung bei Zulassung zweier

neuer Apotheken die zur Entschädigung der 4 alten Apotheken erforderlichen Mittel zur Zeit nicht zu Gebote stehn. —

Die Angelegenheit ist damit für die Versammlung erledigt und es wird zur Tagesordnung übergegangen.

I. Zunächst liegt ein Gesuch von Anwohnern der Kleinen Bertramstraße zur Berathung vor, in welchem die Versammlung gebeten wird, eine Canalisation dieser Straße beim Stadtmagistrate zu veranlassen. Der dortige Verkehr sei ein ziemlich bedeutender, die Straße befinde sich aber zum größten Theile des Jahres durch die Ansammlung von Schmutzwasser in einem unpässbaren Zustande und außerdem verbreiteten die aus Nothbehelf vorgerichteten Senkgruben gesundheitschädliche Ausdünstungen.

Die Statutencommission, für welche Herr Schwarzenberg referirt, hat die Angelegenheit geprüft. Sie kann sich für eine sofortige Abhülfe nicht verwenden, ist vielmehr der Ansicht, daß es unthunlich sei, diesen Theil der Canalisation aus dem Ganzen herauszunehmen, um ihn allein auszuführen, zumal es sich um eine Straße mit bis jetzt verhältnißmäßig wenig Anwohnern handle, und daß es sich empfehle, eine Berücksichtigung des ausgesprochenen Wunsches erst bei Ausführung des ganzen Canalisationsprojectes, welches noch der höheren Genehmigung harre, eintreten zu lassen. Sie giebt deshalb anheim, das fragliche Gesuch dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung bei der nahe bevorstehenden Ausführung des allgemeinen Canalisationsprojectes mitzutheilen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Eine Berathung über den folgenden Gegenstand der Tagesordnung, die Prologation des Contractes wegen der Kehrrißabfuhr, kann heute nicht stattfinden, da seitens des betreffenden Fuhrunternehmers höhere Forderungen als bisher gestellt sind und sonach neue Verhandlungen eingeleitet werden müssen.

II. Die Verwaltungsdeputation der Feldmarkinteressentenschaft Neu-Petritbor hat um die Erlaubniß gebeten, der Braunschweigischen Actien-Gesellschaft für Zute- und Flachindustrie einen zwischen deren Grundstücken Nris. 124b und 125 im Eichthale belegenen, 73 qm haltenden Interessentenweg für einen Preis von 0,96 M. pro qm verkaufen zu dürfen. Da dieser Weg, nachdem die anliegenden Grundstücke sämmtlich von der gedachten Gesellschaft angekauft worden, für den Feldmarks-Verkehr völlig entbehrlich ist und zu Fabrikzwecken verwandt werden soll, auch der vereinbarte Kaufpreis nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung angemessen erscheint, so giebt der Stadtmagistrat in seinem Schreiben vom 20. v. Mts. anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der bezeichnete Weg unter Vorbehalt der Genehmigung

des Herzoglichen Staatsministeriums aufgehoben und für 70 *M.* an die gedachte Actien-Gesellschaft verkauft werde.

Die Statutencommission, für welche Herr Reuter berichtet, schließt sich den Magistratsanträgen an, worauf dieselben genehmigt werden.

III. Der Lithograph Kiehne beabsichtigt auf seinem an der Ecke der Salzdhahumer- und Campestraße *N* 32 belegenen Grundstücke einen Neubau auszuführen, und hat das Stadtbauamt vorgeschlagen, die Regulirung der straßenseitigen Grenzen dieses Grundstücks nach Maßgabe der in dem Ortsbauplane für die betreffenden Straßen festgestellten Baulinien vornehmen zu lassen. Kiehne hat alsdann 27 qm zur Straße abzutreten und erhält 7 qm Straßenterrain zurück. Derselbe hat für die 20 qm, welche er mehr abzutreten als zu erhalten hat, eine sich auf den Selbstkostenpreis gründende Entschädigung von 27,6 *M.* pro qm gefordert. Da die fragliche Terrainerwerbung späterhin doch geschehen muß, der geforderte Kaufpreis aber vom Stadtbauamte als angemessen bezeichnet ist, so richtet der Stadtmagistrat in seinem Schreiben vom 4. d. Mts. das Ersuchen an die Versammlung, sich mit der proponirten Grenzregulirung und dem Ankaufe der 20 qm Terrain für rund 550 *M.* einverstanden zu erklären.

Namens der Statutencommission empfiehlt Herr Munte den Antrag zur Annahme, indem er noch hinzufügt: Es entstehe in der Salzdhahumerstraße da, wo die jetzt proponirte Regulirung der Straßengrenze bis auf Weiteres aufhöre, ein Winkel. Wie auf eine bezügliche Anfrage in der Statutencommission Seitens eines Vertreters des Stadtmagistrats erklärt worden, werde durch eine schräg laufende Einfriedigung die Verunreinigung des Winkels gehindert werden.

Nachdem Herr Schwarzenberg den Wunsch geäußert, daß zur sofortigen und bessern Orientirung der Versammlung bei ähnlichen Anlässen ein Stadtplan in die Sitzungssaale ausgehängt werden möchte,

und der Herr Vorsitzende erklärt hatte, daß diesem Wunsche Rechnung getragen werden solle,

wird der Magistratsantrag genehmigt.

Weiter

IV. giebt Herr Munte im Namen der Statutencommission anheim, einem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 4. d. Mts. um Genehmigung des Ankaufs eines zur Verbreiterung der Parkstraße erforderlichen, von dem Grundstücke der Polizeistation *N* 1 am Steintore zu entnehmenden Terrainabschnitts von 15,3 qm zum Preise von 75 *M.* zu entsprechen, nachdem eine früher in Aussicht genommene unent-

geltliche Abtretung der Fläche als principieU unzulässig von Herzogl. Staatsministerium abgelehnt worden.

Ohne Debatte wird diesem Antrage Folge gegeben.

V. Die Wittwe des im April d. J. verstorbenen städtischen Oberfeuerwehrmannes Schwenke hat sich an den Stadtmagistrat mit der Bitte um Gewährung einer fortlaufenden Unterstützung gewandt. Sie gründet ihre Unterstützungsansprüche auf die bestehenden gesetzliche Bestimmungen, nach welchen die Hinterbliebenen eines in der Ausübung des Dienstes zu Tode gekommenen Mitgliedes der Feuerwehr pensionsberechtigt sind, indem sie hervorhebt, daß die Todesursache ihres Mannes in der Ausübung seines Dienstes bei dem im October 1877 stattgehabten Feuer in der Weitschischen Droguenhandlung zu suchen sei. Ein Attest des Dr. med. Maack bezeichnet den Zusammenhang zwischen dem Tode des Schwenke und eine Beschädigung im Dienste (Einathmung schädlicher Gase bei einem im Jahre 1877 stattgehabten Feuer in einer hiesigen Droguerie), als wahrscheinlich.

Der Stadtmagistrat erklärt in seinem Marginalschreiben vom 4. d. Mts., daß er, da der ursachliche Zusammenhang des Todes des Oberfeuerwehrmanns Schwenke mit dessen Dienstführung nur als wahrscheinlich hingestellt, nicht aber nachgewiesen worden sei, eine gesetzliche Verpflichtung der Kreiscommunalcasse zur Fürsorge für die Wittwe Schwenke zwar nicht anerkennen könne, daß er jedoch bei der Zweifelhaftheit des Rechtsanspruchs der Wittwe eine Unterstützung derselben aus Billigkeitsrücksichten und im Interesse des Feuerwehrdienstes für angezeigt erachte, und giebt anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der Wittwe Schwenke, unter ausdrücklicher Wahrung des Rechtspunktes, eine Unterstützung von monatlich 15 M. aus der Kreiscommunalcasse, vom 1. Juli d. J. beginnend, bis auf Weiteres und widerruflich ausgesetzt werde.

Herr Lüderßen, welcher für die Statutencommission berichtet, empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme. Er bemerkt dazu, daß es allerdings zur Zeit noch zweifelhaft sei, ob die Lungenschwindsucht, an welcher Schwenke gestorben, eine Folge der Einathmung schädlicher Dünste gewesen, daß es aber wünschenswerth sei, sich mit der Wittwe auf gutlichem Wege, ohne Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung, in dieser schwierigen Sache auseinanderzusetzen, und außerdem wohl aus Billigkeitsrücksichten sowie im Interesse des Feuerwehrdienstes Etwas für dieselbe gethan werden könne. Ein Kind der Wittwe Schwenke sei übrigens, besonders in Berücksichtigung der vorliegenden Thatfachen, schon in das Waisenhaus aufgenommen.

Dem Magistratsantrage wird darauf die Zustimmung ertheilt.

Sodann

VI. berichtet Herr von Seckendorff als Referent der Statutencommission

über eine Magistratsvorlage vom 3. d. Mts., die Ausschmückung und Beleuchtung des Altstadtrathhauses für bevorstehende Festlichkeiten betreffend.

Es wird nämlich der Verband deutscher Architekten und Ingenieure, welcher 25 über ganz Deutschland verbreitete Vereine umfaßt, bei Gelegenheit seiner diesjährigen Generalversammlung von Hannover aus am 22. d. Mts. einen Ausflug nach hier machen und die Sehenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein nehmen. Ferner hat der Deutsche Schriftstellerverband Braunschweig als den Ort für die Abhaltung seiner vierten Jahresversammlung in den Tagen des 9., 10. und 11. September außersehen.

Der Vorstand des hiesigen Architekten- und Ingenieurvereins und das Braunschweigische Comité für den 4. deutschen Schriftstellertag haben nun um Bewilligung des Altstadtrathhauses für je eine Versammlung sowie um Beleuchtung und Ausschmückung des Altstadtrathhauses und des Altstadmarktes in der üblichen Weise auf Kosten der Stadt gebeten.

Mit Rücksicht auf die Bedeutsamkeit der gedachten Vereine für die Hebung der Architectur und Technik beziehentlich des deutschen Schriftstellerstandes und der deutschen Literatur hält es der Magistrat für eine Ehrenpflicht der hiesigen Stadt, den Mitgliedern der genannten Vereine einen würdigen Empfang in hiesiger Stadt zu bereiten; er giebt deshalb anheim, den obengedachten Gesuchen zu willfahren und die erforderlichen Kosten mit 1115 *M.* zu bewilligen.

Die Commission giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr Rieke erklärt sich gegen eine Geldverwilligung. Wenn man in dieser Beziehung consequent verführe und alle Bürger und Corporationen gleich behandelte, dann würde er auch seine Zustimmung nicht versagen. Das sei aber nicht der Fall. Er wolle nur daran erinnern, wie man sich dem Apotheker Vogel aus Berlin gegenüber verhalten habe, welcher einen Vortrag über die Verfälschung von Lebensmitteln halten wollte; diesem sei nicht einmal der Saal des Altstadtrathhauses eingeräumt worden. Wenn die betreffenden Vereine sich Annehmlichkeiten verschaffen wollten, möchten sie in ihre eigene Tasche fassen.

Herr Wilke kann die Ansicht des Herrn Vorredners nicht billigen. Wer je derartigen Versammlungen in anderen Städten beigewohnt habe, werde gesehen haben, was Alles jene Städte bei solchen Gelegenheiten anbieten, um den fremden Gästen, deren Beherbergung in ihren Mauern sie sich zur Ehre anrechnen, den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. Es sei in der That Ehrensache, die gedachten Vereine in einer unserer Stadt würdigen Weise, wie es der Magistrat vorgeschlagen habe, zu empfangen.

Herr Oberbürgermeister Pockels stimmt dem Herrn Vorredner bei. Für Braunschweig komme, wenigstens dem Architekten- und Ingenieurvereine gegenüber, noch ein besonderes Moment in Betracht, welches Herr Rieke nicht beachtet habe. Es biete sich nämlich gegenwärtig eine günstige Gelegenheit, sich diesem Vereine gegenüber

dankebar zu zeigen für die Dienste, welche er der Stadt bei jedem sich darbietenden Anlasse geboten habe. Er erinnere nur an das Gutachten, welches der Verein bei Gelegenheit der Ausarbeitung der Bauordnung und bei Entwerfung des Ringstraßenprojects erstattet, abgesehen von verschiedenen anderen Diensten, die derselbe der Stadt auf Anfordern bereitwilligst geleistet habe.

Darauf wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VII. Nach einem ferneren, von Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Referate hat der Magistrat seinen Bericht über den Zustand und die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1880 in einer Anzahl von 500 Exemplaren drucken lassen und unterm 9. d. Mts. beantragt, die daraus erwachsenden Kosten mit 630 *M.* zu verwilligen. Die nach Absatz der für die Mitglieder von Magistrat und Stadtverordneten und sonst dienstlich zu verwendenden Exemplare noch verfügbar bleibenden Exemplare sollen der Bürgerschaft gegen einen bei der Armenkasse zu vereinnahmenden Preis von 50 *S.* pro Stück zugänglich gemacht werden.

Die Commission giebt die Verwilligung der fraglichen Kosten anheim und wird dieselbe ohne Weiteres beschlossen.

Wie

VIII. Herr Heymann für die Statutencommission berichtet, ist nach einem vom Stadtmagistrate unterm 15. d. Mts. hr. m. überreichten Berichte der städtischen Bauverwaltung die schleunige Beseitigung des den Einsturz drohenden Theils der Fachwerksanbauten an der Burg Dankwarderode dringend erforderlich und ersucht der Stadtmagistrat, die Genehmigung hierzu zu ertheilen.

Die Commission schließt sich diesem Ersuchen an, umsomehr, als ein Abbruch der gedachten Fachwerksanbauten im Einklange mit einem Rescripte des Herzoglichen Staatsministeriums steht.

Herr Zellgmann: Er hätte eigentlich gewünscht, daß der alte Heinrichsbau in seiner früheren würdigen Form wiederhergestellt würde, es sei aber nicht zu verkennen, daß der jetzige Zustand, Schutthaufen und lebensgefährliche Baulichkeiten, gradezu unhaltbar sei. Es freue ihn deshalb, daß die städtische Bauverwaltung beabsichtige, diesen höchst unangenehmen Zustand zu beseitigen. In der Sache selbst aber, der Wiederherstellung des Heinrichsbaues, sei man seines Wissens bislang nicht weiter gekommen und nach Niederlegung der Umfassungsmauern werde der eigentliche massive Bau vielleicht noch Jahre lang nach wie vor in Trümmergestalt stehen bleiben. Es würde deshalb erwünscht sein, wenn der vom Stadtbaurath Winter seiner Zeit über die Burg Dankwarderode erstattete Bericht auch der Versammlung zugänglich gemacht würde, damit dieselbe in der Lage sei, zu beurtheilen, ob sie noch fernere Schritte in

der Angelegenheit thun könne, und er bitte, seitens der Versammlung dem Magistrat gegenüber einen diesbezüglichen Wunsch zum Ausdruck zu bringen.

Herr Heymann constatirt aus den Acten, daß der vom Herrn Vorredner erwähnte Bericht nebst Zeichnungen unterm 11. April c. dem Herzoglichen Staatsministerium zur weiteren Entschließung unterbreitet ist. Diese Entschließung stehe noch aus, der Bericht befinde sich also nicht in den Händen der städtischen Behörden.

Vorsitzender: Es werde nicht erforderlich sein, daß die Versammlung heute ausdrücklich den Wunsch nach Kenntnißnahme des Berichtes zum Beschlusse erhebe. Der Stadtmagistrat werde sicher gern bereit sein, sofort nach der Rücksendung des Berichtes aus Herzoglichem Staatsministerium jedem Mitgliede dieser Versammlung Einsicht desselben zu gestatten, — (was vom Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats bejaht wurde). —

Nachdem noch auf eine Bemerkung des Herrn Wilke, daß man doch für die abzureißenden Umfassungsmauern Etwas zum Schutze des Gebäudes wieder an die Stelle setzen müsse, da dieses doch nicht im offenen Zustande bleiben dürfe,

der Herr Vorsitzende erwidert hat, daß es sich nur um die Beseitigung eines Theiles der neueren Fachwerksanbauten handele und daß der alte, innere, massive Kern stehen bleibe, der städtischen Bauverwaltung aber selbstverständlich überlassen bleiben müsse und auch könne, welche Maßregeln sie zur Sicherung des Gebäudes gegen unbefugte Einsteiger, wie überhaupt gegen Zerstörungen im unmittelbaren Anschlusse an den fragl. Abbruch und als Consequenz desselben zu ergreifen habe, wird dem Magistratsantrage zugestimmt.

Zum Schluß

IX. motivirt Herr Wilke seinen im Laufe der Sitzung eingebrachten Antrag: den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht geeignet erscheint, die Kehrichtabfuhr unserer Stadt nach dem Muster von Dresden, Danzig und anderen Städten seitens der städtischen Verwaltung selbst zu übernehmen.

Nachdem das neue Feuerwehrgebäude fertig gestellt und somit noch neue Pferde-
ställe und Wagenremisen beschafft seien, auch noch mehr derselben wohl an anderen Stellen, so im alten Zeughause an der Brüdernkirche, ohne große Kosten eingerichtet werden könnten, sei es wohl angezeigt, auch der im Antrage bezeichneten Frage näher zu treten. Im engen Zusammenhange mit derselben stehe auch noch eine andere Frage, nämlich die der Straßenreinigung. Es sei dies eine Last, welche nach dem Vorbilde Hannovers sehr wohl unseren Bürgern abgenommen werden könnte. In Hannover verwende man zur Straßenreinigung Armenhauseinsparlinge und entlassene arbeitslose Sträflinge, wie auch sonstige sich ohne Beschäftigung umhertreibende Personen, und zwar unter Aufsicht eines Polizeibeamten. Wenn man hier ebenmäßig verführe und Ab-

fuhrwesen und Straßenreinigung mit einander vereinigte, so würde sich die Stadt nicht schlecht dabei stehen. Sollten im Winter zur Beseitigung von Schnee mehr Pferde als gewöhnlich erforderlich sein, so würden dieselben von Herzoglicher Polizeidirection zu requiriren und zu bezahlen sein. Nebenbei falle damit auch das mit so mancherlei Unannehmlichkeiten verbundene, bei jeder Gelegenheit wiederholte, lästige Gratuliren der Kehrlichtfuhrleute fort, dem durch Zurückweisung Seitens des Einzelnen entgegenzutreten sich kaum empfehle, weil dieser sonst Schicanen bei der Kehrlichtabfuhr ausgesetzt sei.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich findet noch eine längere

Gemeinschaftliche Sitzung von Stadtmagistrat und Stadtverordneten
statt, in welcher Steuerreklamationen in der Recursinstanz erledigt werden.

(Beilage zu **N. 227** der **Braunschw. Anzeigen.**)**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N. 202** der 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N. 10.**

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.**Sitzung am 31. August 1882.****Öffentlich:****Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:**

- I. Einwendungen gegen den Ortsbauplan,
- II. Einwendungen gegen eine den Altstadtmarkt betr. Baulinie,
- III. Straßen-Eisenbahn-Linie vom Altstadtmarkt zum Kohlmarkt,
- IV. Bewilligung der Mittel zum Ankauf einer Numismatischen Bibliothek,
- V. desgleichen für das Mobiliar des neuen Gas- und Wasserwerkgebäudes,
- VI. desgleichen der Kosten einer Brunnen-Reinigung,
- VII. desgleichen der Kosten von baulichen Aenderungen im städtischen Krankenhause,
- VIII. Anschluß von städtischen Gebäuden an die Fernsprech-Einrichtung.
- IX. Abschluß des städtischen Wasserwerks von 1881 und Verwendung von Ueberschüssen,
- X. Canalisirung der Wolfenbüttlerstraße und der nördlich daran grenzenden Straßen.

Vertraulich:

**Gemeinschaftliche Sitzung von Stadtmagistrat und Stadtverordneten.
Steuer-Reclamationen.**

Entschuldigt die Herren Grote, Kybik, Wilke und Wolff. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittemeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Kettemeyer; anfänglich auch Herr Stadtbaurath Winter.

Unter Eröffnung der Sitzung

versteht der Herr Vorsitzende Otto die Protokolle Nris. 6, 7 und 8 zur Genehmigung.

Die beiden erstgedachten Protokolle geben Anlaß zu folgenden Ausstellungen: Es ist zu lesen: in **N. 6** im Vortrage des Herrn Ramdohr auf **S. 71** zu Anfang

statt »das wichtigste Recht« — »eines der wichtigsten Rechte« und ziemlich am Schlusse des Vortrages statt »sich verpflichten, in dieser Beziehung Grenzen zu ziehen« — »als Vertreter der Bürgerschaft ihrem Pflichtgeföhle aus diesem Gesichtspunkte keine Grenzen zu ziehen«; ferner in *M* 7 auf S. 77 Z. 13 v. o. statt »pro kg« — »pro 50 kg«, auf S. 78 Z. 4 v. u. statt »schwedische« — »schlesische« und auf S. 80 Z. 1 v. o. statt »Bürgermeister Rittmeyer« — »Stadtrath Ketemeyer.«

Im Einverständnisse mit der Versammlung constatirt der Herr Vorsitzende die Richtigkeit dieser Ausstellungen, worauf die Protokolle im Uebrigen genehmigt werden.

Sodann theilt der Herr Vorsitzende mit, daß ein Schreiben des hiesigen Sedan-Comités vom 27. d. Mts. vorliege, in welchem die Herren Stadtverordneten zur Theilnahme an der nächsten Sonnabend stattfindenden Sedan-Feier eingeladen werden.

Derselbe verliest ferner eine vom Stadtmagistrate auf das Schreiben der Versammlung vom 29. Juni c. wegen Verbreiterung des Kahlenwalles erfolgte Benachrichtigung des Inhalts, daß der Stadtmagistrat sich bereits im October v. J. bei Herzoglicher Baudirection wegen der gedachten Verbreiterung verwandt, diese Behörde aber ein Bedürfniß dazu nicht anerkannt und den bezüglichlichen Vorschlag des Stadtmagistrats zurückgewiesen habe, und daß, nachdem inzwischen die Pflasterung des Kahlenwalles ausgeführt sei, ein erneuerter Antrag, insbesondere auch mit Rücksicht auf den Kostenpunkt, zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg habe, vielmehr abzuwarten sein würde, ob aus der gegenwärtigen Gestaltung des fraglichen Tractus sich Unzuträglichkeiten für den Verkehr ergäben, für welchen Fall weitere Anträge bei Herzoglicher Baudirection gestellt werden würden. — Die Angelegenheit ist damit bis auf Weiteres für die Versammlung erledigt.

Man geht zur Tagesordnung über.

Der erste Punkt, die Uebernahme der Kehricht-Abfuhr seitens der Stadt selbst betreffend, wird, da die in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt sind, auf einen von Herrn Reuter namens der Statutencommission gemachten Vorschlag abgesetzt.

I. Es nimmt darauf Herr Munte als Referent der Statutencommission das Wort zur Berichterstattung über die Magistratsvorlage vom 24. d. Mts., Einwendungen gegen den Ortsbauplan betreffend.

Derselbe bemerkt vorweg, daß man bei einer so wichtigen, tief in die Privatinteressen eingreifenden Maßregel, wie die Feststellung eines Ortsbauplans, wo alle Privatinteressen hinter dem öffentlichen Interesse zurückzustehen haben, eine Anzahl von Reklamationen wohl habe erwarten dürfen, und verliest sodann das Magistrats-

schreiben, aus welchem hervorgeht, daß im Ganzen 10 Einwendungen, 8 aus Privatinteresse, 2 im öffentlichen Interesse — im Verhältniß zur Ausdehnung der zum Bebauen vorgeschriebenen Fläche eine immerhin geringe Anzahl, wie Referent bemerkt — eingegangen sind.

Die Einwendungen sind folgende:

- 1) vom Maschinenmeister Glück,
die Verbindungsstraße zwischen der Julius- und Sammannstraße betreffend,
- 2) von den Nähmaschinenfabrikanten Grimme, Natalis u. Co.,
die Beibehaltung der von Voigtländer'schen auf die Kastanienallee ausmündenden Straße betreffend,
- 3) von dem Maurer Heinrich Mörs,
den Fortfall der am Brudersiege und am Wege nach Lehn Dorf projectirten Straßen betreffend,
- 4) von dem Freiherrn von Bernewitz,
Uänderung der Ringstraße im südwestlichen Stadttheile betreffend,
- 5) von dem Seiler Adolf Seeliger,
Verlegung der Ringstraße wegen einer am Petrifriedhofe sich hinziehenden Seilerbahn betreffend,
- 6) von dem Particulier Wilhelm Fichtner,
Veränderung der Richtungslinie des Königsstieges betreffend,
- 7) von den Conservenfabrikanten Gebr. Grahe,
Verlegung der Ringstraße in dem Tractus zwischen Drafewitzwete und Büldenweg betreffend,
- 8) vom Architekten Till,
den Tractus der Ringstraße vor dem Stein- und Augustthore betreffend,
- 9) vom Stadtverordneten Kiefe,
die Verlegung der Ringstraße in die nördlich von der Nebenstraße projectirte Straße betreffend,
- 10) von der National-Actien-Bierbrauerei, vormalß Jürgens,
den Fortfall der nördlich von der Nebenstraße und dem kleinen Exercierplatze anzulegenden Straße betreffend.

Der Stadtmagistrat bemerkt zu diesen Einwendungen zunächst im Allgemeinen, daß bei der Entwurfung des Ortsbauplans und der Beschlußfassung über denselben nach den Bestimmungen im §. 7 der Landesbauordnung verfahren und vorzugsweise dem Verkehrsbedürfnisse und den Anforderungen der Gesundheitspolizei Rechnung getragen werden mußte und getragen worden sei, daß demgemäß in der Regel auch nur solche Einwendungen zu berücksichtigen sein würden, welche mit Rücksicht auf das öffentliche Bedürfnis erhoben, nicht aber auch solche Einwendungen, welche lediglich dem Interesse des Einzelnen entsprechen. Durch die Feststellung eines Ortsbauplanes werde das Privatinteresse des Einzelnen zunächst nur insoweit berührt, als in Ge-

mäßigkeit der Bestimmungen in den §§. 8 und 9 der Landes-Bauordnung auf der Grundfläche, welche nach dem Ortsbauplane zu einer Straße oder einem öffentlichen Plage bestimmt ist, von Feststellung des Planes an kein Bauwerk mehr errichtet werden dürfe und als eine Erneuerung, Erweiterung oder Erhöhung von Bauwerken, welche auf einem durch den Ortsbauplan zu einer Straße oder einem Plage bestimmten Terrain stehen, nach Feststellung des Planes nicht stattfinden dürfe und daß in beiden Fällen dem betreffenden Eigenthümer für diese Beschränkung seines Baurechts ein Entschädigungsanspruch nicht zustehe. Es sei nicht in Abrede zu stellen, daß diese gesetzlich sanctionirte Beschränkung unter Umständen für den Einzelnen eine große Härte involvire und schadenbringend wirke. Es werde daher bei der Entwerfung eines Ortsbauplanes thunlichst darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß solche Härten vermieden würden. Trete indeß im einzelnen Falle das Privatinteresse mit dem öffentlichen Interesse in unvermeidliche Collision, so müsse das Privatinteresse weichen, ohne daß Entschädigung dafür geleistet werde. Anders, wo es sich um die Ausführung des Ortsbauplanes handele. Würden hier Privatinteressen geschädigt, so müsse und werde voller Ersatz geleistet werden. Derartige Entschädigungsansprüche kämen indeß bei der Feststellung des Ortsbauplanes noch nicht in Betracht.

Die Einwendungen werden vom Herrn Referenten an Hand der Acten der Reihe nach eingehend beleuchtet und sodann einzeln zur Abstimmung gebracht.

Die sub *N.* 1 bis 7 aufgeführten Einwendungen ersucht der Stadtmagistrat aus obigen Gesichtspunkten abzulehnen: Dieselben gründeten sich, wie die betreffenden Eingaben ersehen ließen, entweder darauf, daß durch den Ortsbauplan das Baurecht beschränkt, oder aber daß durch die demnächstige Ausführung des Planes Schaden zugefügt werden würde. Die Richtigkeit dieser Behauptung könne nicht bestritten werden, allein die gerügten Baubeschränkungen seien sorgfältiger Prüfung zufolge bei Aufstellung des vorliegenden Ortsbauplanes nicht zu vermeiden gewesen und eine Berücksichtigung der betreffenden Einwendungen würde nur zur Folge haben, daß entweder die Feststellung eines Ortsbauplanes ganz unterbleiben müßte, oder daß gegen die gewünschten Abänderungen von anderen Privateigenthümern gleiche Einwendungen erhoben werden würden. Die Frage dagegen, ob und welche Entschädigungen für die durch die Ausführung des Ortsbauplanes zugefügten Nachtheile zu leisten sind, komme in dem gegenwärtigen Stadium der Sache nicht zur Entscheidung.

Die Commission empfiehlt aus gleichen Gründen die Ablehnung dieser Einwendungen, und wird dieselbe in jedem einzelnen Falle ohne Weiteres ausgesprochen.

Die übrigen Einwendungen geben Anlaß zu längeren Debatten.

Es folgt zunächst die Einwendung des Architekten Till.

Die Ringstraße ist im Süden der Stadt zwischen der Wolfenbüttelerstraße und der Frankfurterstraße unterbrochen. Herr Till hält diese Unterbrechung nicht für zweckmäßig und schlägt, um dieselbe zu vermeiden und zugleich der Ringstraße eine nach seiner Ansicht angemessenere Lage zu geben, vor, die Ringstraße von dort ab, wo sie die Kasanienallee durchschneidet, statt in einem Bogen über die Helm-

stedterstraße beim Steding'schen Garten, in grader Richtung über die Helmstedterstraße in der Gegend des neuen Marienfließes auf den Eisenbahndamm zu, diesen entlang bis zur Elmstraße, in letzterer Straße herunter über die Wolfenbüttelerstraße, in ziemlich grader Richtung über die Domanial-Wiesen- und Eisenbahnländerei, durch die Hoheworth über die Fabrikstraße auf die Frankfurterstraße, eventuell aber an der südöstlichen Ecke des St. Leonhardplatzes, statt in die Campestraße einbiegen zu lassen, durch den Bieweg'schen Garten auf den Eisenbahndamm in der Nähe des Bahnhofes von St. Leonhard, und dann in der vorgedachten Weise bis zur Frankfurterstraße weiterzuführen.

Der Stadtmagistrat beantragt, diesen Einwand, wenngleich derselbe kein Privatinteresse, sondern lediglich das öffentliche Bedürfnis und Zweckmäßigkeitsrückichten im Auge hat, abzulehnen, weil ihm der Till'sche Plan weder empfehlenswerth noch finanziell ausführbar erscheint.

Den vorgeschlagenen Straßentractus zwischen der Helmstedter- und Wolfenbüttelerstraße, als Fortsetzung der Ringstraße herzustellen, sei deshalb nicht empfehlenswerth, weil dieser Tractus einerseits zu weit von der Innenstadt, andererseits auf einer langen Strecke unmittelbar an den Eisenbahndamm grenzen und sich somit nicht zu einer Hauptverkehrsader, als welche die Ringstraße gedacht, eignen würde und eine Fortsetzung der Ringstraße von der Wolfenbütteler nach der Frankfurterstraße würde das Inundationsgebiet der Oker, die Oker selbst und den Bahnhof durchschneiden, und sehr umfangreiche und kostspielige Damm- und Brückenbauten zur Folge haben, auch durch sehr ungünstigen Baugrund führen.

Der Herr Referent bemerkt hierzu, daß auch die Commission sich gegen das Project, das principale wie das eventuelle, erklärt habe, dabei aber der Meinung gewesen sei, daß das letztere späterhin doch noch ausgeführt werden könne, wenn der Bahnhof St. Leonhard in Zukunft einen wesentlichen Theil des gesammten Bahnhofsverkehrs aufnehmen und damit eine gute Verbindung desselben mit den übrigen Stadttheilen geboten sein würde. Er (Referent) sei persönlich nicht gegen das Project gewesen, weil er es für ganz zweckmäßig halte, an einem Bahnhofs, wie er doch späterhin dort vielleicht ins Leben treten werde, eine größere Verkehrsader zu haben und der Ausschluß eines größeren Stadttheils von der demnächstigen Innenstadt für dessen Bewohner grade nicht günstig sei; er habe sich aber, hauptsächlich im Hinblick auf die bedeutenden Geldopfer, dem Vorschlage des Magistrats und der übrigen Commissionsmitglieder gefügt, weil dabei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß das Project später doch einmal zur Ausführung gelangen werde.

Herr Till: Da die Statutencommission im Wesentlichen keine Gründe gegen seinen Plan vorgebracht habe, er also auch keine widerlegen könne, so wolle er sich darauf beschränken, die Vortheile seines Projectes noch einmal hervorzuheben. Schon der Name »Ringstraße« besage, daß diese Straße einen Ring bilden, also geschlossen sein und nach Möglichkeit in einer gewissen Entfernung die Ballpromenaden, parallel-laufend mit diesen, umgeben solle. Dies sei aber bei dem jetzigen Plane nicht der

Fall, indem der Ring schon von der Helmstedterstraße ab, wo die Ringstraße über den St. Leonhardplatz und die Campestraße zur Stadt führe, bis zur Frankfurterstraße unterbrochen sei. Es lasse sich nun diese Unterbrechung sehr wohl vermeiden, indem man die Ringstraße von der Kastanienallee ab über die Helmstedter- und Wolfenbüttelerstraße bis zur Frankfurterstraße in der von ihm angedeuteten Weise fortführe. Dadurch würde ein Straßentractus geschaffen werden, welcher in gleichmäßiger Entfernung von den Wallpromenaden bleibe und die nach dem vorliegenden Plane vollständig ausgeschlossenen, nicht unbedeutenden Stadttheile vor dem Augusthore in das Gebiet der Innenstadt mit hineinbringe; es liege eben kein Grund vor, diese Stadttheile auszuschließen. Ferner werde sich das Bedürfnis nach einer Verbindung dieser Stadttheile mit der Frankfurterstraße mit der Zeit immer mehr herausstellen. So werde jetzt der Verkehr zwischen jener Gegend und dem Bahnhofe über die Wolfenbüttelerstraße und durch die Stadt geleitet, während man bei Verwirklichung seines Projectes eine directe Verbindung mit dem Bahnhofe erzielen würde. Sollte sich späterhin einmal die Nothwendigkeit zur Herstellung dieser Verbindung herausstellen, was er nicht bezweifle, dann habe man ganz andere Schwierigkeiten zu überwinden und bei Weitem größere Geldopfer zu bringen. Er gebe deshalb nochmals anheim, sich für sein Project zu entscheiden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer legt nochmals die Gründe dar, welche den Stadtmagistrat zur Ablehnung des Tillschen Planes veranlaßt haben und fügt hinzu, daß es außerdem schwer halten werde, an einer durch die Wiesen bei Eisenbüttel führenden Straße Bauplätze zu verkaufen, da der dortige Untergrund zum Bauen höchst ungeeignet sei.

Herr Schwarzenberg: In der Statutencommission habe man sich besonders gegen die vorgeschlagene Herstellung der Ringstraße von der Kastanienallee bezw. dem St. Leonhardplatz bis zum Bahnhofe St. Leonhard ausgesprochen, während man die Herstellung einer Verbindung vom gedachten Bahnhofe nach der Wolfenbüttelerstraße für ganz zweckmäßig gehalten habe.

Herr Till glaubt, daß die Herstellung dieser Verbindung sich mit dem jetzigen Plane recht gut vereinbaren lasse, während die Durchführung der Ringstraße durch den Bierweg'schen Garten auch ein ganz anderes Arrangement der Nebenstraßen bedinge.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu, daß die Statutencommission sich einstimmig gegen die volle Ausführung des von Herrn Till vorgeschlagenen Straßenzuges, auch bis zur Wolfenbüttelerstraße, ausgesprochen habe; sie sei nur der Ansicht gewesen, daß die event. von Herrn Till vorgeschlagene Linie für den Fall ausgeführt werden könne, daß der Bahnhof St. Leonhard noch einmal eine centrale Bedeutung für die Stadt gewinnen würde; man habe aber ferner gemeint, daß darauf vorläufig nicht zu rechnen sei, und man bei Legung der Ringstraße sich nicht Rücksichten maßgebend sein lassen dürfe, die noch in ungewisser Zukunft liegen oder vielleicht nie eintreffen, sondern allgemeine Rücksichten ohwalten lassen müsse. Die Absicht, die

Stadttheile links der Wolfenbüttelerstraße mit dieser in genügende Verbindung zu bringen, liege auch bei dem jetzigen Projecte vor.

Herr Reuter: Wenn man den Lauf der Ringstraße näher in's Auge fasse, so werde man finden, daß dieselbe den Promenaden an der Nordseite der Stadt ziemlich nahe trete, während sie im Süden, namentlich im Südosten, verhältnißmäßig weit davon abschweife; das eigentliche Centrum der Stadt werde dadurch mehr oder weniger nach Süden verlegt. Daß nicht das gesammte bebaute Terrain von der Ringstraße umfaßt werde, könne man auch vor anderen Thoren finden; auch ein Theil der Straßen vor dem Fallersleberthore und dem Steinthore komme außerhalb der Ringstraße zu liegen. Auf ihn mache es den Eindruck, als ob Herr Till bei seinem Plane an eine Gürtelstraße gedacht habe, welche die Stadt in einem größeren Umfange umkreise.

Die Herstellung einer Verbindung zwischen der Wolfenbütteler- und Frankfurterstraße sei deshalb unvortheilhaft, weil eine Verbindung in dem Wege über Eisenbüttel schon vorhanden sei. Was solle man mit einem zweiten Verbindungswege über die Wiesen, der durchaus kein Baulterrain biete, und bei dessen Ausführung man in Collision mit den Eisenbahnbaulichkeiten komme? Eine Abzweigung von der Wolfenbüttelerstraße nach dem Bahnhofe St. Leonhard lasse sich, wenn dieser einmal eine Zukunft haben sollte, immer noch herstellen. Man möge also den Plan ruhig in seiner jetzigen Gestalt belassen. Außerdem müßte der Plan, wenn er jetzt wieder Änderungen erführe, nochmals ausgelegt werden, wodurch die Feststellung desselben wiederum verzögert werden würde und es sei doch wünschenswerth, daß der Ortsbauplan endlich einmal feststehe. Herr Till möge sich insofern beruhigen, als ja ein Theil seines Projectes, wenn es sich als wünschenswerth herausstellen sollte, späterhin immer noch ausgeführt werden könne.

Danach wird der Magistratsantrag genehmigt.

Die Versammlung geht nun über zur Reclamation des Stadtverordneten Rieke.

Die Ringstraße bildet an der Stelle, wo sie hinter dem kleinen Exercierplatze die nördliche Richtung verläßt und in westlicher Richtung den Grahe'schen Garten durchschneidet, einen stumpfen Winkel. Diesen wünscht Herr Rieke dadurch vermieden zu sehen, daß die Ringstraße in die nördlich von der Nebenstraße projectirte, in der Nähe des Schlachthauses auf die Hamburgerstraße ausmündende Straße verlegt werde. Außerdem würde dadurch die Ringstraße, welche grade an dieser Stelle der Innenstadt verhältnißmäßig sehr nahe zu liegen komme, weiter nach außen hin verlegt werden und sich in ziemlich gleichmäßiger Entfernung von den Umsluthgräben befinden, die doch gewissermaßen die Umrahmung der inneren Stadt bildeten.

Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß der gedachte Winkel weder zu practischen noch ästhetischen Bedenken Veranlassung giebt, andererseits aber dem Rieke'schen Projecte der gegründete Einwand entgegensteht, daß das Terrain nördlich der Nebenstraße bedeutend ansteigt und jenseits der Hamburgerstraße hinter dem Andreasfried-

hose 4 bis 5 m höher belegen ist als das Terrain im Hasenwinkel, daß mithin die Fortsetzung der Ringstraße von dieser hoch belegenen Stelle bis zur Brücke über die Oker bedeutende Abtragungen beziehentlich Dammauffschüttungen und somit sehr namhafte Kosten verursachen würde. Der Magistrat giebt deshalb anheim, sich auch mit Zurückweisung dieser Reclamation, wenngleich dieselbe ebenfalls nur im öffentlichen Interesse gestellt sei, einverstanden zu erklären.

Die Commission schließt sich aus gleichen Gründen dem Magistratsantrage an. Referent bemerkt dabei, daß auch im Süden der Stadt, z. B. in der Campestraße, die Ringstraße dem Innern der Stadt noch näher gerückt sei, als im vorliegenden Falle.

Herr Rieke glaubt, daß wenn man in die Ringstraße eine Ringbahn legen, überhaupt lebhaften Verkehr hereinziehen wolle, die Ausführung seines Projectes auch für das Schlachthaus von wesentlicher Bedeutung sein werde, weil man dadurch eine directe Verbindung nach demselben von der Hilbesheimer Straße ab über die projectirte Okerbrücke gewinne. Wenn die von ihm geplante Straße auch etwas mehr Kosten durch Aufschüttungen und Abtragungen verursache, so dürfe man sich eben bei einem so großartigen, gemeinnützigen Zwecken dienenden Unternehmen, wie das gegenwärtige, nicht knauserig zeigen; auch von der Masch bis zum Hasenwinkel müßten bedeutende Aufschüttungen vorgenommen werden. Daß der Stadtmagistrat bei dem jetzigen Projecte das städtische, früher Daubertsche Grundstück besser wieder an den Mann bringen könne, — ein Bestreben, welches immerhin anzuerkennen sei, — dürfe dabei nicht maßgebend sein. Das Project, nach welchem die Ringstraße über den kleinen Exercierplatz geführt werden solle, mache seines Erachtens keinen besonders günstigen Eindruck, er empfehle daher das seinige nochmals zur Berücksichtigung.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hält es grade für sehr günstig, daß die Ringstraße am kleinen Exercierplatze durchführe und damit diesen geräumigen schönen Platz der fraglichen Straße dienstbar mache. Die von Herrn Rieke empfohlene Straße würde lange nicht die Lebensfähigkeit erreichen, wie man sie jetzt schon beim kleinen Exercierplatz beobachten könne; es seien an dieser Stelle schon eine Menge Häuser entstanden und in nicht ferner Zeit würden noch mehr Bauten errichtet werden.

Der Magistrats- bezw. Commissionsantrag wird darauf angenommen.

Es handelt sich schließlich noch um die Einwendung der National-Actien-Bierbrauerei, vormalß Jürgens.

Die gedachte Brauerei beabsichtigt ihr Fabrikgebäude in nächster Zeit von der Wendensstraße nach ihrem an der Nebenstraße belegenen Grundstücke, wo sich ihre Kellerräume bereits befinden, zu verlegen, es ist ihr dieses aber unmöglich, wenn die projectirte, nördlich von der Nebenstraße abzweigende, ihr Grundstück durchschneidende Straße zur Ausführung gelangt und sie hat deshalb gebeten, von der Anlegung dieser Straße Abstand zu nehmen.

Das Stadtbauamt hat sich auch für Zurückweisung dieser Reclamation erklärt, da dieselbe vornehmlich das Privatinteresse der Brauerei berühre. Der Stadtmagistrat

kann dieser Anschauung nicht völlig beitreten: für die Reclamation spreche neben dem Privatinteresse auch ein öffentliches Interesse. Es sei unzweifelhaft im öffentlichen Interesse äußerst wünschenswerth, wenn der lästige Brauerei-Betrieb aus der engen inneren Stadt entfernt werde, und die Beibehaltung der projectirten Straße sei zur Vermittelung des Verkehrs zwischen der Innenstadt und dem nördlich von der Nebenstraße belegenen Stadttheile nicht unbedingt erforderlich. Da nun auch für den Fall der Errichtung des Fabrikgebäudes vor definitiver Feststellung des Ortsbauplans sehr erhebliche Entschädigungen gezahlt werden müssen, so giebt der Magistrat anheim, sich mit dem Fortfall der gedachten Straße einverstanden zu erklären.

Die Commission theilt diese Ansichten und ersucht, dem Magistratsantrage zuzustimmen, jedoch unter der Bedingung, daß die National-Actien-Bierbrauerei der Stadt gegenüber die vertragsmäßige Verpflichtung übernehme, das für die Straße in Aussicht genommene Terrain nur zum Zwecke der in der Eingabe bezeichneten Verlegung der Brauerei zu bebauen, und die projectirte Verlegung der Brauerei aus der Stadt bis Ende 1884 zu bewirken.

Herr Heymann bemerkt, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß bei diesem Antrage nicht die Absicht vorgelegen habe, die National-Bierbrauerei den anderen Reclamanten gegenüber irgendwie zu begünstigen, daß der Commission lediglich das öffentliche Interesse maßgebend gewesen sei. Die übrigen Reclamanten könnten sich auch wegen ihrer Zurückweisung völlig beruhigen, da diejenigen, welche durch die projectirten Straßenanlagen geschädigt würden, bei der demnächstigen Ausführung volle Entschädigung erhielten.

Nachdem Herr Riecke noch hervorgehoben hat, daß er schon deshalb für den Commissionsantrag stimme, weil dadurch die den Anwohnern lästig fallende Ausfahrt des Etablissements in Wegfall komme, und daß die Bewohner des Werders, wenn sie empfindlicher gewesen wären, des übermäßigen Fabrik-Rauches wegen schon vor 10 Jahren die Verlegung der Brauerei gefordert haben würden, indem der Schornstein nach seiner Construction dem jetzigen bedeutend erweiterten Betriebe in keiner Weise genüge und über die ganze Nachbarschaft eine Fluth von Kohlenstaub und Qualm verbreite,

wird der Commissionsantrag genehmigt.

Weiter

II. berichtet Herr Munte namens der Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. d. Mts. — Die am Altstadtmarkte wohnenden Kaufleute Ebermann u. Graupner, sowie die Wittve Ridel haben Einwendungen gegen den Ortsbauplan, die Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Bankplatz und Altstadtmarkt, insbesondere gegen die Feststellung einer Baulinie am Altstadtmarkte, erhoben, weil ihrer Meinung nach bei Ausführung dieser Baulinie ihren Grundstücken die zu einem etwaigen Neubau erforderliche Tiefe genommen werde. Diese Be-

fürchtung ist bezüglich des Rickel'schen Grundstücks vollständig, bezüglich des Graupner'schen Grundstücks nur theilweise zutreffend, wogegen vom Ebermann'schen Grundstück nur so wenig Terrain abgeschnitten wird, daß es zum Zwecke der Wiederaufbauung ausreichende Tiefe behalten wird. Der Stadtmagistrat ist aber der Ansicht, daß die beschlossene Baulinie dennoch aufrecht erhalten werden müsse, weil dieselbe unzweifelhaft dem Bedürfnisse nach Erweiterung der sehr engen Passage zwischen den gedachten Häusern und dem Gewandhause entspricht, und giebt, zumal den Reklamanten bei der jetzigen Feststellung der Baulinie kein Schaden erwächst und ihnen bei der demnächstigen Ausführung für die entstehenden Nachtheile voller Ersatz geleistet werden muß, im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte anheim, die erhobenen Einwendungen als unbegründet zurückzuweisen.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an. Referent bemerkt dabei, daß die Reklamanten der irrigen Meinung zu sein schienen, als sollten sie das erforderliche Terrain gegen eine nicht angemessene Entschädigung abtreten. Das sei aber durchaus nicht der Fall. Die betreffenden Anwohner würden nach der Landesbauordnung voll entschädigt werden, und zwar nicht bloß wegen der abzutretenden Flächen, sondern auch wegen etwaiger Werthminderungen an den ihnen verbleibenden Theilen ihrer Grundstücke.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

Wie

III. Herr Schwarzenberg als Referent der Statutencommission berichtet, wünscht die Pferdebahn-Gesellschaft eine Aenderung der contractlichen Bestimmung, nach welcher sie verpflichtet ist, die Linie Bahnhof-Cellerstraße über den Bankplatz, die Steinstraße, den Eiermarkt, den Altstadtmarkt, die Breitestraße und den Rade-Flint zu legen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Kohlmarkt der Mittelpunkt des Verkehrs ist und daß es danach wünschenswerth erscheint, die Fortsetzung der bereits fertig gestellten Strecke vom Weißen Kasse bis zum Altstadtmarkte statt über die contractlich vorgeschriebenen Straßen, über die Poststraße nach dem Kohlmarkt, zum Anschlusse an die dort befindliche, vom Bahnhofe kommende Linie, zu führen. Auf dem Kohlmarkte soll dann zur Bequemlichkeit des Publikums eine Warterhalle errichtet werden. Der Betrieb soll übrigens im Messrevier, um den Messverhältnissen Rechnung zu tragen, während der Messen eingestellt werden. Die Direction der Pferdebahn-Gesellschaft hat auf dem vorliegenden Plane eine Linie vorgeschlagen, an welcher nach dem Vorschlage des Stadtbauamts auf dem Kohlmarkte eine Aenderung vorgenommen werden soll, die bezweckt, die Fahrbahn vom Ziegenmarkt nach der Schuhstraße auf möglichst kurzer Strecke zu durchschneiden. Auch die Herzogliche Polizeidirection hat sich für diese Linie ausgesprochen, jedoch dabei die Voraussetzung betont, daß der Messverkehr durch Anlegung der neuen Bahnlinie in keiner Weise gestört werde. Der Magistrat giebt in seinem Marginalschreiben anheim, die fragliche Linie unter der Bedingung zu genehmigen, daß insoweit solches

mit Rücksicht auf den Meßverkehr erforderlich erscheint, die Benutzung derselben während der Messe nicht stattfinden darf.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an. Auch sie geht von der Ansicht aus, daß es zweckmäßig sein würde, den Kohlmarkt als Centralpunkt für das Bahnhofs anzuweisen, weil man von dort ab Gelegenheit hat, die Pferdebahn nach allen Gegenden der Stadt hin weiter zu benutzen. Vielleicht würde auch wohl später die Einrichtung getroffen werden, daß man auf dem Kohlmarkt Uebergangsbillets von und nach der jetzt fraglichen Strecke bekommen könne.

Herr Winter hält zur Beseitigung von Zweifeln eine Präcisirung des im Magistratsschreiben gewählten Ausdrucks »während der Messen« für erforderlich, denn zur Aufrichtung und Wiederfortschaffung der Buden gehöre auch eine gewisse Zeit.

Wie der Herr Vorsitzende hierauf bemerkt, ist dieser Ausdruck nach den Verhandlungen in der Statuten-Commission dahin zu verstehen, daß unter denselben auch die zum Auf- und Abbau der Buden durchaus nothwendige Zeit fällt. In der Statuten-Commission sei der Wunsch geäußert, daß diese Zeit soviel wie möglich eingeschränkt werden möchte.

Herr von Seckendorff erklärt, daß er sich als Mitglied des Aufsichtsraths der Pferdebahn-Gesellschaft der Abstimmung enthalten werde.

Auf die Bedenken des Herrn Rieke bezüglich des engen Ueberganges vom Altstadtmarkt nach der Poststraße,

bemerkt der Herr Vorsitzende, daß der Eingang in die Sonnenstraße noch enger sei und vorausgesetzt werden müsse, daß an derartigen Stelle immer Schritt gefahren werde.

Nachdem der Herr Referent noch hinzugefügt hat, daß man bei Ausführung der contractlich vorgesehenen Linie eine gleich enge Stelle zwischen der Martinikirche und dem Kallmeyer'schen Hause zu passiren haben würde, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

IV. Dem städtischen Museum ist die numismatische Bibliothek des Dr. Freudenthal zum Preise von 450 M. angeboten. Der Stadtmagistrat hält den Erwerb dieser Bibliothek in seinem Schreiben vom 7. d. Mts. für wünschenswerth und ersucht, den Ankauf zu genehmigen und die dazu erforderlichen Mittel vom Dispositionsfonds der städtischen Behörden pro 1882 zu verwilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Zellgmann berichtet, hat sich mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt und gefunden, daß der geforderte Preis ein sehr mäßiger ist. Die Bibliothek umfasse 114 verschiedene Werke und fülle eine recht fühlbar gewesene Lücke aus, die in dieser Richtung in der städtischen Bibliothek bisher geherrscht habe: bei dem Ankauf von Münzen und namentlich beim Studium außerbraunschweigischer Münzen haben nämlich die Conservatoren sich die einschlägigen Werke immer leihweise verschaffen müssen. Einzelne Werke der angebotenen Bibliothek repräsentirten schon allein einen bedeutenden Werth. Aus diesen Gründen em-

pflege die Commission dem Antrage des Magistrats gemäß die obigen 450 *M.* zu verwilligen.

Die Verwilligung wird ohne Weiteres ausgesprochen.

V. Die städtische Bauverwaltung hat auf Grund eines Kostenanschlags die nöthigen Mittel zur Anschaffung von Rouleaux, Fenstergehängen und Fußreinigungsgegenständen behuf Einrichtung der Gebäude für die Gas- und Wasserwerke und das Feuerlöschwesen in der Münzstraße beantragt. In diesem Kostenanschlage war theils mit Rücksicht auf die verschiedenen Fenster, theils aus ästhetischen Rücksichten die Anschaffung von Rouleaux auch für die Dienstwohnungen vorgesehen. Der Stadtmagistrat hat sich, weil die Anschaffung solcher zur Mobiliarausstattung gehörigen Gegenständen für Dienstwohnungen nirgend üblich und die Instandhaltung und Erneuerung derselben zur Folge haben würde, hiermit nicht einverstanden erklärt, hat vielmehr die dafür ausgeworfene Summe abgesetzt, und beantragt nun mittelst Schreibens vom 12. d. Mts. die nach Maßgabe des modificirten Kostenanschlags erforderlichen 2290 *M.* zu verwilligen.

Der Referent der Finanzcommission, Herr von Seckendorff befürwortet diesen Antrag, und wird derselbe, nachdem Herr Reuter noch erläuternd bemerkt hat, daß die Anschaffung von Rouleaux für die Dienstwohnungen deshalb mit in den Kostenanschlag aufgenommen sei, weil derartige Gegenstände bislang vom Fonds der Gaswerke in der dortigen Dienstwohnung geliefert und auch mit unterhalten seien, und daß, wenn in dieser Beziehung jetzt anders beschlossen werde, späterhin eine Uebereinstimmung bezüglich der Dienstwohnungen herbeizuführen sein würde, angenommen.

Danach

VI. referirt Herr Semler namens der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 16. d. Mts., in welchem Folgendes dargelegt ist: Der auf der Beckenwerperstraße befindliche Interessentenbrunnen ist auf den Antrag einer großen Anzahl von Interessenten und nachdem sich bei wiederholten chemischen Untersuchungen das Wasser desselben als gesundheitsnachtheilig erwiesen hat, durch Verfügung Herzoglicher Polizei-Direction im März 1880 geschlossen worden. Gegen diese Verfügung ist einer der Brunneninteressenten vorstellig geworden, indem er behauptet und durch beantragte Zeugenvernehmungen wahrscheinlich gemacht hat, daß das Wasser des Brunnens, welcher Jahre lang gutes genießbares Trinkwasser geliefert hat, nur dadurch unbrauchbar geworden sei, daß das Schmutzwasser aus den Straßengassen in den Brunnen geflossen, ja zum Theil absichtlich in denselben geleitet sei. Im Einverständniß mit Herzoglicher Baudirection ist darauf der Brunnen gereinigt und das Wasser desselben nochmals untersucht. Das Resultat ist nun zwar nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung vorläufig kein ganz günstiges gewesen, es ist indeß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß bei einer wiederholten Reinigung des Brunnens das Wasser desselben sich als gesund und brauchbar erweisen werde. Der Stadtmagistrat ersucht

nun unter dem Bemerken, daß für die weiter erforderlichen Maßregeln und die damit verbundenen Kosten den Interessenten aufzukommen überlassen bleiben müsse, die durch die stattgehabte, im öffentlichen Interesse wünschenswerth gewesene Brunnenreinigung verursachten Kosten im Betrage von 139 *M.* 34 *S.* zu verwilligen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres angenommen wird.

VII. Nach einem von Herrn Sievers für die Finanzcommission erstatteten Berichte hat der Stadtmagistrat in seinem Schreiben vom 15. d. Mts. darauf angetragen, die Genehmigung zur Umänderung der Closes und Badezimmer in den beiden oberen Stockwerken des städtischen Krankenhauses zu ertheilen und die damit verbundenen, von der städtischen Bauverwaltung auf 1700 *M.* veranschlagten Kosten, soweit dieselben nicht etwa von den diesjährigen Ersparnissen des Pflege- und Krankenhauses resp. der Armencaße sollten gedeckt werden können, aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu verwilligen.

Aus dem Berichte der städtischen Bauverwaltung (welchen Referent verliest) geht hervor, daß diese Baulichkeiten einmal dadurch, daß sie in Folge veränderter Disposition über die Nutzung des Gebäudes weit mehr gebraucht sind, als bei ihrer Anlage vorgesehen worden, dann aber auch durch unrichtige Handhabung der betreffenden Einrichtungen veranlaßt worden sind. Es sei nicht zu verkennen, fügt Referent hinzu, daß durch größere Umsicht und Aufmerksamkeit des leitenden Personals diese Ausgabe vielleicht hätte vermieden werden können, daß man aber dem jetzigen Inspector, welcher erst kurze Zeit in seinem Amte sei, dieserhalb keine Vorwürfe machen könne; eine gewisse Entschuldigug für denselben liege auch noch in dem Umstande, daß die Einrichtungen, wie oben bemerkt, nicht in dem ausgedehnten Maße haben in Benutzung genommen werden sollen, wie es jetzt geschehen sei. Wie die Sache aber einmal liege, komme man nicht umhin, die Kosten für die fraglichen Reparaturen, welche die städtische Bauverwaltung bereits in Angriff genommen habe, zu verwilligen, und schließe sich daher die Commission dem Magistratsantrage an.

Herr Telligmann: Es sei nun binnen kurzer Zeit schon der zweite Fall, wo durch nachlässige Handhabung von Einrichtungen im städtischen Krankenhause nicht unbedeutender Schaden entstanden sei. Erst Ende vorigen Jahres habe ein auf diese Weise defect gewordener Wärmofen dort erneuert werden müssen; hierzu sei allerdings nur eine verschwindend kleine Summe nöthig gewesen gegenüber der jetzt angeforderten. Wenn man aber bedenke, daß das städtische Krankenhaus noch ein ganz neues, erst vor ein paar Jahren eingerichtetes Gebäude sei, so müsse man bedauern, daß jetzt schon derartige Reparaturen erforderlich seien. Um sich in Zukunft gegen ähnliche Ausgaben zu schützen, empfehle sich als bestes Mittel, die Stadtbauverwaltung dahin zu instruiren, daß es diese Baulichkeiten von Zeit zu Zeit inspiciere; dann würden derartige Vernachlässigungen so leicht nicht wieder vorkommen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Herren würden sich aus der Berathung

über den Etat des städtischen Pflege- und Krankenhauses vielleicht noch erinnern, daß eine größere Anzahl von Reparaturbauten an diesem Gebäude seitens der städtischen Bauverwaltung für erforderlich erachtet worden war, und daß der Stadtmagistrat die Anhäufung dieser verschiedenen Reparaturen auf ein Jahr eben mit Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung der Beaufsichtigung dieser Baulichkeiten motivirt hatte. Der gesammte Gebäudecomplex sei nicht einmal der städtischen Bauverwaltung unter Aufsicht gestellt gewesen, sondern die an Stelle erforderlich gewordenen Reparaturen seien kurzer Hand vom Pflegehaus-Inspector, soweit dieser dazu im Stande war, besorgt resp. den betreffenden Handwerkern übertragen worden. Das hatte, nachdem eine generelle Revision der Gebäude vorgenommen war, zu der Einsicht geführt, daß man auf diese Weise nicht, wie man glaubte, spare, sondern verschwende, und daß sei die Veranlassung gewesen, daß zu Ende vorigen Jahres die specielle Aufsicht über die sämmtlichen Gebäude des Pflege- und Krankenhauses der Inspection abgenommen und der städtischen Bauverwaltung unterstellt worden sei. Damit werde das vom Herrn Vorredner Angestrebte vollständig erreicht sein.

Herr Zellgmann erklärt sich durch diese Ausführung befriedigt und es wird der Magistratsantrag nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Munte, daß die gedachten Reparaturen nicht etwa einer mangelhaften Construction des Gebäudes, sondern nur einer unrichtigen Bewirthschaftung derselben zuzuschreiben seien, angenommen.

VIII. wird auf ein Ersuchen des Stadtmagistrats vom 16. d. Mts., empfohlen durch den Referenten der Finanzcommission Herrn von Seckendorff, beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß bei der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung die Ueberlassung zweier Fernsprechstellen, der einen im neuen Directionsgebäude der Gas- und Wasserwerke auf der Münzstraße, der anderen im Stadthause, beantragt und die dafür zu zahlenden, für jede Fernsprechstelle jährlich 150 M. betragende Vergütung aus den Mitteln des Gas- und Wasserwerks beziehentlich auf Rechnung der Stadtcasse gedeckt werde.

Ferner

IX. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 15. d. Mts., mittelst welcher der Rechnungsabschluß des städtischen Wasserwerks pro 1881 überreicht ist. Der bezüglichliche Bericht der Direction der Gas- und Wasserwerke an die Verwaltungsdeputation vom 16. Juli c. ist den Herren Stadtverordneten unlängst in autographischen Abzügen zur speciellen Kenntnißnahme zugegangen.

Die Verwaltungsdeputation hat den Rechnungsabschluß mit den Büchern verglichen und in Ordnung befunden und hat auch der Magistrat Ausstellungen gegen denselben nicht zu machen, weshalb er die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction des Wasserwerks rücksichtlich des Betriebsjahrs

1881 Decharge ertheilt werde. Ferner beantragt der Stadtmagistrat, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der sich ergebende Ueberschuß von 90453 *M.* 19 *S.* folgendermaßen verwandt werde: 4500 *M.* zur Amortisation von Obligationen, 759 *M.* 40 *S.* als nicht zu verzinsendes Capital zu Gunsten des Anlagecontos für Erweiterung des Rohrneges und 85193 *M.* 79 *S.* zur Ueberweisung an den Betriebsfonds, dessen Bestand dadurch auf 126428 *M.* 88 *S.* erhöht wird. In Uebereinstimmung mit der Verwaltungsdeputation hält der Stadtmagistrat die einstweilige Ueberweisung des Reinertrags an den Betriebsfonds mit Rücksicht darauf, daß dem Wasserwerke extraordinaire Ausgaben theils zu den Zwecken einer verbesserten Wasserversorgung theils auch vielleicht durch eine fernere Heranziehung desselben zu den Kosten der Herstellung des Gebäudes für die Betriebsverwaltung bevorstehen werden, für sachgemäß.

Die Commission befürwortet die Magistratsanträge, worauf dieselben ohne Debatte genehmigt werden.

X. Nachdem sich die Versammlung im vorigen Jahre mit dem vorgeschlagenen Canalisationssysteme und den darauf basirten Projecten wegen Entwässerung der Außenstadt im Principe einverstanden erklärt hatte, hatte der Stadtmagistrat das Project über die Canalisation der Wolfenbüttelerstraße und der östlich daran belegenen Straßen, als der Campestraße, Biewegstraße, Friedrichstraße, Salzdhallumerstraße und Elmstraße, sowie das Project über die Canalisation der Spielmannsstraße und Schleinitzstraße ausarbeiten und veranschlagen lassen, worüber in der Sitzung vom 8. Juni d. J. verhandelt wurde. Es war vom Stadtmagistrate beantragt: unter Bezugnahme auf das von den städtischen Behörden beschlossene und dem Herzoglichen Staats-Ministerium vorgelegte Statut, die Entwässerung der Stadt betreffend, und unter Voraussetzung der Genehmigung dieses Statuts seitens des Herzoglichen Staatsministeriums, die Ausführung der oben bezeichneten Canalisationsprojecte zu genehmigen und die dadurch erwachsenden Kosten im Gesamtbetrage von 247000 *M.* zu verwilligen. Es wurde auch der Antrag des Magistrats angenommen, jedoch an die Genehmigung zugleich die Bedingung geknüpft, daß gleichzeitig mit der Ausführung des Canalisationsprojectes hinsichtlich der Wolfenbüttelerstraße und der östlich daran grenzenden Straßen der für diese Canalisation die Vorfluth schaffende Canal durch das ganze Stadtgebiet in einer dem Gesamtcanalisationsprojecte entsprechenden Weise, nachdem auch dieser Theil bearbeitet und festgestellt worden, zur Ausführung gelange.

Inzwischen hat sich, wie aus dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. d. Mts. hervorgeht, die Sachlage geändert. Der Magistrat ist mit der Canalisirung des Deertractus zwischen dem Ruhfäutchenplatze und der Bammelsburger Brücke einverstanden und hat die erforderlichen Vorarbeiten bereits veranlaßt. Dagegen ist die Genehmigung des Gesamtcanalisationsprojectes und des Entwässerungsstatuts seitens des Herzoglichen Staatsministeriums bislang nicht erfolgt.

Die Canalisirung der obgedachten Straßen, insbesondere der Wolfenbütteler Straße, ist allseitig als ein dringendes Bedürfnis anerkannt und die Herzogliche

Kreisdirection hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Abfluß aus dem in der Wolfenbütteler Straße herzurichtenden Canale provisorisch und bis dahin, daß der Gesamtcanalisationsplan genehmigt und bezüglich der Strecke vom Augustthore bis zu dem Canale am Lessingplaz und vom Ruhfäutchenplaz bis zur Bammelsburger Brücke ausgeführt sein wird, in den äußeren Umfluthgraben am Augustthore eingeleitet werde. Der Stadtmagistrat ersucht daher, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Canalisirung der Wolfenbütteler Straße und soweit thunlich, auch der östlich daran grenzenden Straßen mit provisorischer Einleitung in den äußeren Umfluthgraben am Augustthore noch in diesem Herbst ausgeführt werde. Die Bestimmung im §. 11 des Stadterweiterungsstatuts, wonach die Kosten dieser Canalisirung zur Hälfte von der Stadt, zur Hälfte von den Besitzern der an der fraglichen Straße belegenen Grundstücke zu tragen sind, soll einstweilen nicht zur Anwendung gebracht, vielmehr die Genehmigung des Statuts, die Entwässerung der Stadt betreffend, abgewartet und sodann nach den Grundsätzen dieses Statuts verfahren werden.

Die Statutencommission, für welche Herr Heymann referirt, giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Auf die Anfrage des Herrn Munte, woher das Geld zu dieser Canalisirung genommen werde,

bemerkt der Herr Referent, daß in der jetzigen Vorlage nichts besonderes darüber gesagt sei. Es werde in dieser Beziehung die frühere Magistratsvorlage vom 8. Mai c. maßgebend sein. Der Stadtmagistrat habe damals beantragt, für beide Projecte 247 000 *M.* zu bewilligen und dabei bemerkt, daß diese Summe durch Aufnahme einer städtischen Anleihe zu beschaffen sei, worüber er sich die erforderlichen Anträge vorbehalte. Dieser Antrag sei dann genehmigt, vorbehaltlich der späteren Entscheidung über die aufzunehmende Anleihe.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich werden sodann noch in längerer

Gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten
Steuerreclamationen in der Recursinstanz erledigt.

(Beilage zu **N 248** der **Braunschw. Anzeigen**.)**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 227** de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 11.**

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. September 1882.

Öffentlich:

Selbstständiger Antrag des Herrn Ramdohr:

- I. Die Feststellung des Interpellationsrechts in der Stadtverordnetenversammlung betreffend.

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- II. Die Abgabe einer gutachtlichen Äußerung bezüglich alleiniger Zulassung der Direction der Gas- und Wasserwerke zu Closetanlagen.
- III. Desgl. bezüglich der Veröffentlichung der Wählerlisten behufs der Stadtverordnetenwahlen.
- IV. Desgl. bezüglich der Anlegung eines Friedhofes für die St. Catharinengemeinde.
- V. Verwendung des Ueberschusses der Stadtrasse vom Jahre 1881.
- VI. Einrichtung einer zweiten Hilfsklasse für schwach befähigte Kinder.
- VII. Pensionirung einer Lehrerin.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.
Steuer-Reclamationen.

Entschuldigt die Herren Jasper, Kybik und Ramdohr. — Am Magistrats-tische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haafe und Stadtrath Netemeyer.

Nach Genehmigung des Protokolls **N 9**

theilt der Herr Vorsitzende Otto zunächst mit, daß das Comité des hier stattgehabten Schriftstellertages den Wunsch geäußert habe, auch die Stadtverordneten-

versammlung, soweit es der Raum gestattete, bei den Festlichkeiten officiell vertreten zu sehen. Da er nun selbst als Comité-Mitglied verpflichtet gewesen sei, an den Festlichkeiten theilzunehmen, so habe er die betreffende Einladung dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Rybik, übermittelt, welcher indeß aus Gesundheitsrücksichten leider behindert gewesen sei, von dieser Einladung Gebrauch zu machen. Mit dem lebhaftesten Danke habe man indessen die Bemühungen der städtischen Behörden zur Verherrlichung des Festes anerkannt und er ergreife die Gelegenheit, die Versammlung hiervon in Kenntniß zu setzen.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet sodann Herr Lüderßen namens der Statutencommission über den von Herrn Ramdohr in der Sitzung am 8. Juni d. J. eingebrachten Antrag:

»Die Geschäftsordnung der Versammlung dahin zu ergänzen, daß das Anfragerrecht (Interpellationsrecht) der Stadtverordneten klar gestellt werde«.

Referent verliest zunächst die Motivirung dieses Antrages aus dem betreffenden Sitzungsprotokolle und führt dann Folgendes aus:

Den Mitgliedern parlamentarischer Versammlungen sei, wie bekannt, verfassungsmäßig oder herkömmlich gestattet, im Schooße der Versammlung an die Mitglieder der obersten Verwaltungsbehörde öffentlich Anfragen oder Interpellationen zu richten, um Aufschluß oder Rechenschaft über gewisse Acte und Vorgänge zu bekommen. Es werde damit bezweckt, zweifelshafte Thatsachen aufzuklären oder bereits bekannten Thatsachen eine größere Deffentlichkeit zu geben, und die öffentliche Meinung in bestimmter Richtung anzuregen oder zu beruhigen.

Nachdem Referent die bei der Braunschweigischen Landesversammlung, dem Reichstage und dem Preussischen Landtage bezüglich des Interpellationsrechts geltenden Bestimmungen näher beleuchtet hat, kommt er auf das in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung in dieser Beziehung bisher üblich gewesene Verfahren zu sprechen.

Die rev. Städteordnung enthalte in den Paragraphen, welche über die Rechte und Pflichten sowie die Geschäftsführung der Stadtverordneten handeln, nichts hierauf Bezügliches, ebensowenig sei in den Statuten über die Geschäftsordnung der Versammlung die Rede davon. Dessen ungeachtet sei in der Versammlung vom Interpellationsrechte von jeher in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht worden; man habe dieses Recht theilweise sogar noch weiter ausgedehnt, als es sonst in parlamentarischen Versammlungen gestattet sei: es seien thatsächlich häufig von einzelnen Stadtverordneten, ohne daß Unterstützung einer gewissen Anzahl von Mitgliedern nöthig erachtet sei, was in jenen gefordert werde, in öffentlicher Sitzung Anfragen an den Stadtmagistrat gerichtet und vom Stadtmagistrate beantwortet.

Dabei sei nur, analog den Vorschriften im Parlamente, das Verfahren beobachtet worden, daß, wer Anfragen zu stellen beabsichtige, dem Vorsitzenden vorher Kenntniß hiervon geben müsse, damit dieser in der Lage war, mit dem Stadtmagistrate sich darüber zunächst ins Einvernehmen zu setzen, ob die zu stellende Anfrage überhaupt, oder noch an demselben Tage oder später, je nachdem eine vorherige Information seitens des Stadtmagistrats nöthig oder nicht, beantwortet werden könne.

Bei dieser von jeher geübten Praxis seien nun, soviel ihm von älteren Mitgliedern der Versammlung bekannt geworden, Unzuträglichkeiten niemals entstanden; allerdings seien bei neu eingetretenen Mitgliedern, die diese Praxis nicht kannten und auch nicht kennen konnten, weil die Geschäftsordnung nichts darüber vorsehe, wohl vorübergehend Mißverständnisse vorgekommen, was denn auch wohl Herrn Ramdohr, der in dieser Beziehung alle Zweifel zu beseitigen wünsche, zur Einbringung seines Antrages veranlaßt haben möge.

Wenn es nun auch nicht gerade mit sonderlichen Schwierigkeiten verbunden sei, die Geschäftsordnung durch eine bezügliche Bestimmung zu ergänzen, so sei doch die Statutencommission nach längeren Erwägungen dahin schlüssig geworden, der Versammlung in dieser Beziehung keine Vorschläge zu machen, sie sei vielmehr einstimmig der Ansicht gewesen, daß es das Zweckmäßigste sei, es bei dem bisherigen Brauche bewenden zu lassen. Unter Anderen seien auch staatsrechtliche Bedenken gegen die ausdrückliche Festsetzung einer derartigen Bestimmung geltend gemacht, ob mit Recht oder Unrecht, könne dahin gestellt bleiben. Man wisse nicht, ob in der Städteordnung, welche die Befugnisse der Stadtverordneten ganz bestimmt begrenze, eine Bestimmung über das Interpellationsrecht nicht absichtlich fortgelassen sei. Die vom Antragsteller gezogene Parallele mit parlamentarischen Versammlungen sei nicht ganz zutreffend, weil die Stellung des Parlaments der Regierung gegenüber von der Stellung zwischen Magistrat und Stadtverordneten, wenn auch äußerlich sehr ähnlich, grundsätzlich doch sehr verschieden sei.

Wollte man das Interpellationsrecht der Stadtverordnetenversammlung durch Statut zu formeller Gültigkeit bringen, so würde die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums dazu erforderlich sein und dieses würde nicht umhin können, jene staatsrechtlichen Gesichtspunkte zu prüfen. Es könnte sein, daß dasselbe an dem bisherigen Modus nichts auszustellen habe, es könnte aber auch das Gegentheil der Fall sein und dann frage es sich, ob man die Praxis, welche sich bisher als zweckmäßig bewährt habe, ferner noch würde beibehalten können.

Daß der Stadtmagistrat sich der Beantwortung der an ihn gestellten Fragen stets mit der größten Bereitwilligkeit unterzogen habe, müsse anerkannt werden und der Herr Vertreter des Stadtmagistrats habe in der Commission ausdrücklich erklärt, daß er gern sehe, wenn auch fernerhin vom Interpellationsrechte Gebrauch gemacht

werde. Selbstverständlich werde vorausgesetzt, daß die Anfragen sich auf städtische Interessen, wenn auch im weiteren Sinne genommen, beziehen.

Selbst aber angenommen, es würde das gute Einvernehmen zwischen Magistrat und Stadtverordneten in dieser Beziehung einmal gestört werden und die vom Magistrat bislang gezeigte Bereitwilligkeit nicht mehr vorhanden sein, so stehe den Stadtverordneten immer noch der Weg offen, Interpellationen in Form von Anträgen zur Geltung zu bringen. Nach §. 52 der rev. St. O. haben die Stadtverordneten das Recht, zur Förderung der Wohlfahrt der Gemeinde Anträge zu stellen u. s. w. und dem Magistrat zur Zustimmung und Ausführung vorzulegen. Wünsche nun Jemand eine Sache zur Sprache zu bringen, so könne dies immer in der Form eines selbstständigen Antrages geschehen, welchen, wenn die Sache es werth sei und städtische Interessen betreffe, schon genügende Unterstützung zu weiteren Verhandlungen finden werde. Unter allen Umständen gelange man auch ohne Unterstützung zur Begründung des Antrags und könne also über die Sache nicht mundtot gemacht werden. Fände aber ein Antrag die erforderliche Unterstützung nicht, dann sei damit auch zur Genüge documentirt, daß die Sache der Behandlung nicht werth sei.

Zu all diesem komme, daß die Herzogliche Landesregierung dem Vernehmen nach eine Revision der Städteordnung vorbereite, was möglicherweise demnächst ohnehin eine Revision der Geschäftsordnung der Versammlung zur Folge haben könnte. Für jetzt sei die Commission der Ansicht, daß es sich empfehle, die von Herrn Ramdohr beantragte Aenderung der Geschäftsordnung nicht vorzunehmen, sondern in Berücksichtigung der angeführten Umstände es bei dem bislang beobachteten Verfahren bewenden zu lassen; sie beantrage deshalb, zu beschließen:

in Erwägung

- 1) daß, wenn zwar auch weder die Städteordnung noch die Geschäftsordnungsstatuten Bestimmungen über Interpellationen enthalten, dennoch die Praxis geübt ist, daß Anfragen einzelner Stadtverordneten an den Stadtmagistrat, nachdem sie vorher dem Vorsitzenden der Versammlung mitgetheilt sind und dieser wegen Beantwortung sich mit dem Stadtmagistrat verständigt hat, in öffentlicher Sitzung vorgelegt und begründet, auch vom Stadtmagistrat bereitwillig beantwortet sind,
 - 2) daß somit thatsächlich das Interpellationsrecht in einer den städtischen Interessen entsprechenden Weise bestanden hat,
 - 3) daß ferner der Stadtmagistrat mit Fortbauer der bisherigen Praxis sich einverstanden erklärt hat,
 - 4) daß somit ein zwingendes Bedürfniß zu gesetzlicher oder statutarischer Regelung von Interpellationen zur Zeit nicht vorliegt,
- geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

Der Antragsteller, Herr Ramdohr (welcher nicht gegenwärtig) habe ausdrücklich

erklärt, daß er mit diesem Antrage völlig einverstanden sei, indem der Hauptzweck seines Antrags, die Angelegenheit einmal gründlich klar zu stellen, damit ein für alle Mal erreicht worden sei.

Herr Nieke kann gleich der Commission die Nothwendigkeit einer Aenderung des bislang beobachteten Verfahrens nicht befürworten, überhaupt keinen Beweggrund zur Einbringung des Antrages des Herrn Ramdohr einsehen. Wenn es je schon einmal vorgekommen wäre, daß der Magistrat die Beantwortung einer Interpellation verweigert hätte, dann wäre dieser Antrag wohl am Plage gewesen. Dieß sei aber noch niemals der Fall gewesen; sowohl die von ihm (Redner) wie von jedem anderen Mitgliede der Versammlung gestellten Anfragen seien immer bereitwilligst vom Magistrat beantwortet worden.

Der Herr Vorsitzende würde sich, wenn sein Stellvertreter, Herr Kybik, zugegen wäre, bei diesem Punkte mit an der Debatte theilhaftig haben; so will er sich auf Folgendes beschränken: Die Zweifel über die Größe und den Umfang des Interpellationsrechts seien in der Zeit entstanden, wo er die Ehre gehabt habe, den Vorsitz zu führen und es sei daher anzunehmen, daß sein Verfahren zu dem Ramdohr'schen Antrage die Anregung gegeben habe. Vielleicht sei er mißverstanden worden. Er (Redner) habe sich nur immer dagegen verwahrt, Anfragen an den Magistrat zuzulassen, bevor ihm nicht dieselben ihrem Inhalte nach mitgetheilt seien und er auf diese Weise Gelegenheit gehabt habe, mit dem Vorsitzenden des Stadtmagistrats darüber Rücksprache zu nehmen, wann und wie die Anfrage erfolgen solle. Weiter sei er niemals gegangen und falls der eine oder andere der Herren der Ansicht gewesen sei, daß er beabsichtigt hätte, eine weitere Beschränkung des Interpellationsrechts aus der Geschäftsordnung herzuleiten, so bitte er von diesen Zweifeln abzustehen.

Danach wird der Commissionsantrag angenommen.

II. Unterm 28. Februar c. hat Herzogliche Polizei-Direction verfügt, daß in Zukunft die Ertheilung der Genehmigung zur Anlage von Waterclosets mit der Ausführung der Abgänge in die Straßencanäle nicht mehr wie früher von der Anwendung des Friedrich'schen Desinfectionsverfahrens abhängig gemacht werden solle, vielmehr in den Fällen, in welchen unter Berücksichtigung der Lage und Beschaffenheit der betreffenden Grundstücke die Erlaubniß zur Anlage von Waterclosets erteilt werden werde, wiederum einfache Waterclosets in früher üblicher Weise zu genehmigen sein würden.

Mit Rücksicht auf diese Verfügung ist zwischen den Herren Polizei-Director Drth, Bürgermeister Rittmeyer, Kreisbaumeister Löff und Stadtbaurath Winter unterm 6. März c. eine Vereinbarung getroffen, in welcher u. a. beschlossen ist, daß die Anlage der Closets und der Zweigcanäle nur von der städtischen Direction

der Gas- und Wasserwerke, ferner die Einführung der Zweiganäle in den Straßencanal unter Zuziehung und nach Anweisung des betreffenden Herrschaftlichen, bez. städtischen Beamten, sowie desgl. die Arbeiten an den Straßenpflasterungen und Schauffirungen auf Anordnung dieser Beamten beschafft werden dürfe, und ist nach Maßgabe dieses Beschlusses in den einzelnen Fällen verfahren.

Verschiedene hiesige Gewerbetreibende, Civil-Ingenieur Busch u. Genossen, die sich mit Watercloset-Anlagen befassen, sind nun bei Herzoglicher Polizei-Direction darum eingekommen, bei der Genehmigung zur Anlage von Waterclosets von der Bedingung Abstand zu nehmen, daß die Ausführung nur von der Direction der Gas- und Wasserwerke vorgenommen werden dürfe: Es erscheine nicht angemessen, die im gewerblichen Leben so segensreich wirkende Concurrenz auf diesem Gebiete, wie es durch Monopolisirung zu Gunsten des städtischen Etablissements geschehen würde, auszuschließen. Einmal schliche sich bei solchem privilegierten Geschäftsbetriebe durch Behörden leicht ein büreaukratischer Schlendrian ein, der bei drohender Concurrenz von Privaten vermieden würde, für's Zweite würden durch solche Maßregel die betreffenden Gewerbetreibenden bedeutend geschädigt und eine Menge Inhaber von Privatwerkstätten und Arbeiter ihres Verdienstes beraubt werden. Ferner scheine eine derartige Maßregel rechtlich nicht zulässig, wie auch seitens des Stadtmagistrats bei den Verhandlungen der Stadtverordneten über das Canalisations-Statut selbst anerkannt sei.

Die Herzogliche Polizei-Direction hat diese Eingabe dem Stadtmagistrate zur Äußerung mitgetheilt, welcher zunächst die Direction der Gas- und Wasserwerke und die städtische Bauverwaltung zur Abgabe eines Gutachtens in dieser Sache aufgefordert hat.

Die Direction der Gas- und Wasserwerke hält die polizeiliche Verfügung, Closetanlagen ausschließlich durch die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke ausführen zu lassen, zur Sicherung einer sachgemäßen Ausführung und unter Berücksichtigung der Nachtheile, welche durch mangelhafte Anlagen für Leben und Gesundheit entstehen können, wohl für gerechtfertigt. Die Gründe wegen Zurücknahme der Verfügung seien in vielen Beziehungen nicht zutreffend. Es würden nicht viel Waterclosets ausgeführt werden, da deren Anlage nur ausnahmsweise gestattet sei, es sei also auch nicht darauf zu rechnen, daß viele Gewerbetreibende sich damit beschäftigen würden. Ein büreaukratischer Schlendrian sei aber nach den bisherigen Erfahrungen durch die gedachte Maßregel nicht zu befürchten.

Die städtische Bauverwaltung spricht sich dahin aus, daß durch jene Bedingung die Interessen einiger Gewerbetreibenden zweifellos geschädigt würden, andererseits aber den Verwaltungsbehörden eine größere Garantie für die solide Ausführung der Closetanlagen geboten und die Ausübung der immerhin etwas unsicheren Controle erspart würde.

Der Stadtmagistrat hat nun unterm 13. Juni c. das Ersuchen an die Stadtverordneten gerichtet, sich über die vorliegende Streiffrage gutachtlich zu äußern, und folgendes dabei bemerkt: Die Anlage von Waterclosets im Innern von Gebäuden bedürfe an sich der Genehmigung der Herzoglichen Polizei-Direction und des Stadtmagistrats nicht, dagegen sei die Einleitung von Closetabgängen in die Straßencanäle der Genehmigung der genannten Behörden unterworfen. Die Genehmigung solle nach den von Herzoglicher Kreis-Direction beziehentlich dem Herzoglichen Staatsministerium erlassenen Verfügungen nur ausnahmsweise in solchen Fällen erteilt werden, wo mit Rücksicht auf die räumlichen Verhältnisse der betreffenden Gebäude ein dringendes Bedürfnis zu einer Closetanlage anerkannt werden müsse. Die Ausführung solcher ausnahmsweise genehmigten Closetanlagen anlangend, so müsse nach Ansicht des Magistrats die Herstellung der Ableitungscanäle, soweit sie in das Straßenterrain zu liegen kommen, und ebenso der Anschluß solcher Ableitungen an den Straßencanal nothwendig durch die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke beschafft werden, da er nicht jedem Privatmanne oder den von diesem anzunehmenden Arbeitern gestatten könne, an dem Straßenspflaster und an den städtischen Hauptcanälen beliebige Arbeiten vorzunehmen. Die Rücksicht auf das städtische Interesse, insbesondere auf die Schonung der Canäle und der in der Erde befindlichen Gas- und Wasserröhren lasse diese Maßnahme durchaus gerechtfertigt erscheinen. Ein gleiches Interesse liege allerdings bezüglich der Closetanlagen im Innern der Gebäude nicht vor, dagegen erscheine es aus sanitären Rücksichten dringend wünschenswerth, daß Closetanlagen correct und sorgfältig ausgeführt werden und es dürfte nicht wohl zu bezweifeln sein, daß die maßgebenden Behörden bei ausnahmsweiser Ertheilung der Genehmigung von Closetanlagen u. dieser sanitätspolizeilichen Rücksicht Rechnung tragen und die Ertheilung der Genehmigung von der correcten Ausführung auch der Closetanlagen selbst abhängig zu machen befugt seien. Ebenso wenig könne bezweifelt werden, daß die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke eine sichere Garantie für die correcte und sorgfältige Ausführung der fraglichen Anlagen biete, da von ihr anerkanntermaßen nur gute Materialien verwandt würden und ihr eine Anzahl geübter und zuverlässiger Arbeiter zu Gebote ständen. Daß dies nicht auch bei einzelnen Privaten, welche sich mit der Ausführung derartiger Anlagen beschäftigen, zutreffen könne, solle damit nicht behauptet werden, jedenfalls seien aber die Behörden nicht in der Lage, solches in gleichem Maße zu constatiren bez. zu überwachen, wie bei den städtischen Gas- und Wasserwerken. Wenn es hiernach ebenso wohl gesetzlich zulässig, als aus sanitären Rücksichten gerechtfertigt erscheine, die angefochtene Verfügung Herzoglicher Polizei-Direction aufrecht zu erhalten, so lasse sich doch andererseits nicht wohl verkennen, daß diese Verfügung von dem Principe der Gewerbeordnung abweiche und die Interessen gewisser Gewerbetreibenden zu schädigen geeignet sei. Es werde sich sonach bei der zu treffenden Entscheidung um die Frage

handeln, ob die sanitären Interessen der Einwohner im Allgemeinen oder die gewerblichen Interessen einzelner, weniger Gewerbetreibenden Berücksichtigung verdienen. —

Die Statutencommission, für welche Herr Heymann berichtet, ist bei Prüfung der Vorlage zu folgenden Resultaten gelangt: Streng genommen sei die Genehmigung zur Anlage von Waterclosets nicht nöthig, wohl aber nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Ableitung der Closetabgänge in den Canal. Da nun aber Niemand von den Closets Gebrauch machen könne, wenn er die Abgänge nicht in den Canal zu leiten befugt sei, so sei dies nur ein Wortstreit und es könne der Einfachheit halber gesagt werden: Zur Anlage von Closets ist die Genehmigung der Herzöglichen Polizei-Direction unter Zustimmung des Stadtmagistrats erforderlich. Die Stadtverordneten als solche haben mit der Genehmigung nichts zu schaffen; die Angelegenheit sei denn auch an die Versammlung nur zur Abgabe eines Gutachtens gelangt, welches nach §. 48 der rev. St. D. auf Verlangen des Stadtmagistrats zu erstatten sei.

Es handle sich um zwei getrennte Fragen, einmal bezüglich der rechtlichen, zweitens bezüglich der materiellen Seite.

Was zunächst die rechtliche Seite betreffe, so bezweifle das obige Gesuch die rechtliche Zulässigkeit der gedachten Bedingung. Nach Ansicht der Statutencommission sei dieser Zweifel nicht begründet, denn es handle sich hier um eine Anlage, bei der es vollständig im freien Belieben der betreffenden Behörden stehe, ob dieselbe im einzelnen Falle genehmigt oder verweigert werden solle, und ebensowohl wie die Behörden in jedem einzelnen Falle die Genehmigung überhaupt verweigern können, so können sie offenbar auch sagen: wir verweigern die Anlage, wollen sie aber im einzelnen Falle unter gewissen Bedingungen, hier also, daß die Anlage von der Direction der Gas- und Wasserwerke ausgeführt werde, gestatten.

In dem Gesuche sei als Analogon auf die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung über das Canalisationsstatut hingewiesen. Damals habe es sich um die Herstellung von Hausentwässerungs-Anlagen gehandelt und sei dabei allerdings auch die Rechtsfrage obiter berührt worden. Man brauche aber auf diesen Punkt nicht näher einzugehen, die beiden Fälle lägen vollkommen principiell verschieden, denn damals habe es sich nicht, wie jetzt, um Ausführung einer Anlage gehandelt, deren Genehmigung oder Verweigerung im Belieben der Behörden liegt, und das sei das punctum saliens der ganzen Sache. Das Beispiel sei also nach Ansicht der Statutencommission unzutreffend. Die Commission sei hiernach der Ansicht, daß rechtliche Bedenken gegen den Beschluß vom 6. März c. nicht erhoben werden können.

Was die materielle Seite anlange, so lasse sich nicht verkennen, daß mit der Durchführung dieses Beschlusses eine mehr oder minder erhebliche Schädigung von Privatindustriellen verbunden sei, es sei aber nicht richtig anzunehmen, daß allein

aus diesem Grunde die Maßregel eine ungerechtfertigte sei. Es sei natürlich zu betonen, daß man sich zu Ergreifung dieser Maßregel nur entschließen dürfe, wenn wirklich die Noth es gebiete. Dies sei aber in der That der Fall, wenn die Maßregel durch Rücksichten auf das öffentliche Interesse, auf das sanitäre Interesse der Allgemeinheit, geboten erscheine, und collidire das öffentliche Interesse mit dem Privatinteresse, dann müsse augenscheinlich das erstere den Ausschlag geben. Es frage sich also, ob für den Fall, daß der fragliche Beschluß nicht durchgeführt werde, und vor wie nach jeder Privatmann eine genehmigte Closetanlage ausführen dürfe, die im öffentlichen Interesse unzweifelhaft sehr wünschenswerthe, ja nothwendige Garantie für gute und solide Anlage von Closets nicht erreicht werden könne. Die vorliegenden (vom Referenten verlesenen) Gutachten unserer technischen Behörden sprächen sich dahin aus, daß diese unbedingt wünschenswerthe Garantie allerdings nicht erreicht werden könne, wenn man jeden Privatmann zu den fraglichen Anlagen zulasse und nach Ansicht der Statutencommission habe die Versammlung keine Veranlassung, die technischen Äußerungen als unrichtig zu bezeichnen. Es sei auch darauf hingewiesen, daß man recht schlechte Erfahrungen im Laufe der Zeit in dieser Beziehung gemacht habe: es seien die Closetanlagen zuweilen von Leuten ausgeführt worden, die von der Sache überall nichts verständen. Dann sei auch constatirt, daß die Prüfung einer fertigen Closetanlage auf die Solidität und ordnungsmäßige Ausführung gradezu unmöglich sei. Nun sage der Stadtmagistrat mit vollem Rechte, daß durchaus nicht allen Gewerbetreibenden hiesiger Stadt, die sich mit der Ausführung von Closetanlagen befassen, der Vorwurf der Unsolidität gemacht werden könne. Es gebe gewiß eine Reihe von Fabrikanten, die vollständige Garantie für eine gute Ausführung bieten und für die es eine Härte sei, wenn sie unter den Fehlern ihrer Concurrenten leiden sollten. Aber wie solle man aus dem Dilemma herauskommen? Das ginge doch nur so, daß man einzelnen Privatleuten, denen man die nöthige Garantie zutraue, die Anlegung von Closets gestatte, anderen aber verweigere. Die Commission meine aber, daß dieser Weg nicht zu empfehlen sei, weil er sehr böses Blut machen und die Behörden dem Verdachte der Begünstigung einzelner Leute zum Schaden anderer aussetzen würde; sie könne sich deshalb der Ansicht nicht verschließen, daß die fragliche Maßregel, so leid es ihr an sich thun müsse, mit Rücksicht auf das vorliegende öffentliche sanitäre Interesse als materiell gerechtfertigt anzusehen sei.

Was den fernerer Grund im gedachten Gesuche anlange, daß durch alleinige Ausführung der Closetanlagen durch die Direction der Gas- und Wasserwerke leicht ein bürokratischer Schlendrian eintreten würde, so sei dies bis jetzt eine durchaus unerwiesene Behauptung und es müsse abgewartet werden, ob dieser Fall eintreten würde. Sollte er eintreten, dann müßte in geeigneter Weise Abhülfe geschaffen werden. Jedenfalls liege kein Grund vor, die ganze Maßregel von vornherein als ungerechtfertigt hinzustellen, und könne überall aus den Ausführungen des Gesuchs

nicht gefolgert werden, daß die neue Maßregel nicht eine durch das öffentliche Interesse gebotene sei. Uebrigens sei seitens des Magistrats in der Commission ausdrücklich betont worden, daß es durchaus nicht Absicht gewesen sei, der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke irgendwie einen Dienst zum Schaden des Privatinteresses zu verschaffen, sondern daß bei dem Beschluß einzig und allein die Rücksicht auf das öffentliche sanitäre Wohl maßgebend gewesen sei.

Aus diesen Erwägungen stelle die Statutencommission den Antrag: die Versammlung wolle das geforderte Gutachten dahin abgeben, daß ihrer Meinung nach der in Rede stehende Beschluß einmal rechtlich zulässig und dann auch materiell gerechtfertigt erscheine, letzteres in der Erwägung, daß nach dem vorliegenden technischen Gutachten die unbedingt im sanitären Interesse erforderliche Garantie für ordnungsmäßige und solide Ausführung der Closetanlagen ohne die gedachte Maßregel nicht zu beschaffen sei.

Die Discussion eröffnet

Herr Semler, welcher das vorliegende Gesuch abgefaßt und sich aus den nachfolgenden Gründen der betreffenden Gewerbetreibenden angenommen hat:

Die Commission gehe von der Ansicht aus, daß die Herzogliche Polizei-Direction, weil dieselbe die Ausführung von Closetanlagen sowohl verweigern wie genehmigen dürfe, an eine Genehmigung auch beliebige Bedingungen knüpfen dürfe, was dann immer noch weniger sei als eine Verweigerung. Das halte er aber nicht für Recht. Wenn er sich seiner Zeit bei den Verhandlungen über das Gesamtcanalisationsproject dahin ausgesprochen habe, daß er die Ausführung der Anschlüsse von Privatanalcanälen an die öffentlichen Canäle durch die städtischen Behörden für zweckdienlich halte, so habe er sich das damals nicht gehörig überlegt gehabt: es habe ihm geschienen, als wenn durch diese Ausführungen eine größere Garantie bezüglich der Sicherheit der Anlagen geboten werde. Vom Magistrate sei ihm hierauf bemerkt worden, daß eine solche Bestimmung den bestehenden Gesetzen, insbesondere der Gewerbeordnung widerstreite, und diese Bemerkung sei richtig gewesen. Er könne aber nun nicht anerkennen, daß hier eine principiell durchaus verschiedene Sache vorliege. Auch die Herzogliche Polizei-Direction könne bei der Genehmigung nicht jede beliebige Bedingung stellen, auch sie sei an die Gesetze gebunden und wenn sie durch Stellung solcher Bedingungen indirect durch Beschränkung von Gewerbetreibenden in der Ausübung ihres Gewerbes gegen das Gesetz verstoße, so sei eine solche Maßregel unstatthaft. Der Inhalt der Gesetze sei auch für die Verwaltungsbehörden maßgebend und sie würden willkürlich handeln, wenn sie den Grundsatz von der Gleichheit vor dem Gesetz verletzten und beliebige, nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhende Bedingungen in ihren Verfügungen auferlegten.

Nach der Gewerbeordnung sei es für diese Anlagen nicht zulässig, Privatunternehmer auszuschließen. Anders habe die Sache bei einer vor kurzem als rechtsbändig anerkannten polizeilichen Vorschrift gelegen, nämlich bei der Reinigung der Bierdruckapparate durch bestimmte polizeilich ausgewählte Personen. Müsse nämlich bejahet werden, daß der gesundheitspolizeiliche Zweck nicht anders zu erreichen stehe, als durch Monopolisirung, dann sei es juristisch möglich, eine derartige, an sich gegen die Gewerbeordnung verstoßende Vorschrift zu erlassen. Davon könne jedoch nur dann die Rede sein, wenn es sich, wie gerade bei den Bierdruckapparaten, um die dauernde Controle des Functionirens von Anlagen handle. Hier handle es sich aber nicht um eine solche Ueberwachung, sondern um die Controle von einmaligen Anlagen der Closets und dabei könne der Zweck auch sehr gut dadurch erreicht werden, daß man die Ausführung gehörig controlire und prüfe, ob die Anlage den Anforderungen, welche die Sanitätspolizei zu stellen habe, entspreche. Es sei ein großer Unterschied, ob es sich um eine fortdauernde Ueberwachung der Functionirung von Anlagen oder um eine einmalige Ausführung derselben handle. Er könne deshalb den fraglichen Beschluß vom 6. März c. nicht billigen.

Auch der Herr Referent erkenne an, daß nur, wenn das öffentliche Interesse überwiegend sei, man das Privatinteresse schädigen dürfe. Seiner (Redners) Ansicht nach hätten sich die gehörten Sachverständigen nicht unbedingt dahin ausgesprochen, daß sie die Anlegung von Closets nicht controliren könnten, wenn sie nicht von Arbeitern der Gas- und Wasserwerke ausgeführt seien. Das wäre auch etwas pro domo gesprochen für die Direction der Gas- und Wasserwerke, denn diese habe ja allerdings den Wunsch, jene Arbeiten in ihrem Interesse zu vereinigen, und wenn sie etwas parteiisch sein sollte, so würde man es ihr nicht verdenken können. Die städtische Bauverwaltung stelle nicht die Behauptung auf, daß eine beschaffte Anlage nicht darauf geprüft werden könne, ob sie vernünftigen sanitätspolizeilichen Anforderungen genüge, sondern sage nur, daß die Controle bei freier Concurrenz erschwert sei; daß eben solche Controle möglich, könne nicht wohl bezweifelt werden. Herzogl. Polizei-Direction könne daher nicht verlangen, daß die Versammlung sich das Odium aufschieben lasse, durch ihren Ausspruch eine erhebliche Anzahl von Gewerbetreibenden in ihrem Geschäftsbetriebe zu schädigen. Würde man einen derartigen Ausspruch thun, so würde sich Herzogliche Polizei-Direction allemal darauf berufen können und die betreffenden Leute würden mit Recht die Stadtverordneten als diejenigen bezeichnen, welche sie geschädigt hätten. Er glaube nicht, daß es das öffentliche Interesse erheische, jenen auch vom Standpunkte des bauenden Publicums bedenklichen Beschluß durch ein Verdict der Versammlung zu functioniren. Freie Concurrenz sei immer noch die beste Garantie für gute Arbeit. Er bitte, den Antrag der Statutencommission abzulehnen. Ueberhaupt halte er die Fassung des Commissionsantrags für unrichtig; die Versammlung könne nach seiner Ansicht kein Gutachten dahin abgeben,

daß jener Beschluß rechtlich und materiell wünschenswerth sei, sie könne sich nur im Allgemeinen darüber aussprechen, ob es sich empfehle, die gedachte Maßregel aufrecht zu erhalten oder nicht. Wie sich der Magistrat alsdann dazu verhalten wolle, müsse ihm überlassen bleiben.

Der Herr Vorsitzende stellt zur Erwägung des Herrn Vorredners, ob er nicht, da er abweichender Meinung sei, für zweckmäßig halte, ein anderes Gutachten vorzuschlagen, denn wenn das Gutachten der Commission abgelehnt werde, würde vorläufig kein ferneres vorliegen.

Herr Rieke erklärt sich gegen den Commissionsantrag; man habe als Stadtverordneter das Interesse der Mitbürger zu vertreten, nicht aber der Direction der Gas- und Wasserleitung ein Monopol zu sichern.

Herr Rieß spricht sich gleichfalls gegen den Commissionsantrag aus; er würde demselben nur dann zustimmen können, wenn der Nachweis geführt würde, daß es keine andere Möglichkeit gäbe, den Zweck einer soliden Ausführung der Closets zu erreichen. Dieser Nachweis sei aber noch nicht geführt worden. Man müsse nur die nöthigen Bestimmungen treffen und Controle bei der Ausführung üben. Auch die Errichtung von Gebäuden sei in sanitärer Beziehung ebenso wichtig wie die Anlegung von Closets; für die Gebäude-Ausführungen beständen Vorschriften, es könnten also auch bezüglich der Closet-Ausführungen dergleichen eingeführt werden. Wenn der Herr Referent geltend gemacht habe, daß die Behörden bei Herausgreifung einzelner Gewerbetreibenden leicht den Verdacht der Bevorzugung bestimmter Personen auf sich laden würden, so müsse er bemerken, daß eine derartige Bevorzugung bei einzelnen Gewerben noch heute bestehe: z. B. bei den Schornsteinfegern. — Die Commission erreiche mit ihrem Antrage doch das nicht, was sie zu erreichen glaube: vollständige Sicherung gegen Uebelstände, die durch die Closets entstehen können. Die Versammlung habe neuerdings selbst zugestehen müssen, daß Schädigungen im Gebäude durch ein Closet entstehen könnten, selbst wenn letzteres mit der allergrößten Sorgfalt ausgeführt sei. In der vorigen Sitzung seien 1700 *M.* für Reparaturen an einer Closetanlage im städtischen Krankenhause verwilligt, die doch von Leuten der städtischen Gas- und Wasserwerke ausgeführt seien. Die dortigen Uebelstände seien also nicht durch die Ausführung des Closets, sondern durch den Gebrauch desselben entstanden. Wollte man den beabsichtigten Zweck ganz sicher erreichen, dann dürfe denn auch nicht einmal die Vornahme von Reparaturen an Closets seitens eines Privatmannes gestattet werden.

Herr Blasius kann der Ansicht der Commission nur beitreten. Bei Einrichtung von Closetanlagen könne ganz erheblich gegen das Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege gesündigt werden und man müsse seitens der städtischen Behörden darauf Bedacht nehmen, daß solche Arbeiten in Hände gelegt würden, welche größtmögliche Sicherheit für eine correcte und solide Ausführung böten. Den Vergleich

des Herrn Nieß halte er nicht ganz für zutreffend. Durch die schlechte Construction eines Gebäudes werde ein daneben stehendes gutes Gebäude nicht gestört, wohl aber könne durch einen schlecht angelegten Canal oder ein schlecht angelegtes Watercloset die ganze Nachbarschaft leiden. So seien z. B. in New-York kürzlich durch das Eindringen von Canalgasen aus schlecht angelegten Closets in die Nachbarhäuser Epidemien verursacht worden. Durch schlecht angelegte Closets schade man nicht nur sich, man könne die ganze Umgegend, ja eine ganze Stadt schädigen, und er empfehle den Antrag der Commission zur Annahme, so leid es ihm thue, daß einzelne Private dadurch geschädigt würden.

Herr Wolff steht auf dem Standpunkte der Herren Semler und Nieß. Die vorliegende Frage von der rechtlichen Seite aus zu entscheiden, vermöge die Versammlung nicht, wohl aber könne sie sich über die materielle Seite aussprechen. Wenn die Behörden bestimmte Vorschriften erlassen, wenn sie verlangen und controliren, daß die Anlage von Closets, welche immer als das Wichtigste betont werde, genau nach vorgelegter Zeichnung ausgeführt werde, überhaupt alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen würden, dann finde er auch keine Bedenken, die Closetanlagen auch von Privatleuten ausführen zu lassen. Er bitte, nicht das Obium auf sich zu laden, daß die Versammlung zu Gunsten eines städtischen Instituts, welches sie im Uebrigen hoch achte, berechnigte Privatinteressen schädigen wolle. Seiner Ansicht nach komme es auch bei den Closets mehr auf die Unterhaltung als auf die Anlage an. Daß durch unsolide Ausführung von Closets auch die Nachbarhäuser geschädigt werden könnten, wie Herr Blasius behaupte, möge vorkommen, aber doch nur in vereinzelter Fällen. Er gebe anheim, das geforderte Gutachten, ohne weiter auf die Rechtsfrage einzugehen, rein vom materiellen Standpunkte aus, dahin abzugeben, daß man es nicht für richtig erachte, wenn die Privatindustrie in dieser Beziehung ausgeschlossen werde, dagegen eine genügende Controle seitens der städtischen Behörden bei der Ausführung derartiger Anlagen als zweckmäßig erkenne.

Der Herr Vorsichtige verliest hierauf einen von Herrn Semler inzwischen eingegangenen Antrag:

»die Versammlung wolle sich dafür aussprechen, daß es ungerechtfertigt sei, die Ausführung von Closets ausschließlich dem städtischen Wasserwerke zu überweisen«.

Herr von Seckendorff schließt sich diesem Antrage unter dem Bemerken an, daß nach seinen Erfahrungen die Uebelstände, welche durch Closets hervorgerufen werden, meistens nicht der Ausführung, sondern der Behandlung derselben zuzuschreiben seien.

Herr Wille giebt dem Herrn Referenten in manchen Theilen Recht, aber nicht in der Hauptsache, indem er die Ansicht nicht theilen kann, daß eine Controle über die gedachten Anlagen nicht gut möglich, überhaupt eine correcte Ausführung nur

durch die Gas- und Wasserwerke gesichert sei. Er könne seine Stimme nicht dafür abgeben, daß man die Gas- und Wasserwerke in dieser Weise monopolisire. Wie verhalte es sich denn in anderen Städten? Hier in Braunschweig habe man ja verhältnißmäßig sehr wenig Waterclosets. Was sollte man aber beispielsweise in Berlin oder Hamburg anfangen, wo fast in allen Häusern Waterclosets vorhanden, wenn dort nur die Direction der Gas- und Wasserwerke dergleichen Ausführungen übernehmen dürfte? Wessen Schuld sei es denn, wenn schlechte bauliche Anlagen gemacht würden? Wenn Feuerungsanlagen gemacht werden oder ein Ofen irgend wohin gesetzt wird, so müsse davon Anzeige beim Stadtbauamte gemacht werden und ein Polizist controlire diese Anlage. Die Controlle über Closetanlagen könne dann durch die Direction der Gas- und Wasserwerke geschehen, wenn von Privaten dergleichen ausgeführt würden. Man würde mit der beabsichtigten Maßregel ganz vereinzelt dastehen; ihm sei keine Stadt in ganz Deutschland bekannt, wo derartige Anlagen durch die städtischen Gas- und Wasserwerke ausgeführt würden. Anderwärts führe man die Canalanlage immer nur vom Hauptstrange bis in die Straße, das Uebrige werde von Privaten besorgt. Man controlire aber die Leute und fielen die Anlagen bei der Abnahme schlecht aus, so dürften sie nicht benutzt werden. Die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke verständen seines Erachtens nicht mehr als andere. Er empfehle den Antrag des Herrn Semler.

Da sich Niemand weiter zum Wort meldet, wird die Debatte geschlossen und dem Herrn Referenten das Schlußwort erteilt.

Derselbe bemerkt noch Herrn Semler gegenüber, daß, wie schon erwähnt, die Versammlung nach §. 48 der rev. St. O. auf Anfordern des Stadtmagistrats sich gutachtlich über städtische Angelegenheiten zu äußern habe. Wenn nun, wie im vorliegenden Falle, auch Rechtsfragen in Betracht kämen, wie ja auch im Gesuche der Petenten die rechtliche Seite berührt sei, dann müsse sich die Versammlung auch, wenn sie sonst nicht den Vorwurf der Unvollständigkeit auf sich laden wolle, über die Rechtsfrage äußern. Der Commission sei bei Stellung ihres Antrages lediglich die Rücksicht auf das öffentliche Interesse maßgebend gewesen und habe sie sich in dieser Beziehung an die vorliegenden technischen Gutachten gehalten, die mit Bestimmtheit dahin gehen, daß eine ausreichende Garantie für ordnungsmäßige Herrichtung von Closets nur durch die gedachte Bestimmung zu erlangen sei. Daß durch schlechte Handhabung einer Anlage Uebelstände eintreten könnten, sei richtig, wenn aber eine Anlage von vornherein mangelhaft eingerichtet sei, dann möge man sie handhaben, wie man wolle, dann würden sich stets Uebelstände herausstellen. Daß übrigens die Commission nur mit schwerem Herzen und nur mit Rücksicht auf das Privatinteresse überwiegende öffentliche Interesse ihren Antrag gestellt habe, sei aus seinem Vortrage wohl zur Genüge hervorgegangen.

Es wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Commissionsantrag abgelehnt, der Antrag des Herrn Semler angenommen wird.

III. In Gemäßheit eines früheren Beschlusses der Versammlung hat der Stadtmagistrat die bei den regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung aufgestellten Wählerlisten gleichzeitig mit deren gesetzlich vorgeschriebenen Auslegung noch in einer besonderen Ausfertigung durch die Braunschweigischen Anzeigen veröffentlichen lassen. Die Aufstellung dieser Listen verursacht eine durch das vorhandene Bureaupersonal nicht immer zu bewältigende Arbeit und die Drucklegung veranlaßt eine Ausgabe von mehr als 1000 M. Der Magistrat hat nun durch den Erlass einer Instruction eine genaue Aufstellung der Listen gesichert und er hält, zumal gegen die 1880. Wählerlisten nicht eine einzige Reklamation vorgebracht ist, die Veröffentlichung der Wählerlisten fortan für entbehrlich. Unter Hinweis darauf, daß für den October d. J. regelmäßige Ersatzwahlen bevorstehen, fragt der Magistrat in seinem Schreiben an, ob die Versammlung damit einverstanden ist, daß die Veröffentlichung der Wählerlisten in Zukunft unterbleibt.

In der Statutencommission, für welche Herr Lüderßen berichtet, sind die Ansichten, ob die gedachte Maßregel mit dem Kostenaufwand im Einklange steht, getheilt gewesen. Die Mehrheit hat sich für Beibehaltung des bisherigen Verfahrens ausgesprochen, indem ihr die Beweggründe zur Einführung desselben auch heute noch maßgebend gewesen sind. Bei der schnellen Zunahme der städtischen Bevölkerung lasse sich das Vorkommen von Irrthümern bei Aufstellung der Wählerlisten kaum vermeiden, und da es vielen Wählern an Zeit mangle, sich im Stadthause zu überzeugen, ob ihre Namen berücksichtigt seien, so würde die Berichtigung eventueller Fehler unterbleiben und die Betreffenden auf diese Weise um ihr Wahlrecht gekürzt werden. Die Veröffentlichung der Listen diene einem höchst wichtigen Zwecke des communalen Lebens, sie habe sich auch in mehrfachen Beziehungen aufs Beste bewährt und die Verausgabung der dadurch entstehenden Kosten sei im Hinblick auf die Bedeutung wohl gerechtfertigt.

Wie nun der Herr Vertreter des Stadtmagistrats in der Commission erklärt habe, sei der vorliegende Antrag nur dadurch hervorgerufen, daß, als man bei der letzten Etatsberathung zur Vermeidung einer drohenden Steuererhöhung in den Ansätzen möglichst zu sparen bestrebt war, auch auf diesen Posten als nicht grade dringend nothwendig hingewiesen sei und daß sich der Magistrat schon damals vorgenommen hatte, seiner Zeit auf diese Ausgabe zurückzukommen; der Magistrat wolle aber, wenn die Mehrheit der Commission aus den früher dargelegten Gründen und nach den bisherigen Erfahrungen sich für Beibehaltung der Veröffentlichung der Listen ausspreche, seine Vorlage zurückziehen. Einen Antrag habe die Commission sonach nicht zu stellen.

Da mit der Zurückziehung der Vorlage die Angelegenheit erledigt ist,

geht die Versammlung über

IV. zur Berathung über die Magistratsvorlage vom 24. August 1881, die Anlage eines neuen Friedhofes für die St. Catharinen-Gemeinde betreffend, über welche namens der Statutencommission gleichfalls Herr L ü d e r s e n berichtet.

Die Kirchhofsfrage ist eine der wichtigsten Fragen in unserer Stadt und zu verschiedenen Zeiten, wie auch in neuerer Zeit in der That zu einer brennenden geworden; sie hat auch die Versammlung schon zu wiederholten Malen beschäftigt. Nur ein Theil der heutigen Mitglieder hat den früheren Verhandlungen beigewohnt, und da seitdem außerdem eine geraume Zeit verfloßen ist, so glaubt der Herr Referent nicht umhin zu können, die Hauptmomente der Verhandlungen in ihren verschiedenen Stadien kurz in Erinnerung zu bringen.

Nachdem in der Sitzung vom 31. Mai 1871 von den Herren Reuter und Flagge die Herstellung eines gemeinschaftlichen Begräbnißplatzes für sämtliche Kirchengemeinden hiesiger Stadt angeregt war, wurde nach einem auf Vorschlag der Statutencommission unterm 1. August desselben Jahrs gefaßten Beschlusse an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, geeignete Schritte zu thun, um die Einrichtung eines Centrafriedhofes mit Leichenhaus anzubahnen. Der Magistrat kam diesem Ersuchen nach, und in einem Schreiben vom 10. November 1871, über welches in der Sitzung vom 2. Mai 1872 berathen wurde, machte er, indem er zugleich die in der Stadt Braunschweig bezüglich des Begräbnißwesens bestehenden rechtlichen und factischen Verhältnisse ausführlich erörterte, eine Reihe von Propositionen, in welcher Weise für die Zukunft eine Regulirung des Begräbnißwesens, insbesondere eine Verständigung mit den Kirchengemeinden, zu erstreben sei. Referent wiederholt und erläutert an der Hand des Schreibens vom 10. November 1871 und der sich anschließenden Verhandlung die Grundsätze, über welche die städtischen Behörden sich damals verständigt haben, und welche im Wesentlichen darauf hinauslaufen, daß drei Centrafriedhöfe mit Leichenhäusern u. s. w. anzulegen seien, daß das Terrain die Stadtgemeinde zu beschaffen und nach Bedarf gegen Wiedererstattung der Kosten an die Kirchengemeinden abzugeben habe. Die Angelegenheit kam sodann in der Sitzung vom 20. November 1873 wieder zur Verhandlung. Der Magistrat hatte in einem Schreiben vom 29. October beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Kosten für den Ankauf eines den Erben des Ziegeleibesizers Keffel gehörigen, zwischen den vorderen und mittleren Weinbergen im Turnierfelde belegenen, etwa 2½ Morgen großen Ackerstücks zur Anlage eines Friedhofes für die Andreas- und Catharinen-gemeinde aus der Stadtkasse vorgeschossen würden. Die Versammlung genehmigte diesen Antrag, wobei die Commission ihr Bedauern darüber ausdrückte, daß dieser Platz nicht geeignet sei, demnächst auch den Friedhof der Magnisgemeinde in sich auf-

zunehmen; gleichwohl kam es nicht zum Ankaufe des Grundstücks, weil ein zu hoher Kaufpreis gefordert wurde und die Expropriation besonderer Umstände wegen nicht rathsam erschien. Inzwischen wurden anderweite Projecte für Beschaffung eines Kirchhofes für die Andreas- und Catharinengemeinde, für welche das Bedürfnis immer dringender hervortrat, gemacht, worüber sich ein Schreiben des Stadtmagistrates vom 2. Januar 1876 ausführlich aussprach. Man hatte nämlich eine zum Klostersgute Ribbaggshausen gehörige Ackerfläche hinter dem Hasanenhölzchen an der Nordseite des großen Exercierplatzes, ferner ein östlich an die Hamburgerstraße stoßendes Terrain, auf der »Hube«, in Aussicht genommen. Ersteres eignete sich zwar sehr zu dem beabsichtigten Zwecke, wäre auch billig zu erwerben gewesen, doch hätte die Instandsetzung des Zugangsweges, des sog. Colonnenweges, einen unverhältnismäßigen Kostenaufwand bedingt. Es mußte deshalb hiervon abgesehen werden und wurde dagegen in der Sitzung vom 24. Februar 1876 dem Magistratsantrage entsprechend beschlossen, daß auf der Hube ein der Andreaskirche gehörendes Terrain von 16 Morgen angekauft, und zugleich der künftige Erwerb von ca. 31 Morgen daselbst, welche Eigenthum des großen Waisenhauses sind, der Stadtgemeinde gesichert, auf dem dort einzurichtenden Friedhofe aber ein Leichenhaus errichtet werde. Hiermit erklärten sich die theilgenommenen Kirchenvorstände, obwohl die Catharinengemeinde sich vorher dagegen ausgesprochen hatte, denn auch einverstanden, und der Stadtmagistrat ließ nunmehr specielle Pläne und Anschläge zur Einrichtung des projectirten Kirchhofes aufstellen.

Inzwischen erhielt indessen im Jahre 1877 die Kirchhofsfrage wieder eine neue Wendung, indem die Vertretungen der sämtlichen Kirchengemeinden im Kirchenconvente — entgegen den bisherigen auf Anlegung von Centraalkirchhöfen gerichteten Bestrebungen — einstimmig beschlossen, jede Kirchengemeinde solle ihren Kirchhof für sich behalten, und zugleich als Grundsatz aufstellten, die Anlage von Kirchhöfen sei lediglich Sache der Kirchengemeinden.

Dementsprechend wurde nun das vorgedachte Terrain auf der Hube, nachdem einige andere Vorschläge des Catharinen-Kirchenvorstandes sich als unausführbar erwiesen hatten, behuf Anlage eines Kirchhofes für die Catharinen-Gemeinde allein angekauft, ein speciell Project wegen Einrichtung von der städtischen Bau-Bebehörde ausgearbeitet und dieses auch schließlich vom Kirchenvorstande der Catharinen-Gemeinde acceptirt. Hiermit war die Sache Ende 1880 zu einem Abschlusse gekommen. Nun schien aber im Kirchenvorstande von St. Catharinen eine andere Meinung durchgedrungen zu sein. Derselbe machte geltend, daß die Hube für die Catharinengemeinde allein doch sehr ungeeignet und unbequem wäre und diese damit anderen Kirchengemeinden gegenüber sehr in Nachtheil käme, es sei deshalb darauf Bedacht zu nehmen, einen andern Platz zu erwerben. Der Kirchenvorstand von St. Catharinen hat denn auch einen andern Platz, nämlich ein Areal zwischen der Spargelstraße und dem

Mittelwege ausfindig gemacht und hat beantragt, dort einen Friedhof anlegen zu dürfen. Die städtische Bauverwaltung, zum Gutachten aufgefordert, hält diesen Platz zwar für etwas klein, im Uebrigen aber an sich für zweckmäßig, den Ortsbauplan nicht störend und genügend zugänglich. Als dieses Project bekannt wurde, fand derselbe aber in der Stadt vielfach Opposition. Der Bürgerverein hat sich dagegen erklärt und ferner haben zahlreiche Mitglieder der Catharinengemeinde den Magistrat in einer Eingabe gebeten, dahin zu wirken, daß ein Kirchhof für ihre Gemeinde nicht auf jenem Plage, sondern auf der Hube angelegt werde.

In diesem Stadium hat nun der Magistrat schon vor etwa einem Jahre die Kirchhofs-Verhandlungen der Versammlung zugehen lassen mit dem Ersuchen um gutachtliche Aeußerung über die nach Inhalt derselben von dem Kirchenvorstande zu St. Catharinen beabsichtigte Anlage eines Friedhofes auf einem zwischen der Spargelstraße und dem Mittelwege belegenen Terrain.

Wie der Herr Referent weiter ausführt, ist die Statutencommission von vorn herein, ganz abgesehen von der Frage der Tauglichkeit an sich und von den dagegen erhobenen Einwürfen, der Ansicht gewesen, daß der vom Vorstande der St. Catharinenkirche vorgeschlagene Platz insofern ungeeignet erscheine, als derselbe das Princip einer Centralisation, wie es in den früheren Verhandlungen und Beschlüssen in Aussicht genommen war, und wie es auch jetzt von den Meisten gewünscht werde, ausschließe, wenigstens in fast unabsehbare Ferne rücke; denn wenn hier dem dringendsten Bedürfnisse der Catharinengemeinde Rechnung getragen werden sollte mit der Maßnahme, daß, wenn dieser Platz etwa gefüllt sein sollte, wieder auf den früheren Platz zurückgegriffen werde, also eine Art Wechsel eintreten sollte, dann liege für diese Gemeinde ein Bedürfnis zum Anschluß an einen Centralfriedhof nicht mehr vor.

Die Commission habe daher nach Auskunftswegen gesucht, wie an dem Principe der Centralisation festgehalten werden könne, ohne doch auch wieder der Catharinen-Gemeinde allein zu große Opfer aufzuerlegen. Man kam schließlich in Uebereinstimmung mit dem Magistrats-Referenten, Herrn Oberbürgermeister Pockels, zu dem Beschlusse, die Sache einstweilen noch liegen zu lassen, indem Letzterer zugleich ersucht wurde, nochmals im Kirchenconvente den Versuch zu machen, die Kirchenvorstände für die Centralisation des Begräbnißwesens nach den früher beschlossenen Grundsätzen zu bestimmen. Die Bemühungen des Herrn Oberbürgermeisters seien indeß, wie derselbe nunmehr erklärt habe, resultatlos geblieben, und die Versammlung sei nun gezwungen, in irgend einer Weise Beschluß zu fassen. Die rechtlichen Verhältnisse lägen so, wie sie der Magistrat in dem Schreiben vom 10. November 1871 geschildert habe. Es sei also sehr fraglich, ob sich eine zwangsweise Centralisation der Friedhöfe durchsetzen lasse, und wenn dieß der Fall, dann jedenfalls nicht ohne Entschädigung. Es würde dieß auch eine Maßregel sein, die Viele der Bürgerschaft in berechtigten Gefühlen verletzen und jedenfalls nicht ohne bedeutende Geld-

opfer seitens der Stadt durchzuführen sein würde. Die Commission sei deshalb der Ansicht gewesen, daß man an dem Plane der Centralisation des Begräbnißwesens, wenigstens der Centralisation auf 2—3 Plätzen festhalten, dabei aber doch zusehen müsse, dieses auf gutlichem Wege durch Verständigung mit den Kirchengemeinden zu erreichen, und da habe sie sich nach wiederholten Berathungen einen Vorschlag des Herrn Oberbürgermeister Pockels angeeignet, welcher vielleicht geeignet sei, die gewünschte Verständigung mit den Kirchengemeinden anzubahnen.

Die Statuten-Commission schlage hiernach vor:

Dem Stadtmagistrat zu antworten, es werde von Ertheilung des angeforderten Gutachtens einstweilen abgesehen, der Magistrat dagegen ersucht eine Vereinbarung mit den Kirchengemeinden auf folgender Grundlage anzustreben:

- 1) für die Gemeinde St. Catharinen und St. Andreas wird ein gemeinschaftlicher Begräbnißplatz vor dem Wendenthore (auf der Hube) hergestellt eingerichtet, daß jede der beiden Gemeinden eine besondere Abtheilung zur Benutzung überwiesen bekommt;
- 2) für die St. Martini-, Michaelis-, Brüdern- und Petrigemeinde wird in gleicher Weise ein gemeinschaftlicher Begräbnißplatz vor dem Hohenthore (etwa Broikemer Wege) eingerichtet;
- 3) der Friedhof zu St. Magni bleibt einstweilen an jetziger Stelle;
- 4) die Stadtgemeinde erwirbt das Areal zu den zu vereinigenden Friedhöfen und räumt selbiges den Kirchengemeinden je nach Bedarf zur Benutzung als Begräbnißplatz unentgeltlich ein;
- 5) die Stadtgemeinde erklärt sich bereit, auf jedem der zu vereinigenden Begräbnißplätze ein Leichenhaus mit Capelle herzurichten.

Diese Vorschläge basirten im Wesentlichen auf denselben Grundsätzen, die früher schon als wünschenswerth beschlossen seien; sie ermöglichten einerseits eine angemessene Centralisation des Begräbnißwesens mit Anlage von Leichenhäusern, Capellen und dergl. und anderseits für die einzelnen Kirchengemeinden, deren Wünschen entsprechend, besonders abgegrenzte Kirchhöfe. Selbstverständlich bläibe ebenfalls vorbehalten, daß auch die übrigen Kirchengemeinden und sonstigen religiösen Gesellschaften sich in entsprechender Weise anschließen können und eventuell natürlich, wenn das Bedürfniß vorhanden sein sollte, auch für Dissidenten ein Friedhof geschaffen werden müsse. Eine Abweichung von den früheren Beschlüssen liege aber darin, daß man früher von dem Grundsätze ausgegangen sei, die Stadt solle das erforderliche Terrain erwerben und die Kirchengemeinden sollten es nach Bedarf ihr wieder abkaufen, während nach den jetzigen Vorschlägen die Stadt das benötigte Terrain allerdings auch erwerben, aber nach Bedürfniß den Kirchengemeinden unentgeltlich überweisen solle. Die Gründe zu dieser Aenderung des früheren Standpunktes seien im

Wesentlichen folgende gewesen. Unsere Kirchengemeinden befinden sich bekanntlich in eigenartigen pecuniären Verhältnissen, einige haben erhebliches Vermögen, andere nicht. Sie haben aber von jeher eine gemeinschaftliche Cassé gehabt, in welche die Einkünfte sämmtlicher Kirchen fließen und aus welcher die Kosten nach Bedarf bestritten werden, so daß thatsächlich die ärmeren Kirchen von den reicheren mit unterstützt werden. Aber diese Einkünfte aus dem gesammten Kirchenvermögen reichen überhaupt nicht aus zur Befreiung der kirchlichen Bedürfnisse, insbesondere zu den Reparaturen der Kirchen und Kirchendienerwohnungen u. s. w., und es ist deshalb, da man mit Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse von Erhebung einer besonderen Kirchensteuer absehen mußte, für die kirchlichen Bedürfnisse ein aus dem Kreiscomunalfonds zu entnehmender Betrag von 1200 M schon seit mehreren Jahren in den Etat eingestellt. Fehlt es den Kirchengemeinden an Mitteln zur Beschaffung von Kirchhöfen, so wird die Stadt ohnehin Sorge dafür tragen müssen, so daß es mit Rücksicht auf diese Verhältnisse ganz angemessen scheint, die Beschaffung aus städtischen Mitteln von vornherein zu übernehmen, zumal wenn man die gewünschte Centralisation des Begräbnißwesens auf solche Weise erreicht. Eventuell müsse die unzureichende Kirchencasse doch immer subventionirt werden, und wenn z. B. auch der Catharinengemeinde, die zu den bestdotirten gehört, genügende Mittel zur Beschaffung ihres Kirchhofs zu Gebote stehen, so ist dies doch bei anderen Kirchen, bei denen das Bedürfniß ebenfalls hervortritt, nicht der Fall.

Die Commission empfehle daher einstimmig, den vom Herrn Oberbürgermeister proponirten Vorschlag anzunehmen; sie hoffe, daß damit dem in der Bürgerschaft lange gehegten Wunsche nach einer Centralisation unserer Friedhöfe, zugleich mit Berücksichtigung der Wünsche derjenigen Gemeinden, die ihre Friedhöfe für sich behalten wollen, nach Möglichkeit entsprochen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat zur Erläuterung des Vorgehens des Stadtmagistrats in dieser Angelegenheit Folgendes vorzutragen: Als der Kirchenvorstand zu St. Catharinen das vom Herrn Referenten entwickelte Project der Anlage eines Friedhofes zwischen der Spargelfstraße und dem Mittelwege zur Genehmigung vorlegte, waren Polizei und Magistrat darin einverstanden, daß Bedenken gegen die Wahl des Platzes nicht zu erheben seien, und der Magistrat wäre danach als Aufsichtsbehörde der Kirchen in der Lage gewesen, die Genehmigung zur Anlage eines Friedhofes auf diesem Areale zu erteilen. Allein der Magistrat konnte sich sagen, daß sobald einmal die große Catharinengemeinde einen neuen Friedhof eingerichtet haben würde, eine Vereinigung der Friedhöfe zunächst unserer sieben Stadtkirchen mehr oder weniger ein frommer Wunsch bleiben dürfte, und da der Magistrat eben aus den vom Herrn Referenten angezogenen Verhandlungen wußte, daß die Stadtverordnetenversammlung den Wunsch des Magistrats theilte, so habe er Veranlassung genommen, eine gutachtliche Aeußerung der Versammlung über diesen concreten Fall

der Catharinengemeinde einzuholen, in der nun auch in Erfüllung gegangenen Erwartung, daß die Herren wiederum auf den früheren Plan einer Vereinigung der Friedhöfe zurückkommen und sich auch bereit erklären würden, zur Erreichung dieses Zweckes pecuniäre Opfer zu bringen. Unsere städtischen Kirchengemeinden befinden sich ja nicht gerade in einer günstigen Finanzlage; die Mittel unserer Kirchen reichen im Ganzen wohl aus, die laufenden Ausgaben zu bestreiten, sie sind dagegen unzulänglich zur Deckung außerordentlicher Aufwendungen, die ihnen im großen Umfange noch bevorstehen. Ein Theil dieser außerordentlichen Aufwendungen ist schon im letzten Jahrzehnt durch die Restauration des Innern verschiedener Kirchen befriedigt, es liegen aber noch vor: die Restauration einer anderen Kirche im Innern, die Restauration sämmtlicher Kirchen im Aeußern und der Neuaufbau mehrerer Predigerwohnungen. Es lag im Plane des Stadtmagistrats, die Kirchen zur Erfüllung dieser ihnen bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben dadurch in Stand zu setzen, daß der Kreiscommunalverband eine Anleihe zu Gunsten der Kirchen aufnehme, damit diese in verhältnißmäßig kurzer Frist, in etwa 18 Jahren, die nothwendigen Restaurationsarbeiten vornehmen können, wogegen sie das aufgenommene Kapital verzinsen und amortisiren sollten. Dabei hatte der Magistrat den Gedanken, daß die Kirchengemeinden als Gegenleistung sich verpflichten sollten, auch auf den Wunsch des Stadtmagistrats in Bezug auf die Einrichtung zweier Centralfriedhöfe einzugehen. Das sei denn auch der Grund gewesen, weshalb Redner in der Statutencommission im vorigen Jahre nicht allein sich damit einverstanden erklärte, sondern geradezu anheim gab, die Angelegenheit einstweilen liegen zu lassen, in der Annahme, daß auf dieser Basis noch eine Verständigung mit den Kirchengemeinden herbeizuführen sein würde. Vom Magistrate seien dann Ermittlungen angestellt und habe sich ergeben, daß der Plan, welchen er im Auge hatte, unausführbar sei, weil die Restauration unserer Kirchen allein, im Innern wie im Aeußern, 640 000 *M.* kosten werde, und die Kirchen unter Hinzurechnung der Kosten für die Restauration der Thürme der St. Andreaskirche zu 200 000 *M.* — welche allerdings nach einer technischen Erklärung noch etwa 50 Jahre unterbleiben kann — vor einer Ausgabe von im Ganzen 840 000 *M.* stehen. Die Gemeinde-Kirchenkasse sei aber nicht im Stande, auf so lange Zeit so große Kapitalien zu verzinsen und zu amortisiren. Nun sei ein anderer vom Herrn Referenten vorhin mitgetheilte Gedanke aufgetaucht und er bitte die Versammlung, dem Commissionsantrage die Zustimmung zu geben. Alle unsere Kirchhöfe sind jetzt mehr oder weniger voll. Es streben die Kirchenvorstände schon seit Jahr und Tag danach, sich andere Friedhöfe zuzulegen. Die Catharinengemeinde, unsere reichste Kirchengemeinde, konnte schon etwas tiefer in den Geldbeutel hineingreifen und ein größeres Areal ankaufen; die wenigsten anderen Kirchen seien aber dazu im Stande. Die Folge, daß die übrigen Kirchen keine Mittel haben und aus der Gemeindefirchenskasse nichts bekommen können, sei, daß sie bei ihren Kirchhöfen Glittereien anstreben;

wenn ihre Kirchhöfe voll sind, suchen sie sich in unmittelbarer Nähe einen kleinen Fleck, beerdigen dort erst 10 Jahre, und wenn der wieder voll ist, dann wird auf dem alten Kirchhofe dort, wo er 40 Jahre unberührt geblieben ist, wieder angefangen. Nun liegen aber die Kirchhöfe in Gegenden, die schon bebaut sind, und wenn also in gedachter Weise verfahren werde, dann würden die Kirchhöfe binnen 10 Jahren inmitten verkehrsreicher Straßen zu liegen kommen und es würde dem Magistrate die Macht nicht zustehen, die Wiederinangriffnahme der verlassenen alten Stellen zu untersagen oder er müßte voll, auch für dieses Terrain, entschädigen. Es könne die Erwerbung des Areal's nicht so sehr in Betracht kommen, weil, wenn die Kirchen nicht im Stande sind, aus eigenen Mitteln dafür zu sorgen, also in sicherer Aussicht steht, daß die Kirchengemeinden ihre Ausgaben nicht mehr bestreiten können, die Stadt doch zuspringen müsse. Wenn die Stadt also nicht zu diesem Zwecke beizutreten müsse, dann müsse sie es in irgend einer andern Form und da sei es doch wohl das Beste, zu einem Zwecke zuzuschießen, wodurch ein von den städtischen Behörden seit langer Zeit gehegter Wunsch seiner Realisirung entgegengehe. Möglicherweise werde dadurch auch ein anderer von den städtischen Behörden schon seit dem Jahre 1870 gehegter Wunsch auf Errichtung von Leichenhallen auf den zu beschaffenden Centrafriedhöfen befriedigt werden.

Herr Wolff theilt die Ansicht der Statutencommission, fragt aber an, wer das Geld zum Ankauf der Länderei auf der Hube hergebe und wem die Beerdigungs- u. Gebühren zufallen würden, wenn die Stadt die Plätze für die Centrafriedhöfe ankaufe und sie nach Bedarf den einzelnen Gemeinden überweise?

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert hierauf, daß, wie der Herr Referent schon bemerkt habe, als ein Anschluß der Andreasgemeinde an die Catharinengemeinde in sicherer Aussicht stand, bereits ein Terrain von der Hube von ca. 25 Morgen angekauft sei, und dasselbe noch im Besitze der Catharinengemeinde sich befinde. Ueber die fernere Frage, wem die Beerdigungs- u. Gebühren zufallen würden, wenn die Stadt das Geld für den Erwerb der neuen Friedhöfe hergebe, dürfe man nicht im Zweifel sein. Wenn das erforderliche Areal von der Stadt auf deren Kosten erworben sei, dann müsse sie dasselbe den Kirchen, sobald diese es nöthig haben, ohne irgend welchen Vorbehalt einräumen; man könne nicht verlangen und würde es auch durchaus nicht erreichen, daß diese Gebühren an die Stadtcasse oder den Kreiscommunalfonds gezahlt würden. Die Kirchen leben einmal von den Todten, und wenn die Sterbegebühren nicht wären, dann müßten sie bankrott machen oder Kirchensteuer erheben. Die Sterbegebühren sind die hauptsächlichsten Einnahmen der Kirchen. Soviel stehe fest, die Stadt müsse in der einen oder anderen Weise zuschießen.

Herr Nunte giebt bei dieser Gelegenheit dem Wunsche Ausdruck, daß der Magistrat auf die Beschaffung einer Begräbnißordnung Bedacht nehmen möchte. Gerade in Braunschweig »sei das Sterben am theuersten«; ein gewöhnliches bürgerliches Be-

gräbniß koste ca. 600 *M.* Er wolle den Kirchen gern gönnen, von den Todten zu leben, da sie von den Lebenden vielleicht nicht soviel bekämen, als sie nöthig haben, es werde aber manchen Familien sehr wohl thun, wenn der Aufwand von Kränzen u. unterbliebe. Die Israeliten bedienten sich bei ihren Beerdigungen eines geschlossenen Wagens, könnten dieselben also, ohne nach irgend welcher Seite hin zu verstoßen, weit bescheidener und billiger einrichten — gewiß ein empfehlenswerthes Vorbild.

Herr Oberbürgermeister Pöckels bemerkt hierauf, daß eine Begräbnißordnung bereits ausgearbeitet sei und auch mit einzelnen Abänderungen schon die Zustimmung der Kirchenvorstände gefunden habe. Eine definitive Berathung darüber sei indeß mit Rücksicht auf den Plan der Vereinigung der Friedhöfe in dem oben angedeuteten Sinne noch ausgesetzt worden.

Herr Rieke glaubt, daß durch das Angestrebte doch nichts Vollständiges geschaffen werde. Das allein Richtige wäre ein einziger Centralfriedhof, wie man ihn in vielen anderen Städten habe. Sollte seitens der städtischen Behörden ein Zwang nach dieser Richtung hin ausgeübt werden können, so dürfe man das nicht unterlassen. Wenn hier und da angenommen werde, daß ein Centralfriedhof leicht der Vernachlässigung und Verödung anheimfallen würde, so sei er gerade entgegengesetzter Meinung: man würde von allen Seiten eine Ehrenpflicht darin suchen, die größte Sorgfalt auf diesen Kirchhof zu verwenden; es würde ein Jeder nach Kräften gern dazu beitragen, daß die letzte Ruhestätte seiner Angehörigen auf diesem Friedhofs in würdiger Weise ausgeschmückt werde, und ein gemeinsamer Friedhof, in solcher Ausstattung, würde alsdann ein Paradies genannt werden können.

Es folgt hierauf die Abstimmung und wird der Antrag der Statutencommission mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Die Berathung über den Abschluß eines neuen Vertrages wegen der Kehrtrichterabfuhr kann auch heute noch nicht vor sich gehen, weil die Commission sich die nöthigen Aufklärungen noch nicht hat verschaffen können.

V. erklärt sich die Versammlung nach einem von Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Berichte dem bezüglichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 5. d. Mts. gemäß damit einverstanden, daß von dem der Stadtcasse nach dem Rechnungsabschlusse vom Jahre 1881 im Ordinarium verbleibenden, nach Abzug von 20 000 *M.*, welche bereits der Betriebsverwaltung von 1882 zugeführt worden, noch 23 848 *M.* 56 *S.* betragenden Ueberschusse dem Extraordinarium von 1881 zur Deckung der Fehlsomme desselben, vorbehaltlich der Justificirung der darüber geführten Rechnung, der Betrag von 9948 *M.* 54 *S.* überwiesen, mittelst der Restsumme von 13 900 *M.* 2 *S.* aber der Dispositionsfonds der städtischen Behörden pro 1882 verstärkt werde.

Wie

VI. Herr Blasius namens der Schulcommission vorträgt, hat nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 30. v. Mts. die Ostern 1881 eingerichtete Hilfsklasse für schwachbefähigte Schulkinder sowohl hinsichtlich der körperlichen und geistigen Entwicklung der letzteren selbst als auch in Beziehung auf den Unterricht der vollsinnigen Kinder erfreuliche Erfolge aufzuweisen. Der Schulvorstand hat sich nun dahin ausgesprochen, daß zu Michaelis d. J. eine zweite Hilfsklasse für schwach befähigte Kinder einzurichten sei und beantragt der Magistrat, die dadurch für das Jahr 1882 entstehenden Kosten von insgesammt 487 *M.* 50 *S.* vom Etat der Bürgerschulcasse zu bewilligen.

Vom Herrn Referenten empfohlen, wird die Bewilligung ohne Weiteres ausgesprochen.

Nachdem schließlich

VII. die Versammlung noch auf einen Bericht des Referenten der Schulcommission, Herrn Schwarzenberg, dem bezüglichlichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 2. September entsprechend, die Zustimmung dazu erteilt hat, daß die Industrie-Lehrerin Hirsch von der fünften unteren Bürgerschule zu Michaelis d. J. mit der gesetzlichen Pension in den Ruhestand versetzt werde,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In gemeinschaftlicher Sitzung

findet sodann noch vertraulich die Erledigung von Steuerreclamationen in der Recursinstanz statt.

(Beilage zu **N 249** der **Braunschw. Anzeigen**).**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 248** de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 12.**

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. September 1882.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend

- I. den formellen Abschluß des Vertrags wegen Ankaufs von Wiesen des Klostersguts St. Leonhard,
- II. Niederlegung des Amtes eines Magistratsmitgliedes Seitens des Herrn Stadtraths Bammel,
- III. Weitere Hinausschiebung der der Braunschweigischen Pferdebahn-Gesellschaft zur Herstellung der Güterbahn gestellten Frist.

Vertraulich:

Communalsteuer-Reklamationen.

Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Begebaufsteuer-Reklamationen.

Entschuldigt die Herren Otto, Schwarzenberg, von Seckendorff und Semler. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Haake und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Kybig

I. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 21. d. Mts., den formellen Abschluß des Vertrages wegen Ankaufs von Wiesen des Klostersguts St. Leonhard betreffend.

In der Sitzung vom 10. März haben die Stadtverordneten sich mit dem Ankauf der fiskalischen Grundstücke im Gänsewinkel und in der Bleicherwiese zum Kaufpreise von 1000 *M.* pro 25 ar unter dem Vorbehalte der Zustimmung zu dem demnächst abzuschließenden Kaufvertrage einverstanden erklärt. Der Stadtmagistrat hat demgemäß am 9. September d. J. mit Herzoglicher Cammer, Direction der Domänen,

einen notariellen Kaufcontract abgeschlossen und ersucht nunmehr um dessen Genehmigung mit dem Bemerken, daß die für den fraglichen Ankauf in dem Stadthaushalts-Etat pro 1882 aufgenommene Summe von 40000 *M.*, da die Größe der gedachten Wiesen nach neuester Vermessung 10 ha 69,45 ar betrage, zwar um 2778 *M.* überschritten werden würde, daß diese Mehrausgabe indeß um so weniger zu Bedenken Anlaß geben dürfte, als die Wiesen im Gänsewinkel nicht allein, wie ursprünglich in Aussicht genommen, zur Anlage eines Stadtparks, sondern muthmaßlich zugleich auch zur Anlage von Klärbassins für das städtische Wasserwerk benützt werden würden.

Der Contract findet, nachdem derselbe vom Herrn Referenten verlesen und zur Genehmigung empfohlen ist, ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung.

Weiter

II. trägt Herr Heymann namens der Statutencommission vor, daß laut eines Magistratschreibens vom 12. d. Mts. der Stadtrath Bammel seinen Wohnsitz nach Kiel zu verlegen beabsichtigt und gebeten hat, ihm die Niederlegung seines Amtes als unbefoldetes Magistratsmitglied zu gestatten. Der Stadtrath Bammel gehört den städtischen Behörden seit dem Jahre 1849 als Mitglied an; zuletzt zum 1. Januar 1878 als Stadtrath wiedergewählt, wurde seine Amtsdauer mit dem Schlusse des Jahres 1883 zu Ende gehen. Der Magistrat giebt anheim, Herrn Bammels Wünsche zu willfahren und bemerkt dabei, daß, wenn er auch den Stadtrath Bammel in dankbarem Rückblicke auf seine langjährige verdienstliche Thätigkeit ungern aus seiner Mitte scheiden sehe, gleichwohl dessen Berechtigung zur Niederlegung des Amtes anerkannt werden müsse.

Nachdem die Versammlung auf Befürwortung der Commission dem Magistratsantrage gemäß beschloffen hat,

nimmt der Herr Vorsitzende Anlaß, dem scheidenden Collegen noch einige Worte nachzurufen:

Der Herr Stadtrath Bammel sei außergewöhnlich lange Zeit in ehrenamtlicher Stellung im Interesse der Stadt wirksam gewesen. Er habe während der ganzen inhaltreichen Amtsdauer des verstorbenen Oberbürgermeisters Caspari den städtischen Behörden zuerst als Stadtverordneter, dann als Mitglied des Magistratscollegiums angehört und seine Thätigkeit sei eine höchst ersprießliche gewesen, namentlich, wie allen Anwesenden bekannt, soweit das Armenwesen der Stadt in Betracht komme. Sei es auch erklärlich, daß bei einer so langen Amtsdauer die Anschauungen und Einrichtungen wechseln, wie denn namentlich das Institut, welchem Herr Bammel vorzugsweise dienstbar gewesen sei, die städtische Armenpflege, in neuester Zeit Reformen unterworfen worden, deren es dringend bedurfte, so würde es doch Unrecht sein, unter dem Eindrucke dieser neuen Anschauungen etwa der Thätigkeit des Herrn

Bammel in Bezug auf die Armenpflege weniger Dank zu zollen und solche geringer zu schätzen, als dies der Fall gewesen sein würde, wenn sein Austritt zu einem früheren Zeitabschnitte erfolgt wäre. Die Bürger der Stadt und namentlich die städtischen Collegien hätten alle Ursache; dem Gerechtigkeitsfinne, der Geduld und dem Ernste, womit Herr Bammel sein Amt verwaltet habe, volle Anerkennung widerfahren zu lassen. Dem Danke, welchen die Commune und die städtischen Behörden dem Stadtrathe Bammel schulden, möge hiermit Ausdruck gegeben werden, und zur Bethätigung dieses Dankes, sowie um den scheidenden Collegien zu ehren, würden die Anwesenden ersucht, sich von den Sitzen zu erheben.

Die Versammlung erhebt sich.

Sodann

III. trägt Herr Lüderßen namens der Statutencommission Folgendes vor:

Der hiesigen Pferdebahn-Gesellschaft ist s. Z. die Concession zur Erbauung einer Güterbahn unter der vertragsmäßigen Bedingung ertheilt, daß diese Bahn spätestens am 1. April d. J. in Angriff genommen werde, widrigenfalls die Concession als erloschen zu betrachten sei. Mit Rücksicht auf die wegen Anlage einer Eisenbahn von Braunschweig nach Gifhorn schwebenden Verhandlungen, mit welchen die Erbauung einer Güterbahn im nahen Zusammenhange steht, ist die Frist zur Inangriffnahme der Bahn auf Beschluß der Versammlung einmal bis zum 1. Juli c., dann wieder bis zum 1. October c. hinausgerückt worden. Da die gedachten Verhandlungen immer noch nicht soweit gediehen sind, daß zur Ausführung der Güterbahn geschritten werden kann, so hat die Direction der Pferdebahn-Gesellschaft in einer Eingabe an den Stadtmagistrat darum nachgesucht, daß die Frist zur Inangriffnahme nochmals bis zum 1. April 1883 prolongirt werde, und giebt der Magistrat in seinem Marginalschreiben vom 26. d. Mts. anheim, sich mit der Gewährung dieses Ansuchens einverstanden zu erklären.

Da dieselben Gründe der Billigkeit, welche die Versammlung früher zur Verlängerung der Frist bewogen haben, auch heute noch vorliegen, so giebt die Statutencommission anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Der Magistratsantrag wird angenommen,
und hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich wird über Communalsteuer-Reklamationen Beschluß gefaßt,
auch werden schließlich

in gemeinschaftlicher Sitzung

unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels Begebausteuern-Reklamationen erledigt.

(Beilage zu *M* 255 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu *M* 249 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 13.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 5. October 1882.

Wesentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I Erweiterung des Wasserwerks und Erpachtung der Mahlmühle zu Eisenbüttel
- II. Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedterstraße.
- III. Canalisirung der Wandelnstraße.

Entschuldigt die Herren Otto, Telligmann und Wille. — Am Magistrats: tische die Herren Oberbürgermeister Vockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götke, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Den Vorsitz führt der stellvertretende Vorsitzende Herr Kybik, welcher nach Genehmigung des Protokolls *M* 10

I. Herrn Semler, dem Referenten der vereinigten Statuten- und Finanz: commission, das Wort ertheilt zur Berichterstattung über die Magistratsvorlagen vom 12. und 25. v Mts., die Erweiterung des Wasserwerks bez. die Erpachtung der Mahlmühle zu Eisenbüttel betreffend.

Derselbe berichtet zunächst über die ersigedachte Vorlage.

Am 29. Juni d. J. hat die Versammlung unter Aussetzung einer Entscheidung auf die vom Stadtmagistrate behuf der Lösung der hiesigen Wasserversorgungsfrage gestellten Anträge den Stadtmagistrat ersucht, über die rationellste Art der Wasser:

gewinnung und Wasserversorgung der Stadt noch weitere Ermittlungen anstellen zu lassen und möglichst bald unter Mittheilung der gewonnenen Resultate entsprechende Vorlagen zu machen.

Der Stadtmagistrat hat danach die geforderte Enquête angeordnet:

- 1) über die Ausführbarkeit des Project's einer Harzwasserleitung,
- 2) über die Möglichkeit des erforderlichen Leitungswassers durch Tiefbohrungen im Gebiete der hiesigen Stadt oder in deren unmittelbarer Nähe,
- 3) über das Project einer Erweiterung und Verbesserung des vorhandenen Wasserwerks.

Anlangend die Harzwasserleitung, so ist der Professor Ottmer um eine gutachtliche Aeußerung darüber ersucht worden, ob mit Sicherheit darauf zu rechnen sei, daß eine solche Wasserleitung den gesammten Wasserbedarf der hiesigen Stadt dauernd liefern werde. Herr Ottmer hält die im Kiesbette des Steinfeldes vorfindlichen Wassermassen nicht für Quell-, sondern für Grund- resp. Flußwasser und spricht sich dahin aus, daß das von ihm geforderte Gutachten erst nach Vornahme weiterer, den Zeitraum von mindestens einem Jahre umfassender geognostischer und hydrotechnischer Untersuchungen und Ermittlungen erstattet werden könne. Im Wesentlichen zu demselben Ausspruche gelangt der Oberbaurath Dr. Scheffler in seinem neuerdings veröffentlichten Aufsatz über die Versorgung der Stadt mit Quellwasser.

Zur näheren Orientirung über die der Anlage der Harzwasserleitung im Preussischen Gebiete entgegenstehenden rechtlichen Schwierigkeiten hat der Magistrat die Königliche Landdrostei Hildesheim um Auskunft ersucht. Die Erwiderung dieser Behörde geht dahin, daß zwar die Erlaubniß zur Ausführung der Anlage werde erteilt werden — jedoch vorbehältlich der im öffentlichen Interesse zu treffenden Maßregeln und der Entschädigung der beteiligten Berechtigten.

Unter diesen Umständen hat sich die Commission dafür entschieden, der Versammlung zu empfehlen, das Project einer Harzwasserleitung nunmehr definitiv fallen zu lassen. —

Die Möglichkeit, im Gebiete der Stadt oder in deren unmittelbarer Nähe Tiefwasser, das als gutes Trinkwasser gelten könne, zur nachhaltigen Lieferung des gesammten Wasserbedarfs zu gewinnen, hält der Professor Ottmer für ausgeschlossen; derselbe glaubt indeß, unter Vorbehalt eines definitiven Urtheils bis zum Herbst d. J., daß ausschließlich als Trinkwasser zu verwendendes Wasser in dem Bedürfnisse entsprechender Menge und guter Qualität durch Tiefbohrungen sich werde gewinnen lassen.

Bezüglich des Project's einer Erweiterung und Verbesserung des vorhandenen Wasserwerks sind Zweifel darüber erhoben, ob das aus der Dfer oberhalb der Stadt oder aus dem Kennelteiche entnommene, durch Filter geklärte Wasser auch in

qualitativer Beziehung als Trinkwasser genüge. Die Herren DD. Frühling und Schulz haben nun auf Ersuchen des Stadtmagistrats das Wasser an beiden Stellen während der Zeit vom 4. Juli bis 14. August d. J. an je 12 verschiedenen Tagen auf seine Gebrauchsfähigkeit untersucht und kann nach den Ergebnissen dieser Untersuchungen mit Sicherheit angenommen werden, daß das aus der Oker bezw. dem Kennelteiche entnommene Wasser nach genügender Filtrirung desselben ein, wenn auch nicht vollkommen gutes, so doch durchaus brauchbares, nicht ungesundes Trinkwasser bieten wird.

Der Magistrat sieht sich nach diesen Ermittlungen in seiner Ueberzeugung, daß eine Erweiterung und Verbesserung des vorhandenen Wasserwerks das unter den gegebenen Verhältnissen rationellste Mittel der Wasserversorgung sei, nur bestärkt und wiederholt seine früheren Anträge:

- 1) die Zustimmung zur Erweiterung des vorhandenen Wasserwerks nach Maßgabe des Projectes des Oberingenieurs Mitgau zu beschließen und die dazu erforderlichen, bei Einführung von Wassermessern auf 822 100 *M.* berechneten Kosten vorbehaltlich der Deckungsfrage zu bewilligen;
- 2) zu beschließen, daß zur speciellen Leitung und Ueberwachung dieser Erweiterungsanlagen eine aus 1 Magistratsmitglieder und 2 Stadtverordneten bestehende Wasserwerksbau-Deputation eingesetzt, mit der speciellen Veranschlagung und Ausführung des Projectes selbst aber der Oberingenieur Mitgau, und zwar vorbehaltlich einer Remuneration, beauftragt werde.

Schließlich erklärt sich der Magistrat für den Fall, daß der Frage wegen Anlegung einer gesonderten Trinkwasserversorgung durch Aufschluß geeigneten Grundwassers im hiesigen Stadtgebiete oder in dessen nächster Umgegend schon jetzt näher getreten werden sollte, zur Anordnung einer eingehenden Vorprüfung dieser Frage bereit, —

Nach diesen Ausführungen des Stadtmagistrats würden somit die in der Sitzung vom 29. Juni d. J. commissionsförmig gegen eine Beschlußfassung in der Wasserversorgungsfrage vorgebrachten Bedenken beseitigt sein. Es sind indes — nach den weiteren Ausführungen des Herrn Referenten — insofern weitere Bedenken im Schoße der Commission aufgetaucht, als die Untersuchungen der Herren Frühling und Schulz gerade zu einer Zeit stattgefunden haben, wo die Verhältnisse ein günstiges Urtheil über das Wasser befördern. Die Oker habe die fast ungereinigten Abwässer der Zuckersabriken Broihem, Rüningen, Hedwigsburg, Altenau, Schöppenstedt, Dettum und Wendessen, theils direct, theils durch den Zufluß der Altenau, aufzunehmen und es würden Untersuchungen des Wassers der Oker oberhalb Eisenbüttel oder des Kennelteiches zu jeßiger Zeit, wo die Zuckersabriken ihre Thätigkeit begonnen haben und ihre Abwässer in die Oker leiten, zu weit ungünstigeren Resultaten führen. Man

habe deshalb in der Commission die Frage angeregt, ob es sich nicht empfehle, das Wasser, statt aus der Oker oberhalb Eisenbüttel resp. dem Kennelteiche, schon an einer Stelle zu entnehmen, wo die Oker noch nicht durch die Aufnahme der Abgänge jener Fabriken verunreinigt sei, also oberhalb der Einmündung der Altenau. Auf diese Weise würden auch zugleich die Bedenken bezüglich der durch die Stadt Wolfenbüttel herbeigeführten Verunreinigungen der Oker hinfällig werden. — Andererseits sei aber in der Commission geltend gemacht, daß das Wasser sich bei seinem Laufe einer fortwährenden Selbstklärung unterziehe und die ihm in großer Entfernung zugeführten Verunreinigungen in der Nähe Braunschweigs schon fast gänzlich abgeseht habe, daß also auch die Abgänge der gedachten Zuckfabriken eben so wenig, wie die der Oker in Wolfenbüttel zugeführten Verunreinigungen, welche übrigens keineswegs so erheblich seien, wie oft angenommen werde, überall nicht in die Nähe unserer Stadt gelangen.

Die Commission habe denn auch den Magistratsanträgen die Zustimmung nicht versagen wollen, die Majorität derselben halte indeß, um jeden Zweifel über die Brauchbarkeit des aus nächster Nähe entnommenen Okerwassers zu beseitigen, für empfehlenswerth, daß vorerst auch zu gegenwärtiger Zeit, wo die Zuckfabriken bereits wochenlang arbeiten, erneuerte Untersuchungen des Okerwassers, jedoch nicht über den 15. November d. J. hinaus, an den gedachten Stellen vorgenommen würden. Sollten, wie zu hoffen, die Ergebnisse nicht ungünstig ausfallen, die mehrseitig gehegten Befürchtungen, daß die bezeichneten Zuckfabriken ihre übeln Einwirkungen auf die Beschaffenheit des Okerwassers auch in nächster Nähe unserer Stadt noch geltend machen, sich also als unbegründet herausstellen, dann glaube die Commission die Magistratsproposition unbedingt empfehlen zu können.

Sie gebe daher anheim:

»dem im Schreiben des Stadtmagistrats vom 12. v. Mts. sub 2 gestellten Anträge ohne Vorbehalt zuzustimmen,

dagegen den Antrag auf Erweiterung des Wasserwerks in der proponirten Weise nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu genehmigen, daß nicht durch bis zum 15. November d. J. anzustellende Untersuchungen sich Bedenken gegen die Brauchbarkeit des oberhalb Eisenbüttel zu entnehmenden Wassers ergeben sollten.«

Als Mitglieder der zu bildenden-Wasserwerksbau-Deputation bringt die Commission die Herren Munte und Grote in Vorschlag.

Die Discussion eröffnend

führt zunächst Herr Oberbürgermeister Pockels Folgendes aus:

Wenn die Versammlung dem Antrage der vereinigten Commissionen entsprechend beschliesse, dann würde der Magistrat allerdings, um dem Ziele näher zu kommen, sich

bereit finden müssen, die geforderten Untersuchungen zunächst anzuordnen. Nichtsdestoweniger ersuche der Magistrat die Versammlung, den Commissionsantrag abzulehnen und den Magistratsantrag pure anzunehmen.

Zunächst würden ja die Untersuchungen des Okerwassers bei Eisenbüttel insofern kein genaues Urtheil an die Hand geben, als sich dieselben nur auf die Beschaffenheit des Wassers, so wie es die Oker daher führt, erstrecken könnten, während doch das Wasser nicht in diesem, sondern erst im gehörig filtrirten Zustande gebraucht werden solle. Es komme also in erster Linie darauf an, welche Beschaffenheit das Wasser im gereinigten Zustande habe und darüber würden die gewünschten Untersuchungen keinen Aufschluß geben können. Gesezt den Fall, es würde sich durch die Untersuchungen des ungereinigten Okerwassers ergeben, daß eine nachtheilige Einwirkung der Zuckerfabriken auf die Beschaffenheit des Wassers für eine gewisse Zeit im Jahre vorliege, was dann? Ob es sich dann empfehle, das Wasser weiter nach dem Harze zu vor Einmündung der Altenau in die Oker zu entnehmen, müsse er dahin gestellt sein lassen. Richtig sei, daß zwischen dem Einflusse der Altenau in die Oker und der hiesigen Stadt 6 Zuckerfabriken ihre Abgänge einführen, aber auch oberhalb dieser Stelle seien 4 Zuckerfabriken vorhanden, welche direct oder indirect ihre Abwässer der Oker zuführen und über kurz oder lang könne sich diese Anzahl auf 6 steigern, der Anzahl der unterhalb der Altenau-Einmündung liegenden Fabriken also gleichkommen. Angenommen nun, das Wasser oberhalb der Altenau-Mündung sei besser als das in unserer Nähe befindliche, so frage sich noch, ob denn eine Wasserleitung von dort nach hier ausführbar sei? Die technische Ausführbarkeit sei nach der Erklärung des Oberingenieurs Mitgau nicht anzuzweifeln, es ständen aber solcher Anlage rechtliche und finanzielle Bedenken in nahezu gleichem Umfange wie der Harzwasserleitung entgegen. Die Erlaubniß zur Entnahme des Wassers aus der Oker oberhalb der Altenau werde nach Maßgabe unseres Wassergesetzes nur dann ertheilt werden können, wenn dadurch öffentliche, landespolizeiliche Interessen, namentlich also die Wohlfahrt von anderen Gemeinden, nicht beeinträchtigt würden. Weiter angenommen, daß man die Erlaubniß zur Entnahme unseres Wasserbedarfs an der bezeichneten Stelle erhalte, so würde man doch auf finanzielle Schwierigkeiten von sehr bedeutsamer Art stoßen. Es sei zu bedenken, daß bei einer Entnahme des Wassers oberhalb der Altenau-Einmündung alle diejenigen Privatpersonen und namentlich zahlreichen Wassermühlen entschädigt werden müßten, deren Wassernutzungsgerechtigkeiten durch die Anlage mehr oder weniger verletzt werden würden. Es würden auf eine Wegestrecke von 15½ Kilometern Röhren nach hier zu verlegen sein, und um dies zu ermöglichen, müßten die Grundstücke, in denen die Röhren verlegt werden sollen, mit Servitut belastet werden, was wiederum eine Entschädigung der betreffenden Grundbesitzer bedinge.

Redner theilt hier im Speciellen eine vom Oberingenieur Mitgau aufgestellte Berechnung derjenigen Kosten mit, welche die Anlage einer Wasserleitung von ober-

halb der Altenau-Mündung an Verlegung von Röhren und Zahlung von Entschädigungen und Abfindungssummen an Privatnützungsberechtigte mehr kosten würde, als die vom Magistrate vorgeschlagene Leitung. Diese Mehrkosten betragen danach 800 000 bis 1 000 000 *M.*

Solle man nun — fährt Redner fort — eine solche bedeutende Summe lediglich zu dem Zwecke aufwenden, um vielleicht etwas besseres Wasser als hier bei Eisenbüttel, aber immerhin doch kein tadellos gutes Trinkwasser, zu finden? Hierauf könne man doch nicht anders als mit »nein« antworten, umsomehr, als nach sachverständiger Erklärung sichere Aussicht vorhanden sei, in der Nähe der Stadt für 230—250 000 *M.* gutes Trinkwasser in genügender Menge durch Tiefbohrungen zu erschließen.

Der Magistrat würde sicherlich, auch wenn die Untersuchungen des Okerwassers zu jehiger Jahreszeit etwas ungünstigere Resultate ergeben sollten, doch immer wieder auf seine ursprüngliche Vorlage zurückkommen müssen, weil die Entnahme des Wassers aus der Oker oberhalb der Altenau-Mündung, wenn sie überhaupt zulässig, mit solchen finanziellen Schwierigkeiten verbunden sei, daß sie für unsere Verhältnisse, namentlich aber mit Rücksicht darauf, daß man sich besseres Trinkwasser mit ungleich geringeren Mitteln in der Nähe beschaffen könne, fast unausführbar erscheine.

Bei dieser Gelegenheit wolle Redner noch ein Moment hervorheben, welches früher nicht so berücksichtigt worden sei. An das Wasserwerk seien zwei Drittheile unserer Einwohnerschaft angeschlossen. Wolle man dasselbe nun in einer Weise herichten, daß es den gesammten Wasserbedarf in Form von gutem Trinkwasser liefern könne, dann frage sich, woher dann das letzte Drittheil, welches nicht an der Wasserleitung participire, gutes Trinkwasser hernehmen solle? Die städtischen Behörden seien verpflichtet, für die gesammte Einwohnerschaft in dieser Beziehung zu sorgen, und nicht den Bezug guten Trinkwassers von dem Anschluß an die Wasserleitung abhängig zu machen. Jetzt holen sich die kleineren Leute ihren Wasserbedarf von den Nachbarn und das werde auch geduldet, wenn aber erst die Wassermesser eingeführt seien, dann werde kein Nachbar mehr gestatten, daß auf seine Kosten von Anderen Wasser bezogen werde, mit einem Worte: diejenigen, welche sich der Wasserleitung nicht anschließen könnten, müßten mit Brunnenwasser ihren Bedarf decken, dessen Beschaffenheit in Folge der geringen Benutzung der Brunnen immer schlechter werde. Eben deshalb aber sei die Stadtgemeinde verpflichtet, gutes Trinkwasser für die gesammte Einwohnerschaft zu schaffen, weil durch Anlage des Wasserwerks die Verschlechterung des Brunnenwassers herbeigeführt sei. Er glaube die Behauptung aussprechen zu dürfen, daß unsere Brunnen gerade in Folge der Anlage und Benutzung des Wasserwerks zu stagnirenden Sümpfen geworden seien. Er wiederhole deshalb, daß der Magistrat, wenngleich er sich zur Vornahme fernerer Untersuchungen verstehen

würde, doch empfehlen müsse, die Commissionsanträge abzulehnen und die Magistratsanträge pure anzunehmen.

Was die Nukbarmachung der demnächstigen Wasserleitung betreffe, so habe der Magistrat den Gedanken gehabt, daß auch auf die Anlage von Straßenbrunnen Bedacht genommen werden solle. Nun könnte gegen die Anlage von Straßenbrunnen allerdings hervorgehoben werden, daß Mißbrauch damit getrieben werden würde, daß sich keiner an die Wasserleitung anschließen und jeder seinen Bedarf von der Straße holen würde. Da könne man aber hinweisen auf andere Städte, namentlich auf Bremen, wo die Brunnen so eingerichtet seien, daß sie mit einem Ventil verschlossen gehalten werden, bei dessen Oeffnung nur so wenig Wasser ausfließt, daß zur Füllung eines Eimers schon eine geraume Zeit gehört, also eine Entnahme von Nukwasser aus den Brunnen nicht so leicht zu befürchten stehe. Man habe dann den Vortheil, daß kleineren Leuten, welche sich der Wasserleitung wegen Mittellosigkeit nicht anschließen können, die Möglichkeit geboten werde, sich Trinkwasser zu verschaffen und sich dadurch gegen diejenigen Nachtheile zu schützen, welche aus dem Genuß verdorbenen Wassers der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit drohen. Abgesehen von Humanitätsrückichten habe die Einrichtung derartiger öffentlicher Brunnen auch eine hohe volkswirthschaftliche Bedeutung und er glaube sogar, daß man solche Straßenbrunnen anlegen müsse, möge man nun das Wasser aus dem Wasserwerke als Trinkwasser für genügend halten oder sich genöthigt sehen, eine besondere Quellwasserleitung herzurichten. Im einen wie im anderen Falle sei die Anlage derartiger Straßenbrunnen dringend wünschenswerth.

Herr Grote steht auf dem Standpunkte der beiden vereinigten Commissionen und hält sich zunächst verpflichtet, solches zu begründen. Das Wasser, welches aus der Oker oberhalb Eisenbüttel und aus dem Kennelteiche entnommen werde, unterliege in seiner Zusammensetzung allen Schwankungen, denen ein Flußwasser überhaupt unterworfen sei, und daß das Okerwasser in den letzten 10 Jahren, seitdem die Abgänge der Zuckerfabriken so bedeutend zugenommen haben, an Reinheit wesentlich verloren habe, bewiesen alle vorliegenden Untersuchungsergebnisse. (Redner begründet diese Behauptung durch nähere Zahlenangaben über die frühere und jetzige Zusammensetzung des Okerwassers.) Auch aus dem Verlaufe des seiner Zeit von den Mühlenbesitzern zu Bienenrode und Wenden gegen die Zuckerfabrik Rautheim angestrenzten Processes sei die nachtheilige Einwirkung der Zuckerfabriken auf die Qualität des Flußwassers genügend hervorgegangen: Die gedachten Mühlenbesitzer hatten die Zuckerfabrik Rautheim auf Schadenersatz verklagt, weil sich durch die Fabrik-Abgänge im Wasser der Schunter und Mittelriede eine so bedeutende Algen-Vegetation gebildet hatte, daß dadurch den Turbinen ihrer Mühlen der größte Theil der Betriebskraft entzogen wurde. Bei den jetzt abermals vorgenommenen Untersuchungen habe sich herausgestellt, daß das Wasser der Mittelriede am 15. September, wo die Zucker-

fabrik Rautheim noch nicht arbeitete, 6 Theile organischer Substanzen, dagegen am 27. September, wo die Campagne begonnen hatte, 29 Theile organischer Substanzen in 100 000 Theilen zeigte. Am 15. September d. J. habe ebenso die Schunter bei Bienrode 4 Theile organischer Substanzen, am 27. September, nachdem die Zuckerfabrik Rautheim zu arbeiten angefangen hatte, 7,9 Theile organischer Substanzen enthalten. Also noch auf eine Entfernung von 10 Kilometer hin habe die gedachte Zuckerfabrik nachtheilig auf das Schunterwasser eingewirkt.

Die durch die Zuckerfabriken entstehenden Flußverunreinigungen seien auch nicht durchweg harmloser Natur: eine heute früh vorgenommene Untersuchung habe im Wasser der Schunter unterhalb des Einflusses der Wabe das Vorhandensein von Ammonsalzen nachgewiesen, was oberhalb des Einflusses der Wabe und damit der Abwässer der Zuckerfabrik nicht zu constatiren gewesen sei. Daß die nachtheiligen Einwirkungen der Fabrikwässer auf das organische Leben nicht unterschätzt werden dürften, gehe schon aus dem Umstande hervor, daß dieselben vor mehreren Jahren eine starke Verheerung unter dem Fischbestande der Wabe angerichtet haben. Eine Untersuchung der in großer Menge an der Oberfläche des Wassers treibenden todtten Fische ergab damals, daß dieselben in Folge einer Ablagerung von Algen auf den Kiemen erstickt waren. Diese Algenablagerung fand aber nur während der Campagnezeit der Zuckerfabriken statt.

Alle diese Momente trügen nun nicht dazu bei, das Vertrauen auf die Brauchbarkeit des Okerwassers zu befestigen und ob es gelingen werde, durch die geplante Sandfiltration derartige Verunreinigungen soweit zu beseitigen, daß das Wasser ein nicht ungesundes Trinkwasser biete, davon sei er vorläufig noch nicht überzeugt; er gebe deshalb anheim, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Nach Herrn Nieß Ansicht sind die heutigen Untersuchungsmethoden noch nicht so zuverlässig, daß man die Resultate derselben für völlig richtig halten könnte: er könne constatiren, daß das Wasser eines städtischen Brunnens bei der ersten Untersuchung als das beste bisher untersuchte Brunnenwasser, bei der zweiten dagegen als vollständig unbrauchbar bezeichnet sei: die schriftlichen Analysen der betreffenden Chemiker befänden sich bei den Acten der städtischen Behörden. In gegenwärtiger Zeit beherrsche die Untersuchung der Nahrungsmittel und besonders des Wassers einen Theil der öffentlichen Meinung und es sei auch anzuerkennen, wenn den Stoffen, welche zu unserer Ernährung dienen, alle mögliche Aufmerksamkeit gewidmet werde. Es werde aber in dieser Beziehung auch vielfach übertrieben. Er könne sich durch den Nachweis von doch immerhin verhältnißmäßig nur wenigen organischen Substanzen in seiner Ueberzeugung von der sonstigen Brauchbarkeit eines Wassers nicht beirren lassen und glaube (nach einem von Redner hier angezogenen Beispiele) nicht, daß dieselben dem menschlichen Organismus irgendwie gefährlich werden könnten. Ebenso wenig beirre ihn das Vorhandensein geringer Mengen von Salzen

im Wasser; gewisse Procente an Salz seien ja zur Beförderung des Wohlgeschmacks eines Wassers nöthig. Das Wasser unserer Oker werde schwerlich jemals, auch bei der besten Klärungsmethode, ein wahrhaft gutes Trinkwasser, so wie es ein reiner Erdboden zu liefern im Stande sei, ersetzen können. Wollte man sich aber an die mehrerwähnten Verunreinigungen stoßen, dann müsse man sie sämmtlich in Betracht ziehen, denn ihm sei es gleich widerlich, ob dieselben in der Nähe des Harzes oder in Wolfenbüttel stattfänden.

Redner hält für dringend nöthig, daß die Angelegenheit durch Annahme des Magistratsantrags erledigt werde, und zugleich für wünschenswerth, daß für Anlage einer besonderen Trinkwasserleitung bei Entnahme des Wassers aus passenden Erdschichten in nächster Nähe der Stadt gesorgt werde.

Herr Lüdersen erklärt, daß, wenn er den Commissionsverhandlungen hätte beiwohnen können, woran er leider behindert gewesen sei, der Commissionsantrag seine Zustimmung nicht gefunden hätte. Die Bedenken der Commission seien mehr theoretischer als practischer Natur. Die Verunreinigung der Oker durch Zuckersfabriken sei allerdings Thatsache, diese Verunreinigung finde aber auch schon oberhalb der Altemündung statt, denn auch jenseits derselben befänden sich Zuckersfabriken und voraussichtlich würden dort noch mehr entstehen. Dieser Umstand brauche indeß nicht so sehr gefürchtet zu werden, indem mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen sei, daß die Zuckersfabriken gezwungen werden würden, ausreichende Fürsorge zur Verhütung der Verunreinigung der öffentlichen Gewässer zu treffen; überall seien die Landespolizeiverwaltungen darauf Bedacht, diesem Unwesen ein Ende zu machen. Die Zuckersfabriken würden sich dem allgemeinen Interesse unterordnen müssen, was sie recht gut könnten, da sie in der Lage seien, pecuniäre Opfer zu bringen. Es sei dies nur noch eine Frage der Zeit, deren Lösung hoffentlich innerhalb 10 bis 15 Jahren bevorstehe. Da man nun doch unter keinen Umständen vollkommen gutes Wasser bekommen könne, sondern immer nur etwas relativ besseres, so bitte er, die Magistratsproposition zu genehmigen. Mit einer ferneren Verschiebung der Sache würde gewiß der größte Theil der Bürgerschaft nicht einverstanden sein.

Auch Herr Stadtrath Schöttler giebt anheim, die vorliegende Frage endlich zum Abschluß zu bringen. Die abermalige Anstellung von Untersuchungen könnte eine definitive Beschlußfassung möglicherweise noch auf Jahre hinauschieben und könnte der Stadt durch solche Verzögerung mehr Schaden erwachsen als man ihr dadurch Vortheile zu stiften hoffe. In Magdeburg werde nur das filtrirte Elbwasser aus den Wasserwerken getrunken, weil man dort die Ueberzeugung gewonnen habe, daß dieses Wasser besser sei als das der dortigen Brunnen. Wenn nun auch die Elbe und die Oker im Uebrigen keinen Vergleich zuließen, so könne man doch dreist annehmen, daß die Verunreinigung der Elbe bei Magdeburg verhältnißmäßig eine größere sei, als die der Oker. Die Elbe habe bis dahin die Abwässer von ca. 70

Zuckerfabriken aufzunehmen. Außerdem gelangten aber in die Elbe noch Stoffe, die beim Genuß weit nachtheiliger wirkten als die Abgänge der Zuckerfabriken; er erinnere nur an die Schönebecker chemische Fabrik, an die Staßfurter, Leopoldshaller und Ascherslebener Kali-Fabriken, welche alle ihre Abwässer indirect in die Elbe abführen. Man müsse in der Wasserversorgungsfrage jetzt zum Schluß kommen, und stelle sich später heraus, daß die projectirte Anlage nicht genüge, dann müßten ein paar Filter mehr angelegt werden; die Erfahrung müsse Lehrmeisterin sein. Er bitte, die Magistratsanträge anzunehmen, da nichts dabei riskirt werde; man könnte sonst noch Jahre lang verhandeln und das Ende bliebe doch immer Okerwasser.

Herr Ding macht auf ein Grundstück bei Eisenbüttel aufmerksam, in welchem vorzügliches Trinkwasser aufgeschlossen werden könne.

Herr Schwarzenberg erklärt, daß er der Majorität der Commission nicht angehöre, sondern für einfache Annahme der Magistratsvorschläge stimme. Den von Herrn Grote zur Sprache gebrachten Bedenken widerstreite er nicht, sie seien aber nicht so wichtig, daß die Verschiebung einer definitiven Beschlußfassung motivirt erscheine; es sei endlich Zeit zum Ziele zu kommen. Nach den von den Herren DD. Schulz und Frühling vorgenommenen Untersuchungen entspreche ja auch das bei Eisenbüttel entnommene Wasser fast allen Anforderungen, die man an ein gutes Trinkwasser stellen könne. Wenn fortgesetzte Untersuchungen auch wirklich das Vorhandensein einer doppelt so großen Menge von organischen Substanzen nachwiese, so komme darauf nichts an, zumal dieselben doch meist nur vegetabilischer Natur, also unschädlich seien. Das Wasser solle ja auch nicht im natürlichen Zustande getrunken, sondern vorher gereinigt werden, und event. solle eine gesonderte Trinkwasserleitung angelegt werden. Er gebe die unbedingte Genehmigung der Magistratsproposition anheim, es sei dies bei der heutigen Beschaffenheit des Leitungswassers durchaus nothwendig.

Herr Reuter: Auch er habe das Project der Harzwasserleitung, welches früher allseitigen Beifall gefunden, mit großer Vorliebe verfolgt. Wäre dieses Project ausführbar gewesen, dann würde man über die heutige Frage hinweggekommen sein, denn mit dem Harzwasser könne sich so leicht kein zweites Wasser vergleichen. Er sei auch durch die inzwischen erfolgten technischen Ausführungen keineswegs überzeugt worden, daß die Harzwasserleitung technisch unausführbar sei, da dieselbe mehr Wasser hätte liefern können, als die Stadt bedürfe, nachdem die Einführung von Wassermessern beschlossen sei. Auf 4 resp. 8 Millionen cbm Wasserconsum habe man bei Begutachtung des Projectes der Harzwasserleitung rechnen müssen, jetzt handle es sich vorläufig nur um 1642500 cbm und erst nach 35 Jahren werde ein Quantum von 3285000 cbm erforderlich werden. Rechtliche Bedenken seien es, die den Einen und Anderen hätten annehmen lassen, daß augenblicklich nicht an eine Ausführung zu denken stehe. So leid ihm dieses thue, so sehr sei er dafür, daß man das Wasser,

welches für das Harzwasser an die Stelle treten solle, auch so gut wie irgend möglich zu beschaffen suche.

Die Resultate der angestellten Untersuchungen seien ja ganz passabel, er könne sich aber bei Beurtheilung der dagegen laut gewordenen Bedenken nicht auf den Standpunkt des Herrn Nieß stellen. Die Wissenschaft sei allerdings schon oftmals mit sich in Widerspruch gerathen, aber doch nicht in dem von Herrn Nieß angedeuteten Maße; schon das allseitige Bestreben nach besonderm Trinkwasser beweise, daß die vorgetragenen Bedenken nicht ungegründet seien.

Durch Annahme des Commissionsantrags werde eine Verzögerung der Sache nicht herbeigeführt. Das Project werde acceptirt und das erforderliche Geld verwilligt, nur werde dabei die Bedingung ausgesprochen, daß fortgesetzte Untersuchungen keine sehr ungünstigen Resultate ergeben.

Er mache bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß auf dem Wasserwerke ein Probefilter vorhanden sei, welches genau die zur Anwendung kommenden Sandschichten darstelle. Wenn es sich also darum handle zu erfahren, wie sich das Wasser nach einer Sandfiltration gestalte, so empfehle es sich, sich dieses Probefilters bei den vorzunehmenden Untersuchungen zu bedienen.

Bei Entnahme des Wassers oberhalb der Altenau-Einmündung, etwa beim Bungenstedter Thurme, würden sich allerdings etwa 800 000 *M.* Mehrkosten herausstellen, man dürfe indeß vor diesem Opfer nicht zurückschrecken, sobald gegründete Bedenken sich gegen das jetzt vorliegende Project geltend machen sollten; auch die Verzinsung und Amortisation dieser Mehrkosten werde durch die jetzigen Beitragsleistungen gedeckt.

Was die Nuzbarmachung unserer Wasserleitung anlange, so lasse sich nicht verkennen, daß das Regulativ in dieser Beziehung gerade für die kleineren Leute recht glimpfliche Bedingungen enthalte. Man habe in anderen Städten allerdings wohl öffentliche Freibrunnen hergestellt aber nicht so billiges Leitungswasser wie hier, denn wenn man das ganze Jahr hindurch für 3 *M.* Wasser in genügender Menge im Hause haben könne, so stehe man sich doch pecuniär besser dabei, als wenn man die Zeit darauf verwende, sich jeden Eimer Wasser aus dem Brunnen zu holen. Zu wünschen sei, daß sämmtliche Einwohner die Wasserleitung ins Haus nehmen, und daß das Wasser auch für die Folge so billig geliefert werde, wie bisher, damit nicht die Reinlichkeit unter den öconomischen Rücksichten, namentlich bei den kleineren Leuten, zu leiden habe.

Da durch fortgesetzte Untersuchungen eine Verzögerung der Angelegenheit nicht herbeigeführt werde, giebt Redner die Annahme des Commissionsantrags anheim.

Herr von Seckendorff, welcher der Commissionsfikung nicht hat beiwohnen können, erklärt, daß er nicht zur Majorität der Commission gehört haben würde, indem er der festen Ueberzeugung sei, daß durch Annahme der Magistratsanträge den Mitbürgern am besten gedient sei; er werde deshalb für dieselben stimmen.

Herr Rieße spricht sich gleichfalls für die Magistratsanträge aus. Wenn das Okerwasser doch einmal verunreinigt werde, dann sei es höchst gleichgültig, ob das unterhalb der Altenaummündung oder oberhalb derselben geschehe; man wisse gar nicht, was schon im Harze Alles in die Oker komme. Es sei die höchste Zeit, daß endlich eine gute Gebrauchs- und Trinkwasserleitung ins Leben gerufen werde; die Frage aber, ob man nachher noch Brunnen anlegen wolle, könne später erledigt werden. Durch eine Aufschubung der Sache werde nichts erreicht.

Hierauf nimmt Herr Oberbürgermeister Pockels nochmals das Wort. Derselbe wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Herrn Grote, indem er unter Anziehung eines Beispiels hervorhebt, daß seines Erachtens die Entfernung von organischen Substanzen aus der Oker, selbst wenn diese zeitweilig etwas überwiegend vorhanden sein sollten, nicht unmöglich sei, bemerkt sodann Herr Reuter gegenüber, welcher seiner Aussage nach nicht durch technische Bedenken veranlaßt worden, von dem Projecte der Harzwasserleitung abzusehen, daß derselbe wahrscheinlich von dem inzwischen eingegangenen Gutachten des Herrn Professor Dttmer über die Harzwasserleitung keine specielle Kenntniß habe und daher seine Aeußerung auch nicht auf dieses werde bezogen wissen wollen, (was von Herrn Reuter bestätigt wird), und kommt sodann noch mit einigen Worten auf die ursprüngliche Bestimmung der jetzt vorhandenen Wasserleitung zu sprechen, wonach das von derselben zu liefernde Wasser zum Feuerlöschen, zum Straßensprengen, zu bürgerlichen Geschäften und Industriezweigen, zum Waschen und Kochen, nicht aber zum Trinken geklärt sein solle. Jetzt solle dem Wasserwerk aber der ausgedehntere Zweck der Lieferung guten Trinkwassers auferlegt werden. Er glaube dies nochmals hervorheben zu müssen, weil hier immer auf die Trinkwasserfrage der Nachdruck gelegt werde, während doch der eigentliche Zweck der Wasserleitung ein ganz anderer sei.

Herr Rieße ist der Ansicht, daß das aus den größeren Thonlagern in der Umgebung der Stadt zu Tage geförderte Wasser allen Ansprüchen an ein gutes Trinkwasser genügen werde: es sei kühl, klar und schmackhaft. Vorläufig handle es sich aber nicht hierum, sondern um Maßregeln zur Beseitigung eines drohenden Nothstandes, und dazu bedürfe es der Erweiterung des Wasserwerks.

Auch Herrn Hasenbalg haben die Ausführungen des Herrn Grote nicht überzeugen können, daß eine Verschiebung der in Rede stehenden Angelegenheit am Plage sei, und zwar schon deshalb nicht, weil man gar keine Sicherheit habe, ob nicht vielleicht innerhalb 10 Jahren das Okerwasser oberhalb der Altenaummündung durch neu entstehende Zuckerfabriken noch mehr verunreinigt sei, als oberhalb Eisenbüttel, und eine Verunreinigung an jener Stelle des dortigen weit geringern Querschnitts des Wassers wegen eine viel wirkungsvollere sei. Auch das Schreckbild von der Rautheimer Zuckerfabrik habe ihn von seiner Meinung nicht zurückgebracht, denn der Querschnitt der Mittelriede und Schunter, wohinein diese Fabrik ihre Abwässer

leite, sei mit demjenigen der Oker oberhalb Eisenbüttel nicht zu vergleichen. Er bitte den Magistratsantrag pure anzunehmen.

Nach Schluß der Debatte bemerkt der Herr Referent noch, daß die Commission, nachdem von sachverständiger Seite erhebliche Bedenken gegen die Entnahme des Wassers aus der Oker bei Eisenbüttel oder dem Kennelteiche erhoben seien, ihre Verantwortung durch Empfehlung fernerer Untersuchungen nach Möglichkeit habe decken wollen, und man seines Erachtens bei Entscheidungen über derartige wissenschaftliche Fragen Männern Gehör schenken müsse, die sich mit eingehenden Forschungen auf diesem Gebiete beschäftigt haben.

Es wird darauf zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Magistratsantrages ad 1 mit 11 gegen 10 Stimmen, des Magistratsantrages ad 2 mit größerer Majorität ergiebt.

Nachdem sodann noch die Herren Munte und Grote durch Acclamation zu Mitgliedern der Wasserwerksbau-Deputation gewählt sind,

fährt Herr Semler in seinem Referate fort: Zur Ausführung des soeben genehmigten Projectes der Erweiterung und Verbesserung des städtischen Wasserwerks, speciell zur Sicherung gegen einen diesbezüglichen Widerspruch der Mühlen in Eisenbüttel sei es erforderlich, über einen Theil der dortigen Wassergefälle verfügen zu können. Da nun die Herrschaftliche Mahlmühle, welcher drei Fünftheile der gesamten dortigen Wasserkraft zustehe, zum 1. October c. pachtfrei werde, so sei der Magistrat mit Herzoglicher Zoll- und Steuer-Direction wegen Ankaufs dieser Mühle in Verbindung getreten. Eine Verständigung über die Verkaufsbedingungen sei indes bislang nicht erzielt worden und habe deshalb der Magistrat im Einverständnisse mit der Finanzcommission eine Vereinbarung mit Herzoglicher Zoll- und Steuer-Direction dahin getroffen, daß in vorausgesetzter Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums die Mühle der Stadtgemeinde einstweilen zum 1. October d. J. für die Dauer eines Jahres unter denselben Bedingungen, unter welchen gegenwärtig der Mühlenmeister Delmann dieselbe in Pacht hat, insbesondere gegen ein Pachtgeld von jährlich 2072 M., verpachtet werde. Delmann habe sich seinerseits dem Magistrate gegenüber bereit erklärt, die Mühle unter jenen Bedingungen für das Jahr vom 1. October 1882/3 in Aftpacht zu nehmen. Der Magistrat beantrage in seinem Schreiben vom 25. v. Mts., die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Stadt die fragliche Mühle für Rechnung des städtischen Wasserwerks in angebotener Weise erpachte und verafterpachte.

Dieser Antrag wird auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres genehmigt.

Danach

II. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 29. v. Mts., den Ankauf eines Grundstücks an der Helmstedter Straße betreffend.

Der Stadtmagistrat hat den vor dem Steinhore bei St. Leonhard sub .N. ass. 2899 belegenen Steding'schen Garten sammt Wohnhaus und Wirthschaftsinventar im Subhastationstermine zum Preise von 45 150 M — bei Uebnahme einer p. p. 200 M betragenden Schuld an das städtische Gas- und Wasserwerk — im Interesse der Ausführung des Ortsbauplans nach vorheriger Zustimmung der Statuten- und Finanz-Commission angekauft, und beantragt unter dem Bemerken, daß er sich wegen Verpachtung des Grundstücks bis zur Zeit, wo dasselbe der Stadt zur Verfügung stehen müsse, einen bezüglichen Antrag vorbehalte, diesen Ankauf genehm zu halten.

Ohne Weiteres wird auf Befürwortung der Commission diesem Antrage entsprochen.

Weiter

III. trägt Herr Wolff namens der Finanzcommission Folgendes vor: Der Weinbändler Kellner habe sich bereit erklärt, zur Canalisirung der Mandelnstraße, welche etwa 900 M. Kosten verursache, einen Beitrag von 250 M. zu leisten, auch auf Rückzahlung dieses Beitrages nach Einführung einer Canalsteuer verzichtet. Da nun die Canalisirung der Mandelnstraße dringend wünschenswerth sei, auch so wie sie projectirt worden, mit dem Plane der allgemeinen Canalisirung der innern Stadt nicht collidire, so trage der Magistrat in seinem Schreiben vom 30. v. Mts. darauf an, die Canalisirung der Mandelnstraße zu beschließen und die erforderlichen Kosten zu annoch 650 M. zu verwilligen.

Der Antrag, von der Finanz-Commission empfohlen, wird nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Rieke, daß es in Braunschweig noch andere sehr enge Straßen gebe, die der Canalisirung dringend bedürften und daß bei Genehmigung dieses Antrages sich die Gesuche um Canalisirungen mehren würden, angenommen.

Nachdem der Herr Vorsitzende sodann noch bemerkt hat, daß nach einer Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung auch eine gemeinschaftliche Sitzung zur Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrath Dammel stattfinden werde, wird die Sitzung geschlossen.

(Beilage zu N. 288 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 255 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 14.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 2. November 1882.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.
Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes.

Sitzung der Stadtverordneten:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend

- I. Erneuerung des Vertrags wegen der städtischen Abfuhr.
- II. Reglement wegen Uniformirung der städtischen Nachtwächter.
- III. Ortsbaustatut.
- IV. Vertrag mit der Pferdebahngesellschaft wegen Errichtung einer Wartehalle auf dem Kohlmarkte.
- V. Wiederherstellung einer Bedürfnisanstalt am Wilhelmithore.
- VI. Verpachtung des von der Stadt angekauften Stebingschen Grundstücks vor dem Steinthore.

Antrag des Herrn Rieß betreffend

- VII. Die Anbringung einer Uhr am Schulgebäude in der Sidonienstraße.

Vertraulich:

- 1) Anstellung städtischer Beamter.
- 2) Steuer-Reclamationen.

Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pockels schreitet die Versammlung in

gemeinschaftlicher Sitzung

zur Neuwahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Stadtraths Bammel.

Während der Protokollführer auf Anordnung des Herrn Vorsitzenden die Stimmzettel einsammelt, dieselben mit Nummern versehen und sie in die Urne legt, werden in der Versammlung Zweifel darüber laut, ob dieses Verfahren gesetzlich richtig sei. Unter Hinweis auf die einschlägige Bestimmung des §. 70 der rev. St. O. veranlaßt indeß der Herr Vorsitzende die Durchführung des von ihm angeordneten Verfahrens.

Von den abgegebenen 31 Stimmzetteln vereinigen sich 19 auf Herrn Grote, 12 auf Herrn Kloss.

Herr Grote hat die absolute Majorität und ist somit gewählt.

Herr Otto übernimmt alsdann den Vorsitz und eröffnet die

Sitzung der Stadtverordneten.

Entschuldigt Herr Jasper. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Der Herr Vorsitzende theilt zunächst mit, daß von Herrn Rieß der Antrag eingegangen sei, am Schulgebäude in der Sidonienstraße eine von außen sichtbare Uhr mit Schlagwerk anbringen zu lassen.

Der Antrag findet der Geschäftsordnung gemäß nach Erledigung der Tagesordnung seine Motivierung.

Es liegen die Protokolle Nris. 11 und 12 zur Genehmigung vor.

Das erstgedachte Protokoll wird unter Berichtigung zweier Druckfehler, des einen auf S. 146, wo Z. 15 v. o. statt »bis in die Straße« »bis an die Häuser«, des andern auf S. 152, wo Z. 11 v. o. statt »1200 M.« — »12000 M.« zu lesen ist, genehmigt; das andere Protokoll wird ohne Weiteres genehmigt.

Das gleichfalls vorliegende Protokoll N. 13 ist heute erst vertheilt und wird deshalb noch nicht zur Genehmigung gestellt. Es bemerken aber die Herren Blasius und Kunze schon im Voraus dazu, daß sie nicht als entschuldigt aufgeführt wären, obwohl sie ihre Abwesenheit schriftlich motivirt und zu entschuldigen gebeten hätten.

Nachdem constatirt ist, daß die betreffenden Entschuldigungen wohl eingegangen sind und nur irrtümlicherweise unterlassen ist, von derselben Notiz zu nehmen, bemerkt der Herr Vorsitzende, daß hierüber das Nöthige im heutigen Protokolle vermerkt werden solle, daß er selbst übrigens in der betreffenden Sitzung entschuldigt gefehlt habe.

Zur Tagesordnung übergehend

berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 4. September c., die Erneuerung des Vertrages wegen der städtischen

Abfuhr betreffend, und über den von Herrn Wilke in der Sitzung vom 17. August eingebrachten Antrag wegen Uebernahme der Kehrrihtabfuhr seitens der Stadt selbst.

Nach einer Erklärung des seitherigen Abfuhrunternehmers, Fuhrherrn Braumers, kann derselbe den mit der Stadt abgeschlossenen am 1. Mai 1883 ablaufenden Verdingcontract nur unter der Bedingung prolongiren, daß die ihm zu leistende Entschädigung von 15 000 *M.* auf 20 000 *M.* p. a. erhöht werde. Der Magistrat hat es daher für geboten erachtet, behuf Uebertragung der Abfuhr des Haus- und Straßengekehrichts an den Mindestfordernden einen öffentlichen Termin anzuberaumen. In diesem Termine ist indeß außer dem Fuhrherrn Braumer kein Reflectant weiter erschienen und hat dieser die gedachte Erklärung wiederholt abgegeben. Unter diesen Umständen und da die geforderte Entschädigungssumme nach dem eingeholten Gutachten eines Deconomen nicht zu hoch bemessen erscheint, ersucht der Magistrat, die Prolongation des gedachten Verdingcontractes auf 6 Jahre vom 1. Mai 1883 anzurechnen unter Erhöhung der Entschädigung auf 20 000 *M.* zu genehmigen.

Die Commission hat die Angelegenheit unter Buziehung des Antragstellers, Herrn Wilke, eingehend geprüft und ist bei näherer Durchsicht der Kostenberechnung zu der Ansicht gelangt, daß einige Ansätze wohl zu hoch gegriffen seien. Referent theilt aus den Acten die Kosten mit, welche früher und jetzt für das Abfuhrwesen ausgegeben sind; es geht daraus hervor, daß diese Kosten von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Der Rayon der Abfuhr hat sich aber auch wesentlich vergrößert und auch die sonstigen Anforderungen an den Unternehmer sind nicht dieselben geblieben.

Der Stadtmagistrat hat sich in dieser Angelegenheit nach verschiedenen größeren Städten gewandt und aus Hannover und Magdeburg bereits Nachrichten erhalten, worüber Referent etwa Folgendes mittheilt: Hannover sei bezüglich der Abfuhr des Hausabfalls in 30 Bezirke eingetheilt, welche einzeln an Leute aus der Umgegend verpachtet seien, die den Hausabfall zum Verschütten benützen. Das Abfuhrwesen koste in Hannover im Ganzen 128 000 *M.*, wobei jedoch den Bürgern die Last des Straßengegens abgenommen sei, was von besonders dazu engagirten Frauen und Arbeitern besorgt werde. In Magdeburg werde für das Abfuhrwesen eine Summe von 77 558 *M.* jährlich ausgegeben, hier werde aber das Straßengegen seitens der Bürger selbst und nur in den Hauptstraßen und auf den Marktplätzen von dafür angenommenen Arbeitern beschaft. In Danzig betragen die Kosten für das Abfuhrwesen nach den Mittheilungen des Herrn Wilke etwa 59 000 *M.*; aber auch dort seien die Bürger der Last des Straßengegens nicht enthoben, nur vor den communalen Gebäuden und auf den öffentlichen Plätzen werde die Straßenreinigung von zwei dazu angestellten Fegersolonen besorgt. Von Dresden und Breslau, wohin der Magistrat sich auch gewandt habe, seien bis jetzt Nachrichten noch nicht eingegangen.

In Folge der bei Prüfung der obengedachten Kostenberechnung vorgefundenen Irrthümer habe man nun mit dem Unternehmer nochmals Verhandlungen angeknüpft, wonach sich derselbe schließlich bereit erklärt habe, das Abfuhrwesen für 18000 *M.* zu übernehmen und noch heute habe der Unternehmer weitergehende Concessionen gemacht, wie sie im Commissionsantrage zum Ausdruck gebracht seien.

Die Commission beantrage daher im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate:

»Die Versammlung beschließt,

daß der mit dem Fuhrherrn Brauers abgeschlossene Verdingcontract vom 1. Mai 1883 auf 6 Jahre unter folgenden Modificationen prolongirt werde:

- 1) Die dem p. Brauers zu zahlende Entschädigung wird vom 1. Mai k. J. an auf 18000 *M.* p. a. festgesetzt.
- 2) Dem Stadt-Magistrate steht das Recht zu, den Verdingcontract vor Ablauf der vorbezeichneten Prolongationszeit nach vorgängiger einjähriger Kündigung aufzuheben und hat der Stadt-Magistrat in dem Falle, daß die Contractsaufhebung vor Ablauf der ersten drei Jahre eintritt, dem p. Brauers eine Entschädigung von 2000 *M.* zu zahlen. Erfolgt die Contractsaufhebung erst nach Ablauf der ersten drei Jahre, so erhält der p. Brauers keine Entschädigung.«

Indem die Statutencommission zugleich dem in und neben dem Antrage des Herrn Wilke ausgesprochenen Wunsche des Antragstellers Rechnung trage, es jedoch für bedenklich erachte, heute schon, ohne weitere Prüfung der Frage, die Versammlung zu einem Beschlusse darüber, ob das Abfuhrwesen und in Verbindung damit die Straßenreinigung Seitens der Stadt selbst zu übernehmen sei, zu veranlassen, beantrage die Commission noch folgenden Zusatz:

»Zugleich ersucht die Versammlung den Stadtmagistrat, in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, die Straßenreinigung und in Verbindung damit die Abfuhr stadtseitig selbst zu übernehmen.«

Es nimmt sodann Herr Wilke zur nochmaligen Beleuchtung seines Antrages das Wort: Bei Stellung desselben hätten ihm die Verhältnisse über das Abfuhrwesen in der Stadt Danzig vorgeschwebt, welche er genau kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe. Er sei weit entfernt, dem Unternehmer den wohlverdienten Lohn zu schmälern, er könne aber auf der andern Seite nicht billigen, daß die Stadt sich einer Schraube ohne Ende aussetze, denn wenn sich kein Unternehmer weiter finde, so könne man versichert sein, daß über kurz oder lang abermals eine Steigerung der Entschädigungssumme verlangt werde. Daß in jenem Termine weiter kein Reflectant erschienen, werde seinen Grund darin haben, daß die Zeit zwischen Aufforderung und Abgabe der Offerten zu kurz bemessen gewesen sei.

Redner theilt hier eine von ihm unter Zugrundelegung der den hiesigen Verhältnissen ziemlich gleich zu erachtenden Verhältnisse in Danzig aufgestellte Kostenberechnung im Speciellen mit und sucht dadurch nachzuweisen, daß der Unternehmer bei einer wesentlich geringern Entschädigungssumme immer noch ein sehr gutes Geschäft mache.

Bei Vorführung dieses Exempels — fährt Redner fort — werde er von der Absicht geleitet, der Versammlung möglichst klar zu machen, daß, wenn der Unternehmer der Stadt durchaus nicht entgegenkommen wolle, die Stadt das Abfuhrwesen mit Vortheil selbst in die Hand nehmen könne; er wolle überhaupt zeigen, daß es schlimmsten Falls auch ohne Brauwers gehe, da derselbe bis jetzt der Ansicht gewesen zu sein scheine, daß man ihn nicht entbehren könne. Redner wolle indeß nicht auf Annahme seines Antrags dringen, wenn die Versammlung die Zahlung von 18 000 *M.* Entschädigung für gerechtfertigt halte.

Dagegen bitte er dringend, den in der Motivirung seines Antrags ausgesprochenen Wunsch — den er, wie er in der letzten Commissionsitzung schon geäußert habe, event. zum Antrage erheben werde — in nähere Erwägung zu ziehen und zu beschließen, daß vom 1. April k. J. an eine Fegercolonne ins Leben gerufen werde, welche die Bürger der Last des Straßenfegens enthebe. Schon seit 25 Jahren petitionire der Bürgerverein in diesem Sinne bei den städtischen Behörden, aber stets erfolglos, da sich bislang Niemand in der Versammlung der Sache angenommen habe. Wenn sich die Versammlung für diese Seite seines Antrags interessire, so werde sie die gesammte Bürgerschaft zu großem Danke verpflichten; durch das jetzige Verhältniß greife, abgesehen von anderen Unzuträglichkeiten, allzuleicht eine gewisse Gehässigkeit zwischen Polizei und Bürgerschaft Platz. Mit einer jährlichen Ausgabe von circa 16 200 *M.*, wozu die Hausbesitzer gern ihr Antheil beisteuern würden, nehme man der Bürgerschaft eine große Last ab. Den dritten Theil dieser Summe spare man schon wieder dadurch, daß man einer großen Anzahl von Leuten, die jetzt im Armenhause und sonst auf die Unterstützung der Stadt angewiesen sind, durch Heranziehung zum Straßenfegen Verdienst verschaffe. Ebenmäßig könne man mit Landstreichern verfahren, wodurch zugleich ein wirksames Mittel gegen die Vagabondage geschaffen werde. Auch in Göttingen halte man sich bettelnde Handwerksburschen dadurch fern, daß man ihnen Verdienst durch Steine klopfen anbiete.

Der Herr Referent macht darauf aufmerksam, daß die Commission bei Stellung ihres Antrags vollständig auf den Antrag des Herrn Wilke eingegangen sei, aber schon am kommenden 1. April eine Fegercolonne ins Leben zu rufen, empfehle sich nicht, da man sich erst Kenntniß von den einschlägigen Verhältnissen anderer Städte verschaffen müsse, wozu die nöthigen Schritte bereits gethan seien. Die von Herrn Wilke aufgestellte Kostenberechnung hält Referent indeß nicht ganz für zutreffend.

Herr Wilke vertheidigt die Richtigkeit seiner Berechnung und fügt hinzu,

daß durch Mitverwendung der Pferde im Dienste der Gas- und Wasserwerke zu Zeiten, wo dieselben beim Abfuhrwesen nicht beschäftigt werden, die Stadt eine Ersparung von ca. 6000 \mathcal{M} . zu erwarten habe.

Herr Riecke stimmt den Ausführungen des Herrn Wilke im Allgemeinen bei, glaubt jedoch mit seinen Bedenken gegen dessen Vorschlag bezüglich der Heranziehung von Handwerksburschen zum Straßenreinigen bez. Steinklopfen nicht zurückhalten zu sollen. Die Göttinger Weisheit könne man sich in diesem Falle nicht zum Vorbilde dienen lassen. Bei Leuten, die schwere Arbeit gewohnt sind, möge das Steinklopfen angebracht sein, es gebe aber auch Handwerker, die feinere, eine gewisse Kunstfertigkeit voraussetzende Arbeit betrieben, und diese dazu heranzuziehen, sei ein inhumanes Verfahren, welches längst seine Abfertigung in den Zeitungen gefunden habe.

Wie Herr Winter bemerkt, sei in der letzten Versammlung des internationalen Vereins gegen die Verunreinigung der Flüsse, des Bodens und der Luft auch über das Abfuhrwesen in hiesiger Stadt verhandelt und dabei zur Sprache gebracht, daß sich ein Unternehmer gefunden habe, welcher die Abfuhr des Straßenehrichs mit der Abfuhr der Fäcalien zusammen in die Hand nehmen wolle und dafür eine Entschädigung von jährlich 30000 \mathcal{M} . gefordert habe. Wenn man nun auch auf einen derartigen Anspruch nicht gleich fest bauen könne, so sei doch anzunehmen, daß eine Ausbeutung dieses Geschäftszweiges in dieser Weise und unter Benützung von Torfstreuematerial sich mit der Zeit Bahn brechen werde, wobei sich die Stadt alsdann unbedingt besser stellen müsse.

Was die vom Herrn Referenten erwähnte Einrichtung in Hannover anlange, wonach die dortige Abfuhr des Hausabfalls in besonderen Bezirken verpachtet sei, so bezweifle er nicht, daß man auch hier bei gleichem Vorgehen pecuniär weit bessere Resultate haben würde. Jetzt könne das Abfuhrwesen nur von einem größern Fuhrunternehmer übernommen werden, theile man aber die Stadt in kleinere Bezirke, dann könnten sich auch Gärtner und sonstige kleinere Geschäftsleute daran theilnehmen, die weit billiger arbeiteten. Man könne daher die Clausel, daß bei Aufhebung des Contractes seitens des Magistrats vor Ablauf der ersten 3 Jahre eine Entschädigung von 2000 \mathcal{M} . an Brauers gezahlt werden müsse, besser fallen lassen.

Der Herr Referent stimmt dem Herrn Vorredner darin bei, daß eine Einteilung der Stadt in verschiedene Districte und Verpachtung des Abfuhrwesens an mehrere kleine Leute etwas für sich haben würde; man würde der Gefahr entgehen, einem fortwährenden Drängen auf Erhöhung der Entschädigungssumme ausgesetzt zu sein. Die Angelegenheit werde aber nach der von Herrn Wilke angedeuteten Richtung hin noch einer näheren Prüfung unterzogen werden, und stelle sich heraus, daß man billiger zum Ziele kommen könne, dann könne man sich gegen eine Entschädigung von 2000 \mathcal{M} . vom Contracte wieder frei machen. Er bitte daher, es bei dem Commissionsantrage bewenden zu lassen.

Nach einigen Bemerkungen zwischen den Herren Winter und Reuter über die in Braunschweig übliche Abfuhrzeit, werden alsdann die Commissionsanträge genehmigt.

Weiter

II. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 24. August c., das Reglement wegen Uniformirung der städtischen Nachtwächter betreffend.

Das jetzige Verfahren, wonach die abgängig gewordenen Uniformstücke der Nachtwächter je nach Bedarf auf städtische Kosten erneuert und reparirt werden, hat insofern zu Unzufräglichkeiten geführt, als einerseits die aufzuwendenden Mittel sich häufig nicht genau für die Statsvorschlüge feststellen lassen, andererseits ein Theil der Wächter nicht genügend schonend mit den ihnen anvertrauten Kleidungsstücken verfährt. In Uebereinstimmung mit Herzogl. Polizei-Direction hat daher der Stadtmagistrat beschlossen, über die Uniformirung und Ausrüstung der Nachtwärter ein besonderes Reglement zu erlassen, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Jeder Wächter erhält einen Mantel und für die Sommermonate eine Dienstjoppe auf Kosten der Stadtcasse geliefert, für welche Kleidungsstücke eine Tragzeit von 6 bez. 4 Jahr im Voraus bestimmt wird. Bei Ausübung des Dienstes vorkommende Schäden an den Uniformstücken werden auf städtische Kosten ausgebessert, alle übrigen Reparaturen hat der Wächter auf seine eigene Kosten zu beschaffen: Die Uniformstücke gehen nach Ablauf der festgesetzten Dauerzeit in das Eigenthum des Wächters ohne Entschädigungsleistung über. Der Preis eines Mantels beträgt 51 *M.*, der einer Dienstjoppe 16 *M.*, und es würden also bei Uniformirung der 54 städtischen Wächter nach Maßgabe dieser Bestimmungen durchschnittlich jährlich 675 *M.* für Bekleidung aufzuwenden sein. Der Magistrat beantragt, sich mit der beabsichtigten Einrichtung im Principe einverstanden zu erklären, —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission und nach einer Bemerkung des Herrn Wike, daß es sich empfehle, die Rüken der Nachtwächter nach dem Muster anderer Städte mit leicht erkennbaren Nummern zu versehen, angenommen wird.

Sodann

III. referirt Herr Heymann im Namen der Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 28. September c., das Ortsbaustatut betreffend.

Nachdem die Versammlung das ihr vorgelegte Ortsbaustatut genehmigt hatte, war gegen Ende vorigen Jahrs vom Magistrat der Antrag an die Versammlung ergangen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Bestimmungen der §§. 4 bis 17 des Ortsbaustatuts, welche sich auf die Herstellung und Unterhaltung der

Ortsstraßen und Plätze und namentlich auf die Kostentragung beziehen, zunächst erlassen würden, weil die Stadt sonst in Gefahr komme, einen Theil der von den Anliegern zu tragenden Beiträge zu verlieren. Es solle dies in einem provisorischen Sonderstatute geschehen, welches später seine Stelle wieder im Ortsbaustatute finden solle. Die Versammlung ertheilte die Genehmigung zu diesem Vorgehen. Darauf hat nun der Stadtmagistrat das ganze Ortsbaustatut mit diesem Sonderstatute dem Herzoglichen Staatsministerium vorgelegt und gebeten, die Genehmigung zum Erlasse des Sonderstatuts zu ertheilen. Das Herzogliche Staatsministerium hat darauf letzteres zunächst der Herzoglichen Baudirection zum gutachtlichen Berichte mitgetheilt und hat diese Behörde in ihrem Berichte eine Reihe von Bedenken nicht technischer, sondern rechtlicher Natur gegen die §§. 1 und 2 des Sonderstatuts (§§. 4 und 5 des Ortsbaustatuts) erhoben. Das Herzogliche Staatsministerium hat darauf an den Stadtmagistrat ein Rescript erlassen, in welchem es sagt, daß ihm diese Bedenken im Allgemeinen richtig zu sein schienen, und in welchem dem Magistrat anheimgegeben wird, zur Beseitigung derselben ein modificirtes Statut vorzulegen. Der Magistrat hat nun die fraglichen Paragraphen umgearbeitet und sie mit dem Antrage auf Genehmigung der Versammlung vorgelegt.

Außerdem hält der Magistrat noch verschiedene, im Schreiben näher ausgeführte, auch vom Stadtbauamte gutgeheißene Abänderungen und Zusätze zum Ortsbaustatute für erforderlich, deren Genehmigung er gleichfalls beantragt.

Am Schlusse seines Schreibens bemerkt der Stadtmagistrat, daß man nach der mit den zuständigen Behörden genommenen Rücksprache die Hoffnung hegen dürfe, daß nun auch die übrigen Bestimmungen des Statuts in kürzester Zeit genehmigt werden würden, so daß es hiernach des Erlasses eines Sonderstatuts nicht mehr bedürfe.

Referent geht die vorgeschlagenen Abänderungen und Zusätze der Reihe nach einzeln durch, giebt an den betreffenden Stellen die nöthigen Erläuterungen dazu und beantragt namens der Commission, dieselben unter Berücksichtigung einiger von der Commission für nöthig erachteten Modificationen zu genehmigen.

Die Abänderungsanträge des Magistrats gelangen in jedem einzelnen Falle zur Abstimmung und werden mit den gedachten Modificationen, welche auch die Zustimmung des Magistrats finden und in dem bezüglichen Schreiben der Versammlung an den Magistrat vom heutigen Tage speciell aufgeführt sind, sämmtlich ohne Weiteres angenommen.

Ferner

IV. trägt Herr Heymann namens der Statutencommission vor, daß laut Magistratschreibens vom 24. v. Mts. der Vorstand der hiesigen Pferdebahn-Gesellschaft um die Erlaubniß gebeten habe, auf dem Kohlmarke eine Wartehalle errichten zu

dürfen und vorgeschlagen habe, daß in dem für die Warthalle zu errichtenden Gebäude zugleich die von den städtischen Behörden beschlossene Bedürfnisanstalt untergebracht werden möchte. Für den Fall, daß dieser Vorschlag die Billigung der städtischen Behörden finden würde, hat die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft sich bereit erklärt, das fragliche Gebäude nach dem der Versammlung vorliegenden Bauplane des Stadtbauraths Winter auf ihre Kosten herzurichten und sodann der Stadt zum Eigenthume zu überweisen, wenn die Stadt einen Zuschuß von 2500 *M.* zu den Baukosten leistet, für die Unterhaltung des fraglichen Gebäudes, sowie für die nöthige Beleuchtung und Wasserlieferung Sorge trägt.

Der Magistrat findet gegen die Errichtung eines Gebäudes auf dem bezeichneten Plage, welches zur einen Hälfte als Warthalle, zur andern als öffentliche Bedürfnisanstalt herzurichten wäre, nichts zu erinnern, kann indeß die vorgeschlagenen Bedingungen ihrem ganzen Inhalte nach nicht zur Annahme empfehlen; er hält für gerecht und billig, daß, während die Beleuchtung des Plazes in der Umgebung der Warthalle und der Bedürfnisanstalt, sowie die Wasserlieferung für Letztere auf Kosten der Stadt geschieht, die Beleuchtung im Inneren der Warthalle, welche etwa 80 *M.* jährlich kosten wird, von der gedachten Gesellschaft allein übernommen werde und daß diese zu den Reparaturkosten einen für die Zeitdauer der Concession (46 Jahre) von der städtischen Bauverwaltung auf 1500 *M.* berechneten Beitrag entweder ungetheilt oder in jährlichen Raten zu 32 *M.* 61 *S.* zahle. Der Magistrat kann in diesem Vorschlage eine zu starke Belastung der Pferdebahn-Gesellschaft um so weniger erblicken, als dieselbe für die Ertheilung der Concession, den in anderen Städten in dieser Beziehung getroffenen Maßregeln entgegen, keine Entschädigung zu zahlen hat; er giebt deshalb anheim, sich mit der Annahme der von der genannten Gesellschaft gemachten Proposition, jedoch nur unter den vorerwähnten Modificationen, einverstanden zu erklären.

Die Commission beantragt im Hinblick darauf, daß die Errichtung des gedachten Gebäudes, welches etwa 7000 *M.* Kosten verursachen wird, bis zum gewissen Grade auch im öffentlichen Interesse liegt und daß dasselbe der Stadt zum Eigenthum überwiesen werden wird, die Magistratsanträge zu genehmigen.

Nachdem auf eine Anfrage des Herrn Wille, ob auf einen den Anforderungen an die Straßenbeleuchtung entsprechenden Ersatz des mit dem Gebäude wegfallenden Kandelabers auf dem Kohlmarke Bedacht genommen sei, vom Herrn Referenten befriedigende Auskunft ertheilt ist, und nachdem Herr von Seedenborff erklärt, daß er sich, da er Mitglied im Aufsichtsrathe der Pferdebahn-Gesellschaft sei, an den Verhandlungen nicht betheiligen werde,

wird den Magistrats- bez. Commissionsanträgen gemäß ohne weitere Verhandlung beschloffen.

Danach

V. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 23. October c., die Wiederherstellung der Bedürfnisanstalt am Wilhelmithore betreffend.

Vor etwa einem Jahre wurde die gedachte Bedürfnisanstalt durch eine auf der Staatsstraße stehende, vom Sturme umgeworfene Pappel dergestalt beschädigt, daß sie vollständig unbrauchbar geworden ist. Herzogliche Baudirection hat die Wiederherstellung derselben auf Staatskosten abgelehnt, dagegen einen freiwilligen Beitrag zu den Erneuerungskosten von 100 *M.* verwilligt. Da es zweifelhaft erscheint, ob die Herzogliche Baudirection zum Erfasse des Schadens rechtlich verpflichtet ist, so giebt der Magistrat anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die fragliche Bedürfnisanstalt auf Kosten der Stadt wieder errichtet werde, und die nach Absage der von Herzoglicher Baudirection verwilligten 100 *M.* annoch erforderlichen 260 *M.* zu verwilligen.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Herr Wille stellt den Unterantrag, die Bedürfnisanstalten auch Nachts zu erleuchten und so einzurichten, daß die Bekleidung derselben nicht bis auf die Erde reicht, zieht denselben jedoch zurück, nachdem vom Vertreter des Stadtmagistrats, Herrn Bürgermeister Kitzmeyer, erklärt worden, daß die Angelegenheit in Erwägung gezogen werden solle.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

VI. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über eine Magistratsvorlage, die Verpachtung des Steding'schen Grundstücks vor dem Steinthore betreffend.

In dem kürzlich stattgefundenen Verpachtungstermine hat der Bierfuhrmann Reinecke das höchste Gebot mit 1810 *M.* abgegeben, der Schänkwirth Runke ist dagegen später mit einem Nachgebote von 1900 *M.* gekommen.

Im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate beantragt nun die Statutencommission, dem p. Reinecke das fragliche Grundstück auf 6 Jahre zu verpachten, falls derselbe 1900 *M.* zahlen will, andernfalls aber dem p. Runke den Zuschlag zu ertheilen. Dem fernern Antrage des Stadtmagistrats gemäß giebt die Commission anheim, 1080 *M.* zur Verwendung auf notwendige Reparaturen an den Baulichkeiten zu verwilligen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Rieze bezüglich der vom Pächter zu bestellenden Caution werden die Commissionsanträge genehmigt.

Schließlich

VII. motivirt Herr Rieze seinen bereits eingangs erwähnten Antrag:

»zu beschließen, daß an der städtischen Bürgerschule in der Sidonienstraße eine von außen sichtbare Uhr mit Schlagwerk angebracht werde.«

Wenn man sich die Lage der Außenwohner i. sp. der vor dem Hohenthore gegenwärtige, so werde man den im Antrage zum Ausdruck gebrachten Wunsch für billig halten. Nur etwa den zehnten Theil des Jahrs über, und zwar nur bei Süd- oder Ostwind könne man vor dem Hohenthore die Glocken der nächstgelegenen Kirchen, der Martini- und Petrikirche hören, die übrige Zeit sei man auf Taschenund Hausuhren angewiesen. Es sei dies in vielen Fällen höchst unangenehm, was man besonders fühle, wenn man mit der Eisenbahn verreisen wolle. Die Außenwohner vor den anderen Thoren befänden sich allerdings in derselben Lage, er habe aber keine Veranlassung, seinem Antrage eine allgemeine Fassung zu geben. Sollte sein Antrag die nöthige Unterstützung finden, so werde die Commission, welcher er überwiesen werde, von selbst der Frage näher treten, ob überall die Anbringung von Uhren an den öffentlichen Gebäuden vor den Thoren wünschenswerth sei und werde man event., da das Directorium des Polytechnicums sich bereit erklärt habe, die städtischen Uhren auf electromagnetischem Wege zu regeln, alsdann die Annehmlichkeit einer gleichen Zeit durch die ganze Stadt haben. Er bitte, seinen Antrag zu unterstützen, da derselbe eine Einrichtung anstrebe, welche tausenden von Menschen höchst willkommen sei.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Finanzcommission überwiesen.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

Vertraulich wird über eine Magistratsvorlage wegen sechs Anstellungen städtischer Beamter Beschluß gefaßt, auch werden Steuerreklamationen erledigt.

(Beilage zu № 10 der Braunschw. Anzeigen.)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu № 288 de 1882
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 15.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. November 1882.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Entwurf einer Instruction für die Organe der Armenpflege;
 - II. Abänderung des Statuts wegen der Untersuchung eingebrachten Fleisches;
 - III. Bewilligung von Remunerationen für bei Grundsteuer-Einschätzungen zugezogene Sachverständige aus städtischen Mitteln;
 - IV. Bewilligung der Kosten der Anschaffung neuer Zoppen für die Turnersfeuerwehr etc.
- Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche betreffend:
V. Die Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstweie.

Vertraulich:

Vorlage des Stadtmagistrats, die Anstellung zweier städtischer Beamte betreffend.
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.
Steuer-Reclamationen.

Entschuldigt die Herren Kloss, Meyer, Sievers, Wilke und Wolff. —
Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ritt-
meyer sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Kettemeyer
und Grote.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung und theilt
nach Genehmigung des Protokollcs № 13
mit, daß von Herrn Reiche der Antrag eingebracht sei:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Gartenstraße und die Fuchstwete mit Beleuchtung versehen werden.

Der Antrag gelangt nach Erledigung der Tagesordnung zur Motivirung.

Nachdem sodann Herr Stadtrath Grote denjenigen Herren, welche ihm bei der Wahl eines unbefol deten Magistratsmitgliedes ihre Stimme gegeben, seinen Dank ausgesprochen hat unter Hinzufügung der Versicherung, daß er, treu der Verpflichtung, welche er beim Antritte seines neuen Amtes übernommen, seine Kräfte nach bestem Können dem Gemeinwohlle widmen werde,

geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

I. berichtet Herr Lüderßen namens der Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 23. d. Mts., mit welchem ein von der Armen direction ausgearbeiteter Entwurf einer Instruction für die mit der städtischen Armenpflege in Braunschweig betrauten Organe zur Genehmigung übersandt ist.

Der Entwurf stellt im Abschnitte I. die Grundsätze und den Umfang der Armenhülfe fest und enthält in den folgenden Abschnitten die Anordnungen über die Geschäftsführung. Nach §. 17 der neuen Armenordnung ist zwar eine Genehmigung der Stadtbehörden nur zu dem Abschnitte I. erforderlich. Die Bestimmungen dieses Abschnitts sollen jedoch einen integrierenden Theil der auch das Verfahren in Armenangelegenheiten ordnenden Instruction bilden und da überdies der Abschnitt VI. des Entwurfs die Handhabung der nach §. 6 des Gesetzes über die Gemeinbeschulen vom 8. December 1851 der Armenverwaltung zustehenden, nicht eigentliche Armenunterstützungen betreffenden Befugnisse regelt, so ersucht der Magistrat, welcher gegen die Instruction nichts einzuwenden hat, die Genehmigung auf das Ganze zu erstrecken.

Referent bemerkt, daß Herr Oberbürgermeister Pockels bei den Commissionsberathungen eine Reihe von Aufschlüssen über die Entstehung und die leitenden Grundsätze der Instruction gegeben und eine Wiederholung derselben in der heutigen Sitzung zugesagt habe; es werde daher am zweckmäßigsten sein, wenn dieses zunächst geschehe.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die leitenden Grundsätze der Armenpflege seien bereits durch die neue Armenordnung festgestellt oder doch bei Berathung der letztern zur Erörterung gebracht. Aus diesem Grunde habe die Arme ndirection davon abgesehen, zur Motivirung der einzelnen Bestimmungen der gegenwärtigen Vorlage jene leitenden Grundsätze nochmals zu wiederholen. Immerhin dürfte es ja für die Berathung der Vorlage förderlich sein, diejenigen Erwägungen wenigstens in allgemeinen Umrissen nochmals herauszuheben, welche der Arme ndirection bei Ausführung dieser Grundsätze maßgebend gewesen seien, wozu er auf Veranlassung der Commission gern bereit sei.

§. 1 des vorliegenden Entwurfs bestimme zunächst, daß die städtische Armen-

pflege die Fürsorge für alle Hülfbedürftigen zu üben habe, welche einen gesetzlichen Anspruch auf Armenhülfe an die Stadtgemeinde erheben. Es sei in Frage gekommen, ob unsere communale Armenpflege nicht dadurch auf eine höhere Stufe zu heben sei, daß man ihr die Aufgabe zuweise, nicht allein die Verarmten zu erholen oder je nach dem Grade der Bedürftigkeit zu unterstützen, sondern auch der Armuth durch entsprechende Maßregeln vorzubeugen — gewiß eine schöne und auch volkswirtschaftlich höchst wichtige Aufgabe. Nichts destoweniger habe die Armen-direction geglaubt, von einer solchen Erweiterung des Zwecks unserer obligatorischen Armenpflege absehen zu müssen und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil die Mittel unserer Armenpflege zu einem sehr erheblichen Theile durch die Steuerzahler aufgebracht werden, die Gemeinde sich also verpflichtet halten müsse, über die zwangsweise erhobenen Mittel nur insoweit zu verfügen, als eben ihr selbst gegenüber ein Zwang durch ein höheres Gesetz geübt werde.

Wenn nun mit Rücksicht auf diesen Grundsatz an die Spitze des Entwurfs der Satz gestellt sei, daß die Armenpflege der Stadt nur da eintreten solle, wo Jemand gesetzlichen Anspruch auf Armenpflege habe, so solle damit doch keineswegs ausgeschlossen sein, daß die communale Armenpflege sich der vorbeugenden Armenobhut vollständig entschlage, denn eine rationelle Armenpflege müsse aufs Kräftigste alle diejenigen Bestrebungen fördern, welche dahin zielen, die am Rande des Elendes Stehenden vor völliger Armuth zu bewahren. Die Armen-direction habe deshalb solche prophylaktische Maßregeln der Armenverwaltung insoweit in Aussicht genommen, als dadurch eine wesentliche Mehrbelastung der Steuerzahler nicht herbeigeführt werde. Diese in der Armenordnung selbst wie in der Instruction mitgetheilten vorbeugenden Maßregeln seien im Wesentlichen folgende:

Zunächst sollen die verwaisten und verlassenen Kinder nicht lediglich wie gefordert wird, Kleidung, Obdach und Nahrung erhalten, sondern sie sollen auch gut erzogen werden in dem Gedanken, daß man sie dadurch zur selbstständigen Existenz für spätere Zeiten befähige und somit der Erblichkeit der Armuth vorbeuge. Es solle ferner Aufgabe unserer obligatorischen Armenpflege sein, die Ursachen der Armuth sowohl im Allgemeinen wie in den einzelnen Fällen zu prüfen, um danach das Uebel an der Wurzel zu fassen. Es solle die Armenpflege insbesondere durch Rath und durch Umspornung des Ehrgefühls thätig werden, um Hülfbedürftige zum eigenen Kampfe ums Dasein wieder zu befähigen. Ferner solle die Krankenpflege dadurch thätig werden, daß sie die zu ihrem Zwecke zur Verfügung stehenden Legate und ständigen Fonds verwalte, und endlich dadurch, daß ihr die Aufgabe gestellt sei, mit den hier bestehenden freiwilligen Wohlthätigkeitsvereinen eine möglichst enge Verbindung anzuknüpfen; die Form, in welcher eine solche organische Beziehung zu diesen Vereinen zu erreichen sei, werde sich nach Redners Erachten unschwer finden lassen, sobald man dabei nur immer im Auge behalte, daß man die gesammte obligatorische

und freiwillige Armenpflege nicht zu centralisiren, sondern sich darauf zu beschränken habe, sie rationell zu organisiren.

In §. 2 der Vorlage seien die Bedingungen der Unterstützung zusammengestellt und dabei diejenigen Sätze normirt, die in der Regel als Maximum einer von den Bezirksarmen-Commissionen zu gewährenden Unterstützung anzusehen seien, nämlich 12 *M.* für die einzelnstehende Person, 12 *M.* für das Familienhaupt und 6 *M.* für jedes übrige Familienglied.

Zur Begründung dieser Sätze macht Redner hier Mittheilung von einer vergleichenden Zusammenstellung der hiesigen Unterstützungstarife mit denjenigen, welche andere in neuerer Zeit organisirte Armenverwaltungen angenommen haben. So werden für jedes Kind, welches nicht bei der Mutter, verlassen und verwaist ist, monatlich aufgewandt in Bremen 15 *M.*, ohne Rücksicht auf das Alter bis zur Confirmation, in Königsberg 12 *M.*, 9 *M.* und 6 *M.*, je nach dem Lebensalter, hier jetzt 8,66 *M.*, 6,50 *M.*, 5,41 *M.*, 4,33 *M.*, je nach dem Alter, während es nach dem allgemeinen Tarife der Instruction zulässig sein soll, diese Verpflegungssätze demnächst auf 12 *M.* festzusetzen. Allein stehende erwachsene Personen erhalten monatlich: in Bremen 15 *M.*, in Elberfeld 13 *M.*, in Königsberg 12 *M.*, in Altona 12,16 *M.*, in Braunschweig jetzt 12,13 *M.*, demnächst 12 *M.*; Eheleute ohne Kinder: in Bremen 25 *M.*, in Elberfeld 21,66 *M.*, in Altona 12,16 *M.*, in Braunschweig jetzt 16,82 *M.*, demnächst 18 *M.*, Familien bestehend aus Mann, Frau und 4 Kindern: in Elberfeld 48,51 *M.*, in Altona 42,58 *M.*, in Braunschweig jetzt 30,36 *M.*, demnächst 42 *M.*.

Also bei den Familien mit größerer Kinderwelt sei der größte Unterschied zwischen den jetzigen und den demnächstigen Normen, und hätten diejenigen Organe und Personen, welche bisher periodisch mit der Handhabung der Armenpflege thätig gewesen, die in der Instruction vorgeschlagenen Sätze den Verhältnissen entsprechend, aber auch als nöthig anerkannt.

Nachdem Redner noch einige Erläuterungen zu den folgenden Paragraphen des Auszuges, welche die verschiedenen Arten der Unterstützungen behandeln, gegeben hat, bemerkt er über die Intentionen der Armendirection in Bezug auf die Anwendung unserer bisherigen geschlossenen Armenpflege Folgendes:

Unter den jetzigen Bestimmungen hänge es ja lediglich von der Armenverwaltung ab, ob sie eine für nöthig erkannte Unterstützung gewähren wolle durch Geld, durch Naturalien oder aber durch Aufnahme ins Pflegehaus. Dagegen würden jetzt zunächst grundsätzlich ins Pflegehaus aufgenommen alle verwaisten und verlassenen Kinder und sodann alte und gebrechliche Leute, namentlich alleinstehende. Es würden aber auch noch alleinstehende arbeitsfähige Leute, ja sogar ganze Familien, aufgenommen. Diese Art der Unterstützung müsse nach dem Dürfürhalten der Armendirection wesentlich eingeschränkt werden. Dies werde derselben durch verschiedene Rücksichten ausgenöthigt: zunächst durch Raumangel (bekanntlich sei jetzt schon im Pflegehause kein Raum

mehr vorhanden, um diejenigen Armen dort unterzubringen, welche nach den jetzigen Bestimmungen der Armenordnung darin unterzubringen wären), dann aber auch aus finanziellen Rücksichten. Die Verpflegung eines Armen im Pflegehause koste jährlich 160 *M.* 25 *S.*, hierin sei aber der Werth der aus der Garten- und Viehwirthschaft gewonnenen Consumtibilitäten noch nicht mit eingerechnet, so daß der Unterhalt eines Pflégelings im Pflegehause etwa 200 *M.* jährlich koste. Die Verpflegung in geschlossenen Anstalten müsse aber nach Ansicht der Armendirection noch aus dem Grunde mit eingeschränkt werden, weil dieser Art der Unterstützung sehr erhebliche ethische Nachtheile anhafteten. Was zunächst die Kinder anlange, so bringe das Zusammenleben derselben in größeren Massen erfahrungsmäßig manche bedenkliche Nachtheile mit sich. Die Kinder lernten im Pflegehause ein Familienleben nicht kennen, ihre Zahl sei zu groß, als daß jedes Kind, wie es eigentlich sein sollte, nach seiner geistigen und intellectuellen Eigenthümlichkeit behandelt werden könne; sie müßten alle nach der Schablone behandelt werden.

Nun haben in letzterer Zeit die neuorganisirten Armenverwaltungen, namentlich in fast sämmtlichen größeren Städten des Großherzogthums Baden, in Berlin, Königsberg, Bremen und vielen anderen Städten das System der geschlossenen Armenpflege für Kinder vollständig verlassen, indem sie dieselben, allerdings unter streng geregelter Controle der Armenbehörde, in achtbaren Familien unterbringen; und alle diese Armenverwaltungen haben mit diesem veränderten Systeme seit Jahren die erfreulichsten Erfolge erzielt. Aehnliche Bedenken sprächen auch gegen die Unterbringung ganzer Familien im Pflegehause. Es sei an und für sich schon ein unbehagliches Gefühl, das auch Jemand beschleiche, der nicht grade sentimental sei, Familien, die vielleicht durch Unglück ihr Letztes ins Pfandhaus haben tragen müssen, nun auch ins Pflegehaus aufnehmen zu müssen, oder ihnen, wenn für die Kinder kein Brot beschafft werden kann, sagen zu müssen: wenn ihr nicht ins Pflegehaus wandern wollt, bekommt ihr keine Unterstützung. Man müsse sehen, wie es im Pflegehause zugehe und zugehen müsse, um Bucht und Ordnung aufrecht zu erhalten: es müssen Ehegatten von einander und von den Kindern getrennt werden, mit anderen Worten, man lockere durch die Trennung bei den Familien-Angehörigen die Bande, die man grade zu kräftigen und zu beleben alle Ursache hätte.

Es seien noch Bedenken anderer Art gegen die Verpflegung ganzer Familien im Pflegehause hervorzuheben, er glaube aber, daß es genüge, wenn lediglich auf dies eine durchschlagende Moment hingewiesen werde. Er wolle nur noch hinzufügen, daß, wie bei den Kindern, so auch bei Erwachsenen, speciell bei Familien, die außerordentliche Mannigfaltigkeit der unterstützten Familien hinzukomme, die nicht etwa individualisirend behandelt werden könnten, sondern auch nach der Schablone behandelt werden müßten.

Man habe in der Armendirection in Vorschlag gebracht, den Erwachsenen im

Pflegehause Arbeit zu verschaffen. Ja, wenn man jedem arbeitsfähigen Armen Arbeit nachweisen könnte, dann würde die schwierigste Frage der Armenpflege gelöst sein, dann hätte man es nur mit Kindern und Arbeitsunfähigen zu thun. Es sei aber unmöglich, allen Arbeitsfähigen Arbeit nachzuweisen, und deshalb sehe sich die Armen-direction vor die Frage gestellt, wie man unter den voll oder beschränkt Arbeitsfähigen die Arbeitscheuen zu ermitteln und ihnen beizukommen habe. Dazu sei denn wohl eine Armen-Arbeitsanstalt am besten geeignet. Es sei aber die Organisation eines solchen Armen-Arbeitswesens eine außerordentlich schwierige und man könne, wenn man sie in Eins als etwas Fertiges vorlegen wolle, leicht über das Ziel hinauschießen. Er wolle sich nur darauf beschränken, die allgemeinen Grundsätze auszusprechen, die in den §§ 7 und 8 zusammengestellt seien.

Es solle nach der Intention der Armendirection unser Pflegehaus in Zukunft vorwiegend den Character eines Altersversorgungshauses haben. Die Kinder sollen in achtbaren Familien unter geregelter Controle erzogen werden und es sollen diejenigen Erwachsenen, die arbeiten können, sich aber arbeitsunlustig zeigen, zur Arbeit angehalten werden. Es liege indeß nicht in der Absicht, diese Grundsätze sofort zur Ausführung zu bringen, man werde sich vielmehr dafür entscheiden müssen, daß man die einmal ins Pflegehaus Aufgenommenen, Kinder wie Erwachsene, im großen Ganzen dort belasse, daß man aber die Zahl nicht durch neue Aufnahmen ungemessen vermehre, sondern in verhältnißmäßig nicht langer Zeit es zu einer normalen Frequenzziffer zu bringen suchen werde, weil nur dadurch die Verwaltung des Pflegehauses nach allen Richtungen hin ordnungsmäßig und exact sein könne. In welcher Art specielle Arbeitsgelegenheit zu verschaffen sei, solle der Praxis noch vorbehalten bleiben; man werde sie zu beschaffen suchen theils durch Arbeitsstellen, theils auch durch Arbeitseinrichtungen in dem neben dem Armenhause noch bestehenden alten Gebäude an der Goslarschen Straße.

Dies seien im Wesentlichen die Erwägungen, von denen die Armendirection sich bei Ausführung der leitenden Grundsätze der Armenordnung habe leiten lassen und hoffe Rebner, daß dieselben die Zustimmung der Versammlung finden werden.

Der Herr Referent bemerkt sodann bezüglich der formellen Behandlung der Vorlage folgendes: Die Commission habe sich bei Berathung der Angelegenheit der Ansicht des Stadtmagistrats angeschlossen, daß nach §. 17 der neuen Armenordnung nur derjenige Theil der Instruction der Genehmigung der Versammlung bedürfe, welcher die leitenden Grundsätze der Armenhülfe und den zulässigen Umfang derselben enthalte. Die Commission habe daher die übrigen nicht hierauf bezüglichen Paragraphen, welche sich auch nur um die eigentliche Geschäftsführung drehen, einer Prüfung nicht unterzogen. Wünsche die Versammlung trotzdem Kenntniß von den übrigen Paragraphen zu nehmen, so müßten dieselben verlesen werden. Selbstverständlich könne auch die Commission die Verantwortung nicht übernehmen, daß in diesem Theile der Instruction nichts enthalten sei, was der Genehmigung der Ver-

sammlung bedürfe. Die Commission schlage daher vor, die Instruction nicht dem Antrage des Magistrats gemäß im Ganzen zu genehmigen, sondern die Genehmigung nur auf diejenigen Abschnitte zu beschränken, welche hier zur speciellen Berathung gelangten, die Abschnitte I und VI.

Vorsitzender: Es handle sich hier überhaupt nur um Genehmigung der Abschnitte I und VI; der übrige Theil sei als eine vom Magistrate resp. der Armen-direction den betreffenden Organen zu ertheilende Instruction anzusehen. Selbstverständlich seien Magistrat und Armen-direction dafür verantwortlich, daß die Bestimmungen des hier nicht geprüften und genehmigten Theils sich innerhalb ihrer Competenz hielten. Von diesem Gesichtspunkte aufgefaßt, halte er es nicht für geboten, die Instruction ihrem ganzen Inhalte nach durch Verlesung zur Kenntniß der Versammlung zu bringen, weil dadurch immer eine gewisse Verantwortung auf die Versammlung zurückfallen würde. Er gebe daher dem Referenten anheim, nur diejenigen Abschnitte zu verlesen, welche die Versammlung zu genehmigen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich namens der Armen-direction und unter Zustimmung des Stadtmagistrats mit dieser Anschauung einverstanden. Er lege auf die Genehmigung des gesammten Inhalts der Instruction keinen Werth und erlaube nur diejenigen Abschnitte zu genehmigen, welche nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung der Cognition und Mitwirkung der Versammlung bedürften.

Nach einigen weiteren kurzen Erörterungen über die formelle Behandlung der Vorlage zwischen dem Herrn Vorsitzenden und Herrn Rieße beginnt der Herr Referent mit der Verlesung des Abschnitts I.

§. 1 giebt zu Erörterungen keinen Anlaß.

Zu §. 2 bemerkt Herr Oberbürgermeister Pockels, daß die Bezirks-Armen-Commissionen allerdings keine höheren Unterstüzungen, als die hier vorgesehenen Sätze, verabreichen dürften; damit sei aber nicht gesagt, daß überall keine höheren Sätze gegeben werden dürften. Wenn die Bezirks-Armen-Commissionen eine höhere Unterstüzung glaubten gewähren zu müssen, so hätten sie sich, wie auch aus einem späteren Paragraphen der Instruction hervorgehe, an die Armen-direction zu wenden.

Herr Winter: Bei der früheren Besprechung über die Neuorganisation der städtischen Armenpflege sei hervorgehoben, daß es bei Einführung des Elberfelder Systems möglich sein würde, den wirklich Hülfsbedürftigen einen höheren Satz als bisher zu gewähren. Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sei dieses nun aber nur in Ausnahmefällen zulässig, und es scheine ihm, wenn man bedenke, daß früher auch Miethzuschüsse von jährlich 30 M. und Bekleidungsgegenstände für Confirmanden gewährt seien, was demnächst nicht mehr der Fall sei, als seien nach der neuen Instruction die Unterstüzungen im Allgemeinen geringer gegen früher geworden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die vorgeschlagenen Unterstüzungssätze seien

unter Berücksichtigung der früher verabsfolgten Miethszuschüsse und der wöchentlichen Unterstützungen, welche letztere in ihren Aufwendungen in sog. persönliche und Familienbedürfnisse zerfielen, berechnet worden.

Herr Winter: Nach den vorgeschlagenen Unterstützungssätzen erhalte eine Familie von 4 Personen monatlich 30 *M.*, also täglich 1 *M.*; davon könne die Familie aber nicht existiren und er müsse deshalb bitten, einen höheren Satz anzunehmen. Die Sätze seien so gering bemessen, daß die Armen sich in Zukunft in derselben bedrückten Lage wie bisher befinden würden und man habe doch eigentlich gehofft, daß die wirklich Hülfbedürftigen durch Einführung der neuen Organisation besser bedacht werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Den Nachweis, daß die vorgeschlagenen Sätze für eine Familie wirklich ausreichend seien, könne er allerdings nicht liefern. Die Instruction sei ausgearbeitet auf Grund der hier und in anderen Städten gemachten Erfahrungen und die Armendirection sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Sätze ausreichend seien.

Referent: Auch in der Statutencommission sei dieser Punkt des Nähern besprochen, es sei aber Niemand mit anderen Vorschlägen hervorgetreten, selbst diejenigen nicht, welchen die beste Erfahrung zur Seite stehe. Zeige sich in der Praxis, daß die vorgeschlagenen Sätze unzulänglich seien, dann müßten sie geändert werden. Die Commission sei aber augenblicklich nicht in der Lage, andere Vorschläge zu machen.

Herr Blasius pflichtet Herrn Winter darin bei, daß die Sätze zu niedrig bemessen seien. Er komme in seiner Eigenschaft als Arzt sehr häufig in die Lage, sich um die Interna ärmerer Familien bekümmern zu müssen, und habe sich oftmals von der Unzulänglichkeit der bisherigen Unterstützungssätze überzeugt. Er sehe keine Gefahr darin, wenn die Sätze im Maximum erhöht würden.

Herr Stadtrath Götte: Bei Beurtheilung der vorliegenden Frage müsse man sich ans wirkliche Leben halten, sich nicht aber von seinem guten Herzen leiten lassen. Wenn ein strebsamer Arbeitsmann in untergeordneten Verhältnissen monatlich 45 *M.* verdiene — und es gebe eine Menge Familien, die keine höhere Einnahme hätten und damit auskommen müßten — dann könne man doch die Armenunterstützungen, die nur der dringendsten Noth steuern, nicht aber Annehmlichkeiten schaffen sollten, nicht in gleicher Höhe oder gar noch höher bemessen; andernfalls würde man eine immense Summe Geldes aufwenden müssen. Er gebe die Genehmigung der vorgeschlagenen Sätze anheim.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Armendirection stehe das Recht zu, in Ausnahmefällen höhere Unterstützungen zu bewilligen und wenn man derselben das Vertrauen schenke, daß sie im gegebenen Falle das Richtige zu treffen wissen werde, so würden Calamitäten vermieden werden. Außergewöhnliche Unterstützungsbeträge

könnten nur bewilligt werden, wenn es sich um Unterstützung von Familien bei besonderen Unglücksfällen, Krankheiten u. s. w. handle. Ein derartiges weitergehendes Unterstützungsrecht müsse aber der Armendirection vorbehalten bleiben. Redner verliest hier die einschlägigen Bestimmungen der Instruction.

Eine specielle Genehmigung auch dieser Bestimmungen, wie sie Herr Semler für formell richtig hält,

glaubt der Herr Referent nicht empfehlen zu sollen. Man komme der Armen-direction so mit einem gewissen Vertrauen entgegen und es komme ziemlich auf eins heraus, ob man diese Bestimmungen ausdrücklich oder implicite genehmige.

Herr Overbürgermeister Pockels: Der Armen-direction sei durch die Städteordnung die Verwaltung des gesammten Armenwesens selbstständig übertragen und sie habe sich bei ihren Ausgaben in den Grenzen derjenigen Mittel zu halten, welche ihr durch den Etat von den städtischen Behörden ausgeworfen würden. Aus dieser bereits seit 30 Jahren gehandhabten Bestimmung seien bislang Nachtheile nicht erwachsen.

Herr Blasius bemerkt Herrn Stadtrath Götte gegenüber, daß er sich nicht dafür interessire, den Armen Annehmlichkeiten zu verschaffen, sondern nur deren bittere Noth zu lindern wünsche. Er hätte lieber gesehen, daß der Unterstützungssatz, wenn es sonst der Etat erlaubt hätte, von 12 *M.* auf 15 *M.* erhöht wäre.

Herr Kybik kann keine Bedenken darin erblicken, daß der Armen-direction ein gewisser Spielraum gelassen werde. Wenn man aber von vornherein sage, daß die angenommenen Sätze unzureichend seien, dann würden die Ausnahmen zur Regel werden und das würde allerdings gegen den Sinn der jetzt zu treffenden Bestimmungen sein.

Herr Schwarzenberg ist der Ansicht, daß die Organe der Armenverwaltung, von denen die Vorschläge ausgehen, doch wohl das Richtige getroffen haben würden, da grade ihnen eine specielle Erfahrung zur Seite stehe; er bitte deshalb, es bei der jetzigen Höhe der Sätze zu belassen.

Herr Jasper schließt sich dieser Ausführung an.

Herr Rieke: Von verschiedenen Personen, namentlich alleinstehenden Frauen, sei er darum angegangen, eine Erhöhung der bislang allerdings zu niedrig bemessenen Unterstützungssätze zu erwirken zu suchen. Er stelle aber deshalb keinen Antrag auf Erhöhung, weil es den Armenpflegern durch die neue Organisation weit leichter möglich sei, sich über die Verhältnisse der zu Unterstützten gehörig zu informieren, sie also nicht zweifelhaft darüber sein könnten, in welchen Fällen Ausnahmen gemacht werden müßten. Man könne also versichert sein, daß wahrhaft Bedrängten für die Folge auch höhere, ausnahmsweise zu bewilligende Unterstützungen zu Theil werden würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt dem Herrn Vorredner darin Recht, daß bis jetzt, namentlich an Frauen mit Kindern, unzureichende Unterstützungen gezahlt seien. In dieser Beziehung weiche aber auch die vorliegende Instruction von den bisher geltend gewesenen Grundsätzen ab. Nach der alten Armenordnung konnte eine Wittwe mit nicht mehr als zwei Kindern auf Unterstützung nicht rechnen, sobald sie arbeitsfähig war. Jetzt könne eine Wittwe mit einem Kinde schon Unterstützung bekommen.

Nach diesen Erwägungen fährt Referent in der Verlesung des Abschnitts I fort.

Zu den §§. 3 bis 8 wird seitens der Versammlung nichts bemerkt.

Bei §. 9 bittet Herr Blasius um Auskunft darüber, ob es nach der neuen Instruction zulässig sei, auch solchen Frauen Unterstützung angedeihen zu lassen, deren Ehemänner arbeitslos und dem Trunke ergeben seien und ihren Pflichten als Ernährer der Familie nicht nachkämen? Solche Frauen seien oft weit schlimmer daran als Wittwen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Zur Zeit würden etwa 40 von ihren Männern getrennt lebende und dadurch mit ihren Kindern in die größte Noth versetzte Ehefrauen unterstützt. — In den Fällen jedoch, wo Ehefrauen, welche von ihren Männern nicht getrennt leben, durch die Pflichtvergessenheit der letzteren aber in Noth gerathen seien, habe man die ganze Familie allemal ins Pflegehaus aufgenommen. In Zukunft solle aber solch ein pflichtvergessener Familienvater zur Arbeit gezwungen und das der Familie zur Existenz Fehlende zugeschoffen werden. Dann sei auch noch in den Ausführungsbestimmungen den Armenpflegern zur Pflicht gemacht, in solchen Fällen nicht dem Familienvater, sondern einem anderen Familien-Angehörigen, der eine gewisse Garantie für die ordnungsmäßige Verwendung der Unterstützungsbeträge biete, die letzteren verabfolgen zu lassen.

Nachdem Herr Riecke aus eigener Erfahrung constatirt hat, daß die Unterstützung derartiger Familien in der vom Herrn Vorredner beschriebenen Weise erfolge,

schlägt Herr Blasius vor, eine Bestimmung in §. 9 aufzunehmen, wonach in solchen Fällen, wo der Vater allerdings bei der Familie lebt, aber seine Pflichten als Ernährer nicht erfüllt, wohl gar von der Ehefrau mit erhalten wird, gleichfalls Unterstützungen gezahlt werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, auf den Vorschlag des Herrn Blasius nicht einzugehen, da der Familienvater gesetzlich verpflichtet sei, für seine Angehörigen zu sorgen. Nur für den Fall, daß solches auch durch die strengsten Maßregeln nicht zu erlangen sei, habe die Armenverwaltung, wie schon im 1. Absätze des §. 2 vorgesehen, das Recht, Unterstützungen zu gewähren.

Herr Reiche kann dem Vorschlage des Herrn Blasius gleichfalls nicht zustimmen. Eine derartige Bestimmung wäre vielleicht von übeln Folge, denn es könnte dabei einem solchen Familienvater das bißchen Gewissenhaftigkeit, welches er vielleicht noch habe, möglicherweise ganz abhanden kommen.

Der Herr Referent verliest die §§. 10 und 11; dieselben geben zu Erörterungen keinen Anlaß.

Die Versammlung geht sodann über zu Abschnitt VI, wozu Referent zunächst Folgendes bemerkt.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Gesetzen vom 5. December 1851 über die Gemeindeschulen und vom 17. April 1873 über die Lehrergehälter u. an solchen, solle bedürftigen Eltern unter gewissen Voraussetzungen (welche Referent mittheilt) Befreiung vom Schulgelde in den Gemeindeschulen, als welche in der Stadt Braunschweig bekanntlich nur die unteren Bürgerschulen anzusehen seien, gewährt werden und in den Städten über desfallige Ansprüche die Armenverwaltung entscheiden.

Der Abschnitt VI der Instruction stelle die Grundsätze zusammen, nach denen die städtische Armenverwaltung zu verfahren habe. Referent verliest die den Abschnitt VI bildenden §§. 62—70 und weist nach, daß die darin gegebenen Normen sich im Wesentlichen in Uebereinstimmung mit dem Regulative vom 9. November 1880 befinden, durch welches die städtischen Behörden die gleichen Verhältnisse bezüglich der übrigen städtischen Unterrichtsanstalten geregelt haben. Referent giebt schließlich Namens der Commission Genehmigung der Abschnitte I und VI der Instruction anheim.

Nachdem einem Wunsche des Herrn Blasius entsprechend die Zusendung je eines Exemplars der gesammten Instruction nach erfolgter Drucklegung an die Mitglieder der Versammlung seitens des Herrn Oberbürgermeisters Pockels zugesagt ist, werden die Abschnitte I und VI genehmigt.

Wie

II. Herr Reuter namens der Statutencommission berichtet, haben die Bestimmungen in den §§. 1 bis 3 des Statuts vom 18. Juni 1880, die Untersuchung des zum Verkaufe und Genuße von Außen her in die Stadt gebrachten Fleisches betreffend, für einzelne hiesige Gewerbetreibende große Belästigungen im Gefolge gehabt und daher wiederholt zu Beschwerden Anlaß gegeben. Zunächst haben die hiesigen Wurstfabrikanten, welche ihre Waare, besonders frische Leberwurst versenden, Klage darüber geführt, daß die Untersuchung der von Hamburg bezogenen frischen Schweinsleber im Schlachthause oder an der Untersuchungsstelle nicht schnell genug vor sich gehe, was sehr leicht ein Verderben der Schweinsleber, die frisch verarbeitet werden müsse, und danach auch ihrer Waare, besonders in warmer Jahreszeit, zur

Folge habe. Ebenso haben verschiedene Delicateffenhändler wiederholt Klage über die Belästigung geführt, welche ihnen durch die Untersuchung der von Außen bezogenen Würste, Schinken und sonstigen Fleischwaaren erwüchse. Der Magistrat hat deshalb in seinem Schreiben vom 20. November cr. beantragt, dem §. 3 des gedachten Statuts folgendes, auch von Herzoglicher Polizei-Direction gebilligten Zusatz zu geben:

»Ebenso kann die Herzogliche Polizei-Direction von dem Erfordernisse der allgemeinen Untersuchung (cfr. §. 3 Absatz 1) der im §. 1 sub 1 und 2 erwähnten Schlachtwaaren, welche nicht auf den hiesigen Wochenmärkten feil gehalten werden sollen, unter gewissen, von ihr zu stellenden Bedingungen, insbesondere auch dann entbinden, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß solche Waaren am Orte ihres Ursprungs auf Gesundheit und Genußtauglichkeit untersucht sind«.

Die Commission giebt anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Herr Winter hält die Einfügung dieses Zusatzes für bedenklich, da das aus weiter Ferne hergeschickte Fleisch unterwegs verderben und genußuntauglich geworden sein könne,

worauf der Herr Referent bemerkt, daß es nicht in der Absicht liege, die Untersuchungen ganz zu unterlassen; es solle nur in das Ermessen Herzoglicher Polizeidirection gestellt werden, in welcher Weise die entstandenen Geschäfterschwerungen zu beseitigen seien. Es sei aber wünschenswerth, von einer Untersuchung der Fleischwaaren abzusehen, wenn nachgewiesen sei, daß dieselben bereits untersucht seien, wobei es sich hauptsächlich um eingeführte Schweinsleber handle.

Auf eine Anfrage des Herrn Blasius, ob der Versammlung in nächster Zeit Mittheilung über die gegen den Genuß trichinenhaltigen Fleisches zu treffenden Maßregeln gemacht werde,

erwiedert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß die hierüber mit Herzoglicher Polizeidirection gepflogenen Verhandlungen noch nicht völlig abgeschlossen seien, daß der Versammlung aber spätestens bei Vorlage des Etats die nöthigen Mittheilungen gemacht werden würden.

Herr Blasius: Aus den Resultaten der Untersuchungen über die hier stattgehabte Trichinenepidemie, über welche er eine besondere Abhandlung geschrieben habe, die den Mitgliedern des Stadtmagistrats wie der Versammlung in diesen Tagen gedruckt zugehen werde, habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß man, so lange die Bestimmung des §. 1 des Statuts, wonach das zum Privatgebrauch und nicht zur gewerbmäßigen Verwerthung in die Stadt eingeführte Fleisch nicht untersucht zu werden brauche, nicht beseitigt sei, auch bei Ergreifung der allerbesten Maßregeln nie genügenden Schutz für das Publicum erreichen werde. Er wolle heute keinen Antrag stellen, aber den Stadtmagistrat bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht Schritte gethan werden könnten, daß diese Bestimmung, welche der hygienischen Seite

unseres Schlachthauscs gradezu entgegentrete, aus der Welt geschaffen werde. Es sei wirklich äußerst gefährlich, daß auf diese Weise nicht untersuchtes Fleisch in die Stadt kommen könne.

Nachdem der Herr Vorsikende bemerkt hat, daß das vom Herrn Vorredner Angestrebte nicht eine Statuten-Aenderung sondern eine Gesetzes-Aenderung erheische, wird der Magistratsantrag genehmigt.

Die Vorlage des Stadtmagistrats vom 2. d. Mts., die Genehmigung des Antrags auf Expropriation eines Grundstücks an dem Straßenzuge zwischen Cammann- und Sophienstraße wird vom Stadtmagistrate zurückgezogen, da nach einem fernern Schreiben desselben vom heutigen Tage mit dem Eigenthümer, Gärtner Bues, eine gütliche Vereinbarung erzielt ist, wonach derselbe das zur Verbreiterung der Cammannstraße erforderliche Terrain zum Preise von 3600 M. abzutreten bereit ist.

III. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission, daß der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 20. d. Mts. die Versammlung ersucht hat, die in Gemäßheit §. 74 des Grundsteuergesetzes vom 24. August 1849 für Abschätzung neuerbauter Häuser in hiesiger Stadt behuf Veranlagung zur Grundsteuer verausgabten Remunerationen, welche den betreffenden Sachverständigen in Aussicht zu stellen der Stadtmagistrat durch Beschluß vom 17. April 1879 ermächtigt war, nunmehr im festgestellten Gesamtbetrage von 860 M. 75 A auf Cap. IV. 5 des Etats definitiv zu verwilligen. Der Magistrat hebt in seinem Schreiben noch hervor, daß er beschloffen habe, von dem bisherigen Abschätzungsverfahren durch den Stadtbaurath Winter und zwei Sachverständige in Zukunft Abstand zu nehmen und die Einschätzungen durch die städtische Bauverwaltung bei Gelegenheit der Baurevisionen vornehmen zu lassen.

Die Commission giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr Runte empfiehlt dem Stadtmagistrate, das bisherige Abschätzungsverfahren beizubehalten, da es nicht im Interesse des Publikums liege, wenn die Einschätzungen von einem einzelnen Baubeamten besorgt würden. In den Kreisstädten würden die Gebäude allerdings von dem betreffenden Kreisbaubeamten abgeschätzt. Das sei aber auch etwas Anderes. Dort seien die Abschätzungen ziemlich einfacher Natur, während sie hier bei den weit größeren Gebäuden oftmals mit außerordentlichen Complicationen verknüpft seien und daher von einem einzelnen Baubeamten unmöglich richtig ausgeführt werden könnten. Der Abstimmung über den Magistratsantrag enthalte er sich selbstverständlich, da er selbst mit zu den Einschätzern gehört habe.

Herr Stadtrath Netemeyer: Da das Herzogliche Staatsministerium die Uebnahme der Abschätzungskosten abgelehnt habe, so könne man es dem Magistrate nicht verdenken, wenn er sich lediglich nach dem Gesetze richte. Hiernach würde aber correct verfahren, wenn der Stadtmagistrat als Localbehörde einfach sein Gutachten

abgebe, auf Grund dessen das Steuer-Collegium die Abschätzungen vornehme. Sollte indeß die Versammlung der Ansicht sein, daß durch das bisherige Verfahren eine größere Gewähr für die Richtigkeit der Abschätzungen geboten werde, und dabei die nöthigen Mittel zur Verfügung stellen, so sei er seinerseits damit einverstanden, wenn es beim alten Verfahren bleibe.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat diesen Ausführungen noch Folgendes hinzuzufügen: Durch Vereinbarung zwischen Magistrat und Stadtverordneten sei festgestellt, daß die Remunerationen für die Grundsteuerabschätzungen vorläufig aus der Stadtkasse bezahlt werden sollten. In Folge dessen sei in den letzten Etat eine diesbezügliche Position aufgenommen. Jetzt sei der Magistrat der Ansicht, daß diese Remunerationen, weil er sicher wisse, daß nichts davon zurückgezahlt werde, in Wegfall kommen könnten. Da dies aber nicht ohne Zustimmung der Versammlung gehe, so sei mit Rücksicht hierauf das Verhältniß in dem Begleitschreiben des nächstjährigen Etats auseinandergelegt, mit dem Anheimgen, sich damit einverstanden zu erklären, daß in Zukunft die Remunerationen nicht mehr bezahlt würden und das vorhin ange-deutete Verfahren befolgt werde. Für heute bitte er also die Debatte nur auf die Verwilligung der vorausgabten Summe zu beschränken.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Ferner

IV. wird nach einem von Herrn von Seckendorff namens der Finanzcommission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Magistratschreiben vom 13. d. Mts. entsprechend beschlossen:

- 1) zur Anschaffung von 75 neuen Toppen für die Turner-Feuerwehr 862 M 50 A,
- 2) zu der am 8. December d. J. stattfindenden Feier des 20jährigen Bestehens der Turnerfeuerwehr 150 M,
- 3) zur Feier des Einzuges der Turnerfeuerwehr in das neue Feuerlöschgebäude 350 M,

aus den Ersparnissen des diesjährigen Etats des Feuerlöschwesens bzw. aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen.

Der folgende Gegenstand, den Entwurf eines Statuts wegen des Betriebes von durch Rauch oder Ruß belästigenden Feuerungsanlagen betreffend, wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Statutencommission nicht in der Lage gewesen ist, ihre Vorberathung soweit zu fördern, daß die Angelegenheit heute schon erledigt werden könnte.

Schließlich

V. motivirt Herr Reiche seinen bereits eingangs erwähnten Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Gartenstraße und die Fuchstwete mit Beleuchtung versehen werden.

Schon in der Sitzung vom 10. März 1881, als es sich um die Erweiterung der Straßenbeleuchtung handelte, habe er die Bitte ausgesprochen, daß doch auf eine Beleuchtung der gedachten beiden Straßen aus Sittlichkeitsrücksichten Bedacht genommen werden möchte; es seien ihm aber verschiedene Gründe entgegengehalten, weshalb die Herstellung dieser Beleuchtung zur Zeit nicht möglich sei. Heute stelle er einen bezüglichen Antrag im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Nachdem vor einiger Zeit in der Fuchstwete Jemand spät Abends überfallen und ein auf den Hülfseruf herbeigeeilter Knecht eines dortigen Anwohners mit Messerstichen verwundet worden sei, und nachdem wiederum vor wenigen Tagen ein Anwohner der Gartenstraße in der Dunkelheit von Strolchen angegriffen worden, sei eine Beleuchtung der gedachten beiden Straßen zum unabweisbaren Bedürfnis geworden. Es komme der Umstand noch hinzu, daß diese engen Straßen allabendlich von mehr als tausend auf der Futzspinnerei beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen passiert würden, zu welchen binnen Kurzem noch etwa 500 hinzukämen. Er bitte deshalb, seinen Antrag zu berücksichtigen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Es findet hierauf eine vertrauliche Sitzung statt, in welcher die Anstellung zweier städtischer Beamten beschlossen wird.

In gemeinschaftlicher Sitzung

werden sodann noch unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels Steuerreklamationen erledigt.

(Beilage zu **N. 11** der Braunschw. Anzeigen.)**1882.**(Fortsetzung der Beilage zu **N. 10** de 1883
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N. 16.**

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. December 1882.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Kieß, betreffend die Anbringung einer Uhr im Giebel der Schule an der Sidonienstraße,
- II. desgl. des Herrn Reiche, betreffend die Beleuchtung der Gartenstraße und Fuchs-
twete.

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- III. Bewilligung einer Remuneration für Mitwirkung des Polizei-Corps bei den durch die bevorstehende Viehzählung erwachsenden Arbeiten,
- IV. Vermietzung einer Wohnung,
- V. Stadthaushalteplan für 1883.
- VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff, betreffend die Einführung einer allgemeinen Straßenreinigung.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Mitgliedes der Armendirection,
- 2) von Bezirks-Vorstehern und Armenpflegern,
- 3) von Schiedsmännern für Abschätzungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, Maßregeln gegen Viehseuche betreffend, bez. des Landesgesetzes vom 28. März 1881 **N. 18**.

Entschuldigt die Herren Kloss, Sievers und Wille. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer und Stadtrath Netemeyer.

Die Sitzung eröffnend

theilt der Herr Vorsitzende zunächst mit, daß ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 7. d. Mts. eingegangen sei, durch welches die Versammlung benachrichtigt werde, daß in dem am 5. d. Mts. stattgehabten Wahltermine an Stelle des zum Stadtrath ernannten Herrn Dr. Grote der Buchdruckereibesitzer Herr Günther bis Ablauf des Jahres 1884 zum Stadtverordneten für den 2. Wahlbezirk, 3. Wahlklasse, gewählt sei und diese Wahl angenommen habe.

Der Herr Vorsitzende begrüßt den neuhinzugetretenen Kollegen namens der Versammlung und giebt dabei dem Wunsche Ausdruck, daß die gemeinsame Thätigkeit, zu welcher sich das neue Mitglied von heute an mit den übrigen Herren Stadtverordneten hier verbinde, der Stadt zu Heil und Segen gereichen möge!

Ein von Herrn Wolff eingebrachter Antrag:

»an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, eine allgemeine Straßensprengung der inneren Stadt, der Promenaden und der belebteren Vorstadtsstraßen auf Kosten der Stadtcasse bez. aus den Ueberschüssen der städtischen Gas- und Wasserwerke während der wärmeren Monate und zwar vom Jahre 1883 an, in Erwägung zu ziehen und darüber baldthunlichst eine Vorlage an die Versammlung gelassen zu wollen«
 gelangt nach Erledigung der Tagesordnung zur Begründung.

Es liegt ein ferneres Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. November c. mit einem Gutachten der Herren Dr. Frühling und Schulz vor, sich beziehend auf die bei Berathung der Vorlage über die Erweiterung des Wasserwerks ausgesprochenen Befürchtungen, daß die Entnahme von Wasser aus der Oker bei Alt-Richmond bedenkliche Nachtheile zur Folge haben könnte.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß eine Verlesung des ganzen Gutachtens, besonders der ausführlichen Beschreibung der chemischen und mikroskopischen Untersuchungen und ihrer Ergebnisse, zu weit führen würde. Er werde dasselbe auf der Registratur des Stadtmagistrats deponiren, wo es zu jeder Zeit eingesehen werden könne. Sodann theilt der Vorsitzende den wesentlichen Inhalt kurz mit und verliest folgendes Endgutachten:

- 1) Die Frage »ob und welche Nachtheile die Einführung der Abwässer aus der oberhalb den hiesigen Stadt belegenen Zuckersfabriken in die Oker auf die Beschaffenheit des Wassers im Kennelteiche und im Flußbette bei Alt-Richmond zur Folge haben?« ist von den Sachverständigen wie folgt beantwortet:

»Die Einführung der Abwässer aus den oberhalb der hiesigen Stadt belegenen Zuckersfabriken in die Oker übt auf die Beschaffenheit des Wassers im Kennelteiche und im Flußbette der Oker bei Alt-Richmond insofern eine nachtheilige Einwirkung, daß sich in dem

Wasser bei einer im Uebrigen ungeänderten und unbedenklichen Zusammensetzung eine sehr geringe Menge Ammoniak und eine verstärkte Vegetation von Fäulniß-Organismen vorfindet. Der zu dieser Jahreszeit naturgemäß vorhandene große Wasserreichtum der Oker und die gleichzeitig kühle Lufttemperatur mindern diese Verunreinigungen, ihre weitere Ausbreitung und ihre event. gesundheitschädlichen Wirkungen wesentlich herunter.«

- 2) Die Frage »ob und wie weit event. diese Nachtheile durch die beabsichtigte künstliche Filtration beseitigt werden können?« ist folgendermaßen beantwortet:

»Die beabsichtigte künstliche Filtration des Okerwassers beseitigt, soweit sich die Wirkung derselben durch das Functioniren des aufgestellten Versuchsfilters beurtheilen läßt, die beregten Nachtheile vollständig. Der mit dem Versuchsfilter erzielte Effect läßt sich als ein vorzüglicher bezeichnen.«

Das Gutachten ist ausfertigt am 15. November 1882.

Nach Genehmigung des Protocolls Nr. 14, zu welchem bemerkt wird, daß es auf S. 180 Z. 18 v. o. statt »Anspruch« heißen muß »Auspruch« wird zur Tagesordnung übergegangen, über deren

I. Punkt: Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß »den Stadtmagistrat zu ersuchen, in dem straßenwärts belegenen Giebel des städtischen Schulgebäudes an der Sidonienstraße eine Uhr mit Schlagwerk anbringen zu wollen«

Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission Folgendes berichtet: Nach eingehender Berathung des Antrages unter Zuziehung des Herrn Antragsstellers habe die Commission anerkannt, daß auch die Außenwohner der Stadt eine gewisse Berechtigung hätten, die Anbringung von öffentlichen Uhren vor den Thoren zu beanspruchen, sie sei aber auf der anderen Seite der Ueberzeugung gewesen, daß der von Herrn Nieß empfohlene Weg für den jetzigen Standpunkt der Technik ein viel zu kostspieliger sei, da es über kurz oder lang durch die Fortschritte der Electrotechnik möglich sein werde, weit billigere und sichergehendere Uhren als die bisherigen sog. Thurmuhren in Anwendung zu bringen. Die Finanzcommission beantrage daher im Einverständnisse mit dem Herrn Antragssteller:

»Die Versammlung möge

in Erwägung, daß bei dem jetzigen Stande der Electrotechnik, deren Anwendung auf öffentliche Zeitmessung in hiesiger Stadt in mehr oder minder naher Aussicht steht,

den Stadtmagistrat ersuchen, zu geeigneter Zeit wegen Ausdehnung einer ge-

regelten Zeitmessung auf die Außenstadt der Versammlung Vorlagen zu machen, und

über den Antrag des Herrn Nieß zur Tagesordnung übergehen.

Der Antrag wird ohne weitere Verhandlung angenommen.

Weiter

II. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über den von Herrn Reiche in voriger Sitzung gestellten Antrag: an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß die Gartenstraße und Fuchstwete mit Beleuchtung versehen werden. Die Commission habe den Antrag geprüft und gefunden, daß auf diesen, allerdings nicht städtischen Straßen sich ein Zustand herausgebildet habe, der, wie auch von Herzoglicher Polizeidirection anerkannt sei, aus sittenpolizeilichen Gründen einer baldigen Abhülfe dringend bedürfe; sie gebe deshalb im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller anheim:

»in Rücksicht auf die starke Frequenz der betreffenden Straßen und die daselbst in letzterer Zeit wiederholt vorgekommenen Unordnungen den vorliegenden Antrag dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.«

Herr Schwarzenberg hält eine Beleuchtung der gedachten Straßen allerdings für wünschenswerth, glaubt aber, daß eine Annahme des Antrags der Finanzcommission vielfach zu Verurtheilungen Anlaß geben werde. So verdiene z. B. das Rosenthal mit seinen zwölf großen Häusern mindestens dieselbe Berücksichtigung.

Herr Reuter macht darauf aufmerksam, daß noch verschiedene Gesuche wegen Straßenbeleuchtung vorliegen, daß aber nach der letzten bedeutenden Erweiterung des Beleuchtungs-Rayons das Uebereinkommen getroffen sei, mit ferneren Erweiterungen nicht vereinzelt, sondern nach etwa 1½ Jahren wieder im Ganzen vorzugehen. Eine Beleuchtung der hier in Rede stehenden Straßen sei bislang hauptsächlich aus dem Grunde unterblieben, weil dieselben bei Ausführungen des Stadterweiterungsplans eine bedeutende Veränderung erfahren und danach die zu legenden Röhren demnächst wieder beseitigt werden müßten. Vielleicht sei diesen Straßen auch schon mit Anbringung von Petroleum-Lampen gedient.

Herr Reiche bemerkt, daß er sich der soeben gehörten Gegengründe wohl bewußt sei, ja, daß diese ihn grade von der Einbringung seines Antrags bislang zurückgehalten hätten. Er bitte aber, mit der Beleuchtung der gedachten beiden Straßen eine Ausnahme von der Regel zu machen, denn die Gründe, welche hier maßgebend seien, lägen in keinem anderen Falle vor. Diese engen Straßen würden abends zwischen 6 und 7 Uhr von über 800 Arbeitern und Arbeiterinnen der Zutespinnerei in dicht gedrängten Massen passirt, so daß den Begegnenden ein Weitergehen in der Dunkelheit gradezu unmöglich sei. Die Amalienstraße und die Gellerstraße seien zwar mit Gasbeleuchtung versehen, doch könne man es diesen Leuten nicht wehren, wenn

sie nach mühevoller Tagesarbeit den nächsten Weg nach Hause wählten. Redner bringt noch einige für seinen Antrag sprechende, bei der Motivirung desselben bereits betonte Gründe vor, und bemerkt zuletzt, daß die Zutespinnerei auf ein Entgegenkommen abseiten der Stadt wohl um so zuversichtlicher rechnen dürfe, als sie allwöchentlich über 2000 *M.* allein für Säckenähen an ärmere Leute auszahle und dadurch gewissermaßen der Stadt in der Sorge für die ärmeren Klassen zu Hülfe komme, dieselbe auch seiner Zeit einen namhaften Beitrag an die Gasfabrik gezahlt habe.

Herr Kybik spricht sich gleichfalls mit einigen Worten für den vorliegenden Antrag aus, worauf derselbe angenommen wird.

Nachdem sodann der Herr Vorsitzende namens der Versammlung Herrn Dr. Blasius für die den Mitgliedern der Versammlung übersandte, von Herrn Blasius verfaßte Broschüre über die im October c. in Braunschweig stattgehabte Erichinen-Epidemie Dank gesagt hatte, wird zur Berathung der Magistratsvorlagen geschritten und

III. einem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 5. d. Mts. entsprechend auf Beantwortung des Referenten der Finanzcommission, Herrn von Seckendorff, beschlossen, für Mitwirkung des Polizei-Corps bei der am 10. Januar künftigen Jahres stattfindenden allgemeinen Viehzählung eine Remuneration von 120 *M.* zu bewilligen.

IV. wird nach einem von Herrn Lüderßen für die Statutencommission erstatteten Berichte dem bezüglichen Ersuchen des Stadtmagistrats vom 8. d. Mts. gemäß beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die von dem Agenten Kruse ermietete Wohnung im vormals Poppeschen Hause in der Abelnkarre vom 1. April k. J. ab unter den bisherigen Bedingungen an den Schneidermeister Unverhau vermietet werde.

Sodann

V. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über den Stadthaushaltsplan für das Jahr 1883, welchen der Stadtmagistrat mittelst Begleitschreibens vom 30. October cr. zur Genehmigung unterbreitet hat.

Der Stadthaushaltsplan enthält:

- 1) den Hauptetat der Stadtcasse nebst den mit der letzteren durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Neben-Etats,
- 2) den Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts incl. der mit demselben in Verbindung stehenden Specialverwaltungen.

Dem Stadthaushaltsplane sind angehängt die selbstständigen Etats des Schlachthauses, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

1. Der Hauptetat der Stadtcasse zerfällt in den ordentlichen und außerordentlichen Etat.

Der ordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

Einnahme:		Ausgabe:	
Eiserner Betriebsfonds .	69500 M. — „	Eiserner Betriebsfonds .	69500 M. — „
I. Aus dem Gämmercivermögen	75780 „ 62 „	Auf das Gämmercivermögen	147961 „ 21 „
II. Für kirchliche Zwecke .	— „ — „	Für kirchliche Zwecke .	3624 „ — „
III. Für das Unterrichtswesen .	— „ — „	Für das Unterrichtswesen .	313150 „ — „
IV. Für Kunst und Wissenschaft	— „ — „	Für Kunst und Wissenschaft	5584 „ 90 „
V. Für die Armenpflege .	— „ — „	Für die Armenpflege .	99100 „ — „
VI. Für das Medicinalwesen .	— „ — „	Für das Medicinalwesen .	1555 „ — „
VII. Für Vereinszwecke und Volksfeste	616 „ 67 „	Für Vereinszwecke und Volksfeste	2417 „ 17 „
VIII. Für das Feuerlöschwesen .	17006 „ 25 „	Für das Feuerlöschwesen .	49200 „ — „
IX. Für die Ortspolizei . .	20930 „ 87 „	Für die Ortspolizei . .	140470 „ 45 „
X. Für den Straßenbau .	600 „ — „	Für den Straßenbau .	6950 „ — „
XI. Aus Gemeindesteuern und sonstigen Abgaben . .	696660 „ — „	Für die Gemeindesteuer und sonstige Abgaben .	3480 „ — „
XII. Aus Staatszuschüssen zur Beseitigung der Ausgaben für Staatsbedürfnisse .	90600 „ — „	Für Staatsbedürfnisse .	14860 „ — „
XIII. Aus besonderen Amtsverrichtungen der Stadtverwaltung	3500 „ — „	Für die Stadtverwaltung .	126021 „ 83 „
XIV. Insgesamt	228203 „ 65 „	Insgesamt	219423 „ 50 „
Summa der ordentl. Einnahmen	1203338 M. 06 „	Summa der ordentl. Ausgaben	1203338 M. 06 „

Der außerordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

Einnahme:		Ausgabe:	
I. Aus der Bewegung des Stammvermögens . .	11082 M. 46 „	Aus der Bewegung des Stammvermögens . .	11082 M. 46 „
II. An erstatteten Vorschüssen .	946 „ 14 „	An Vorschüssen	— „ — „
III. Für verkaufte Grundstücke und Berechtigungen .	— „ — „	Für angekaufte Grundstücke und Berechtigungen .	150800 „ — „
IV. An Ersatz auf außerordentliche Ausgaben .	— „ — „	Für Bauen	291729 „ — „
V. Insgesamt	57581 „ 37 „	Insgesamt	22581 „ 37 „
Gesamtbetrag der außerordentlichen Einnahme	69609 M. 97 „	Gesamtbetrag der außerordentlichen Ausgabe	476192 M. 83 „
Fehlsumme	406582 M. 86 „		

Die Nebenetats bzw. Schulcassenetats sind:

- a. Etat der städtischen Realschule. Einnahme 30401 *M.* 29 *S.* Ausgabe 59701 *M.* 29 *S.*

Zuschuß aus der Stadtcasse 29300 *M.*

- b. Etat der städtischen höheren Mädchenschule. Einnahme 33260 *M.* Ausgabe 46160 *M.*

Zuschuß aus der Stadtcasse 12900 *M.*

- c. Etat des Lehrerinnen-Seminars. Einnahme 1000 *M.* Ausgabe 5100 *M.*

Zuschüsse aus der Klosterreinertragscasse und aus der Stadtcasse je zur Hälfte 4100 *M.*

- d. Etat der städtischen Mädchenschule. Einnahme 19512 *M.* Ausgabe 28412 *M.*

Zuschuß aus der Stadtcasse 8900 *M.*

- e. Etat der Bürgerschulcasse. Einnahme 89915 *M.* 82 *S.* Ausgabe 371515 *M.* 82 *S.*

Zuschüsse aus dem Kreisfonds und aus der Stadtcasse 281600 *M.*

- f. Etat der städtischen Turnhalle. Einnahme und Ausgabe 2480 *M.*

- g. Etat der Armencasse. Einnahme und Ausgabe 192483 *M.* 78 *S.*

Anlage zu diesem Etat (Arbeits- und Wirthschaftsrechnung des städtischen Pflege-, Armen- und Krankenhauses). Einnahme 36900 *M.*

Ausgabe 83600 *M.*

Zuschuß 46700 *M.*

- h. Etat der Wegebaucasse. Unterhaltungs-Etat. Einnahme 16750 *M.* Ausgabe 58218 *M.*

Zuschuß aus dem Kreis-Communalfonds 41468 *M.*

Neubau-Etat. Einnahme 3802 *M.* Ausgabe 33131 *M.*

Zuschuß aus dem Extraordinarium der Stadtcasse 29329 *M.*

- i. Voranschlag für das städtische Gaswerk. Einnahme 506288 *M.* Ausgabe 376936 *M.*

Ueberschuß 129352 *M.*

- k. Voranschlag für das städtische Wasserwerk. Einnahme 171864 *M.* Ausgabe 98264 *M.*

Ueberschuß 73600 *M.*

- l. Etat der Neustadtmühle. Einnahme 32780 *M.* Ausgabe 30150 *M.*

Ueberschuß 2630 *M.*

2. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes, incl. der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

	Einnahme:	Ausgabe:
I. Cämmereivermögen (im engeren Sinne)	75780 <i>M.</i> 62 <i>S.</i>	147961 <i>M.</i> 21 <i>S.</i>
II. Kirchenwesen	— " — "	3624 " — "
III. Unterrichtswesen	202619 " 11 "	515769 " 11 "
IV. Kunst und Wissenschaft	— " — "	5584 " 90 "
V. Armenpflege	130283 " 78 "	229383 " 78 "
VI. Medicinalwesen	— " — "	1595 " — "
VII. Vereinswesen und Volksfeste	616 " 67 "	2417 " 17 "
VIII. Feuerlöschwesen	17006 " 25 "	49200 " — "
IX. Ortspolizei	20930 " 87 "	140470 " 45 "
X. Straßenbau	58818 " — "	65168 " — "
XI. Gemeindesteuern u.	696600 " — "	3480 " — "
XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	90600 " — "	14860 " — "
XIII. Stadtverwaltung	3500 " — "	126021 " 83 "
XIV. Insgemein	228203 " 65 "	219123 " 50 "

Zusammen 1524958 *M.* 95 *S.* 1524958 *M.* 95 *S.*

Der Etat des städtischen Schlachthauses hat in Einnahme und Ausgabe 86 000 *M.*;

der Etat für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde desgl. 11 759 *M.*;

der Etat der Kreiscommunalcasse desgl. 175 371 *M.* 87 *S.*

Die Finanzcommission hat den Haushaltsplan geprüft und giebt dessen Genehmigung unter folgenden Aenderungen anheim:

Zu Capitel IX »Ausgabe« ist zu erwähnen, daß die Frage wegen der allgemeinen Bepflanzung der Straßen der ganzen Stadt durch einen selbstständigen Antrag in Anregung gebracht werden wird.

Zu Capitel XIII »Ausgabe« sind im Einverständniß mit dem Stadtmagistrat die Gehalte des

Stadtsecretair Priesemann *N.* 5 auf *M.* 3250,

Stadtrevisor Lier *N.* 7 auf *M.* 2100,

vom 1. Januar k. J. zu erhöhen, so daß beide Beamte in Anerkennung ihrer lobenswerthen Dienstführung einige Jahre früher, als sie nach dem Reglement berechtigt sein würden, in die nächst höhere Gehaltsklasse eintreten. Dagegen ist der unter *N.* 28 in Ausgabe gestellte Dispositionsfonds von *M.* 400 zu streichen.

Bei Capitel XIV »Insgemein« den Stadtmagistrat zu ersuchen, in der Folge die Posten unter 5, 6 und 7 der Einnahmen und 8 und 9 der Ausgaben wegzulassen und in einem besonderen Capitel zu verrechnen.

Auf Seite 42 und 43 ist in der Einnahme und Ausgabe der eiserne Betriebsfonds mit *M.* 69500 zu streichen und die Gesamtsumme auf beiden Seiten auf *M.* 1 133 838,06 festzustellen.

Die Versammlung geht die einzelnen Capitel des gedruckt vorliegenden Etat durch, wobei dem bisherigen Brauch gemäß das vom Herrn Referenten besprochene Capitel allemal stillschweigend als genehmigt angesehen wird, sobald dagegen Einwendungen aus der Mitte der Versammlung nicht erhoben werden. Die Abstimmung über die Vorlage im Ganzen bleibt dabei vorbehalten.

Es kommt zunächst der ordentliche Etat zur Berathung.

Zu den Ausgaben des Sämmerei-Vermögens, Cap. I S. 3 fragt Herr Winter an, weshalb keine Kosten für Reparaturen an dem vormals Kaulig'schen Hause hinteren Brüdern ausgeworfen seien,

worauf Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert, daß das Haus zu einem verhältnißmäßig niedrigen Preise an den Vorstand des Vereins für die arbeitenden Klassen vermietet sei, welcher es in Bau und Besserung zu erhalten habe.

Bezüglich des St. Leonhardplatzes, für welchen als Ablösung der Weidgerechtsame und erste Rate der Instandsetzung in demselben Capitel (S. 5) 5000 M. ausgeworfen sind, giebt Herr Blasius dem Stadtmagistrate gegenüber dem Wunsche Ausdruck, daß auf diesem Plage ein größeres Terrain als Spielplatz für die jetzt immer mehr in Aufnahme kommenden Jugendspiele (Fußball-, Cricket- und Croquettspiele) reservirt werden möchte. Der kleine Exercierplatz, welcher jetzt schon vielfach dazu benutzt werde, sei für die Folge nicht mehr ausreichend und der St. Leonhardplatz eigne sich um so mehr zu diesem Zwecke, als dem Vernehmen nach ein zweites Gymnasium in dieser Gegend baldigst erbaut werden werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß der Versammlung über die Art und Weise, wie der St. Leonhardplatz in Stand gesetzt werden solle, demnächst eine besondere Vorlage zugehen werde.

Auf eine Anfrage des Herrn Winter, ob die unter 18 der Einnahme aus dem Sämmerei-Vermögen, Cap. I (S. 6) aufgeführten vierprocentigen Braunschw. Landesschuldverschreibungen im Betrage von 59 100 M. nicht veräußert und zur demnächstigen städtischen Anleihe benutzt werden könnten,

erwiedert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß eine Verfilberung dieser Papiere zweckmäßig erscheinen könne, sobald eine Gelegenheit zur sicheren und zinstragenden Niederlegung gefunden sei, daß man aber den von Herrn Winter vorgeschlagenen Weg, den Erlös in die etwa zu contrahirende Anleihe einzuwerfen, nicht beschreiten könne, da es gesetzlich unzulässig sei, vom Grundcapitale Schulden zu bezahlen.

Herr Winter giebt darauf dem Wunsche Ausdruck, daß der Magistrat darauf Bedacht nehmen möchte, die gedachten Papiere zu veräußern und andere dafür zu erwerben.

In Cap. VII der ordentlichen Ausgabe (S. 21) ist als Zuschuß zu den Kosten der Feier des Sedantages der Betrag von 600 M. ausgeworfen.

Herr Riefe beantragt diesen Posten zu streichen. Es genüge vollständig, wenn

Braunschweig dieses Fest gleich den in nächster Nähe belegenen Ortschaften alle 10 Jahre feiere. Wenn behauptet werde, daß das Fest in letzterer Zeit eine rege Betheiligung gefunden habe, so müsse er dem entgegenhalten, daß die Betheiligung doch nur eine künstliche, keine natürliche, gewesen sei. Die Werkstätten und Fabriken würden geschlossen und die Arbeiter sammelten sich, da sie doch nichts verdienen könnten, zu Tausenden auf dem Festplatze an. Er schlage vor, das Geld zu Volksspielen zu verwenden.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Von Schaffung einer künstlichen Betheiligung könne keine Rede sein, im Gegentheil, das Fest sei in das Bewußtsein des Volks übergegangen und es habe auch das ganze Volk theilgenommen. Daß einzelne Klassen und Personen sich nicht betheiligen, könne die bei Weitem größere Mehrheit nicht hindern, das Fest bestehen zu lassen. Der Beitrag sei so gering bemessen, daß eine Streichung desselben nicht gerechtfertigt sein würde. Er bitte, den Zuschuß nach wie vor zu bewilligen.

Nachdem Herr Hasenbalg noch den Auslassungen des Herrn Rieke entgegengehalten hat, daß seines Wissens die Arbeiter am Sedantage nirgend vom Arbeiten zurückgehalten und gezwungen würden, am Feste theilzunehmen,

wird der Antrag des Herrn Rieke mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Bei Cap. XI der ordentlichen Einnahme macht Herr Overbürgermeister Pockels auf einen Druckfehler aufmerksam: es muß in dem Satz unter 2 b das Wort »und« gestrichen werden.

Eine Berathung und Festsetzung dieses Capitels wird wegen event. Aenderung des für das Steueraufkommen ausgeworfenen Betrages an das Ende der Verhandlungen über den gesammten Haushaltsplan verlegt.

In Cap. XII vermißt Herr Munte einen Ausgabeposten von 200 M. zur Remunerirung der Sachverständigen für Einschätzung neuer Häuser zur Staatsgrundsteuer. Im Grundsteuergesetze stehe, daß die Abschätzung im Herzogthume eine allgemeine und gleichmäßige sein solle. Das sei leider nicht der Fall. Auf eine Eingabe der Bürgerschaft, in welcher dieser Uebelstand gerügt worden, sei eine Entscheidung bislang nicht erfolgt. Nun würde die Bürgerschaft aber noch mehr geschädigt werden, wenn die Einschätzungen einem einzelnen beliebigen Baumeister in die Hand gegeben würden. Wie schwierig die Sache sei, könne er aus eigener Erfahrung versichern, auch könne man, wie er schon in voriger Sitzung betont habe, die Abschätzungen in den kleineren Städten, die ja allerdings von dem betreffenden Kreisbaumeister ausgeführt würden, nicht mit den Abschätzungen in hiesiger Stadt vergleichen, wo es sich vielfach um Abschätzung von großen, von reichen Leuten allein bewohnten Gebäuden handle. Um einigermaßen der Vorschrift des Gesetzes genügen zu können, beantrage er, die gedachten 200 M. wieder in den Etat einzustellen. Daß der Magistrat gern sparen wolle, sei ja anerkennenswerth, in diesem Falle sei aber die Sparbarkeit nicht

angebracht. Damit es aber nicht den Anschein gewinne, als stelle er seinen Antrag aus persönlichen Rücksichten, so wolle er hiermit erklären, daß er nie wieder das Amt eines Grundsteuer-Einschätzers übernehmen werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer will sich nicht direct gegen diesen Antrag aussprechen; er wisse nicht, wie der Magistrat darüber denke. Bei Fortlassung der gedachten 200 *M.* habe sich der Magistrat lediglich auf den Boden des Gesetzes gestellt, welches eine Einschätzung der im Laufe von 10 zu 10 Jahren steuerpflichtig werdenden Häuser durch Herzogl. Steuer-Collegium auf Grund eines Gutachtens der Localbehörde, hier also des Stadtmagistrats bez. der städtischen Bauverwaltung, verlange. (Redner verliest die betreffende Gesetzesstelle). Das Steuer-Collegium sei aber an dieses Gutachten gar nicht gebunden und könne in der Einschätzung noch auf- oder abwärts gehen. Er wolle nicht bestreiten, daß unter Umständen zuweilen drei Sachverständige ein richtigeres Resultat herausbrächten als einer, aber auch die bisher von drei Sachverständigen vorgenommenen Abschätzungen hätten die Billigung der Grundbesitzer durchaus nicht gefunden, indem vielfach Klagen über zu hoch gegriffene Abschätzungen laut geworden seien. Das Richtigste werde sein, die städtische Bauverwaltung dahin anzuweisen, daß sie mit den Einschätzungen nach billigem Ermessen vergehe und dabei im Zweifel lieber etwas niedriger greife, als daß sie sich der Gefahr aussetze, zu hoch zu schätzen.

Herr Nieß glaubt, daß den Grundbesitzern gegenüber die Sachkundigkeit weit besser gewahrt sei, wenn die Abschätzungen von drei Sachverständigen statt von einem vorgenommen würden.

Herr Hasenbalg sieht sich veranlaßt, den Antrag des Herrn Munte zu bekämpfen und zwar grade aus den Gründen, die dieser zur Empfehlung vorgebracht habe. In seiner Nachbarschaft seien von denselben Sachverständigen, wo möglich an demselben Tage, dicht bei einander befindliche Häuser so verschieden in Bezug auf Umfang, Bauwerth und Kaufpreis abgeschätzt, daß er sich nicht erklären könne, wie Sachverständige in ihrem Urtheile soweit auseinander gehen könnten. Es sei viel richtiger, wenn ein bestimmter Baumeister, der immer denselben Eindruck gewinne, mit den Einschätzungen beauftragt werde, als wenn heute dieser und morgen jener abschätze.

Der Antrag des Herrn Munte wird darauf abgelehnt.

In Cap. XIII der ordentlichen Ausgaben der Stadtverwaltung sind auf Grund des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betreffend, wegen Ablaufs von drei Dienstjahren verschiedene Gehaltszulagen in Ansatz gebracht.

Nachdem diejenigen Alterszulagen, welche der ausdrücklichen Bewilligung der Versammlung bedürfen, genehmigt sind,

beantragt Herr Schwarzenberg, die von der Finanzcommission für den Stadtschreiber Priesemann und den Stadtrevisor Euer unter Streichung des sub *M.* 28

in Ausgabe gestellten Dispositionsfonds von 400 *M.* in Vorschlag gebrachten Gehaltszulagen so lange in Form einer Remuneration auszuwerfen, bis die genannten Beamten ihrem Dienstalter entsprechend in die betreffende Gehaltsklasse einrücken könnten. Es scheine ihm nicht rathlich, schon jetzt an den Bestimmungen eines Statuts zu rütteln, welches erst vor Kurzem erlassen sei.

Die Herren Wolf und Reiche, sowie der Herr Referent sprechen sich, ersterer unter dem Hervorheben, daß auch der Stadtmagistrat mit dem Commissionsantrage einverstanden sei, gegen den Einwand des Herrn Schwarzenberg aus, worauf dieser seinen Antrag zurückzieht, und der Commissionsantrag genehmigt wird.

Ein Ersuchen des Herrn Winter an den Stadtmagistrat, eine Erhöhung des unter *M.* 3 des Cap. XIII der ordentlichen Einnahmen ausgeworfenen, aus der Cassé des Waisenhauses B. M. V. für Leitung und Beaufsichtigung der Bausachen desselben durch den Stadtbaumeister, erfolgenden Betrags von 90 *M.* anzustreben,

sol, nach einer Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, zur Erwägung gezogen werden.

Die Versammlung geht nach geschehener Durchsprechung auch des Cap. XIV und der Wiederholung des ordentlichen Etats unter Berücksichtigung der von der Finanzcommission dazu gestellten, oben erwähnten Anträge, zu der Berathung des außerordentlichen Etats über.

Zu Cap. V, wo für Anlegung eines Stadtparks 22581 *M.* 37 *S.* in Einnahme und Ausgabe gestellt sind, äußert Herr Munte den Wunsch, daß der Stadtmagistrat baldigst mit einer Vorlage wegen Herrichtung eines Stadtparks hervortreten möge.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht darauf aufmerksam, daß es sich nicht etwa um nochmalige Bewilligung einer Summe zur Anlegung eines Stadtparks sondern nur um Ertheilung des Einverständnisses dazu handle, daß die aus den Ueberschüssen der Stadtcassenverwaltung vom Jahre 1879 reservirten 22581 *M.* 37 *S.* in diesem Jahre flüssig gemacht würden. Man habe seiner Zeit in Aussicht genommen, dieses Geld zur Instandsetzung des im Gänsewinkel erkauften Platzes zu verwenden, es sei aber später die Erwägung hinzugetreten, daß zunächst das Fasanenhölzchen parkartig eingerichtet werden möchte. Redner führt sodann die Umstände vor, welche den Magistrat bislang gehindert haben, in der von Herrn Munte angeregten Angelegenheit vorzugehen: erst wenn Alles geregelt sei, könne der Magistrat die nöthigen Vorschläge machen. Was das Fasanenhölzchen anlange, so werde mit der Einrichtung desselben begonnen werden, sobald die mit den gezogenen Sachverständigen gepflogenen Verhandlungen befriedigende Resultate in finanzieller Hinsicht ergeben hätten.

Herr Riess bittet für sich und namens des Herrn Blasius, als Mitglieder des Thierschutzvereins, doch bei Einrichtung des Fasanenhölzches auf die Anpflanzung

von Vogelbeerbäumen Bedacht nehmen zu lassen, um auf diese Weise zur Vermehrung der Singvögel beizutragen.

Bei Berathung der Special-Etats nimmt zunächst Herr Blasius das Wort, welcher den Wunsch zu erkennen giebt, in den nächstjährigen Etat der städtischen Realschule eine entsprechende Summe für facultativen Unterricht in der Stenographie einzustellen. Zu einer Zeit, wo die Stenographie im practischen Leben vielfach Anwendung finde, müsse darauf Bedacht genommen werden, auch der heranwachsenden Jugend Gelegenheit zu geben, sich mit derselben vertraut zu machen, um sie event. im spätern Leben verwerthen zu können. Ein Versuch mit dem Unterrichte in der Stenographie, wenn auch nur in den oberen Klassen der Realschule, würde gewiß vielseitig sympathisch begrüßt werden.

Eine im Etat der Armencaffe vorgesehene Gehaltszulage von 100 *M* wird ausdrücklich bewilligt.

Bei Prüfung des Etats der Begebaucaffe fällt Herrn Runte auf, daß für den Neubau einer Brücke über die Dfer in der Verlängerung der Dttmerstraße, welcher im vorjährigen Etat mit 25 350 *M*. bedacht gewesen, im vorliegenden Etat zur Vollendung dieser Brücke nichts ausgeworfen sei. Wie er höre, sei die Erbauung einer anderen Brücke in jener Gegend in Aussicht. Braunschweig befinde sich aber im Stadium der Entwicklung, man dürfe daher nicht knausern. Er spreche den Wunsch aus, daß der Magistrat baldigst eine Vorlage wegen Herstellung der früher in Aussicht genommenen Brücke einbringen möge.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Vorarbeiten zu dem gedachten Brückenbau seien bereits im vollen Gange gewesen, als die Regierung an den Magistrat die Frage gerichtet habe, ob und unter welchen Bedingungen derselbe bereit sei, die Herstellung einer Fahrbrücke in der Verlängerung der St. Leonhardsstraße nach dem Ragnithore zu fördern. Die Verhandlungen hierüber seien augenblicklich noch nicht zu Ende geführt, sie legten dem Magistrate aber die Pflicht auf, die Vorarbeiten für die zweite Brücke in der Verlängerung der Dttmerstraße einstweilen zu sistiren, weil er zunächst die Ansicht der Stadtverordnetenversammlung darüber einholen müsse, ob für den Fall, daß die Anlage der von der Regierung gewünschten Brücke aus verschiedenen anderen Gründen sich empfehlen sollte, auch die Erbauung einer zweiten Brücke in der Verlängerung der Dttmerstraße noch nothwendig sein, oder ob man sich unter so veränderten Verhältnissen mit einer Fußgängerbrücke begnügen werde. Sobald die Regierung auf Grund der bevorstehenden Landtagsverhandlungen in der Lage sein werde, sich definitiv zu erklären, werde der Magistrat nicht verfehlen, der Versammlung hinsichtlich der Brückenanlagen qu. Vorschläge zugehen zu lassen.

Die in den Etats des Gaswerks und des Wasserwerks vorgesehenen Gehaltszulagen bedürfen der Genehmigung der Versammlung, welche ausgesprochen wird.

Auf eine Anfrage des Herrn Runte, ob die unter *M* 18 des Ausgabebetats

des Wasserwerks als Tagegelber für technische Hülfe ausgeworfenen 1000 M. auch erforderlich sein, weil der betreffende Techniker demnächst bei den Erweiterungsbauten des Wasserwerks beschäftigt werden werde,

bemerkt Herr Reuter, daß dieser Posten im Etat belassen werden könne; ein Theil desselben werde jedenfalls erforderlich sein, und was nicht geleistet werde, brauche nicht bezahlt zu werden.

Nachdem auch noch der Etat der Neustadtmühle genehmigt ist, wird zu Cap. XI. des ordentlichen Etats zurückgegangen. Dasselbe wird genehmigt und ausdrücklich die Zustimmung dazu erteilt, daß dem Antrage des Stadtmagistrats gemäß, zur Deckung der ordentlichen Ausgaben der Stadtcasse die Communalsteuer pro 1883 mit 10 Simplen erhoben werde.

Der Herr Referent bemerkt danach, daß durch die jetzige Form des Haushaltsplans der von Herrn Rybiß unterm 1. December v. J. gestellte Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, den Haushaltsetat künftig durch einen Hauptetat zu ergänzen u., seine Erledigung gefunden habe.

Die Versammlung geht sodann zur Berathung des Anhangs über, und werden die Etats des Schlachthauses, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde, und des Kreisfonds genehmigt. Eine specielle Genehmigung erfolgt noch bezüglich der im Etat des Schlachthauses vorgesehenen Gehaltszulagen und der beantragten Ermäßigung der Schlachtgebühren auf folgende Sätze:

für den Ochsen und Stier von 4,50 M. auf 4,00 M.,
für die Kuh und das Kind von 2,80 M. auf 2,50 M.,
für das Schwein von 1,70 M. auf 1,50 M.,
für das Kalb von 0,80 M. auf 0,70 M.,
für das Schaf von 0,50 M. auf 0,40 M.,
für das Pferd von 3,50 M. auf 3,00 M.

Danach wird der Stadthaushaltsplan, wie er aus den Berathungen hervorgegangen ist, im Ganzen genehmigt.

Schließlich

VI. motivirt Herr Wolff seinen zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag, die Einführung einer allgemeinen Straßensprengung betreffend:

Die dem Stadtmagistrat schon im vergangenen Jahre für Besprengung der Promenaden zur Verfügung gestellte Summe habe derselbe nicht verbraucht, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die Ausgabe nicht allseitig gebilligt worden sei. Inzwischen sei nun aber das Bedürfnis nach einer regelmäßigen Besprengung der Wallpromenaden und auch der belebteren Vorstadtstraßen immer dringender geworden. Es sei dies eine Maßregel, die in gesundheitlicher Beziehung durchaus als nöthwendig bezeichnet werden müsse, und sei ihm bei Berathung des Etats aus Ver-

anlassung eines Wunsches der Mitglieder der Finanzcommission und mehrerer anderer zugegen gewesener Stadtverordneten der Auftrag geworden, eine allgemeine Straßensprengung während der schwülen Sommermonate als selbstständigen Antrag zur Sprache zu bringen.

Die Ausführung der Frage werde einerseits dadurch erleichtert, daß das zu erweiternde Wasserwerk von größerer Leistungsfähigkeit sein werde, als das jetzige, in technischer Beziehung also nichts entgegenstehe, andererseits dadurch, daß die Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke in den letzteren Jahren zu einer erfreulichen Höhe gestiegen seien, die eine Ausgabe zu anderen gemeinnützigen Zwecken als der Erweiterung dieser Betriebsanstalten sehr wohl gestatte. Eine allgemeine Straßensprengung komme nicht nur den Hausbesitzern zu Gute, sondern der gesammten Bevölkerung, es könne aber eine derartige Maßregel auch nur dann von wahren Nutzen sein, wenn sie durchweg zur Anwendung gebracht werde und nicht nur einzelne Hausbesitzer vor ihren Grundstücken sprengten, dicht daneben liegende weitere Fläche aber unbesprenzt blieben. Die von ihm angeregte Frage berühre eine Seite der allgemeinen Wohlfahrt, für welche die erzielten Ueberschüsse sehr wohl aufkommen könnten. Er bitte, seinen Antrag zu unterstützen.

Herr Kybik bemerkt zur Geschäftsordnung, daß der vorliegende Antrag zwei besondere Anträge enthalte, einmal die Einführung einer allgemeinen Straßensprengung, und zweitens die Bewilligung der dazu nöthigen Mittel aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke. Den ersten Antrag sei er gern bereit zu unterstützen, den anderen zu unterstützen trage er Bedenken. Er bitte deshalb die Anträge zu trennen, oder aber den zweiten Antrag einstweilen zurückzuziehen.

Der Herr Vorsitzende glaubt nicht, daß eine Trennung der Anträge erforderlich ist, da es sich vorläufig erst um Förderung der Anträge durch Unterstützung zur Berathung handle. Das Uebrige könne einer Entscheidung der sachlichen Berathung vorbehalten bleiben. Unterstützung sei keineswegs Annahme eines Antrages. Wer unterstützt habe, könne gleichwohl ablehnen. Uebrigens nehme der Antrag nach der Fassung die Deckung der Kosten aus den fragl. Ueberschüssen nur eventuell in Aussicht.

Nachdem hienächst Herr Kybik sein Bedenken hatte fallen lassen und der Herr Antragsteller nochmals gebeten hatte, seinen Antrag in der von ihm gewählten Form zu unterstützen, geschieht letzteres.

Der Antrag wird der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen

und

die Sitzung danach geschlossen.

Vertraulich werden folgende Wahlen vorgenommen:

- 1) eines Mitgliedes der Armendirection,
 - 2) von Bezirksvorstehern und Armenpflegern,
 - 3) von Schiedsmännern für Abschätzungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, Maßregeln gegen Viehseuche betreffend, bezw. des Landesgesetzes vom 28. März 1881 **N** 18.
-

(Beilage zu **N. 12** der **Braunschw. Anzeigen.**)

1882.

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 11** de 1883
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 17.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. December 1882.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Wahl von Armenpflegern.**
 - II. Bewilligung von Mitteln zur Anstellung städtischer Lehrer.**
-

Entschuldigt die Herren **Kloß** und **Sievers**. Am Magistratsstische Herr **Oberbürgermeister Pockels**, Herr **Bürgermeister Rittmeyer** und die Herren **Stadträthe Paake, Ketemeyer** und **Grote**.

Nach Eröffnung der Sitzung

I. theilt der Herr **Vorsitzende Otto** mit, daß zufolge eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 27. d. Mts. von den in der Sitzung am 14. d. Mts. zu Armenpflegern erwählten Personen 16 die Uebernahme dieses Amtes abgelehnt haben und daher die Wahl von Ersatzmännern erforderlich sei.

Ein dem Magistratschreiben beiliegendes Verzeichniß enthält die Namen derjenigen Personen, welche dem Magistrate zur Bekleidung des fraglichen Amtes geeignet erscheinen und sich zur Uebernahme desselben bereit erklärt haben.

Das Verzeichniß wird vom Herrn **Vorsitzenden** verlesen.

Die Versammlung tritt dem Vorschlage des Stadtmagistrats bei, indem sie durch einen Beschluß die Wahl der als geeignet bezeichneten Personen vornimmt.

Wie

II. namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg berichtet, hat der Stadt-magistrat nach einem Schreiben vom 17. d. Mts. zu zwei, an der höheren Mädchen-schule zu Ostern künftigen Jahrs zu besetzenden Stellen zwei Bürgerschullehrer designirt, welche nach einem Vorschlage des Bürgerschulvorstandes durch einen Candidaten mit einer Remuneration von jährlich 900 M. und einen auswärtigen Lehrer mit einem Gehalte von 1500 M. wieder ersetzt werden sollen. Die Annahme des letzteren erscheint, abgesehen von seiner Qualification im Allgemeinen, mit Rücksicht darauf besonders empfehlenswerth, weil derselbe Zeichenunterricht erteilen kann und so die Annahme eines eigenen Zeichenlehrers für die betreffende Schule entbehrlich machen würde. Der Magistrat beantragt die Genehmigung zur Berufung dieses Lehrers mit Zubilligung des bezeichneten Gehaltsfuges.

Die Schulcommission befürwortet den Antrag, worauf derselbe genehmigt wird.

Ferner

berichtet Herr Schwarzenberg als Referent der Schulcommission, daß nach einem Magistratschreiben vom 17. d. Mts. bei den hiesigen Bürgerschulen zu Ostern k. J. sechs neue Klassen eingerichtet werden müssen, und dazu die Annahme von sechs Lehrern sowie die Deckung von 11 Ueberstunden erforderlich ist. Es wird dadurch für nächstes Jahr ein Kostenaufwand von insgesammt 6295 M. 50 S. verursacht, welchen der Magistrat auf Cap. I litt. 1 des Schulcassenetats pro 1883 zu verwilligen beantragt.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Nachdem auf eine Anfrage des Herrn Zellgmann seitens des Herrn Oberbürgermeister Pockels erklärt ist, daß nächste Ostern die Zahl der Schulkinder sich nach Abgang und Neuannahme gegen das laufende Semester um etwa 350 vermehren werde, bestimmte Angabe darüber sich jedoch noch nicht machen lasse, nachdem ferner von dem Herrn Referenten aus dem Berichte des Schuldirectors Schaarschmidt mitgetheilt worden, welche Vermehrung der Klassen bei den städtischen Schulen in Rücksicht auf die Zunahme der Zahl der Schulkinder und das Aufrücken der in neu eingerichteten Parallelklassen untergebrachten Kinder für nächste Ostern in Aussicht genommen sei,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Der Herr Vorsitzende führt sodann noch Folgendes aus: Den Bericht über die geschäftliche Thätigkeit der Versammlung im abgelaufenen Jahre werde er, da immerhin noch Eingänge möglich seien, heute noch nicht, sondern erst in der ersten

Sigung des neuen Jahres, vor Niederlegung seines Amtes erstatten. — In der ersten diesjährigen Versammlung sei die Frage angeregt worden, wer bei der Neuwahl des Vorsitzenden den Vorsitz zu führen habe. Es sei dabei von einem Mitgliede, welches der Versammlung etwa 30 Jahre angehörte, bemerkt, daß dieser Wahlact seines Wissens niemals vom Alterspräsidenten, sondern entweder vom Vorsitzenden des Stadtmagistrats oder vom Vorsitzenden der Versammlung geleitet sei. Dieß sei indeß, wie er nach Durchsicht der älteren Sitzungsprotocolle gefunden habe, nicht ganz zutreffend. Von 1850 bis 1860 sei allerdings die Wahl des Vorsitzenden vor Beginn der ungraden Jahre, in welchen neue Mitglieder hinzutraten, vom Vorsitzenden des Stadtmagistrats, und vor Beginn der graden Jahre, wo dies nicht der Fall war, von dem bisherigen Vorsitzenden der Versammlung geleitet, für die späteren ungraden Jahre bis 1865 incl. habe indeß der Alterspräsident den Vorsitz bei diesen Wahlen geführt, und späterhin wieder alternirend der Vorsitzende des Stadtmagistrats und der bisherige Vorsitzende der Versammlung, bis endlich für die 3 Jahre 1877, 1878 und 1879 der Vorsitzende des Stadtmagistrats den Vorsitz bei der fraglichen Wahl übernommen habe. Da nun der zeitige Herr Vorsitzende im Stadtmagistrate vor zwei Jahren erklärt habe, daß er sich nicht berufen fühle, den Vorsitz bei der Wahl eines Vorsitzenden der Stadtverordneten, als einer rein internen Angelegenheit der Versammlung, zu führen, so sei es zweckmäßig, daß die Versammlung sich bezüglich der jetzt bevorstehenden Wahl für irgend einen Modus entscheide. Er halte für richtig und schlage vor, daß die Einladung der Versammlung vom Vorsitzenden der Stadtverordneten erlassen, die Wahl selbst aber vom Alterspräsidenten und zwar von dem an Lebensjahren ältesten Mitgliede der Versammlung geleitet werde.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden,

worauf die Sitzung geschlossen wird.

Vertraulich werden sodann noch die Namen derjenigen Personen mitgetheilt, welche die Uebernahme eines Armenpflegeramtes abgelehnt haben.

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung **N** 40 vom 24. October 1882
berufenen außerordentlichen Landes-Synode.

1. Sitzung am 16. November 1882.

Zu der durch die Höchste Verordnung **N** 40 vom 24. v. Mts. berufenen außerordentlichen Landes-Synode hatten sich heute, Morgens 11½ Uhr, im Sitzungs-Saale des Landschaftlichen Hauses zu Braunschweig die nachstehend benannten Abgeordneten:

- 1) Superintendent Probst Apfel aus Seesen,
- 2) General-Superintendent Bank aus Holzminden,
- 3) Stadtdirector Baumgarten aus Wolfenbüttel,
- 4) General- und Stadtsuperintendent Beste von hier,
- 5) Holzhändler Friedrich Blanke aus Kl.-Rhüden,
- 6) Oberlandesgerichtsrath Bode von hier,
- 7) Superintendent Brunke aus Wolsdorf,
- 8) Hausmarschall Freiherr von Gramm aus Burgdorf,
- 9) Superintendent Gunze aus Ahlum,
- 10) Superintendent Dedekind aus Stadtholzen,
- 11) Pastor Eggeling von hier,
- 12) Gemeindevorsteher Gimecke aus Wabum,
- 13) Bürgermeister Guericke aus Helmstedt,
- 14) Oberbibliothekar Dr. von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 15) Regierungsrath von Kalm von hier,
- 16) Gemeindevorsteher Knecke aus Frellstedt,
- 17) General-Superintendent Kuhn aus Helmstedt,
- 18) Kreisdirector Lerche aus Gandersheim,
- 19) Cammerherr Freiherr von Löhneysen aus Brunkenen,
- 20) Landyndicus Otto von hier,
- 21) Superintendent von Peinen aus Siedte,
- 22) Oberbürgermeister Pockels von hier,
- 23) General-Superintendent Roje aus Blankenburg,
- 24) Kreisbaumeister Scholvin aus Gandersheim,
- 25) Pastor Schröter aus Broistedt,
- 26) Pastor Skerl von hier,
- 27) Hof- und Domprediger Abt Dr. theol. Thiele von hier,
- 28) Ackermann Wilh. Basel aus Weierstedt,
- 29) Landgerichtspräsident Wolff aus Holzminden,

eingefunden, wogegen an Seiten des Kirchenregiments der Landesfürstliche Commissar Herr
Scheimerath Dr. Wirt in Begleitung des Herrn Regierungsassessors Hartwig, als Mit-

glieder des Herzogl. Consistorii aber die Herrn Consistorialräthe v. Schmidt-Biseldorf, Abt Sallentien, Spies und Rohde erschienen waren.

Der Herr Geheimerath Dr. Wirt eröffnete die Synode mit folgenden Worten:

Von Sr. Hoheit, unserm Durchlauchtigsten Herzoge, gnädigst beauftragt, die durch Höchstseiner Verordnung vom 24. October d. J. einberufene außerordentliche Landessynode zu eröffnen, erscheine ich zur Ausführung dieses Höchsten Auftrags vor Ihnen, meine hochgeehrten Herren! die Sie, dem Höchsten Rufe folgend und der Vorlage der Kirchenregierung gewärtig, sich heute in diesem Saale versammelt haben.

Empfangen Sie nun zunächst aus meinem Munde den herzlichsten Willkommensgruß, den mir die frohe Zuversicht eingibt, daß auch dieses Mal der Gegenstand der Berathung sich Ihrer nicht minder wohlwollenden als weisen Erwägung und Mitarbeit zu erfreuen haben werde.

Sie wissen bereits aus der gedachten Verordnung, daß es sich handelt um den Erlaß eines Kirchengesetzes, die Emeritirung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betreffend. Auch befindet sich der Entwurf desselben nebst den dazu gehörigen Motiven bereits in Ihren Händen, desgleichen ein Abdruck des zur Vorbereitung dieses Kirchengesetzes auf dem gegenwärtig noch fortdauernden 17. ordentlichen Landtage beschlossenen Staatsgesetzes, dessen Publication aber erst zusammen mit der des Kirchengesetzes wird erfolgen können. Die Meisten der hochgeehrten Herren sind auch schon von der 3. ordentlichen Landessynode her, welche hier vor zwei Jahren tagte, mit der ganzen Angelegenheit näher vertraut. Jener Landessynode war eine Denkschrift des Herzogl. Consistoriums vorgelegt worden, in welcher zur Erwägung derselben zunächst die Frage verstellt wurde, ob das bisherige Emeritirungswesen überhaupt einer Neuordnung bedürftig sei und wie eine solche zu beschaffen sein werde, ob namentlich durch die dabei zugleich in Vorschlag gebrachten Bestimmungen und Einrichtungen. Man wollte Seitens der Kirchenregierung auf diesem Wege erst in Erfahrung bringen, ob und inwieweit und in welcher Richtung die Landessynode der Sache überhaupt geneigt sei. Der Erfolg dieser Anregung entsprach der gehögten Erwartung auf das Erfreulichste. Die hochwürdige Synode bejahte die Bedürfnisfrage und erklärte sich zugleich mit der vorgeschlagenen Art und Weise der Neuordnung in allen wesentlichen Punkten einverstanden, und zwar in der Form einer Reihe gutachtlicher Thesen, welche nach Anleitung der Denkschrift abgefaßt waren. Nach eben diesen Thesen ist der gegenwärtige Gesetzesentwurf ausgearbeitet worden; nur daß nachträglich einige, für das Ganze unerhebliche Abänderungen erforderlich geworden und ein paar ergänzende Bestimmungen hinzuzufügen gewesen sind. Die vorige Synode bekundete ihr warmes Interesse für die Sache überdies noch durch das an die Kirchenregierung gerichtete Ersuchen, zum Zwecke der weiteren Förderung des Werks, da dessen thunlichst baldige Durchführung sehr wünschenswerth sei, eine außerordentliche Landessynode vor der nächsten ordentlichen berufen zu wollen. Die Regierung Sr. Hoheit hat es sich angelegen sein lassen, diesem Ersuchen nachzukommen; das Ergebniß ist eben die Höchste Verordnung, in Folge deren Sie, m. h. H.! sich schon jetzt, zwei Jahre vor der nächsten ordentlichen Landessynode, zur schließlichen Mitarbeit an dem in Rede stehenden Kirchengesetze versammelt finden.

So wird denn dieses Werk bei dieser Hochwürdigen Versammlung — auch insoweit die Mitglieder derselben sich nicht persönlich bei demselben betheiligt finden — auf die gleiche liebevolle Förderung rechnen dürfen, deren es sich an dieser Stätte bereits in einem Stadium der Vorbereitung zu erfreuen gehabt hat, und deren es werth ist. Denn nicht bloß, daß es sich innerhalb des Bereichs der Vorlage um die Herrichtung einer Ordnung in unserem evangelisch-lutherischen Kirchenwesen handelt, durch die dasselbe sich über störende und hemmende Anzuträglichkeiten hinaus, wie solche namentlich mit dem Adjuncturwesen verbunden sind, zu gedeichlicheren Verhältnissen und Zuständen gefördert finden soll, — sondern es gilt auch, den Männern, die uns die heiligsten Güter, die Kirche Christi und Sein Evangelium, wie jene und dieses uns Lutherischen am Herzen liegen, selbst unter schweren Anfechtungen, selbst im Kampfe mit dem Geiste der Widerchristlichkeit, der durch unsere Zeit geht, in treuer, un-

ermüdllicher Berufsübung hüten und wahren und in lebendiger Herrschaft und Wirksamkeit erhalten — es gilt, sage ich, den Geistlichen unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche abermals ein Bekenntniß, daß wir in diesem ihren Wirken und Walten zu ihnen stehen und sie darin hochhalten, zu Theil werden zu lassen, durch eine pietätsvolle Fürsorge für eine irdische Bedingung ihrer Berufsfreudigkeit. Hat sich doch auch die gleiche hochachtbare Gesinnung noch kürzlich in unserer Landesversammlung bethätigt durch die erfreuliche Bereitwilligkeit, mit welcher dieselbe Alterszulagen für Geistliche mit geringerem Einkommen verwilligt hat — nicht minder, laut des der gegenwärtigen Vorlage beigefügten Staatsgesetzes, durch Verwilligung der Mittel, um welche der Staat zum Zwecke der Durchführung der neuen Emeritierungsordnung angesprochen werden mußte, sowie durch Mitwirkung zu der sonstigen Vorbereitung der letzteren. Und so werden auch Sie, m. h. H., Sich die Vorlage willkommen sein lassen als eine wiederkehrende Gelegenheit, Zeugniß zu Ehren der Diener des Wortes Gottes und Seiner christlichen Kirche und wider die Verächter derselben abzulegen; — und möge Gott das Werk geeignet sein lassen.

(Beerdigung der neu eingetretenen Mitglieder.)

Kraft des mir ertheilten Höchsten Auftrags erkläre ich nunmehr diese außerordentliche Landesynode für eröffnet.

Nachdem sodann die in die Synode neu eintretenden Abgeordneten, die Herren:

- 1) Stadtdirector Baumgarten aus Wolfenbüttel,
- 2) Generalsuperintendent Beste von hier,
- 3) Bürgermeister Guericke aus Helmstedt,
- 4) Oberbibliothekar Dr. von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 5) Freiherr von Löhneysen aus Brunkenfen,
- 6) Superintendent von Peinen aus Siedte,
- 7) Pastor Schröter aus Broistedt,

das vorgeschriebene Gelöbniß einzeln in die Hände des Landesfürstlichen Commissars abgelegt und die Vertreter des Kirchenregiments sich zurückgezogen hatten, eröffnet der Abgeordnete Bode als Vorsitzender des Synodalausschusses zwei an den Synodalausschuß gerichtete Höchste Rescripte von 13. und 9. d. Mts., die Vertretung des Kirchenregiments bei der Landesynode und die Ernennung von 4 neuen Synodalmitgliedern durch die Kirchenregierung sowie die Beforgung der Secretariats- und Registraturgeschäfte betreffend. Danach sind der Geheimrath Dr. Wirt und in gleicher Weise auch die übrigen Mitglieder des Herzogl. Staatsministerii mit Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Kirchenregierung bei der diesjährigen außerordentlichen Synode beauftragt und sind an Seite des Herzogl. Consistorii der Consistorialrath von Schmidt-Philfeld event. die Consistorialräthe Spies, Abt Sallentien und Kohde als Vertreter ausersenen.

Zu Synodalmitgliedern sind seitens der Kirchenregierung ernannt:

- 1) der Hof- und Domprediger Abt Dr. theol. Thiele hieselbst,
- 2) der General- und Stadtsuperintendent Beste hieselbst,
- 3) der Oberbibliothekar Dr. von Heinemann zu Wolfenbüttel,
- 4) der Cammerherr Freiherr Heinrich von Löhneysen zu Brunkenfen.

Mit den Secretariatsgeschäften bei der diesjährigen Synode ist der Gerichts-Assessor Amtsanwalt Schwarzenberg von hier beauftragt. Die Registraturgeschäfte einschließlich der Cassen- und Rechnungsführung hat der Landschaftssecretair Deicke zu übernehmen. —

Nachdem der Abgeordnete Bode noch kurz Mittheilung gemacht von den Gesuchen der Abgeordneten

Landgerichtsrath a. D. Kühne aus Blankenburg,

Pastor Teichmann aus Raensen und

Oberlandesgerichtsrath Ude von hier,

welche Krankheit halber um Urlaub gebeten, schritt die Versammlung unter dem Vorfige des an Jahren ältesten Mitgliedes, des Herrn Superintendents Dedekind aus Stadtholendorf, welcher die Abgeordneten Eggeling und v. Kalm zur Assistentz bei dem Wahlgeschäfte be-

rief, zur Wahl ihrer Beamten. Es wurden, um Sr. Hoheit zu dem Amte eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters präsentirt zu werden, in drei gesonderten Wahlgängen die Abgeordneten:

- 1) Kreisdirector Verche mit 27 Stimmen (2 Stimmen fielen auf den Abgeordneten Pockels),
- 2) Pastor Skerl mit 19 Stimmen (10 Stimmen fielen auf den Abgeordneten Thiele),
- 3) Oberbürgermeister Pockels mit 20 Stimmen (4 Stimmen fielen auf den Abgeordneten v. Heinemann, 3 auf den Abgeordneten Thiele und je eine auf die Abgeordneten von Gramm und Otto),

gewählt. Von diesen erhielt zu dem Amte des Vorsitzenden der Abgeordnete Verche, zu dem des Stellvertreters des Vorsitzenden der Abgeordnete Skerl die Landesfürstliche Bestätigung.

Es übernimmt sodann der Abgeordnete Verche, nachdem die Vertreter des Kirchenregiments wieder in den Sitzungssaal eingetreten, den Vorsitz, spricht der Versammlung in kurzen Worten seinen Dank für die auf ihn gefallene Wahl aus und fordert dieselbe auf, das Andenken der seit dem Schlusse der letzten Synode verstorbenen Synodalmitglieder:

Gymnasialdirector v. Heinemann aus Wolfenbüttel,
Pastor Klügel von hier,
Steinbruchbesitzer Körner aus Belpke,
Generalsuperintendent Steinmeyer von hier,

durch Erheben von den Sizen zu ehren.

Der gedachten Aufforderung wird seitens der Versammlung entsprochen.

Sodann überreicht der Abgeordnete Rose den folgenden Antrag:

„Hochwürdige Versammlung wolle beschließen, die Sitzungen mit der Verlesung eines Schwurwortes durch den Vicepräsidenten anfangen zu lassen.“

Antragsteller begründet seinen Antrag kurz unter Bezugnahme auf den bereits von der letzten Synode gefaßten Beschluß, nach welchem bei Beginn der Sitzungen ein Schwurwort zu verlesen sei, und bittet, da es sich um eine Gefühlsache handele, eine längere Debatte anzuschließen und seinen Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende bemerkt, daß er, da ihm von der vorigen Synode bekannt sei, daß bezüglich des eingebrachten Antrages in der Versammlung divergirende Meinungen beständen, die Debatte eröffnen müsse.

Es erhält darauf das Wort der Abgeordnete Bode, welcher sich gegen den Antrag ausspricht, der ihm und mehreren Mitgliedern der Versammlung unsympathisch sei.

Die Debatte wird geschlossen und der Antrag Rose angenommen.

Hiernächst werden die Urlaubsgesuche der Abgeordneten Kühne, Reichmann und Ude zur Verathung und Abstimmung gestellt und ohne Debatte genehmigt.

Nachdem dann noch der Abgeordnete Skerl in kurzen Worten der Versammlung seinen Dank für die auf ihn gefallene Wahl als Stellvertreter des Vorsitzenden ausgesprochen, macht der Vorsitzende Mittheilung von einem an die Landessynode gerichteten Höchsten Rescripte vom heutigen Tage, mit welchem der Entwurf eines Kirchengesetzes, die Emeritirung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betreffend, nebst Motiven eingegangen sei.

Darauf wird die Sitzung geschlossen, vom Vorsitzenden die nächste auf den 17. d. Mts., Morgens 11 Uhr, anberaumt und werden auf deren Tagesordnung die nachfolgenden Gegenstände gesetzt:

- 1) mündlicher Bericht seitens des Synodalausschusses über die Neuwahlen und deren Gültigkeit,
- 2) Verathung der geschäftlichen Behandlung der eingegangenen einzigen Gesetzesvorlage,
- 3) Wahl der Synodal-Secretaire.

L. Schwarzenberg, prot. Secretair.

(Beilage zu N. 275 der Braunschw. Anzeigen)

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 40 vom 24. October 1882
berufenen außerordentlichen Landes-Synode.

2. Sitzung am 17. November 1882.

Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Stellvertreter des Vorsitzenden, Abgeordneten Skerl, wurde die Sitzung durch den Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll vom 16. d. Mts. verlesen und genehmigt.

Sodann erhält das Wort der Abgeordnete Skerl, welcher beantragt:

„die Synode möge den Herrn Abt Dr. Thiele ersuchen, die bei Eröffnung der Synode von ihm gehaltene Predigt der Synode zum Druck zu übergeben.“

Nach kurzer Motivirung durch den Antragsteller wurde der Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen.

Es folgt sodann die Wahl zweier Abgeordneten zu Secretairen der Versammlung.

Abgeordneter von Gramm beantragt, die beiden Secretaie, so wie es bisher üblich gewesen, durch Acclamation zu erwählen und schlägt die Abgeordneten Eggeling und von Löhneysen zu Secretairen vor. Die Versammlung tritt dem Vorschlage des Abgeordneten von Gramm bei und bestimmt die genannten beiden Abgeordneten zu Secretairen.

Hiernächst trat die Versammlung in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein:

Bericht des Synodalausschusses über die Neuwahlen und Berathung der Versammlung über deren Gültigkeit.

Namens des Synodalausschusses berichtet:

Abgeordneter Skerl: Zunächst müsse er bezüglich der Neuwahlen eine Frage allgemeinerer Natur, die im Synodalausschusse zur Sprache gekommen sei, berühren.

In einem Schreiben des Herzogl. Consistorii vom 28. October d. Js., gerichtet an die Kirchenvorstände der Gemeinden der Generalinspectionen Wolfenbüttel, Braunschweig und Helmstedt, in welchen die gedachten Kirchenvorstände von dem beauftragten Vornahme der Ergänzungswahlen von Abgeordneten zur diesjährigen außerordentlichen Landesynode erlassenen

Höchsten Wahlausschreiben vom 25. October d. J. in Kenntniß gesetzt worden, sei den gedachten Kirchenvorständen die Anweisung erteilt, ohne Verzug zur Neuwahl von weltlichen Wahlmännern zur Wahl der Abgeordneten zur Landessynode zu schreiten, falls ein Wahlmann verstorben oder zur Theilnahme an der Wahl nicht mehr berechtigt resp. an derselben verhindert sein sollte.

Nach Ansicht des Synodalausschusses sei das vorgedachte Consistorialschreiben insofern nicht im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes, die Errichtung einer Landessynode betr., M 34 vom 31. Mai 1871 als angeordnet worden, daß eine Neuwahl eines Wahlmannes auch dann vorzunehmen sei, wenn ein Wahlmann an der Theilnahme an der Wahl verhindert sein sollte.

Der Synodalausschuß sei der Meinung, daß das Mandat eines Wahlmannes nur erlösche durch Tod, Verlust der Qualification und ausdrückliche Erklärung des Wahlmannes, daß er sein Amt niederlege.

Der Synodalausschuß stelle daher den Antrag:

„Hohe Synode wolle mit dem Herzoglichen Consistorium dahin eine Einigung anbahnen, daß das Mandat der Wahlmänner nur dann als erloschen anzusehen sei und durch den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes behufs einer erforderlichen Ergänzungs- und Nachwahl eines Synodalmitgliedes nur dann eine Neuwahl soll veranlaßt werden, wenn das Mandat durch Tod, durch Verlust der Qualificationen, durch welche das Mandat erworben werden konnte, oder durch schriftliche Erklärung, daß das Mandat aufgegeben sei, als erloschen anzusehen ist.“

Abgeordneter Bode: Er sei auch der Meinung und habe im Synodalausschuß auch die Meinung vertreten, daß das Mandat eines Wahlmannes nicht erlösche, wenn er durch Krankheit oder sonstwie an der Theilnahme bei der Wahl vorübergehend verhindert sei. Zwar finde sich im Gesetze keine ausdrückliche Bestimmung darüber, wann das Mandat der Wahlmänner erlösche. Jedoch könne es unmöglich die Meinung des Gesetzgebers gewesen sein, einem vorübergehend verhinderten Wahlmann zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen.

Consistorialrath Abt Sallentien: Es sei nicht die Meinung des Herzogl. Consistoriums bei seinem Ausschreiben an die Kirchenvorstände gewesen, daß das Mandat der Wahlmänner schon bei vorübergehender Verhinderung erlösche; das Consistorium habe vielmehr eine dauernde, absolute, Verhinderung des Wahlmanns im Auge gehabt. Er könne erklären, daß das Herzogl. Consistorium mit der Ansicht des Synodalausschusses einverstanden sei.

Abgeordneter Bode: Man könne nicht vorhersehen, ob eine Verhinderung eine vorübergehende oder dauernde sein werde. Er sei deshalb durch die Erklärung des Herrn Vorredners nicht befriedigt.

Consistorialrath Abt Sallentien: Das Herzogl. Consistorium meine eine derartig dauernde Verhinderung des Wahlmannes, daß derselbe sich genöthigt sehe, sein Amt niederzulegen.

Es wird sodann der Antrag vom Vorsitzenden verlesen.

Dazu bemerkt Abgeordneter Bode: Im Antrage würde als Erlöschungsgrund des Mandats eines Wahlmannes dessen schriftliche Erklärung aufgeführt.

Seiner — des Redners — Ansicht nach sei die schriftliche Abgabe der Erklärung nicht erforderlich. Es genüge jedwede bestimmt abgegebene Erklärung. In manchen Fällen z. B. bei schwerer Krankheit sei der Wahlmann gar nicht in der Lage, eine schriftliche Erklärung abzugeben. —

Uebrigens gebe er — Redner — der Versammlung anheim, von einer Abstimmung über den Antrag abzugehen, falls das Herzogl. Consistorium erklärte, daß es mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei.

Consistorialrath Abt Sallentien: Er gebe hiermit die Erklärung ab, daß Herzogl. Consistorium mit der im Antrage des Synodalausschusses ausgesprochenen Ansicht einverstanden sei und danach verfahren werde.

Die Versammlung nahm nach dieser Erklärung von einer Abstimmung über den vom Synodalausschuß gestellten Antrag Abstand. —

Sodann richtet Abgeordneter Ekerl Namens des Synodalausschusses an Herzogl. Consistorium das Ersuchen, eine Erklärung darüber abzugeben, ob es einen Geistlichen, welcher erst nach Aufstellung der Listen der Wahlberechtigten in sein Amt eingeführt sei, für wahlberechtigt in seiner Inspection crachte. Der Synodalausschuß sei der Meinung, daß der Geistliche in einem derartigen Falle allerdings als wahlberechtigt angesehen werden müsse.

Consistorialrath Abt Sallentien: Er halte die Auffassung des Synodalausschusses für durchaus richtig und dem Sinne des Gesetzes, die Errichtung einer Landessynode betreffend, insbesondere den §. 8. 12. 1 desselben ganz entsprechend.

Abgeordneter Bode: Der Synodalausschuß habe die Frage angeregt, weil bei anderen Wahlen die aufgestellten Listen der Wahlberechtigten insofern formelles Recht bildeten, als diejenigen, welche nicht in die Listen aufgenommen seien, von der Theilnahme an der Wahlhandlung ausgeschlossen wurden.

Nach Ansicht des Synodalausschusses hätten die für die Synodalwahlen aufgestellten Listen eine derartige präcludirende Wirkung nicht. —

Abgeordneter von Cramm hält die Ansicht des Ausschusses für richtig und begründet seine Meinung aus dem Gesetze, die Errichtung einer Landessynode betreffend.

Der Vorsitzende hält nach der Erklärung des Consistorialraths Abt Sallentien die besprochene Frage für erledigt.

Abgeordneter Bode: Wenn der Herr Consistorialrath das Consistorium verträte, so sei die Sache allerdings erledigt.

Consistorialrath Abt Sallentien: Er habe seine Erklärungen Namens des Consistoriums abgegeben.

Die Versammlung crachtete hiernach die Angelegenheit für erledigt. —

Weiter berichtet Namens des Synodalausschusses über die einzelnen Wahlen zur diesjährigen außerordentlichen Landessynode und zwar zuvörderst über die Wahl des Pastor Schröter in Broistedt in der General- und Stadtinspection Wolfenbüttel

Abgeordneter Ekerl: Nach dem Wahlprotokolle, welches dem Ausschusse vorgelegen, habe bei der in Frage kommenden Wahlhandlung in dem ersten Wahlgange keiner der Gewählten die absolute Stimmenmehrheit erhalten, im zweiten Wahlgange haben der Pastor Schröter aus Broistedt und der Pastor Böhm aus Gr.-Stückheim die gleiche Stimmen-

2. Sitzung.

zahl gehabt, darauf sei zu einem dritten Wahlgange geschritten, in welchem der Pastor Schröter eine Mehrheit von 2 Stimmen erhalten habe. Dieses Wahlverfahren müsse nach den Bestimmungen in §. 9 des Gesetzes, die Errichtung einer Landesynode betreffend, als ungültig bezeichnet werden, da, falls in den beiden ersten Wahlgängen keine vorgeschriebene Stimmenmehrheit sich herausgestellt, nicht ein dritter Wahlgang stattzufinden habe, sondern das Loos unter denjenigen, welche im zweiten Wahlgange die gleiche Stimmenzahl gehabt, entscheiden müsse. Der Ausschuß habe, da nach dem Protokolle eine wesentliche Gesetzesvorschrift verletzt gewesen, die Wahl zu beanstanden beabsichtigt. Nachdem er jedoch durch private Mittheilungen kompetenter Personen erfahren habe, daß der Wahlvorgang thatsächlich ein anderer gewesen, wie er im Protokolle niedergelegt sei, daß nämlich die ersten beiden Wahlgänge, weil mehr Stimmzettel in denselben abgegeben waren, als Wähler erschienen gewesen, vom Wahlbureau als ungültig angesehen worden und deshalb zu einem neuen Wahlgange vorgegangen sei, habe der Ausschuß von einer Beanstandung der Wahl Abstand genommen und gebe der Versammlung nunmehr anheim, die Wahl des Pastor Schröter als legal anzuerkennen.

Der Vorsitzende eröffnet hierauf die Berathung über den Antrag des Synodalausschusses.

Es erhält das Wort zunächst:

Abgeordneter Pockels: Er sei nicht der Ansicht des Ausschusses. Man müsse sich an das Wahlprotokoll halten.

Dieses bekunde, daß man, nachdem in den beiden ersten Wahlgängen eine gesetzliche Majorität nicht erreicht worden, zu einem dritten Wahlgange geschritten sei. Hierdurch aber sei eine wesentliche Gesetzesvorschrift verletzt, mithin die Wahl nichtig.

Abgeordneter Gunze: Er habe bei dem Wahlverfahren in Wolfenbüttel als Wahl-assistent fungirt und müsse bestätigen, daß die Vorgänge bei der Wahl sich anders zugetragen, als im Protokolle angegeben. Es sei in den ersten beiden Wahlgängen je eine Stimme mehr abgegeben, als Wähler erschienen gewesen. Die Wahlgänge seien deshalb vom Wahlbureau als ungültig angesehen und ein neuer Wahlgang, der also als erster Wahlgang aufzufassen sei, angeordnet. —

Abgeordneter Eimcke: Er sei gleichfalls Wahl-assistent bei der Wahl gewesen und könne die Angaben des Vorredners aus eigener Wissenschaft bestätigen.

Abgeordneter Skerl verliest sodann das Wahlprotokoll, um nachzuweisen, daß dasselbe den Wahlvorgang ganz anders darstelle, wie er nach Angabe der Vorredner thatsächlich sich zugetragen, und daß nach dem Protokolle der Ausschuß nicht umhin gekonnt habe, die Wahl des Pastor Schröter zu beanstanden.

Abgeordneter Otto: Die heutigen Aufklärungen gäben ein ganz anderes Bild von dem Wahlvorgange als das Protokoll. Nach den gegebenen Aufklärungen sei gegen die Wahl nichts zu erinnern. Auf der andern Seite trüge er — Redner — jedoch Bedenken, ohne Weiteres das amtliche Wahlprotokoll zu ignoriren. Er schlage daher der Versammlung einen Mittelweg vor und beantrage:

„Die Synode wolle an das Kirchenregiment das Ersuchen richten, durch Anordnung der Vernehmung des Wahlbureau zu constatiren, ob das Protokoll Irr-

thümer enthalte und wie die Wahl vor sich gegangen, bis zum Eingange der der Synode demnächst zu ertheilenden Auskunft aber die Wahl zu beanstanden, den Gewählten jedoch bis zur definitiven Entscheidung zu den Verhandlungen auf gegenwärtiger außerordentlicher Synode zuzulassen.“

Es sei das von ihm vorgeschlagene Verfahren ein solches, welches auch in andern parlamentarischen Versammlungen beobachtet worden.

Der Vorsitzende bemerkt, daß er den Antrag Otto demnächst zur Berathung stellen werde und ertheilt darauf das Wort dem

Abgeordneten Ruhn: Er wolle bezüglich des Wahlverfahrens im Allgemeinen bemerken, daß Unregelmäßigkeiten, wie sie in Wolfenbüttel vorgekommen, wo mehr Stimmen abgeben, als Wähler vorhanden, nur vermieden werden könnten, wenn der Wahlvorsteher jeden Wähler einzeln zur Wahlurne heraufrufe und seinen Stimmzettel abzugeben veranlasse. Würden alle Wähler gleichzeitig zur Urne herangelassen, so seien Unordnungen unvermeidlich.

Abgeordneter Baumgarten: Er sei Wahlvorsteher bei dem zur Berathung stehenden Wahlverfahren gewesen und müsse die Angaben der Abgeordneten Gunze und Gimecke bestätigen. Er bedauere die unrichtige Darstellung des Wahlvorganges im Protokolle.

Abgeordneter Bode: Er wolle dem Wahlvorsteher keinen Vorwurf daraus machen, daß er die Zuvielabgabe eines Stimmzettels übersehen habe. Zur Sache müsse er dem Antrage Otto seine Zustimmung ertheilen. —

Sodann erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort:

Abgeordneter Schröter: Er müsse die Erklärung abgeben, daß er die auf ihn gefallene Wahl nicht angenommen haben würde, wenn Ungeselligkeiten dabei vorgefallen wären. Da er jedoch der festen Ansicht sei, daß die beiden ersten Wahlgänge nichtig gewesen, so habe er keinen Anstand genommen, die Wahl anzunehmen.

Abgeordneter von Peinen: Er halte die vom Abgeordneten Otto vorgeschlagene Vernehmung des Wahlbureau nach den Erklärungen der Abgeordneten Baumgarten, Gunze und Gimecke für nicht mehr erforderlich, und beantrage, daß die Synode sich dahin ausspreche, daß die ersten beiden Wahlgänge bei der Wolfenbütteler Wahl ungültig gewesen, die Wahl des Abgeordneten Schröter aber als gesetzmäßig anerkenne.

Der Vorsitzende: Er müsse dem Vorredner bemerken, daß er denselben, solange nicht über die Gültigkeit seiner Wahl entschieden worden, nicht für befugt erachten könne, in der Versammlung Anträge zu stellen.

Abgeordneter Wolff: Das Wahlprotokoll sei entscheidend. Nach demselben bliebe der Versammlung kein anderer Weg, als entweder die Wahl des Pastor Schröter für ungültig zu erklären oder dem Antrage Otto beizutreten.

Der Vorsitzende verliest sodann den Antrag Otto und bringt denselben im Einverständnisse mit der Versammlung zunächst zur Abstimmung.

Der Antrag wird von der Versammlung mit überwiegender Mehrheit angenommen. —

Weiter berichtet Abgeordneter Skerl über die Neuwahlen der Abgeordneten Baumgarten, Guericke und von Peinen und giebt Namens des Synodalausschusses anheim,

diese Wahlen, da bei ihnen keinerlei Unregelmäßigkeiten sich herausgestellt, für gültig anzuerkennen.

Die Versammlung erkennt denn auch ohne Debatte die drei Wahlen für gültig an. — Hiernächst tritt die Versammlung in den letzten Punkt der Tagesordnung:

„Die Berathung über die geschäftliche Behandlung der Gesetzesvorlage, die Emeritierung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betreffend“

ein.

Abgeordneter Bode beantragt, die Vorlage einer Commission von 5 Mitgliedern zur Vorprüfung zu überweisen und schlägt vor, die Abgeordneten Pockels, Rose, Sferl, Wolff und Otto zu Mitgliedern der Commission zu erwählen, von denen die drei ersten bereits in der vorigen Synode die Vorlage als Commission geprüft hätten.

Auf Vorschlag des Abgeordneten von Gram sind demnächst die genannten 5 Abgeordneten von der Versammlung durch Acclamation in die Commission gewählt.

Hierauf wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen, die nächste Sitzung auf Dienstag, den 21. November d. Js., Morgens 10 Uhr anberaumt und als einziger Gegenstand auf deren Tagesordnung:

„Die Berichterstattung der Commission über die Gesetzesvorlage und Berathung derselben durch die Versammlung“

gesetzt.

L. Schwarzenberg, prot. Secretair.

(Beilage zu N. 283 der Braunschw. Anzeigen).

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 40 vom 24. October 1882
berufenen außerordentlichen Landes-Synode.

3. Sitzung am 21. November 1882.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 17. d. Mts tritt die Versammlung in die Tagesordnung:

„Berichterstattung über die Gesetzesvorlage, die Emeritirung und das Ruheein-
kommen der Geistlichen betreffend und Berathung derselben“
ein.

Es erhält das Wort der Referent der Commission:

Abgeordneter Otto: Er wolle zunächst eine kurze Darstellung der wesentlichsten Vorgänge aus der Geschichte des Gesetzesentwurfs voranschicken. In Verfolg eines Antrages der 2. ordentlichen Landessynode sei von der Kirchenregierung der dritten ordentlichen Landessynode eine Denkschrift, betreffend die Frage der Neuordnung des Emeritirungswezens in der evangelischen Landeskirche des Herzogthums, zur Begutachtung vorgelegt. Die Synode habe in ihren Sitzungen vom 9. und 10. December 1880 über die vorgelegte Denkschrift Beratungen gepflogen und ihr Gutachten in einer Anzahl Thesen niedergelegt. Nunmehr sei man regierungsseitig mit Ausarbeitung zweier Gesetzesentwürfe bezüglich Neuordnung des Emeritirungswezens vorgegangen, des Entwurfes eines Kirchengesetzes und eines Landesgesetzes. Es habe sich weiter gefragt, ob zunächst das Kirchengesetz der Landessynode oder erst das Landesgesetz der Landesversammlung vorzulegen gewesen. Man habe sich von Seiten der Regierung für den letztern Weg entschieden, besonders deshalb, weil es erforderlich gewesen, daß von Seiten der staatlichen Organe ein ansehnlicher Zuschuß zu den Emeritirungsfonds bewilligt wurde, damit überhaupt an Ausführung der Neuorganisation gedacht werden konnte. Die Landesversammlung habe denn auch im Anfange dieses Jahres den vorgelegten Entwurf des Landesgesetzes, welchem zur Erläuterung ein Entwurf des demnächst zu erlassenden Kirchengesetzes beigelegt gewesen, ihren Beratungen unterzogen und habe schließlich

dem vorgelegten Staatsgesetze ihre Zustimmung erteilt, jedoch unter der Voraussetzung, daß der Kirchengesetzentwurf demnächst von der Landessynode ohne wesentliche Aenderungen würde angenommen werden. Nur eine wichtige, das finanzielle Gebiet betreffende Aenderung des vorgelegten Staatsgesetzentwurfes habe die Landesversammlung vorgenommen. Denn während der Entwurf vorschlug, daß die Deckung eines etwaigen Jahres-Deficits in dem Emeritirungsfonds aus Staatsmitteln, nämlich aus der Klosterreinertragskasse, zu erfolgen habe, trug die Landesversammlung Bedenken, eine unbegrenzte Deckung des Deficits der Staatskasse aufzubürden und limitirte deshalb deren jährlichen Beitrag an den Emeritirungsfonds auf 33 000 M. in maximo.

Gegenwärtig sei nun der Entwurf des Kirchengesetzes vorgelegt, welcher, wie er — Redner — von vornherein bemerken wolle, sich in allen wesentlichen Punkten an die von dem Kirchenregimente vorgeschlagenen, von der Landessynode in ihrem in Theesen niedergelegten Gutachten adoptirten Grundsätze hielte.

Bei Prüfung der Vorlage sei die Synode in einer eigenthümlichen Stellung; sie sei zwar formell frei in ihren Beschlüssen, denn die Abgabe des Gutachtens in der vorigen Session sei nicht bindend. Auf der andern Seite sei zu erwägen, daß der Entwurf im Wesentlichen nur den von der Synode selbst geäußerten Wünschen Ausdruck gäbe und daß bei wesentlichen Aenderungen der Vorlage, namentlich auf finanziellem Gebiete, die Factoren der staatlichen Gesetzgebung auch ein Wort mitzusprechen hätten.

Die Commission sei daher der Ansicht, daß man sich nur von Gründen der zwingendsten Art bestimmen lassen dürfe, die einmal beiderseits gebilligten Prinzipien durch Aenderungen der Vorlage wiederum in Frage zu stellen.

Auch würde es der Versammlung nicht schwer fallen, sich solcher Aenderungen zu enthalten, wenn man sich nur stets die großen Vortheile der Vorlage, welche einen wesentlichen Fortschritt bedeute, vor Augen halte.

Als solche Vortheile wolle er die nachfolgenden hervorheben:

Als Verpflichteter in Emeritirungsfällen trete fortan an Stelle der einzelnen betroffenen Pfarrstellen ein allgemeiner Emeritirungsfonds. —

Ueber die erledigte Stelle, von welcher der Emeritirte thatsächlich und rechtlich völlig scheide, würde frei verfügt, wenn derselben auch noch 8 Jahre gewisse Leistungen oblägen. —

Das Institut der Adjunkten fiele weg. —

Damit würde die große Zahl der Geistlichen mit Minimaleinkommen gemindert, umgekehrt die Zahl der besser bedachten vermehrt. —

An die Stelle der rechtlich ihrem Umfange nach jetzt unsichern, unter dem Einflusse behördlicher Verfügungen stehenden Ansprüche der zu Emeritirenden träten fortan gesetzlich klar und fest bestimmte Ansprüche. —

Das nach dem neuen Gesetze bestimmte Ruheeinkommen würde in den weitaus meisten Fällen höher sein, als es unter der Herrschaft des jetzt noch geltenden Rechtes ausfallen würde. —

Die Summe der demnächst zu leistenden Pfarrbeiträge und Pfündenabgaben würde nicht wesentlich höher sein, als die Summe der Leistungen, welche bisher den Pfarrstellen der Emeritirten obgelegen. — Der Staat habe sich damit einverstanden erklärt, den durch die übrigen Einnahmen nicht gedeckten Theil der Ausgaben des Emeritirungsfonds bis zum Höchstbetrage von 33 000 M. aus dem Kloster- und Studienfonds decken zu lassen, d. h. bis zu einem Betrage, der sich auf weit mehr als das Doppelte des in den letzten 10 Jahren durchschnittlich Geleisteten beliefe. — Gegen diese großen Vortheile seien die Mängel der Vorlage verschwindend. Es sei zuzugeben, daß, um allen Wünschen gerecht zu werden, noch Manches fehle. Es sei namentlich nicht zu verkennen, daß die Vorlage für die gegenwärtige

Generation der Geistlichen manche Härten enthielte. Aber man müsse den Blick auf die Zukunft richten; und für die Gesamtheit der Geistlichen in ihrer Dauer über die gegenwärtige Generation hinaus enthalte die Vorlage einen großen Fortschritt. Wolle man noch weiteres verlangen, als die Vorlage biete, so könne es sich ereignen, daß man gar nichts erreiche, und sich dann der Spruch bewahrheiten: „das Bessere ist des Guten Feind.“ Es gelte zuzugreifen und sich eingreifender Aenderungen der Vorlage zu enthalten unter Berücksichtigung, daß die Vorlage im Wesentlichen den von der Synode ausgesprochenen Wünschen entspreche, und daß man durch das Verhältniß zur Staatsgesetzgebung bei der Beschlußfassung wesentlich gebunden sei. — Nunmehr sei es seine — des Redners — Aufgabe, die Punkte darzulegen, in welchen der Entwurf von dem in Theilen gekleideten Gutachten der vorigen Landessynode abweiche, und die Ansicht der Commission über diese Abweichungen vorzutragen.

Es komme zunächst in Betracht:

1) These VI., sub c, welche laute:

„Synode erachtet,

c. daß die Frage, ob die Einrechnung der, von dem Geistlichen früher in einer anderen Art von Dienststellung verbrachten Zeit zu gewähren sei, der Erwägung des Hohen Kirchenregiments ausnahmsweise für den Fall überlassen bleiben könne, daß ein Geistlicher, dessen Gewinnung für den Dienst der evangelisch-lutherischen Landeskirche besonders wünschenswerth sein würde, nur unter jener Bedingung zu gewinnen wäre“ :

Davon weiche ab §. 5 Abth. 2 der Vorlage, welcher bestimme:

„Unserem Ermessen bleibt überlassen, nach Anhörung Unseres Herzoglichen Consistoriums zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen auch die Zeit hinzurechnet werden soll, während welcher der Emeritirte in anderen als den oben bezeichneten Stellungen als Geistlicher oder Lehrer gewirkt hat.“

Die Commission sei nun der Ansicht, daß der betr. Passus der These nur eine Directive für das Kirchenregiment enthalte, welche ziemlich werthlos sei, und empfehle daher, den ausgesprochenen Wunsch fallen zu lassen.

2) Wichtiger sei These VI sub c, welche laute:

„Synode erachtet,

c. daß die, nach vorstehenden Positionen in Betracht kommende Dienstzeit von dem Tage des Anstellungspatents oder der sonstigen Anstellungsverfügung an zu berechnen sei;

in welcher Hinsicht Synode von der Annahme ausgeht, daß bei einer ursprünglich im hiesigen Kirchendienste erfolgenden Anstellung, sofern dieselbe erst durch hinzukommende Vocation zum Effecte geheißen kann, die Vocation als Suspensiv-Bedingung der Anstellung zu betrachten sei.“

Dagegen bestimme §. 1 Abj. 1 der Vorlage:

„Jeder im Gemeinde-Pfarramte der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogthums fest angestellte Geistliche, dessen Pfarrsitz innerhalb der Landesgrenzen gelegen ist, wird, wenn er durch Alter, Krankheit oder in Folge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens zur Fortführung seines Pfarramtes dauernd unfähig geworden ist, unter Enthebung von seiner Stelle in den Ruhestand versetzt (emeritirt). Er hat für diesen Fall Anspruch auf ein Ruheeinkommen aus dem durch das Staatsgesetz vom mit den Rechten einer milden Stiftung ausgestatteten und mit einem Zuschusse aus Staatsmitteln versehenen Emeritirungsfonds nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Kirchengesetzes. Dieser Anspruch wird begründet durch die Einführung in das Pfarramt.“

Die Commission sei auch bezüglich dieser Differenz zu der Ansicht der Vorlage gekommen, bestimmt durch die in den Motiven ausführlich angeführten Gründe, und gäbe daher Annahme des §. 1 des Entwurfes anheim.

3) Eine fernere Abweichung von den Wünschen der Synode enthalte der §. 17 der Vorlage unter A 4, welcher bestimme:

„Das Recht auf das Ruheeinkommen erlischt,“

4) wenn der Emeritirte ohne Erlaubniß Unseres Herzoglichen Consistoriums seinen Wohnsitz an einem außerhalb des Deutschen Reiches belegenen Orte nimmt. Bei Ertheilung dieser Erlaubniß, welche ohne besonderen Grund nicht versagt werden wird, werden dem Emeritirten zugleich die Bedingungen vorgeschrieben, denen er sich wegen des Fortbezuges seines Ruheeinkommens zu unterwerfen hat.“

Die Commission sei auch hier mit der Vorlage einverstanden, da eine außerordentliche Erhöhung der Controle eintreten könne, wenn der Emeritirte seinen Wohnsitz an einen Ort außerhalb des Deutschen Reiches verlege.

4) Weiter käme in Betracht These VII Abs. 3, welche laute:

„Synode erachtet, daß einen Verlustgrund der Pension der Fall zu bilden haben, wenn der Emeritirte sich einer Handlung oder Aufführung schuldig macht, welche, wenn er noch im Amte gewesen wäre, einen Grund zu seiner Entlassung gebildet haben würde.“

Eine derartige Bestimmung sei in den Entwurf nicht aufgenommen; wie die Commission glaube, deshalb mit Recht, weil in den betreffenden Fällen, welche hoffentlich sehr wenig vorkommen würden, sehr schwer zu entscheiden sei, ob ein solches Benehmen vorliege, welches den Verlust der Pension herbeiführen müsse.

5) Bedenken habe die Commission gehabt in Betreff des §. 10 Abs. 2 der Vorlage, welcher den von der Synode geäußerten Wünschen nicht entspreche, und bestimme:

„Eine zeitweilige Erhöhung der Beiträge tritt ein, wenn und so lange der Emeritirungsfonds die ihm obliegenden Zahlungen mittels seiner Einnahme (§. 9) vollständig zu leisten nicht vermag. In diesem Falle wird das Deficit eines jeden Jahres durch verhältnismäßige Zuschläge zu den Beiträgen gedeckt. Die Zuschläge werden in jeder Hinsicht den dauernden Beiträgen gleich behandelt. Die erforderlichen Verfügungen wegen des Beginns, der Höhe und des Wiederaufhörens der Zuschlagszahlung erläßt Unser Herzogliches Consistorium.“

Es sei also festgesetzt, daß ein etwaiges Jahresdeficit im Emeritirungsfonds durch Zuschläge zu den Beiträgen der Prediger gedeckt werden solle. Diese Bestimmung sei nothwendig geworden, weil die Landesversammlung die unbegrenzte Deckung des Deficits aus Staatsmitteln abgelehnt und den aus der Klosterreinertragskasse zu gewährenden Zuschuß durch einen Maximalbetrag limitirt habe.

Die Bestimmung des Entwurfes ercheine jedoch der Commission nicht allzu bedenklich, weil der bewilligte Maximal-Zuschuß, 33000 M., ein außerordentlich hoher sei, so daß der Fall einer Erhöhung der Beiträge der Prediger wohl kaum eintreten werde.

Zu beachten sei auch, daß, wolle man an der Bestimmung der Vorlage ändern, die finanziellen Grundlagen des Entwurfes berührt würden und damit das ganze Gesetz in Frage gestellt werde.

Die Commission empfehle daher Annahme des §. 10 Abs. 2.

6) Ferner sei in der Vorlage nicht Rechnung getragen dem Wunsche der Synode nach Erhebung sog. Beförderungsgelder zum Emeritirungsfonds, d. h. von Beiträgen solcher Prediger, welche in, nicht durch Emeritirung vacant gewordene bessere Pfarrstellen aufgerückt seien.

Aus welchen Gründen dies geschehen, sagten die Motive und müsse sich die Commission dem dort Ausgeführten anschließen.

Als Ersatz für die Erhebung von Beförderungsgeldern sei in den Entwurf die Bestimmung der Erhebung von Eintrittsgeldern seitens der dem Fonds beitretenen Prediger aufgenommen. Dieser Vorschlag sei nicht ganz leicht. Jedoch müsse man erwägen, daß die Leistung nur eine vorübergehende, daß der Entwurf im Ganzen reichhaltig sei und daß, wenn man an der vorgeschlagenen Bestimmung ändern wolle, wieder die finanziellen Grundlagen des Entwurfes berührt würden und damit das ganze Gesetz in Frage gestellt würde.

Die Commission gebe daher der Synode anheim, auch dem beregten Vorschlage ihre Zustimmung zu ertheilen.

7) Endlich habe der von der Synode in These IX angedeutete Wunsch, daß der zu bildende Reservefonds zur Deckung der jährlichen Ausgaben des Emeritirungsfonds mit zu Hilfe genommen werde, in der Vorlage keine Berücksichtigung gefunden.

Die Commission sei auch in dieser Beziehung mit dem Kirchenregimente dahin einverstanden, daß der Reservefonds, dessen Bildung durch die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Emeritirungsfonds durch die Landesversammlung gewährte Bewilligung eines festen Zuschusses von 17 500 M. für die nächsten 7 Jahre, ermöglicht würde, zur Deckung der jährlichen Ausgaben des Emeritirungsfonds nicht verwendet werde. —

Nach Allem gebe er — Referent — Namens der Commission der Versammlung dringend anheim, der Vorlage im Ganzen ihre Zustimmung zu ertheilen.

Die einzelnen von der Commission vorgeschlagenen Abänderungen, welche der Versammlung im Druck vorlägen, würde er bei der Berathung der einzelnen Paragraphen des Entwurfes begründen.

Der Vorsitzende eröffnet hiernächst die Generaldiscussion über die Vorlage und schließt dieselbe wieder, da Niemand aus der Versammlung das Wort ergreift. —

Sodann tritt die Versammlung in die Berathung der einzelnen Paragraphen der Gesetzesvorlage ein.

Ohne Debatte werden der Eingang des Gesetzes und die §§. 1, 2 und 3, welche lauten:

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. 2c. 2c.

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt nach vorgängiger Berathung mit Unserm Herzogl. Consistorium, mit Zustimmung der Landessynode und unter Bezugnahme auf das Staats-Gesetz vom 27. März 1882, den Erlass der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche betreffend, sowie auf das hierneben publicirte Staatsgesetz vom
das Ruheeinkommen der emeritirten Geistlichen betreffend, das nachfolgende Kirchengesetz:

§. 1. Jeder im Gemeinde-Pfarramte der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogthums fest angestellte Geistliche, dessen Pfarrsitz innerhalb der Landesgrenzen belegen ist, wird, wenn er durch Alter, Krankheit oder in Folge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens zur Fortführung seines Pfarramtes dauernd unfähig geworden ist, unter Enthebung von seiner Stelle, in den Ruhestand versetzt (emeritirt). Er hat für diesen Fall Anspruch auf ein Ruheeinkommen aus dem durch das Staatsgesetz vom mit den Rechten einer milden Stiftung ausgestatteten und mit einem Zuschusse aus Staatsmitteln versehenen Emeritirungsfonds nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Kirchengesetzes. Dieser Anspruch wird begründet durch die Einführung in das Pfarramt.

3. Sitzung.

Ein Anspruch auf Altersversorgung von den Pfarrstelle findet mit Ausnahme des im §. 19 erwähnten Falles nicht mehr statt.

§. 2. Unserm Ermessen bleibt vorbehalten, nach Anhörung Unseres Herzoglichen Consistoriums darüber zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen evangelisch-lutherischen Geistlichen, welche innerhalb des Herzogthums geistliche Functionen, jedoch nicht in einem Gemeindepfarramte dauernd verrichten, falls ihnen ein Anspruch auf Pensionirung nach dem Staatsdienstgesetze nicht zusteht, auf ihren Antrag gestattet werden soll, das Anrecht auf ein Ruheeinkommen aus dem Emeritirungsfonds zu erwerben event. das früher erworbene zu behalten. (Vergl. §. 13.)

§. 3. Die Frage, ob die Versetzung eines Geistlichen in den Ruhestand einzutreten habe, unterliegt Unserer Entscheidung. Zur Vorbereitung der letzteren hat unser Herzogliches Consistorium die erforderlichen Ermittlungen über den geistigen und körperlichen Zustand des betreffenden Geistlichen zu veranlassen. Hält dasselbe die Emeritirung für angezeigt, so hat es den Geistlichen, falls er nicht selbst den Antrag auf seine Versetzung in den Ruhestand gestellt hat, zur Erklärung über dieselbe aufzufordern. Wenn der Geistliche zur Abgabe dieser Erklärung unfähig ist, oder letztere verweigert, oder binnen der bestimmten Frist nicht abgibt, oder das Vorhandensein genügender Gründe zu seiner Versetzung in den Ruhestand bestreitet, so ist die Mitwirkung des Synodalausschusses in der durch §. 27, 3 des Gesetzes die Errichtung einer Landesynode betr. vom 31. Mai 1871 (M. 34) vorgeschriebenen Weise erforderlich.

Zu §. 4 der Vorlage, welcher lautet:

„Das Ruheeinkommen beträgt, wenn die Versetzung in den Ruhestand während des ersten Dienstjahres eintritt, 40 Procent des Diensteinkommens (§. 6) und steigt mit jedem folgenden Dienstjahre um 1 Procent bis zu höchstens 80 Procent des Diensteinkommens. Angefangene Dienstjahre werden voll gerechnet, wenn sie mindestens 6 Monate umfassen, sonst nicht berücksichtigt.“

In keinem Fall soll sich das Ruheeinkommen auf weniger als 1500 M belaufen; es wird demnach, wenn es nach obiger Rechnung diesen Betrag nicht erreichen würde, auf denselben ergänzt.“

ergreift das Wort:

Abgeordneter Rose: Er wolle einer Eingabe Erwähnung thun, die ihm zugegangen sei, in welcher die weitgehendsten Wünsche bezüglich der Vorlage ausgesprochen seien z. B. der, daß als Anfangspunkt der Dienstzeit bei Berechnung der Pension der Tag der Ordination des Geistlichen oder der des Eintrittes in das Seminar anzusehen sei, ferner daß der Geistliche nach Vollendung seines 50. Dienstjahres den vollen Gehalt als Pension beziehen müsse, und andere Wünsche mehr.

Diese Wünsche könnten selbstverständlich, da sie die finanzielle Basis des Entwurfes berührten, keine Berücksichtigung finden. — Hierauf wird §. 4 der Vorlage angenommen.

Zu §. 5, welcher lautet:

„Als Anfang der Dienstjahre gilt der erste Tag des Monates, in welchem die Einführung des Emeritirten in das erste von ihm bekleidete Pfarramt in einer inländischen Gemeinde stattgefunden hat. Der danach ermittelten Zahl von Dienstjahren werden hinzugerechnet die Jahre, während welcher der Emeritirte im Staatsdienst oder an öffentlichen Schulen und Lehranstalten innerhalb des Herzogthums mit Pensionsberechtigung, oder im Dienst einer auswärtigen evangelischen Landes-

kirche mit dem Rechte auf einen Ruhegehalt oder eine Altersversorgung angestellt gewesen ist.

Unserem Ermessen bleibt überlassen, nach Anhörung Unseres Herzoglichen Consistoriums zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen auch die Zeit hinzugerechnet werden soll, während welcher der Emeritirte in anderen als den oben bezeichneten Stellungen als Geistlicher oder Lehrer gewirkt hat.

Wenn ein Geistlicher mit Unserer Genehmigung aus dem Dienste der braunschweigischen Landeskirche in eine andere dienstliche Stellung übergegangen ist, so wird ihm bei seinem etwaigen Rücktritt in den ersteren die Zwischenzeit in die Dienstjahre eingerechnet. Ebenso wird die Zeit eingerechnet, welche er nach der Einführung in das Pfarramt oder während der nach obigem den Dienstjahren hinzuzurechnenden Zeit im Militärdienste zuzubringen genöthigt gewesen ist“.

beantragt die Commission:

Den Eingang des zweiten Absatzes folgendermaßen zu fassen:

„Unserm Ermessen bleibt überlassen, nach Anhörung Unseres Herzoglichen Consistoriums zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen einem den Anspruch auf das Ruheeinkommen erwerbenden Geistlichen auch die Zeit hinzugerechnet werden soll, während welcher derselbe in anderen“ (u. s. w. wie im Entwurf.)

Der §. 5 mit dem Abänderungsantrage der Commission wird sodann zur Verathung gestellt.

Es erhält das Wort als Referent:

Abgeordneter Otto: Die Fassung im Commissionsvorschlage sei der im Entwurfe vorzuziehen.

Es seien Fälle denkbar, in denen die Frage, welche Dienstjahre bei Berechnung der Pension zu Grunde zu legen seien, zu einer Zeit entschieden würde, da der Geistliche noch nicht emeritirt sei.

So würde regelmäßig im Falle der Berufung eines auswärtigen Geistlichen die Frage gleich bei der Berufung erledigt, vielleicht auch später zu einer Zeit, da der Geistliche noch nicht emeritirt sei.

Abgeordneter Bode: Er sei auch für den Commissionsvorschlag. Er müsse sich jedoch dahin aussprechen, daß bei Berufung eines auswärtigen Geistlichen die Anrechnung der Dienstjahre gleich bei der Berufung zu erfolgen habe. Eine spätere Anrechnung führe zu Unzuträglichkeiten. Uebrigens glaube er auch, daß die Fassung des Commissionsvorschlages die Auffassung enthalte, daß die Frage nach Anrechnung der Dienstjahre eines von auswärts berufenen Geistlichen gleich bei der Berufung erledigt werden solle. —

Hierauf stellte Abgeordneter Brunke den folgenden Antrag:

Hohe Synode wolle beschließen, hinter dem Worte „eingerechnet“ in der dritten Reihe des letzten Absatzes des §. 5 die Worte einzuschalten: „er hat aber ein entsprechendes Wiedereintrittsgeld von 2—5 Procent zu entrichten“.

Der Antrag wird unterstützt und kommt mit zur Verathung.

Es erhält sodann zur Begründung seines Antrages das Wort:

Abgeordneter Brunke: Der nach längerer Abwesenheit in den hiesigen Kirchendienst wiedereintretende Geistliche erhalte durch die Zulassung zum Beitritte zu den Fonds ein großes Beneficium und es sei nur billig, daß er für die lange Zeit, in welcher er keine Beiträge zu den Fonds beigesteuert habe, eine angemessene Entschädigung entrichte.

Abgeordneter Guericke: Er wolle bezüglich des Antrages der Commission bemerken, daß es ihm bedenklich erscheine, daß schon in der Versammlung Schwankungen bezüglich der Interpretation des gedachten Antrages aufträten.

3. Sitzung.

Er gäbe anheim der vom Abgeordneten Bode ausgesprochenen Ansicht, daß bei Berufung eines auswärtigen Geistlichen in den hiesigen Kirchendienst die Anrechnung seiner Dienstjahre gleich bei der Berufung zu regeln sei, im Gesetze dadurch Ausdruck zu verleihen, daß man hinter dem Worte „Geistlichen“ im Commissionsantrage die Worte „bei der Anstellung“ einschalte.

Consistorialrath von Schmidt-Bihsebeck:

Er wolle gegen die Fassung der Commission keinen Einwand erheben, glaube jedoch, daß die Fassung der Vorlage ausreichend sei.

Zur Sache wolle er Namens des Consistorii die Erklärung abgeben, daß es Absicht sei, bei Berufung auswärtiger Geistlicher die Frage nach der Anrechnung der Dienstjahre gleich bei der Berufung zu regeln. — Was sodann den Antrag des Abgeordneten Brunke anlange, so sei einzuräumen, daß derselbe im Interesse des Fonds liege, auf der andern Seite aber enthalte er eine Härte für die betreffenden in den hiesigen Kirchendienst wieder eintretenden Geistlichen, da in auswärtigen Staaten gleichfalls Emeritirungsfonds beständen und der Geistliche in der Zeit seiner Abwesenheit dort die Beiträge habe zahlen müssen.

Abgeordneter Brunke: Er wolle nur hervorheben, daß sein Antrag keine Härte für die in Frage kommenden Geistlichen enthalte, da dieselben jedenfalls nur unter erheblich verbesserten Verhältnissen in den hiesigen Kirchendienst zurückkehren würden.

Abgeordneter Kennecke: Er müsse sich für den Antrag des Abgeordneten Brunke aussprechen.

Derselbe läge im Interesse des Fonds und außerdem bliebe es ja immer dem Herzogl. Consistorium überlassen, etwaige Härten auszugleichen, da es demselben frei stände, das Eintrittsgeld zwischen 2 und 5 Procent festzusetzen. —

Es wird darauf die Berathung geschlossen, der Antrag der Commission mit großer Mehrheit und der Antrag des Abgeordneten Brunke mit 14 gegen 11 Stimmen und endlich auch der §. 5 der Vorlage mit den beschlossenen Aenderungen angenommen. —

Es folgte sodann die Berathung über §. 6 der Vorlage, welcher lautet:

„Als Diensteinkommen zur Zeit der Versetzung in den Ruhestand gilt die Summe, von welcher der Emeritirte, und zwar, wenn jene nicht schon im ersten Dienstjahre erforderlich geworden ist, mindestens für ein Jahr die Beiträge zum Emeritirungsfonds gezahlt hat. (Vergl. §. 9 .12. 1.)“

Dazu beantragt die Commission:

in der zweiten Zeile statt „der Emeritirte“ zu sagen: „der zu Emeritirende“, und ferner an Stelle der Worte „im ersten Dienstjahre“ zu setzen: „im ersten Jahre nach der Einführung in sein dermaliges Pfarramt.“

Nach kurzer Motivirung der Commissionsanträge durch den Referenten Abgeordneten Otto wird §. 6 mit den Commissionsvorschlägen angenommen.

Ohne Debatte werden sodann angenommen die §§. 7, 8 und 9 der Vorlage, welche lauten:

§. 7. Die Höhe des Ruheeinkommens wird nach Maßgabe der §§. 4, 5 und 6 durch Unser Herzogliches Consistorium festgestellt. Das Recht auf seinen Bezug beginnt mit dem Zeitpunkte, an welchem das Recht auf den Genuß des Diensteinkommens aufhört. Seine Zahlung erfolgt in vierteljährlichen, vom Beginne des dritten Monates des betr. Quartales an zahlbaren Raten aus dem Emeritirungsfonds.

§. 8. Die Bestimmungen über die Verwaltung und rechtliche Vertretung des Emeritirungsfonds bleiben staatlicher Regelung überlassen.

Dieser Regelung unterliegt auch die Frage, inwieweit der Rechtsweg gegen Entscheidungen der Kirchenbehörde über Leistungen der Geistlichen und der kirchlichen Stellen an den Fonds, bezüglich über die aus dem Letzteren zu gewährenden Zahlungen auszuschließen oder zu beschränken ist.

§. 9. In den Emeritirungsfonds fließen:

- 1) die dauernden Pfarrbeiträge (§§. 10, 11 und 12),
- 2) die Eintrittsgelder (§§. 13 und 19),
- 3) die zeitweiligen Pfründenabgaben (§. 14),
- 4) die Ueberschüsse der Pfarrvacanzcassen bezw. der Consistorialcasse (§. 15),
- 5) die Zinsen und Einkünfte der ihm gehörigen Capitalien und sonstigen Vermögensobjecte,
- 6) die ihm durch Schenkung, Legat oder in anderer Weise gemachten Zuwendungen,
- 7) die ihm staatsseitig bewilligten Zuschüsse oder sonst überwiesenen Einnahmen.

Zu §. 10, welcher bestimmt:

„Jeder mit dem Anspruche auf ein Ruheeinkommen aus dem Emeritirungsfonds versehene Geistliche hat zu letzterem einen jährlichen Beitrag von seinem Dienst Einkommen zu zahlen. Dieser beträgt:

- bei einem Dienst Einkommen von nicht mehr als 2700 M $1\frac{1}{2}$ Procent,
- bei einem Dienst Einkommen zwischen 2701 und 3900 M 1 Procent,
- bei einem Dienst Einkommen zwischen 3901 und 4500 M $1\frac{1}{2}$ Procent,
- bei einem Dienst Einkommen von mehr als 4501 M 2 Procent

desselben.

Eine zeitweilige Erhöhung der Beiträge tritt ein, wenn und so lange der Emeritirungsfonds die ihm obliegenden Zahlungen mittels seiner Einnahmen (§. 9) vollständig zu leisten nicht vermag. In diesem Falle wird das Deficit eines jeden Jahrs durch verhältnismäßige Zuschläge zu den Beiträgen gedeckt. Die Zuschläge werden in jeder Hinsicht den dauernden Beiträgen gleich behandelt. Die erforderlichen Verfügungen wegen des Beginns, der Höhe und des Wiederaufhörens der Zuschlagszahlung erläßt Unser Herzogliches Consistorium.“

hat die Commission die folgenden Anträge gestellt:

- a. im ersten Absätze dem Schlusssatze von „dieser beträgt“ an folgende Fassung zu geben:

„Dieser beträgt:

- bei einem Dienst Einkommen von nicht mehr als 2700 M $\frac{3}{4}$ Procent,
- bei einem Dienst Einkommen zwischen 2701 und 3900 M 1 Procent,
- bei einem Dienst Einkommen zwischen 3901 und 5400 M $1\frac{1}{2}$ Procent,
- bei einem Dienst Einkommen von mehr als 5400 M 2 Procent

desselben“.

- b. den Schluß des zweiten Absatzes von „die erforderlichen Verfügungen“ an zu streichen, und an Stelle desselben Folgendes zu setzen:

„Die Höhe derselben soll jedoch 50 Procent der Beiträge nicht übersteigen. Ein danach noch verbleibendes Deficit wird durch verhältnismäßige Abzüge von sämtlichen Ruheeinkommensbeträgen, einschließlic derer zu 1500 M, beglichen. Die erforderlichen Verfügungen wegen des Beginns, der Höhe und des Wiederaufhörens der Zuschlagszahlung, sowie wegen der Abzüge vom Ruheeinkommen erläßt Unser Herzogliches Consistorium“.

Nach Eröffnung der Debatte über §. 10 erhält das Wort zur Motivirung der Commissionsanträge der Referent:

Abgeordneter Otto: Der §. 10 Abs. 2 trüge etwas Neues in den Entwurf hinein gegenüber den frühern Vorschlägen des Kirchenregiments. Anfangs habe der Kloster- und Studienfonds unbedingt eintreten sollen bei Deficits des Emeritirungsfonds. Jetzt sei ein Maximalbetrag für den Zuschuß aus Staatsmitteln durch das Landesgesetz geschaffen, und da der Emeritirungsfonds unter allen Umständen Sicherung haben müßte, so schlage der Entwurf im Nothfalle die Erhöhung der Beiträge der Prediger vor. Der Commission, besonders den geistlichen Mitgliedern derselben, sei es jedoch allzu bedenklich erschienen, für den Nothfall eine ungemessene Verpflichtung der Geistlichen zur Zahlung von Beiträgen zu schaffen. Sie schlage daher ein gemischtes System vor. Der Zuschlag zu den Beiträgen im Nothfalle solle 50 Proc. derselben nicht übersteigen. Reiche ein solcher Zuschlag zur Deckung des Deficits nicht aus, so solle eine verhältnismäßige Reduction sämmtlicher Pensionsbeträge eintreten. Voraussichtlich werde ein Nothfall nie eintreten; sollte solches aber dennoch geschehen, so sei es billig, daß beide Theile, die im Amte befindlichen und die emeritirten Geistlichen den Schaden trügen.

Was sodann den ersten Absatz des §. 10 der Vorlage anlange, so sei es hart, daß schon bei einem Einkommen von 4500 M., welches doch nur höchstens als ein mittleres zu bezeichnen sei, der Beitrag zu den Fonds auf 2 Procent des Einkommens festgesetzt worden. In Preußen seien im Ganzen höhere Beiträge festgesetzt, jedoch werde der Satz von 2 Procent erst bei einem Einkommen von 6000 M. erreicht. Die Commission schlage daher vor, erst bei einem Einkommen von 5400 M. 2 Procent Beitrag festzusetzen, bei einem Einkommen von 3900 bis 5400 M. es aber bei $1\frac{1}{2}$ Procent zu belassen. Hierdurch würde allerdings die finanzielle Basis des Entwurfs berührt und müsse ein Ersatz für die Mindereinnahme geschaffen werden:

Die Commission gäbe daher anheim, für die Diensteinkommen bis zu 2700 M. nicht, wie die Vorlage bestimme $\frac{1}{2}$ Procent, sondern $\frac{3}{4}$ Procent Beitrag festzusetzen. Hierdurch würde, wie der Vertreter des Consistoriums in der Commission, Herr Consistorialrath v. v. Schmidt-Bilsfeldt ausgerechnet habe, die Mindereinnahme, welche durch den Vorschlag der Commission, einen Beitrag von 2 Procent erst bei einer Einnahme von 5400 M. zu bestimmen, geschaffen würde, gerade gedeckt. Für die Erhöhung der Beitragspflicht der geringern Einkommen auf $\frac{3}{4}$ %, welche für den einzelnen nicht sehr schwer wiege, spräche, daß diese Erhöhung meist die jüngeren Geistlichen treffe, welche noch nicht mit den Sorgen des Lebens zu kämpfen hätten und für welche die Vorlage die größten Vortheile brächte. Die Commission empfehle dringend die Annahme ihrer Vorschläge.

Abgeordneter Eggeling: Er bitte den Abänderungsvorschlag der Commission zum ersten Absätze des §. 10 abzulehnen. Die Geistlichen in der Synode gehörten alle den höhern Gehaltsklassen an und erscheine es ihm nicht angezeigt, wenn dieselben den jüngeren, in der Synode nicht vertretenen Geistlichen, entgegen der Regierungsvorlage, erhöhte Lasten aufbürdeten.

Bezüglich des letzten Absatzes des §. 10 der Vorlage wollte er den Antrag stellen hinter dem Worte: „vermag“ folgen zu lassen:

„Wenn der Emeritirungsfonds die ihm obliegenden Zahlungen vollständig zu leisten nicht vermag, und in diesem Nothfalle die Factoren der staatlichen Gesetzgebung einen erhöhten Zuschuß nicht bewilligen sollten, wird das Deficit (u. s. w. wie im Entwurfe.)

Dieser sein Antrag bezwecke, daß bei einem Nothstande wenigstens der Versuch gemacht werde, die Organe der staatlichen Gesetzgebung, die wie er — Redner — nicht bezweifle, nicht

abgeneigt seien, in Nothfällen den bewilligten Zuschuß zu erhöhen und dazu auch verpflichtet seien, um Aushilfe zu ersuchen. —

Der Antrag des Abgeordneten Eggeling wird hierauf vom Vorsitzenden verlesen, von der Versammlung unterstützt und mit zur Berathung verstellt. —

Es erhält das Wort:

Abgeordneter Rose: Die Bedenken des Vorredners betreffs der Erhöhung des Beitrags der geringeren Einkommen auf $\frac{3}{4}$ % seien auch ihm gekommen. Jedoch sei zu erwägen, daß die Erhöhung nur eine geringe sei, und die Vortheile für die Gesamtheit überwiegend wären. Er hege die Ueberzeugung, daß die jüngeren Geistlichen, wenn sie in der Synode vertreten wären, der Erhöhung zustimmen würden. —

Abgeordneter Otto: Der Abgeordnete Eggeling meine, gegen den ersten Antrag der Commission stimmen zu müssen, weil er Vortheile von demselben habe. Die Synode dürfe sich jedoch nicht auf einen solchen — persönlichen — Standpunkt stellen, sondern müsse die Sache der Allgemeinheit vertreten.

Was den Eggeling'schen Zusatzantrag betreffe, so hätten Landesregierung und Landstände allein darüber zu entscheiden, ob sie in Nothfällen dem Emeritirungsfonds eine außerordentliche Unterstützung zuwenden wollten.

Der Antrag sei daher überflüssig und passe überdies nicht in ein Gesetz.

Abgeordneter Dedeind: Er müsse sich gegen die vorgeschlagene Erhöhung des Beitrags von den niedern Einkommen auf $\frac{3}{4}$ % aussprechen. Die in den niedern Gehaltsklassen stehenden Geistlichen hätten die verschiedensten Ausgaben zu tragen, die ihnen schwer fielen. Der Vorschlag der Commission enthalte eine Härte und beantrage er Beibehaltung der Gesetzesvorlage.

Abgeordneter Bode: Der Antrag Eggeling enthalte einen Eingriff in die Rechte der Landesversammlung; das müsse vermieden werden.

Eine Erhöhung des von der Landesversammlung beschlossenen Maximalzuschusses sei nicht zu erhoffen. Jedoch sei nicht ausgeschlossen, daß die Landesversammlung bei einem Nothstande, der übrigens wohl kaum eintreten werde, dem Fonds zu Hülfe käme. Der Antrag Eggeling sei überflüssig.

Abgeordneter von Gram: Er bitte die Regierungsvorlage anzunehmen. Es wiederstrebe ihm, die Beiträge der niedrigst dotirten Geistlichen zu erhöhen. Betreffend den zweiten Antrag der Commission, so bemerke er, daß die Regierungsvorlage klarer sei als der Vorschlag der Commission. Ueberdies würde ein Nothstand wohl kaum jemals eintreten, da der von den Landständen bewilligte Zuschuß von 33000 M. ein sehr hoher sei. —

Den Antrag Eggeling halte er für überflüssig, weil sicher die Kirchenregierung bei einem Nothstande dafür sorgen werde, die nöthigen Mittel herbeizuschaffen.

Consistorialrath von Schmidt-Philstedt: Er halte den Antrag des Abgeordneten Eggeling auch für überflüssig und wolle nur darauf hinweisen, daß der §. 9 der Vorlage unter M. 7 als Einnahme des Emeritirungsfonds die staatsseitig bewilligten Zuschüsse mit aufführe.

Abgeordneter Otto: Er wolle noch hervorheben, daß die Landesversammlung bei ihren Verhandlungen ausdrücklich erklärt habe, event. bei einem Nothstande des Emeritirungsfonds eintreten zu wollen. —

Nachdem sodann noch der Abgeordnete Eggeling seinen Antrag vertheidigt, Abgeordneter Otto das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten Eggeling ergriffen und Abgeordneter Dedeind bemerkt hatte, daß die in der Vorlage statuirte Beitragspflicht der Geistlichen überhaupt eine Härte enthalte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, unterstützt und angenommen.

Darauf schritt die Versammlung zur Abstimmung und wurde zunächst der erste Antrag der Commission zu §. 10 mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt, sodann der Antrag Eggeling gegen 2 Stimmen abgelehnt; dagegen der zweite Antrag der Commission mit großer Majorität angenommen und ebenso schließlich der §. 10 mit der beschlossenen Aenderung. —

Ohne Debatte werden hiernächst die §§. 11 und 12 der Vorlage angenommen, welche lauten:

§. 11. Die Höhe des Diensteinkommens, von welchem die Beiträge zu zahlen sind, wird vor der Neubesezung einer jeden Pfarrstelle durch Unser Herzogliches Consistorium ermittelt und im Pfarranschlage festgestellt. Außerdem steht dem Consistorium die Befugniß zu, Revisionen der Anschläge in geeigneten Zeitabschnitten anzuordnen, oder die Aenderung eines Anschlages auf motivirten Antrag des betreffenden Geistlichen nach angestellter Sachuntersuchung zu verfügen. In einem solchen Falle darf jedoch eine Herabsetzung der bisherigen Anschlagssumme nicht ohne Zustimmung des Geistlichen erfolgen. — Nähere Bestimmungen über das Verfahren bei Aufstellung und Revision der Anschläge werden erforderlichenfalls im Verordnungswege erlassen.

Zu den reinen Einkünften von der Pfarrdotation, resp., bei combinirten Stellen, der mehreren vereinigten Pfarrdotationen, werden behuf Ermittlung des Diensteinkommens hinzugerechnet:

die Zuschüsse, welche aus Staatsmitteln zur Erhöhung der Pfarreinkünfte auf den Betrag des Minimaleinkommens erfolgen;

die Stollgebührenrenten, welche der Pfarrstelle, wenn auch nur für die Dauer der Amtsführung des derzeitigen Inhabers, beigelegt sind;

die Alterszulagen, welche den Geistlichen auf Grund der Beschlüsse des siebenzehnten ordentlichen Landtags zu Theil werden, und andere persönliche Zulagen, welche dem Geistlichen mindestens für die Dauer seines Verbleibens in seiner derzeitigen Stellung bedingungslos bewilligt sind;

Einnahmen von kirchenregimentlichen Aemtern (Generalsuperintendenturen, Superintendenturen) oder Schulämtern, wenn diese Aemter mit der Pfarrstelle für die Dauer der Amtsführung des betreffenden Geistlichen verbunden sind.

Der ermittelte Gesamtbetrag des Diensteinkommens wird behuf der Berechnung der zu zahlenden Beiträge auf eine durch 10 theilbare Summe abgerundet.

Die Festsetzung der Höhe der Beiträge geschieht durch Unser Herzogliches Consistorium.

§. 12. Die Verpflichtung zur Zahlung der dauernden Pfarrbeiträge (§. 9. 1) beginnt für den Geistlichen mit dem ersten Tage des Monats, in welchem seine Einführung in das Pfarramt stattgefunden hat, und endigt mit dem letzten Tage des Monats, in welchem er aus dem Amte scheidet.

Während der Pfarrvacanzen haben, wenn und so lange Gnadenhalbjahrsberechtigte sich im Genusse der Pfarrpfünde befinden, diese, in anderen Fällen die Vacancassen, die Beiträge von denjenigen Einkünften des letzten Pfarrinhabers, welche sie beziehen, nach dem Procenttage, nach welchem derselbe zum Emeritirungsfonds beigesteuert hatte, zu entrichten. Die Bestimmung der Höhe dieser Beiträge geschieht durch Unser Herzogliches Consistorium.

In dem Falle des §. 2 wird der Anfangspunkt der Beitragspflicht von Uns festgesetzt.

Ebenso wird §. 13 in folgender von der Commission vorgeschlagenen Fassung:

§. 13. Wenn ein Geistlicher den Anspruch auf ein Ruheeinkommen aus dem Emeritirungsfonds nach §. 2 dieses Gesetzes erwirbt, oder wenn die Anrech-

nung von Jahren, welche gesetzlich nicht zu den Dienstjahren zählen, zugestanden wird (§. 5 Abs. 2), so findet die Zahlung eines Eintrittsgeldes zum Emeritirungsfonds im Betrage von 2—5 Procent des Diensteinkommens zur Zeit der erteilten Bewilligung statt. Die nähere Bestimmung über die Höhe des Eintrittsgeldes sowie über die Art und Weise der Zahlung desselben erfolgt durch das über die Zulassung des Anspruchs selbst zu erlassende Höchste Rescript (§. 2 und §. 5 Abs. 2).

angenommen.

Zu §. 14 der Vorlage, welcher lautet:

„Von dem ersten Tage des auf die Versetzung eines Geistlichen in den Ruhestand folgenden Monats an hat dessen letzte Stelle die Hälfte der Einkünfte, welche sie über den Betrag des Minimaleinkommens einbringt, acht Jahre lang an den Emeritirungsfonds abzugeben. Die Festsetzung des abzugebenden Betrages geschieht auf Grund des Pfarranschlages (§. 11) durch Unser Herzogliches Consistorium.

Der festgesetzte Betrag bleibt, insoweit als dadurch das Minimaleinkommen der Pfarre nicht beeinträchtigt wird, unverändert, auch wenn während der acht Jahre die Summe der Pfarrereinkünfte eine Veränderung erleidet.

Muß während der Dauer dieser Verpflichtung auf derselben Stelle abermals eine Versetzung in den Ruhestand erfolgen, so kann zwar auf Grund einer neuen Abschätzung der Stelle eine Erhöhung der festgesetzten Pfründenabgabe, niemals aber eine Verlängerung ihrer Zahlung über acht Jahre von deren erstem Anfange hinaus eintreten.

So lange die Pfründenabgabe dauert, bemißt sich der Anspruch des Inhabers der Pfarrstelle auf Ruheeinkommen und seine Verpflichtung zu den dauernden Pfarrbeiträgen an den Emeritirungsfonds nach dem Theile der Pfarrereinkünfte, welcher ihm nach Entrichtung jener Abgabe anschlagsmäßig verbleibt.

Die näheren Bestimmungen wegen der Abführung der Pfründenabgaben sowie der dauernden Beiträge und Eintrittsgelder an den Emeritirungsfonds werden soweit erforderlich durch Verordnung oder Instruction getroffen.

Vorschriften darüber zu erlassen, ob und inwieweit dieselben im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung beigeschrieben werden können, bleibt staatsgesetzlicher Regulirung überlassen.“

beantragt:

Abgeordneter Apfel:

Der Absatz 2 folgendermaßen zu fassen:

„Der festgesetzte Beitrag, insoweit als dadurch das Minimaleinkommen der Pfarre nicht beeinträchtigt wird, kann in dem Falle eine durch Herzogliches Consistorium zu bestimmende Veränderung erleiden, wenn eine Veränderung des Pfarrereinkommens um mindestens 10 % sich nachweisen läßt.“

Der Antrag wird unterstützt und kommt mit zur Berathung.

Es erhält das Wort:

Abgeordneter Apfel: Zur Motivirung seines Antrages wolle er nur bemerken, daß es ihm unbillig scheine, wenn der einmal festgesetzte Betrag der Abgabe von der Stelle bei einer bedeutenden Verminderung des Einkommens der Stelle nicht auch vermindert werden solle.

Consistorialrath von Schmidt-Bisfeld:

Die Bestimmung im zweiten Absatz des §. 14, wonach der festgesetzte Betrag der Pfründenabgabe während der 8 Jahre, vorausgesetzt daß das Minimaleinkommen der Pfarre durch die Abgabe nicht beeinträchtigt werde, unverändert bleibe, sei lediglich praktischer Natur.

Es sei nicht zweckmäßig und den finanziellen Grundlagen des Fonds nicht zuträglich, wenn die Verwaltung mit ungewissen Summen der Einnahmen zu operiren hätte.

Auch enthalte die Bestimmung regelmäßig keine Härte für die betreffenden Prediger, sei vielmehr der Regel nach günstig für dieselben, denn es werde nach der Bestimmung auch keine Erhöhung der Abgabe gefordert, falls das Einkommen der Pfründe in den 8 Jahren sich bedeutend steigern sollte. Dieser letztere Fall sei aber der weitaus häufigere gegenüber dem einer Veränderung des Einkommens. Die Haupteinnahme der Pfarren seien die Pachtgelder aus den Pfarrgrundstücken. Diese aber seien in den letzten Jahren im Allgemeinen bedeutend gestiegen und würden voraussichtlich auch noch fernerweit steigen. Auf der andern Seite sei die Hauptlast der Pfarre die Abgabe an die Pfarrwitwe. Und in dieser Beziehung sei zu erwägen, daß nach menschlicher Berechnung regelmäßig viel eher der Fall vorkomme, daß eine Wittve in den 8 Jahren durch Tod oder Verheirathung wegfiel, als daß umgekehrt eine Wittve in die Pfarre eintrete.

So seien die Chancen bei der Bestimmung der Vorlage für die Prediger regelmäßig günstig, und da die Bestimmung für den Fonds praktisch, so habe das Consistorium geglaubt, daß es zweckmäßig sei, wenn die Geistlichen die etwaigen ungünstigen Chancen mit in den Kauf nehmen.

Wenn jedoch die Versammlung anders urtheilen sollte, so müsse jede Erhöhung wie jede Verminderung des Pfarreinkommens eine Veränderung der Pfarrabgabe herbeiführen und jedesmal eine neue Abschätzung der Einkünfte erfolgen, was wohl durchführbar wäre, aber viele Mühe mache.

Abgeordneter Apfel: Er könne seinen Antrag nicht zurückziehen; es traten auch Verminderungen der Pachtgelder ein, und das Gesetz müsse die Möglichkeit der Berücksichtigung solcher Verminderungen gewähren.

Abgeordneter von Cramm: Wolle man den Antrag des Abgeordneten Apfel annehmen, so müsse auch bei einer Erhöhung des Pfarreinkommens der Beitrag zum Fonds erhöht werden. Wolle man das nicht, so könne man nur die Regierungsvorlage annehmen. —

Es wird hierauf die Berathung geschlossen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abgeordneten Apfel abgelehnt, der §. 14 der Vorlage aber angenommen. —

Zu §. 15, welcher lautet:

„Die Ueberschüsse der Pfarrvacanzcassen, welche sich ergeben, nachdem daraus sämtliche ihnen observanzmäßig allgemein obliegende, ~~oder durch die Umstände des einzelnen Falles veranlaßte Ausgaben gedeckt und, der bestehenden Kirchenverfassung gemäß, die Verwaltungskosten bei Unserem Herzoglichen Consistorium bestritten sind, werden aus der Consistorialcasse am Schlusse eines jeden Jahres an den Emeritirungsfonds abgeführt.“~~

Bemerkt:

Abgeordneter von Böhnchen: Er wolle die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Motive zu §. 15 lenken. Diese enthielten die Aufforderung an die Kirchenvisitatoren, ihre Anträge auf Bewilligungen aus den Pfarrvacanzcassen möglichst zu beschränken. (Redner verliest den betr. Passus der Motive.)

Er wolle nun vom Herzoglichen Consistorium die Erklärung erbitten, daß nicht etwa den Kirchenvisitatoren eine Sparsamkeit bezüglich des Kirchendienstes und der Seelsorge innerhalb der vakanten Gemeinden habe empfohlen werden sollen.

Consistorialrath von Schmidt-Biseldick:

Die Motive besagen nicht, daß an den erforderlichen Ausgaben gespart werden sollte.

Er könne Namens des Consistorii die Erklärung abgeben, daß dasselbe stets seine Für-

sorge der Seelsorge in den vakanten Gemeinden zuwenden werde und dabei die erforderlichen Ausgaben keineswegs zu sparen beabsichtige.

Abgeordneter von Böhneken: Er spreche dem Consistorium seinen Dank für die abgegebene Erklärung aus.

Hierauf wird §. 15 angenommen.

Ebenso ohne Debatte §. 16, welcher lautet:

„Bestimmungen über die Beschränkungen der Befugniß zur Abtretung und Verpfändung des Ruheeinkommens zu treffen bleibt der stattlichen Gesetzgebung überlassen.“

Hierauf wird die heutige Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen, die nächste Sitzung auf Mittwoch, 22. November 11 Uhr anberaumt und auf deren Tagesordnung:

Fortsetzung der Berathung der Gesetzesvorlage
gesetzt.

L. Schwarzenberg, protokoll. Secretair.

(Beilage zu N. 284 der Braunschw. Anzeigen).

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 40 vom 24. October 1882
berufenen außerordentlichen Landes-Synode.

4. (Schluß-) Sitzung am 22. November 1882.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls über die gestrige Sitzung sowie eines von der Synode an Herzogl. Consistorium gerichteten Schreibens vom heutigen Tage, betreffend die Wahl des Abgeordneten Schröter zur Landes-Synode, trat die Versammlung in die Tagesordnung:

„Fortsetzung der Verathung über die Gesetzesvorlage, die Emeritirung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betreffend“

ein.

Es kommt zunächst zur Verathung der §. 17 der Vorlage, welcher lautet:

§. 17. Das Recht auf das Ruheeinkommen erlischt:

1) mit dem Tode des Emeritirten; jedoch wird das Ruheeinkommen für den Sterbemonat voll ausgezahlt.

Hinterläßt der Emeritirte eine Wittwe oder Kinder, so haben diese, die Kinder jedoch nur, wenn sie entweder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet und eine Versorgung noch nicht erlangt haben, oder auch nach Vollendung des 25. Lebensjahres wegen körperlicher oder geistiger Schwäche einer Unterstützung bedürftig sind, Anspruch auf den Fortbezug des Ruheeinkommens für die beiden auf den Sterbemonat folgenden Monate. Das Urtheil darüber, ob Kinder unter 25 Jahren bereits eine Versorgung erlangt haben, oder Kinder über 25 Jahre noch unterstützungsbedürftig sind, steht Unserem Herzoglichen Consistorium zu.

2) wenn der Emeritirte zu Zuchthausstrafe verurtheilt wird, oder wenn

4. Sitzung.

ihm im Strafverfahren die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter aberkannt werden;

3) wenn der Emeritirte ohne Bewilligung Unseres Herzoglichen Consistoriums Aufträge für auswärtige Staaten oder Kirchenregierungen übernimmt;)

4) wenn der Emeritirte ohne Erlaubniß Unseres Herzoglichen Consistoriums seinen Wohnsitz an einem außerhalb des Deutschen Reiches belegenen Orte nimmt. Bei Ertheilung dieser Erlaubniß, welche ohne besonderen Grund nicht versagt werden wird, werden dem Emeritirten zugleich die Bedingungen vorgeschrieben, denen er sich wegen des Fortbezuges seines Ruheeinkommens zu unterwerfen hat.

5) wenn der Emeritirte sich weigert, ein seinen Kräften angemessenes, seiner früheren Stelle ähnliches und mit nicht geringerem Einkommen dotirtes Amt im Dienste der evangelischen Landeskirche wieder anzunehmen. Die Frage, ob dieser Fall vorliege, unterliegt Unserer Entscheidung, vor deren Abgabe neben Unserem Herzoglichen Consistorium auch der Synodalausschuß zu hören ist. (cfr. §. 3 a. E.)

Dazu beantragt Abgeordneter von Gramm:

den Absatz unter *N*. 3 zu streichen.

Der Antrag wird unterstützt und kommt zur Debatte.

Es erhält zur Motivirung seines Antrages das Wort

Abgeordneter von Gramm: während sonst die größte Freiheit den emeritirten, ihre Pension beziehenden Geistlichen gewährt sei, so daß sie selbst bei ärgerlichem Lebenswandel im Genuße ihrer Pension verblieben, verbiete die *N*. 3 des Paragraphen bei Strafe des Verlustes des Rechts auf das Ruheeinkommen die Annahme von Aufträgen auswärtiger Staaten und Kirchenregierungen. Es fielen hierunter auch Aufträge der harmlosesten Natur z. B. Anfertigung eines Gesangbuches für einen auswärtigen Staat. Die Bestimmung sei unbillig und würde wohl der §. 59 des Civilstaatsdienstgesetzes, welcher eine gleiche Vorschrift enthalte, Grund und Vorbild der Vorlage gewesen sein.

Abgeordneter Otto: Er wolle den Standpunkt der Commission bezüglich der angeregten Frage darlegen. Die Commission erachte die Bestimmung unter *N*. 3 für durchaus unbedenklich und empfehle deren Annahme. Hervorzuheben sei, daß auch die Synode in ihrem Gutachten in These VII b bezüglich der Frage, inwiefern der Verlust des Ruhegehalts eintreten solle, die analoge Anwendung der betreffenden für die Staatsdiener geltenden Vorschriften befürwortet habe. Der §. 4 *N*. 2 des für Staatsdiener geltenden Gesetzes *N*. 113 vom 22. December 1870 enthalte aber eine der Bestimmung in der Vorlage entsprechende Vorschrift. Uebrigens führe die Bestimmung der Vorlage durchaus keine große Härten herbei. Der Emeritirte, welcher Aufträge auswärtiger Regierungen zu übernehmen beabsichtige, brauche ja nur beim Herzogl. Consistorium anzufragen und dieses werde in unbedenklichen Fällen die Genehmigung gewiß nicht versagen.

Abgeordneter von Gramm: Wenn der Emeritirte ein Amt annähme, müsse selbstverständlich das Recht auf Pensionsbezug wegfallen. Annahme von einzelnen Aufträgen auswärtiger Regierungen zu verbieten, erscheine unbillig. Man könne doch Annahme von

Stellungen bei Privatleuten, Schreiben von Zeitungsartikeln gegen Entgelt und dergleichen auch nicht verbieten.

Abgeordneter Otto: Die Ansicht des Vorredners, daß die Bestimmung der Vorlage unbillig sei, würde nur zutreffend sein, wenn es sich um ein absolutes Verbot handelte. Solches sei jedoch nicht der Fall. —

Hierauf wird die Berathung über §. 17 geschlossen und bei der Abstimmung der Antrag des Abgeordneten von Gramm abgelehnt, der §. 17 der Vorlage dagegen angenommen.

Sodann wird ohne Debatte §. 18 angenommen, welcher bestimmt:

§. 18. Wenn der Emeritirte in ein neues, mit einem Dienst Einkommen verbundenes Dienstverhältniß eintritt, so wird während der Dauer des letzteren das Ruheeinkommen um soviel gekürzt, als dessen Betrag, zusammengerechnet mit dem neuen Dienst Einkommen, den Betrag des bei Festsetzung des Ruheeinkommens zu Grunde gelegten früheren Dienst Einkommens des Emeritirten übersteigt.

Es folgte hierauf die Berathung über §. 19, welcher lautet:

§. 19. Auf die vor dem Erlasse dieses Kirchengesetzes bereits in den Ruhestand versetzten Geistlichen findet dasselbe keine Anwendung, sie behalten ihre bisherige Altersversorgung (Emeritengehalt) unverändert.

Die beim Erlasse dieses Kirchengesetzes bereits im Amte stehenden Geistlichen haben binnen 3 Monaten nach seinem Inkrafttreten zu erklären, ob sie für den Fall ihrer Versetzung in den Ruhestand von ihrer gegenwärtigen Stelle die Altersversorgung nach dem bisherigen Rechte, oder die Erlangung eines Ruheeinkommens nach den vorstehenden Bestimmungen vorziehen. Ersterenfalls sind sie, so lange sie auf ihrer gegenwärtigen Stelle verbleiben, von Zahlungen für den Emeritirungsfonds frei, haben jedoch, wenn ihre Versetzung in den Ruhestand eintritt, keinen Zuschuß zu dem, was die Stelle nach Bezahlung eines Adjuncten mit dem Pfarrminimaleinkommen für sie übrig läßt, zu erwarten. Im anderen Falle haben sie die Pfarrbeiträge nach Maßgabe der §§. 10 und 11, und zwar, wenn es von Unserem Herzoglichen Consistorium für nöthig erachtet wird, nachdem zuvor ein neuer Pfarranschlag aufgestellt worden, vom Tage des Inkrafttretens dieses Kirchengesetzes an, zu entrichten, auch ein Eintrittsgeld zu erlegen, welches 2 Procent ihres beitragspflichtigen Einkommens betragen und neben den dauernden Pfarrbeiträgen in zwei gleichen Jahresraten erhoben werden soll. Ihr Ruheeinkommen wird demnächst nach dem anschlagsmäßigen Einkommen ihrer Stelle berechnet, auch wenn ihre Versetzung in den Ruhestand vor Erfüllung der im §. 6 gestellten Bedingung verfügt werden sollte.

Wird eine Prediger, welcher sich zur Theilnahme an dem Emeritirungsfonds nicht bereit erklärt hat, später auf eine andere Stelle versetzt, so unterliegt er den Bestimmungen dieses Kirchengesetzes und hat alsdann die Pfarrbeiträge für die Zeit vom Inkrafttreten desselben an nebst 5 Procent Zinsen nachzuzahlen und ein Eintrittsgeld von 6 Procent seines neuen Dienst Einkommens zu entrichten. Die-

4. Sitzung.

selben Zahlungen sind von demjenigen zu leisten, welcher sich erst nach Ablauf der dreimonatigen Frist zur Theilnahme an dem Emeritirungsfonds meldet.

Es erhält das Wort:

Abgeordneter Reunecke: der §. 19 stelle es den gegenwärtig im Amte befindlichen Predigern frei, ob sie dem Pensionsfonds beitreten wollten oder nicht. Er zweifle nicht daran, daß die meisten Prediger beitreten würden. Indessen sei es leicht möglich, daß manche und grade die Inhaber der besten Stellen, darunter auch jüngere, welche einträgliche Patronatsstellen inne hätten, um sich der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen zu entziehen, dem Fonds beizutreten nicht geneigt wären. Da dieses verlegen würde, so möchte er empfehlen, sämtliche Geistliche zum Beitritte zu zwingen. Er wisse jedoch nicht, ob solcher Zwang rechtlich zulässig sei und wolle daher einstweilen von Stellung eines Antrages Abstand nehmen, bitte jedoch das Herzogl. Consistorium um Äußerung seiner Ansicht über die Frage.

Consistorialrath von Schmidt-Phiseldiek: Die Ansicht des Herzogl. Consistorii über die angeregte Frage sei, daß ein Zwang zum Beitritt zu dem Fonds rechtlich unmöglich sei, da die Geistlichen bei Antritt ihrer Stelle die Möglichkeit eines derartigen Zwanges nicht übernommen hätten.

Die eingehende Begründung dieser Ansicht über die rechtlich sehr schwierige und bestrittene Frage würde zu weit führen. Er wolle nur hervorheben, daß sämtliche in den deutschen Staate erlassene Emeritirungsordnungen mit Ausnahme der vom Fürstenthume Neuß einen Zwang zum Beitritte nicht angeordnet hätten, woraus zu folgen scheine, daß die allgemeine Meinung gegen die rechtliche Zulässigkeit eines solchen Zwanges sei.

Abgeordneter Reunecke: Man sei also über die Frage zweifelhaft; er müsse sich im Interesse des Fonds für den Beitrittszwang aussprechen, bitte jedoch um Äußerung aus der Versammlung.

Abgeordneter Guericke: Er müsse sich gleichfalls im Interesse des Fonds dafür aussprechen, daß sämtliche Geistliche zum Beitritte gezwungen würden.

Abgeordneter Fockels: Als Mitglied der Commission wolle er constatiren, daß dieselbe sich eingehend mit der Frage nach der rechtlichen Möglichkeit eines Zwanges zum Beitritte beschäftigt habe, daß sie jedoch zur Ueberzeugung von der Unzulässigkeit eines derartigen Zwanges gekommen sei.

Abgeordneter Otto: Die Sache habe keine große praktische Bedeutung. Die Geistlichen hätten selbst das größte pecuniäre Interesse am Beitritt zu dem Fonds; (Redner weist solches zahlenmäßig nach) und würde daher wohl nur selten der Fall eintreten, daß ein Geistlicher dem Fonds nicht angehören wolle. Uebrigens sei seiner Ansicht nach in Gemäßheit des allgemeinen Rechtsgrundsatzes, daß wohlverworbene Privatrechte nicht verletzt werden dürfen, ein Zwang gegen die Geistlichen unzulässig. —

Es wird hierauf die Berathung über §. 19 geschlossen und derselbe bei der Abstimmung angenommen. —

Endlich kommt §. 20 der Vorlage, welcher lautet:

„Dieses Kirchengesetz tritt mit dem in Kraft.

Alle, die es angeht zc.

Urkundlich zc.“

zur Berathung.

Es ergreift das Wort:

Geheimerath Dr. Wirt: Die zur Einführung des berathenen Kirchengesetzes erforderlichen Verwaltungs- und Verordnungs-Vorschriften würden bis zum 1. Januar k. J. erlassen werden können. Er gebe daher Namens der Kirchenregierung der Versammlung anheim, als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes den 1. Januar k. J. zu bestimmen.

Es wird darauf von der Versammlung der §. 20 unter Bestimmung des 1. Januar k. J. als Anfangszeitpunkt der Geltung des Gesetzes angenommen. —

Sodann fordert der Vorsitzende den Vertreter des Kirchenregiments zur Erklärung über die von der Versammlung angenommenen Abänderungen der Vorlage auf, worauf Geheimerath Dr. Wirt Namens des Kirchenregiments sich mit den gedachten Aenderungen einverstanden erklärt.

Sodann wird die Gesetzesvorlage mit den beschlossenen Aenderungen von der Versammlung im Ganzen angenommen. —

Hiernächst erhält das Wort Abgeordneter Skerl, welcher den folgenden Antrag stellt:

„Hohe Synode wolle beschließen, an das Herzogl. Consistorium das Ersuchen zu richten, Hochdasselbe möge es bei dem Herzoglichen Staatsministerium erwirken, daß den bereits emeritirten Geistlichen die ihnen zustehenden Pensionsbeträge nicht unmittelbar durch die ihre Pfarre verwaltenden pastores adjuncti, sondern durch die Vermittelung einer öffentlichen Cassenverwaltung, etwa die der Herzoglichen Kreiskassen ausgezahlt werden, oder zu veranlassen, daß die Pension des Emeritus auf die Kloster-Reinertragscasse übernommen und an dem Einkommenszuschusse des pastor adj. abgesetzt werde, oder daß von dem dem pastor adj. bewilligten Einkommenszuschusse resp. von dem Stolzgebühren-Rentenbetrage soviel an den Emeritus direct gezahlt werde, als er von dem pastor adj. zu fordern hat.“

Der Antrag wird unterstützt und zur Debatte gestellt.

Es erhält das Wort als Antragsteller:

Abgeordneter Skerl: Die Arbeit der Synode sei nunmehr beendet und nach Möglichkeit für diejenigen gesorgt, deren Kräfte demnächst erschöpft sein würden, so daß sie ihr Amt aufzugeben und in den Ruhestand zu treten gezwungen wären.

Er wolle nun den Blick der Versammlung auf die bereits Emeritirten lenken und auf einen Mißstand aufmerksam machen, welcher dieselben oft schwer bedrücke. Es sei Gebrauch, daß den Emeritirten ihr Ruhegehalt durch die Adjunkten ausgezahlt würde. Und von diesen seien die Gelder oft schwer und erst nach langer Zeit zu erhalten. Diesem Nothstande abzuhelpen, bezwecke sein Antrag, welcher dem Herzoglichen Consistorium den Wunsch der Synode, daß die Auszahlung der Gelder an den Emeriten unter Vermittelung einer öffentlichen Cassenverwaltung erfolge, nahe lege.

4. Sitzung.

Abgeordneter Apffel: Auch ihm seien die vom Vorredner berührten Mißstände bekannt, und bitte er um Annahme des gestellten Antrages.

Abgeordneter Rose: Er wolle nur hervorheben, daß es nicht immer Böswilligkeit oder Nachlässigkeit der Adjunkten sei, wenn sie mit Auszahlung der Gelder an den Emeritus säumig wären. Oft befänden sich die Adjunkten selber in finanziellen Schwierigkeiten schlimmster Art dadurch, daß ihre Einnahmen erst spät und unregelmäßig eingingen, und seien sie deshalb häufig gar nicht in der Lage, an den Emeritus rechtzeitig zu zahlen.

Abgeordneter Dr. theol. Bank: Häufig würden die Gelder von den Adjunkten an den Emeritus nachlässig gezahlt. Dem Vorredner sei zuzugestehen, daß auch die Einnahmen der Pfarren oft unregelmäßig einliefen. Jedoch sei solches gleichgiltig. Habe Jemand einmal eine Stelle als Adjunkt angenommen, so müsse er rechtzeitig das dem Emeritus Schuldige zahlen.

Nachdem sodann Abgeordneter Skerl bemerkt, daß sein Antrag den Adjunkten durchaus keinen Vorwurf mache und Abgeordneter Rose als persönliche Bemerkung dem Abgeordneten Bank entgegnete, daß er nicht beabsichtigt habe, den Antrag Skerl zu bekämpfen, sondern nur die Adjunkten habe in Schutz nehmen wollen, erhält das Wort:

Abgeordneter Bode: Der eine Vorschlag in dem Antrage des Abgeordneten Skerl, daß nämlich die Klosterreinertagscasse die Zahlungen an den Emeritus übernehmen solle, sei nach der Landesverfassung rechtlich unmöglich, und gebe er anheim, den betr. Passus wegzulassen.

Abgeordneter Skerl: Er halte die Ausführung seines Vorschlages nicht für unzulässig; man sei bei den Lehrern schon in gleicher Weise vorgegangen. —

Nachdem noch Abgeordneter Otto Bedenken gegen die rechtliche Zulässigkeit des Vorschlages geäußert, läßt Abgeordneter Skerl auf Veranlassung des Abgeordneten Bode den speciellen Theil seines Antrages, welcher die verschiedenen alternativen Vorschläge enthält, fallen.

Es kommt darauf der Antrag in der allgemeinen Fassung:

(von den Worten:

„Hohe Synode — bis — ausgezahlt werden.“)

zur Abstimmung und wird angenommen. —

Nachdem sodann auf Vorschlag des Vorsitzenden der Synodalausschuß mit den von der Synode noch zu erledigenden Expeditionen und Geschäften von der Versammlung beauftragt war, macht der Vorsitzende an den Vertreter des Kirchenregiments die Anzeige, daß die Synode ihre Geschäfte erledigt habe.

Hierauf richtete Geheimrath Dr. Wirt als Regierungscommissar die nachfolgende Rede an die Versammlung:

Meine Hochgeehrten Herren!

Die Aufgabe, welche dieser außerordentlichen Landessynode gestellt war, hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Sie haben Sich der Lösung dieser Aufgabe in einem Geiste und mit einem Erfolge unterzogen, vermöge dessen Sie Selbst eine reine Freude an dem vollbrachten Werke haben dürfen. Unser Kirchenwesen ist durch Ihre wohlwollende und be-

sonnene Mitwirkung um eine gesetzliche Ordnung bereichert worden, die zwar zunächst nur ein einzelnes, für sich abgeordnetes und mehr nur äußerliches Bedingniß desselben zum Gegenstande hat, die aber auch für das Ganze von wohlthätigen Folgen sein wird, und deren Erwirkung jedenfalls für das Kirchenregiment ein Ziel ernster und angelegentlicher Bestrebungen hat sein müssen. Die Kirchenregierung Seiner Hoheit schätzt den jetzt gewonnenen Erfolg dieser Bestrebungen um so höher, je wohlthuernder sie sich dabei zugleich von der Eintracht und der hochherzigen Willigkeit angesprochen findet, mit welcher die Hochgeehrte Versammlung das Werk ihrerseits gefördert und vor den Klippen oder sei es auch nur vor den Schwierigkeiten bewahrt hat, die ihm aus einer mehr oder weniger rücksichtslosen Geltendmachung abweichender Meinungen und Auffassungen oder oppositioneller Standpunkte hätten entstehen können. Sie legt dem vollbrachten Werke in dieser Hinsicht zugleich einen hohen ethischen Werth bei, und spricht dieser Hochwürdigen Versammlung um so angelegentlicher ihren Dank für ihre Mitarbeit aus.

Möge der gleiche Geist förderlicher Eintracht und Selbstverleugnung auch der ferneren verfassungsmäßigen Ausbildung unseres evangelisch-lutherischen Kirchenwesens gesichert bleiben.

Kraft des mir von Seiner Hoheit, unserm Durchlauchtigsten Herzoge übertragenen Commissariats schließe ich nunmehr diese außerordentliche Landessynode.

Nachdem sodann noch der Vorsitzende der Versammlung für die ihm bei seiner Geschäftsführung bewiesene Rücksicht, der Abgeordnete Apffel Namens der Versammlung dem Vorsitzenden für die gerechte und umsichtige Leitung der Verhandlungen gedankt hatte, wurde die Sitzung geschlossen. —

L. Schwarzenberg, prot. Secretair.